SITZUNGSBERICHTE
DER LEIBNIZ-SOZIETÄT
Band 11 • Jahrgang 1996

Reinhardt Becker Verlag Velten

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89597-275-4

Inhalt

Siegfried Wollgast

Chiliasmus und Geschichtsbild im Deutschland des 17. Jh. >>>

Anngret Simms (Dublin)

Ursprung der Städte in Westeuropa und Ostmitteleuropa im Vergleich >>>

Walter Schmidt

Der Barbarossa-Mythos in der Revolution von 1848/49 >>>

Helmut Bleiber

Neun Anmerkungen zum Nationalen >>>

Erich Hahn

Die Grundsatzgespräche zwischen SED und SPD 1984 bis 1989 >>>

Bei anderen gelesen:

Hubert Laitko

Theorien und Moden in der Wissenschaftsgeschichte
(Beitrag auf dem Colloquium "Theorien und Geschichte, Geschichten und Theorien"
des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam
anläßlich des 60. Geburtstages von Wolfgang Küttler) >>>

Peter Nötzold

Wissenschaft in Berlin -Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46.
(aus: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 5, Dezember 1995)
>>>

Inhalt

Siegfried Wollgast
Chiliasmus und Geschichtsbild im Deutschland des 17. Jh. 5

Anngret Simms (Dublin)
Ursprung der Städte in Westeuropa und Ostmitteleuropa im Vergleich 41

Walter Schmidt
Der Barbarossa-Mythos in der Revolution von 1848/49 63

Helmut Bleiber
Neun Anmerkungen zum Nationalen 107

Erich Hahn, Die Grundsatzgespräche zwischen SED und SPD
1984 bis 1989 133

Bei anderen gelesen:

Hubert Laitko
Theorien und Moden in der Wissenschaftsgeschichte
(Beitrag auf dem Colloquium „Theorien und Geschichte, Geschichten
und Theorien" des Zentrums für Zeithistorische Forschung in
Potsdam anläßlich des 60. Geburtstages von Wolfgang Küttler) 157

Peter Nötzold
Wissenschaft in Berlin -Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46.
(aus: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 5,
Dezember 1995) 165

Autorenverzeichnis ..... 3. Umschlagseite

Siegfried Wollgast

Chiliasmus und Geschichtsbild im Deutschland des 17. Jahrhunderts*

G.W.F. Hegel hatte konstatiert: "daß *Vernunft* in der Geschichte sei, wird teils wenigstens ein plausibler Glaube sein, teils aber ist es Erkenntnis der Philosophie."[1] Die philosophische Erkenntnis davon ist von Marx und Engels, vom Marxismus alsdann, auf einem höheren Niveau weitergeführt worden, Wolfgang Eichhorn und Wolfgang Küttler haben darüber geschrieben.[2] Doch, das betonen gerade auch sie, diese Erkenntnis hebt mit der klassischen deutschen Philosophie, ich meine: überhaupt mit der Aufklärung an. Welche Prinzipien aber prägen das Geschichtsbewußtsein, überhaupt die Geschichte, das Sehnen und Hoffen des Volkes u.a. zuvor?

M.E. ist es wissenschaftlich unhaltbar zu behaupten, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der DDR, des realsozialistischen Systems überhaupt, sei auch der Marxismus von der Bildfläche verschwunden, sei widerlegt usw. Ich frage mich aber als Philosophiehistoriker, dessen ganze Aktivität dem 16. und 17. Jahrhundert gilt, ob der Marxismus nicht bestimmte neue Fragestellungen zu seiner erforderlichen Weiterentwicklung benötigt. Gerade auch deshalb biete ich hier dieses Thema, keineswegs in der Absicht, bereits Lösungen zu geben. Fragestellungen will ich aufwerfen (oder wiederholen) auch in der Absicht und Gewißheit, daß sie bislang unterbewertet sind. So ist weitgehender zu bedenken, daß auch lange vor der Aufklärung der Mensch sich als Subjekt, nicht als Objekt der Geschichte fühlte. Dies gilt etwa für Sebastian Franck (1499-1542), generell für die Vertreter des "linken Flügels" der Reformation. Und es gilt weitgehend für den praktizierten Chiliasmus im 17. Jahrhundert.

---

* Vortrag, gehalten vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 15. Juni 1995

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830). Neu hrsg. von Friedhelm Nicolin und Otto Pöggeler, Berlin 1969, S. 430.

2 Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler: "... daß Vernunft in der Geschichte sei". Formationsgeschichte und revolutionärer Aufbruch der Menschheit, Berlin 1989.

Mit Chiliasmus beschäftigt sich u.a. politische, Sozial-, Ideen-, Literatur- und Kirchengeschichte, natürlich auch Philosophiegeschichte. Dabei gilt generell: "Im Hinblick auf ihre genuine Funktion ist die Vorstellung des chiliastischen Zwischenreichs eine *Utopie*."[3] Ja, Chiliasmus ist spätestens seit dem Täuferreich von Münster (1534/35) "Inbegriff des verteufelten, 'Revolutionsgeistes' der Weltgeschichte." Christliche Utopie ist ja vom Gottesreich her eben revolutionär.[4]

Marx und Engels haben den Begriff "Chiliasmus" wohl gebraucht, so F. Engels im "Deutschen Bauernkrieg".[5] Generell sind auch im Marxismus "Chiliasmus", "Eschatologie", "Messianismus", "Apokalyptik" u.a. Begriffe nicht methodisch geschieden. Seit Bestehen des Marxismus wird er auch als chiliastisch zu interpretieren gesucht. Dabei wird "natürlich" Chiliasmus negativ gefaßt, mit dem Chiliasmus wird zugleich der Marxismus verteufelt. Einen vorläufigen Abschluß hat diese Verleumdungskampagne mit J. Fest gefunden. Bei ihm heißt es zum Beispiel: Der klassische Revolutionsbegriff sei mit 1989 infrage gestellt: "All die Morgenröten, Zukunftssonnen und neuen Weltentage, die so lange über dem Elend der Gegenwart aufgegangen waren, gerieten auf den Abstellplatz

---

3 Günther List: Chiliastische Utopie und radikale Reformation. Die Erneuerung der Idee vom tausendjährigen Reich im 16. Jahrhundert, München 1973, S. 50.

4 Ebenda, S. 54, S. 27. An Gesamtdarstellungen des Chiliasmus ist noch immer Heinrich Corrodi: Kritische Geschichte des Chiliasmus Oder der Meynungen über das Tausendjährige Reich Christi, 2.(Titel-)Aufl. Bd. I-III. 1. 2. Zürich 1794 (1. Aufl. Frankfurt und Leipzig 1781-83), einseitig vom Standpunkt der Aufklärung her geschrieben und entsprechend negativ wertend, unentbehrlich; vor allem im Bd. III wird eine Fülle von heute kaum mehr zugänglichem Material zur Geschichte des Chiliasmus im 16.-18. Jahrhundert herangezogen. Einen wertvollen, allerdings sehr knappen Überblick und eine reichhaltige Bibliographie (insgesamt 111 Nummern) bietet Albert Paust: Das 'Tausendjährige Reich' in Geschichte und neuester Literatur. In: Alere Flammam. Georg Minde-Pouet zum fünfzigsten Geburtstage gewidmet, Leipzig 1921, S. 60-78. Die letzte und soweit ich sehe, umfänglichste Gesamtdarstellung nach Corrodi gibt Walter Nigg: Das ewige Reich. Geschichte einer Hoffnung. 2. überarb. Aufl., Zürich 1954; das Buch ist in den Quellenangaben nicht immer zuverlässig und schwankt zwischen einer populär-erbaulichen und wissenschaftlich-exakten Darstellung. Schon Hans Bietenhard: Das tausendjährige Reich. Eine biblisch-theologische Studie. Zürich 1955, S. 8f. bedauert das Fehlen von Literatur zur Eschatologie und charakterisiert Corrodi und Nigg ähnlich, eher noch negativer. Zum mittelalterlichen Chiliasmus vgl. u.a. Norman Cohn: Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen. Bern und München 1961. Von den neueren Darstellungen vgl. auch Wolfgang Biesterfeld/Wilhelm Emil Mühlmann: Chiliasmus. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie. hrsg. von Joachim Ritter, Bd. 1, Basel und Stuttgart 1971, Sp. 1001-1006.

5 Vgl. Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg. In: MEW, Bd. 7, S. 346, 351.

für veraltete Metaphern."[6] Fest gehört zu jenen "Theoretikern", die jeden Traum von einer besseren Zukunft für verfehlt halten. Er postuliert dementsprechend, "daß die bestehende Welt, trotz Unglück, Not und Widerwärtigkeit, die niemand übersieht, noch immer die beste aller Welten ist."[7] Nachdrücklich verteidigt Fest seine Position in einem Vortrag von 1992.[8] Wenngleich er vornehmlich gegen die Utopien des 19. und 20. Jahrhunderts angeht, zu denen er auch den Marxismus zählt, sind ihm auch die chiliastischen Visionen der vorherigen Zeit ebenso suspekt oder zweifelhaft.[9] Das ist nichts Neues - Fests traditioneller Totalitarismus-Verdacht oder -Beleg folgt etwa Helmut Schelsky und Robert Spaemann.

Der Chiliasmus ist letztlich eine irdisch weitergedachte Eschatologie. Letztere, die Lehre von den "letzten Dingen", bezieht sich auf das Jüngste Gericht. Zahlreiche Bibelstellen im Alten, vor allem aber im Neuen Testament kündigen diese furchtbare Stunde an. Dabei geht es um die quattuor ultima, die vier letzten Dinge. Diese beziehen sich individuell auf Tod, dabei auf Gericht, Fegefeuer, Himmel, Hölle. In Bezug auf die Menschheitsgeschichte geht es um die Wiederkehr Christi, die Auferstehung der Toten, das allgemeine Gericht, das Ende der Welt.[10] Gemeinhin verbindet sich Christi Wiederkehr mit dem Jüngsten Gericht, dem Ende aller Zeiten. Anders steht es um den Chiliasmus (griech. chilioi = 1000), nach dem Lateinischen auch Millenarium bezeichnet.

Die Ursprünge der Lehre vom Tausendjährigen Reich Christi reichen noch in vorchristliche Zeit und gründen auf den messianischen Hoffnungen Israels.[11] Jes 50 und 51, Hes 40-47, Dan 2 und 7 und mehr noch die Propheten nach der Babylonischen Gefangenschaft verkünden das

---

6 Joachim C. Fest: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991, S. 8.

7 Ebenda, S. 34. Anders: Richard Saage: Reflexionen über die Zukunft der politischen Utopie. In: Hat die politische Utopie eine Zukunft? Hrsg. von Richard Saage, Darmstadt 1992, S. 156f.

8 Joachim C. Fest: Nach den Utopien - Eine Betrachtung zur Zeit, Köln 1992.

9 Fest: Der zerstörte Traum (wie Anm. 6) S. 20, S. 61-63.

10 Vgl. Franz-Josef Nocke: Eschatologie, 4. Aufl., Düsseldorf 1991; Jean Delumeau: Angst im Abendland. Die Geschichte kollektiver Ängste im Europa des 14. bis 18. Jahrhunderts, Bd. 2, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 314-325; Medard Kehl SJ: Eschatologie, Würzburg 1986, S. 171f.

11 Vgl. Aurelius Augustinus: Vom Gottesstaat (De civitate dei) Buch 11 bis 22. Aus d. Lat. übertr. von Wilhelm Thimme. Eingel. u. kommentiert von Carl Andresen, 3. Aufl., München 1991, S. 639-673 (Buch 20, 21-30). Zu Off ebenda, S. 598-631 (Buch 20, 7-18).

Kommen eines Messias, das eine Zeit des Wohlstands und Friedens einleiten wird. Der Gedanke eines Übergangsreiches, einer Art vorläufigen irdischen Paradieses, das zwischen gegenwärtiger Zeit und Ewigkeit angesiedelt ist, nimmt in der apokryphen jüdischen Literatur im Buch der Jubiläen, im äthiopischen Buch Henoch und dem bereits christlich bearbeiteten 4. Buch Esra konkretere Gestalt an. Aus dem Judentum gelangte der Glaube an ein messianisches Reich über die Offenbarung des Johannes ins Christentum. Der Apostel verkündet hier (Off 20), der Engel Gottes werde Satan auf tausend Jahre in Ketten schlagen. Die Gerechten würden mit Christus wiederauferstehen und während dieses Millenniums glücklich auf Erden leben. Diese Prophezeiung taucht - mit Abweichungen - im Barnabasbrief (130-132 n. Chr.) 15,4-9 erneut auf. Justinus (gest. um 165) und Irenäus (gest. um 202) sind überzeugte Anhänger des Millenarismus, dem auch Lactanz (gest. nach 317) noch zugeneigt ist. Augustinus (354-430) dagegen, der die millenaristischen Auffassungen zunächst guthieß, prangert sie im "Gottesstaat" an. Während einiger Jahrhunderte bleiben sie mehr oder weniger im verborgenen, blühen dann aber mit sozial-religiösen Unruhen wieder auf, die in Nord- und Nordwesteuropa im 11. bzw. zu Beginn des 12. Jahrhunderts ausbrechen. Einen neuen Aufschwung erlebte der Millenarismus (Chiliasmus) aber erst durch die Werke des Joachim von Fiore (um 1130-1202). Er differiert wohl ab jetzt in unterschiedlichste Fraktionen. Viele Chiliasten erwarten von der neuen Gesellschaft einen klassenlosen Zustand, das "dritte Reich", wie es erstmals bei Joachim von Fiore heißt.[12] Erst Augustinus hatte in seinem Ketzerkatalog (um 428) den Terminus "chiliastae" verwandt, der seitdem im Lateinischen heimisch und im Deutschen, seit der Reformation, als "Chiliasten" fast ausschließlich üblich wird. Millenarium wird damit übereinstimmend gefaßt. Augustinus weiß auch: "Glaubt doch nicht, daß Ketzereien durch ein paar hergelaufene kleine Seelen entstehen könnten. Nur große Menschen haben Ketzereien hervorgebracht." Der lutherische Dogmatiker Johann Gerhard (1582-1637) unterscheidet dann chiliasmus crassus und chiliasmus subtilis.[13]

---

12 Vgl. zum ff. Siegfried Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650, 2. Aufl., Berlin 1993, S. 332-335.

13 Aurelius Augustinus. Zit. nach Walter Dietze: Quirinus Kuhlmann - Ketzer und Poet. Versuch einer monographischen Darstellung von Leben und Werk, Berlin 1963, S. 217; Johann Gerhard: Loci theologici cum pro adstruenda veritate tum destruenda quorumvis

Das frühe Christentum hatte auf die *nahe* Wiederkehr Jesu gewartet. Aus der unerfüllten Naherwartung wurde Endzeitspekulation, "Chiliasmus hingegen ist diejenige singuläre Variante des fortentwickelten Naherwartungsrealismus, die kraft ihrer Konstruktion das innere, heilsgeschichtliche Gleichgewicht der Christologie nur formal beibehält und es prinzipiell zugunsten des endzeitlichen Parusiegeschehens zu zerstören droht." Die realistische Zukunftshoffnung dehnt "einfach den endgeschichtlichen Komplex des Parusiegeschehens zu einer eigenen heilsgeschichtlichen Periode von 1000 Jahren."[14] Dieses chiliastische Zwischenreich ist eine Geschichtsutopie. Sie wird zu einer Gefahr für die bestehende Ordnung, als die christliche Kirche diese selbst zu repräsentieren beginnt. Chiliasmus lebt ja *auch* - beim chiliasmus crassus - aus der Idee (Off 21, 1), daß der "neue Himmel" und die "neue Erde" dadurch geschaffen werden, daß der Herrschaft des Bestehenden ein radikales und blutiges Ende bereitet wird. Augustinus hatte die 1000 Jahre (vgl. Off 20, 1-10) als 7. Tag in sein Schema des "Civitas Dei" integriert und damit den Millenariumsgedanken entschärft. Der Chiliasmus entsteht aber auf zwei Wegen neu: entweder "als Rückkehr zum urchristlichen Prototyp unter Ausschaltung der als illegitim betrachteten patristischen Vorurteile. Oder aber die gesetzten Schranken werden im Bewußtsein besten Einvernehmens mit der Tradition argumentativ unterlaufen."[15] Die radikalere Variante taucht erst bei den Taboriten bzw. während der Reformation auf, die traditionalistische - also der chiliasmus subtilis - wohl erstmalig wieder bei Joachim von Fiore.

Joachim von Fiore hatte - ausgehend von Off 12, 6 und anderen Stellen - berechnet, daß die dort erwähnten 1260 Tage als 1260 Jahre zu verstehen seien. Er faßte diese Jahre in sieben Zeitalter. Diese Zeitalter finden sich bei Augustinus, Isidor von Sevilla (gest. 636) und Beda Venerabilis (674-735), dann auch im Mittelalter. Neu ist bei Joachim , daß er das 7. Zeitalter mit dem letzten Zeitraum der irdischen Geschichte identifiziert. Bei seinen Vorgängern war das letzte Zeitalter bereits eine überirdische Größe.[16] Die traditionelle Lehre von den 7 Zeitaltern verband Joachim

---

contradicentium falsitate per theses nervose solide et copiose explicati [1610-1621] , ed. Friedrich Cotta, t. 20, Tübingen 1781, p. 109f. (loc. XXX, 7, 79).

14 List: Chiliastische Utopie und radikale Reformation. (wie Anm. 3) S. 46f; vgl. S. 42.

15 Ebenda, S. 80.

16 Zu Joachim von Fiore vgl.: Bernhard Töpfer: Das kommende Reich des Friedens. Zur Entwicklung chiliastischer Zukunftshoffnungen im Hochmittelalter, Berlin 1964; Gert

mit der Lehre von den drei Weltzeiten (status). Die erste Zeit ist die des Alten, die zweite die des Neuen Testaments. Der dritte Status ist die Zeit des spiritus intellectualis. In ihm bedarf es keiner Schrift mehr, der Heilige Geist wohnt in den Menschen, die Menschheit ist an ihrem Ziel angelangt. Die dritte Weltzeit bedeutet Freiheit von aller Arbeit, von Verfolgungen und Krieg.

Der dritte Status ist für Joachim nahe. In ihm erreicht die Menschheit schon auf Erden ihre Vollkommenheit. Diese Gedanken werden von Joachims Schülern ausgebaut und wirken mit enormer revolutionärer Sprengkraft gerade bei den oppositionellsten und radikalsten Strömungen des Mittelalters: bei den Amalrikanern (Anfang des 13. Jahrhunderts in Paris, Orléans und der Champagne), die von der Inquisition um 1210 blutig unterdrückt wurden. "Diese Ideologie fand später bei den Brüdern und Schwestern vom freien Geist, die vor allem den fluktuierenden Teil der Beghinen und Begarden erfaßten, und bei den böhmischen Adamiten, die von den Taboriten als ´Ultralinke´ alsbald vernichtet wurden, breiten Widerhall."[17]

Joachims Spekulationen finden auch Eingang in das Ideensystem der Ortlieber von Straßburg.[18] Im "linken Flügel" der Franziskaner treffen wir ebenfalls joachimsche und joachimistische Vorstellungen. Gerhard von Borgo San Donnino (gest. um 1276), Petrus Johannis Olivi (um 1248-1298), Arnald von Villanova (um 1240-1311), Cola di Rienzo (1313-1354) und viele andere mittelalterliche Oppositionelle zogen ihre Kraft aus Joachims Chiliasmus.

Sachlich bestehen Berührungen zwischen Thomas Müntzers (um 1490-1525) Auffassungen vom inneren Wort und Joachims Erwartung einer inneren Erleuchtung der Heiligen der Geistzeit. Chiliasmus verlieh den Täufern zu Münster ihre revolutionäre Energie. Chiliastisches Gedankengut findet sich u.a. im Deutschland des 16. Jahrhunderts auch bei Augustin Bader (hinger. 1530), Hans Hut (um 1490-1527) und Melchior Hofmann (um 1495/1500-1543), in den Niederlanden bzw. in Basel bei David Joris (1501/2-1556). Paracelsus (1493/4-1541) glaubte, eine Generalreform der kirchlichen, staatlichen und pädagogischen Verhältnisse

---

Wendelborn: Gott und Geschichte. Joachim von Fiore und die Hoffnung der Christenheit, Leipzig 1974.

17 Wendelborn: Gott und Geschichte (wie Anm. 16), S. 244.

18 Ebenda, S. 247.

werde das Geistzeitalter heraufführen. Von einer bevorstehenden Generalreform im Sinne der Ankunft des tausendjährigen Reiches sprach auch Caspar von Schwenckfeld (1489-1561). Valentin Weigel (1533-1588) erwartete von diesem Reich die Beseitigung der weltlichen Reiche und Stände. Ideen von Thomas Morus (1478-1535), Tommaso Campanella (1568-1639), Francis Bacon (1561-1626) sind mit der Generalreform verbunden. Allerdings begann sich hier " - und insofern sind diese Entwürfe typisch für die aufgekommene Neuzeit - der Gedanke der geistig-religiösen Erneuerung mit dem Versuch einer rationalen Konstruktion der menschlichen Beziehungen zu verbinden, wobei Einflüsse der Renaissance einschließlich ihrer Architektur sich eigenartig mit der neuplatonisch bestimmten 'Pansophie' verbanden. Auch spielt die Pädagogik in den von diesen Männern erhofften idealen Gemeinschaften bereits eine herausragende Rolle."[19]

Joachims zeitliche Berechnungen sind mehrfach "umgerechnet" worden. Nicht um der Zahlenspielerei willen, sondern weil man das tausendjährige Reich der Gerechtigkeit inbrünstig herbeisehnte. Neu wird im 16. und 17. Jahrhundert, daß man diese aufkommende Zeit naturwissenschaftlich zu fassen, sich wissenschaftlich auf sie vorzubereiten suchte, Möglichkeiten zu ihrer bestmöglichen Gestaltung ersann. Im beginnenden 17. Jahrhundert ist eine Erklärung der Welt, ein Mühen um eine Generalreform ohne Gott noch nicht vorstellbar. Aber es ist nicht mehr der Gott des Mittelalters oder Luthers. Eindeutig zeigt sich das in Deutschland etwa an der Rosenkreuzerbewegung um Johann Valentin Andreae (1586-1654).

Utopie wie Chiliasmus wählen eine Möglichkeit von Welt als die ihre und würden diese Welt sogar erschaffen, so sie es vermöchten. Zum bestehenden Gesellschaftszustand wird ein revolutionäres Gegenbild geschaffen. Bei den chiliasti subtili wird eine geistige und intellektuelle Revolution in den Köpfen der Menschen vorbereitet. Bei den chiliasti crassi finden wir das Bestreben, diese geistige Revolution zu realisieren. Chiliasmus crassus wie chiliasmus subtilis wie Utopie gehen aber über allmähliche sozialen Reformen weit hinaus.

Zudem sind Utopie wie Chiliasmus stark dialektisch. Sie sind immer historisch relativ, tragen die Keime ihres eigenen Ausgeschiedenwerdens

---

19 Ebenda, S. 265.

im Fortschreiten der Zeit in sich, sind gegen jede Verabsolutierung. Ihre Vision von der bestmöglichen Zukunft ist dem Wandel unterworfen. Das hat auch F. Engels konstatiert: "Ebensowenig wie die Erkenntnis kann die Geschichte einen vollendenden Abschluß finden in einem vollkommnen Idealzustand der Menschheit; eine vollkommne Gesellschaft, ein vollkommner ´Staat´ sind Dinge, die nur in der Phantasie bestehn können; im Gegenteil sind alle nacheinander folgenden geschichtlichen Zustände nur vergängliche Stufen im endlosen Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft von Niedern zum Höhern. jede Stufe ist notwendig, also berechtigt für die Zeit und die Bedingungen, denen sie ihren Ursprung verdankt, aber sie wird hinfällig und unberechtigt gegenüber neuen, höhern Bedingungen, die sich allmählich in ihrem eignen Schoß entwickeln; sie muß einer höhern Stufe Platz machen, die ihrerseits wieder an die Reihe des Verfalls und des Untergangs kommt."[20] Es zeugt so von wenig Marxismuskenntnis, wenn man behauptet, im Marxismus endige die menschliche Geschichte im Kommunismus. Auch die Vertreter von Utopie und Chiliasmus wissen, "daß die Zukunft stets zur Gegenwart wird, und daß die sich vorwärts bewegende Gegenwart unauflöslich neue Sozialkritik und neue Umformungen der sozialen Ordnung verlangt ... Wie die menschlichen Verhältnisse sich ändern, so ist auch die Natur des Erdachten einem Wandel unterworfen. Und dennoch bleibt in allem Wandel die Idee irgendeiner Form des sozialen Umsturzes enthalten."[21] Auch für den Chiliasmus gilt m. E.: er "ist nicht nur schöpferisch, ... wirkt auch als Normen-Filter ... ist der Polarstern in der Konstellation der menschlichen Werte."[22] Utopie wie Chiliasmus setzen die Realisierung des Bestmöglichen auf ihren Entwurf, setzen damit auf die Zukunft, auf die menschliche Würde. Fordert doch der Begriff menschlicher Würde, "daß der Mensch seine Geschichte selbst gestaltet, daß er seine eigene Gesellschaft im Sinne vernünftiger und moralischer Prinzipien ordnet, und daß er über seine eigene Zukunft zielbewußt und im Sinne der Verwirklichung einer bestmöglichen Gesellschaft entscheidet."[23]

---

20 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW, Berlin 1962, Bd. 21, 267.

21 Fred Lodewijk Polak: Wandel und bleibende Aufgabe der Utopie. In: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen, hrsg. und eingel. von Arnhelm Neusüss, Neuwied und Berlin 1968, S. 365.

22 Ebenda, S. 369.

23 Ebenda, S. 370.

Auch der Chiliast ist ein ewiger Frager nach dem "warum" von Zuständen, Geschehnissen, Begebenheiten etc. im individuellen wie gesellschaftlichen Leben. Diese "stachligen Fragen durchstechen die Kruste bürgerlicher Selbstzufriedenheit und geben allen etablierten Interessen das beunruhigende Gefühl, daß ihre Wälle durchbrochen werden."[24] Auch eine jede chiliastische Idee "wurzelt in der sich wandelnden Gegenwart, formt diese und wird von ihr geformt."[25] Andererseits spekuliert sie über künftige Möglichkeiten und reflektiert sie. Allerdings zu jeder Zeit recht global! Und der chiliasmus crassus unterstreicht "die Tatsache, daß die Zukunft der Gesellschaft in den Händen der Menschen selbst liegt. Ihnen ein hohes Ziel setzend, inspiriert sie den Glauben an die Kraft dieser Hände, für das gesellschaftlich Gute zu arbeiten, aktiviert durch die unablässige Energie und den strebenden Idealismus des menschlichen Geistes.[26] Auch bei den verschiedensten Formen des Chiliasmus sollte man, so meine ich, die Dialektik von Individuum und Kollektiv anwenden. In der Hinsicht, daß dem Individuum auch in den revolutionären chiliastischen Bewegungen geistige Heimstätten vorgegeben sind. Schließt sich ein Individuum einer solchen Bewegung an, so wird seine Entfaltung ermöglicht und zugleich gefordert. Das Individuum ist dabei glücklich, dem Ziel alles zu widmen, das es für richtig hält. Und es soll dabei alle seine Fähigkeiten entfalten.

Welches sind nun wesentliche Merkmale des Chiliasmus? Ich gebe nachstehend sechs Punkte an[27], wobei ich auch hier Gemeinsamkeiten von Chiliasmus und Utopie voraussetze. Dabei möchte ich davor warnen, auch heutige "chiliastische" Bewegungen in die von mir charakterisierte Linie einzubeziehen. M. E. geht diese revolutionäre, vom Christentum genährte Bewegung lediglich bis zum 18. Jahrhundert.

1. Die Chiliasten glauben nicht, "daß die Menschheit nach einem Werk Gottes oder nach einem Gesetz der Natur in alle Ewigkeit denselben Trott weitertrotten muß, in dem sie sich in den uns bekannten Jahrtausenden vorwärtsbewegt hat."[28] Hier wird auf die aktive Rolle des Men-

---

24 Ebenda, S. 374.
25 Ebenda, S. 381.
26 Ebenda, S. 386.
27 Vgl. Ludwig Marcuse: Vom Wesen der Utopie. Die Sehnsucht nach einer besseren Gesellschaft. In: Ludwig Marcuse: Essays, Porträts, Polemiken. Ausgewählt aus vier Jahrzehnten von Harold von Hofe, Zürich 1979, S. 300-306.
28 Ebenda, S. 300.

schen gesetzt. Dabei gibt es bei den verschiedenen chiliastischen Fraktionen in zwei Fragen grundlegende Unterschiede: Wer (welche Menschen, Christen usw.) kann die Umwälzung zustande bringen? Wieviel und was von der heutigen Misere wird ins "Tausendjährige Reich" übernommen? 2. Die Chiliasten vermögen nicht mit allen bestehenden Vorurteilen zu brechen. Sie sind Kinder ihrer Zeit, manches aus der Bibel wird auch in ihren Vorstellungen wie Gestaltungsprinzipien fortgeschrieben, ich erinnere an die Täufer zu Münster. 3. Ebenso wie eine negative Theologie gibt es auch einen negativen Chiliasmus. Er zeichnet in gewisser Hinsicht die anzustrebende "goldene Zeit" durch die Verkündigung dessen, was es nicht mehr in ihr geben wird. Positive Aussagen, was an dessen Stelle treten soll, sind selten. Was aber ist generell über die Zukunft sagbar? Vergessen wir nicht, daß Marx´ und Engels´ Aussagen über den Kommunismus sich *letztlich* auf den Satz "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen:"[29] zurückführen lassen. Was soll man im Heute *generell* an positiven Detailaussagen über das Morgen erwarten? 4. In allen großen Revolutionen oder revolutionären Bewegungen der frühen Neuzeit war der Chiliasmus stets die revolutionärste Kraft. So sind es in der englischen Revolutionsbewegung des 17. Jahrhunderts "vor allem chiliastische Vorstellungen, der feste Glaube, Träger der Heilshoffnungen des kommenden Gottesreiches zu sein, die die Massen der 'Heiligen´ entflammten und ihnen ihre gewaltige Stoßkraft verliehen; bis dann wiederum der von Cromwells ebenfalls chiliastisch erregten Scharen sich ablösende radikale Flügel der sogenannten Levellers und Diggers zum drittenmal den Versuch einer praktischen Verwirklichung chiliastischer Hoffnungen und kommunistischer Gemeinschaftsform gewagt und sich daran wiederum schnell verblutet hat."[30] England nenne ich hier, weil Johann Heinrich Alsted (1588-1630), Professor in Herborn, dann in Weißenburg, mit seinen chiliastischen Gedanken auch zur Vorbereitung der englischen Revolution beigetragen hat.[31] Alsted publizierte 1627 in Frankfurt/M. sein Buch

---

29 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW, Bd. 19, Berlin 1969, S. 21.

30 Alfred Doren: Wunschräume und Wunschzeiten (1927). In: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen. (wie Anm. 21) S. 154f. Vgl. zu den Diggern: Gerrard Winstanley: Gleichheit im Reiche der Freiheit. Sozialphilosophische Pamphlete und Traktate. Hrsg. und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner, 2. korrig. Aufl., Leipzig 1986.

31 Wilhelm Schmidt-Biggemann: Apokalyptische Universalwissenschaft. Johann Heinrich Alsteds "Dia tribe de mille annis apokalypticis". In: Pietismus und Neuzeit. Bd. 14: Chi-

"Diatribe de Mille Annis Apocalypticis, non illis Chiliastarum et Phantastarum sed BB Danielis et Johannis", in dem er den Anbruch des "Tausendjährigen Reiches" auf 1694 festlegte. Alsted ist auch ein einflußreicher Lehrer von Johann Amos Comenius (1592-1670). Leider ist zu diesem Problem, wie zu Alsted überhaupt, wenig gearbeitet worden.[32] 5. Die Dynamik auch einer jeden chiliastischen Bewegung ist von zwei unterschiedlichen Kräften gespeist: "einem historisch bedingten Kampf um die Macht und dem ... uralten, immer noch nicht gewonnenen Kampf fürs Paradies. Beide Kämpfe werden bisweilen von derselben Person ausgefochten; daher die Zweideutigkeit so vieler Revolutionäre."[33] Nur andeutend sei hier festgestellt: in *allen* Revolutionen führten die unterschiedlichen Positionen um diese beiden wesentlichen Punkte zu schärfsten Auseinandersetzungen, die bis zu physischen Liquidationen führen konnten. Wer die "Moskauer Prozesse" (1937/38) als ausschließliches Charakteristikum der "totalitären Sowjetunion" versteht, hat von Geschichte wenig Ahnung oder verschweigt ihre Fakten bewußt. 6. Die Chiliasten hatten zum einen von der Zukunft eine sehr primitive Vorstellung, im Zweifelsfall stützten sie sich bei Erklärung der Zukunft auf ihnen genehme Bibelstellen. Aber sie stellten das Bestehende generell in Zweifel, und allein das machte ihre Größe in einer Zeit aus, die ich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts datieren möchte. Die letzte große, progressiv zu verstehende deutsche *christliche* chiliastische Utopie stammt m. E. von dem württembergischen Pietisten Johann Albrecht Bengel (1697-1752). Er datierte den Beginn des "tausendjährigen Reiches" auf 1836 und wollte es 2000 Jahre währen lassen.[34]

Entscheidend ist m. E. nicht, daß die chiliastischen Versuche, Experimente, Zielstellungen nicht realisiert wurden. Entscheidend ist vielmehr, daß diese der Bibel verpflichteten Revolutionäre überhaupt entsprechende Versuche unternehmen, qualitativ neue gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, auf deren Möglichkeit hinzuweisen, entsprechenden

---

liasmus in Deutschland und England im 17. Jahrhundert, hrsg. von Martin Brecht u.a., Göttingen 1988, S. 59, 68f.

32 Vgl. Wilhelm Schmidt-Biggemann: Topica universalis. Eine Modellgeschichte humanistischer und barocker Wissenschaft, Hamburg 1983, S. 100-139. Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650, (wie Anm. 12), S. 190-196 u.ö.

33 Marcuse: Vom Wesen der Utopie (Anm. 26) S. 303.

34 Vgl. Corrodi: Kritische Geschichte des Chiliasmus (wie Anm. 4; T. 3, 1783) S. 160-191; Frankfurt und Leipzig 1783.

Glauben und entsprechende Hoffnungen zu erwecken beziehungsweise zu nähren. Was nun besagt dies für die Geschichte? Diese Frage sei hier nur gestellt. Ihre Beantwortung verlangt eine lange und subtile Forschungsarbeit. Dabei sei nachdrücklich betont: auch Chiliasmus im 16. und 17. Jahrhundert wird häufig einseitig interpretiert. Ich halte es mit Karl Mannheim: "Will man das Chiliastische in seiner wahren Substanz sich einigermaßen näherbringen und für die wissenschaftliche Erfaßbarkeit zugänglich machen, so gilt es zunächst darauf zu achten, daß man nicht die Bilder, Symbole und Formen, in denen dieses Bewußtsein denkt, für das ´Chiliastische´ selbst nimmt."[35] Allerdings ist diese Aufgabe weitgehend vernachlässigt worden, jedenfalls für das 17. Jahrhundert in Deutschland.

Vielfach ist auch der philosophische Hintergrund des Chiliastischen nicht bedacht worden. Dieser ist mit 1. Ko 13,13 zu umreißen: "Nunc autem manet fides spes caritas tria haec maior autem his est caritas." Gerade auf die Hoffnung werden wir noch zurückkommen, wenngleich sehr allgemein. Bedacht sei, daß auch das Hoffnungsverständnis unterschiedliche Etappen aufweist.

Chiliasmus geht immer auch auf Zukunft. Auch das basiert eben auf Hoffnung, auch im 16. und 17. Jahrhundert. Eindeutig wird es in säkularisierten Chiliasmen. Von J. G. Herders "Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" (1784-91), I. Kants "Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" (1784), F. Schillers "Was heißt und zu welchem Zwecke studiert man Universalgeschichte?" (1789) und Hegels "Philosophie der Weltgeschichte" an, ist allen Historikern und Geschichtsdenkern ein Sendungsbewußtsein und ein Glaube an eine sinnerfüllte Geschichte und die große Aufgabe der Menschheit eigen. Auch m. E. wurzeln diese theoretischen Würfe in den chiliastischen Ideen, besonders im Hoffnungsprinzip.[36] Beiläufig: K. Marx und F. Engels schreiben: Die Geschichte "ist *nichts* als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen."[37] Das gilt auch für den Chiliasmus, nicht nur für den des 17. Jahrhunderts. Denn Hoffnung aktualisiert das Unterwegssein des Menschen.

---

35 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, 4. Aufl., Frankfurt/Main 1955, S. 186f.

36 Vgl. Jürgen Moltmann: Theologie der Hoffnung. Untersuchungen zur Begründung und zu den Konsequenzen christlicher Eschatologie, 4. Aufl., München 1965, S. 11-13, 240-243.

37 Karl Marx/Friedrich Engels: Die heilige Familie, in: MEW, Bd. 2, Berlin 1957, S. 98.

Der Chiliasmus zieht sich wie ein mächtiger, wenngleich zeitweilig unterirdischer Strom durch die gesamte Religions- und Geistesgeschichte.[38] Selbstverständlich fasse ich unter Geistes- auch Philosophiegeschichte. Betrachtet man den Chiliasmus nach den für ihn wesentlichen Grundvorstellungen, so gehört er der allgemeinen Religionsgeschichte an. Die ihm zugrundeliegende Geschichtsauffassung ist von der transzendenten Thematik aller großen Erlösungsreligionen, vor allem der iranischen und jüdischen, bestimmt, denen die irdische Geschichte immer als ein Wegstück zwischen absolutem Anfang und absolutem Ende der Menschheitsgeschichte erscheint: jenen heilsgeschichtlichen Polen, die ihrerseits durch das göttliche Handeln im voraus bestimmt sind und damit der irdischen Geschichte Ursprung und Ziel zuweisen. Dieser Glaube an eine durch transzendente Macht bewirkte *Lenkung der Geschichte,* dieses Gefühl des Menschen, Werkzeug und Mittler eines notwendig sich erfüllenden, göttlichen Heilsplans zu sein, eignet allen originär religiösen chiliastischen Zukunftserwartungen. Noch nach I. Kant ist die Behauptung, das menschliche Geschlecht sei "im *beständigen* Fortgange zum Besseren in seiner moralischen Bestimmung", als Chiliasmus zu bezeichnen.[39] Chiliastisches Zukunftsdenken atmet gerade in Krisenzeiten und -situationen den Ton einer unbeirrbaren Prophetie. Dieses kennzeichnende Glaubensmotiv hat der Chiliasmus in die antiken Träume von einem goldenen Zeitalter hineingetragen. Ihm schwebt weder ein ferner, sagenhafter Wunschraum noch eine ferne, mythisch verklärte Wunschzeit vor - Alfred Doren unterschied 1927 Wunschraum und Wunschzeit -, sondern "das Ende eines Anfangs, der bereits ... geschichtliche Wirklichkeit geworden ist, das Ziel eines Pfeiles, der bereits abgeschossen ist, der Treffpunkt einer Bewegung, die bereits bis nahe an ihr Ende gekommen ist."[40] Ein solches Geschichtsbewußtsein geht mit einem darin notwendig verankerten Glaubensmotiv

---

38 Vgl. zum ff. Siegfried Wollgast: Theologie, Naturphilosophie und Literatur in der frühen Neuzeit. Einige Aspekte. In: "Der Buchstab tödt - der Geist macht lebendig". Festschrift zum 60. Geburtstag von Hans-Gert Roloff. Hrsg. von James Hardin und Jörg Jungmayr. Bd. II, Bern u.a. 1992, S. 1197-1236; Hans-Joachim Mähl: Die Idee des goldenen Zeitalters im Werk Novalis. Studien zur Wesensbestimmung der frühromantischen Utopie und zu ihren ideengeschichtlichen Voraussetzungen. 2. unveränd. Aufl., Tübingen 1994, S. 187-252.

39 Immanuel Kant: Der Streit der Fakultäten. Hrsg. und mit einem Nachw. von Steffen Dietzsch, 2. veränd. Aufl., Leipzig 1992, S. 80 (II, 3).

40 Ernst Benz: Die Geschichtsmetaphysik Jakob Böhmes. In: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, Halle 13 (1935), S. 452.

einher: der erhofften Ankunft eines göttlichen Herrschers, eines gottgesandten Friedensfürsten oder Erlöserkindes, die den Einbruch der Transzendenz in die Geschichte sinnfällig verkörpern und in deren Hände die Heranführung des großen Weltfriedensreiches am Ende aller Tage gelegt werden kann. Dabei wird die Beziehung zur antiken Idee des goldenen Zeitalters ausdrücklich betont.

Im Chiliasmus geht es stets um Zukunftsgestaltung. Diese kann allerdings sehr unterschiedlich gefaßt sein. Jedenfalls: "Die Gewißheit um das Letzte und das Wissen um die Geschichte gehören zusammen."[41] Echte Forschung und Lebensvorstellung fassen ja stets Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als eine Einheit. Isolation der Vergangenheit führt zu einer Verwerfung der Gegenwart und Projizierung der Vergangenheit auf die Zukunft. Das hat oft zu Schrecknissen geführt. Isolation der Gegenwart ist eigentlich unsinnig, sie erfolgt aber dennoch nur zu oft. Philosophisch-theologisch führt das zu einer Theorienlosigkeit - man kann auch Praktizismus sagen -, die zudem weder auf Vergangenheit noch Zukunft Rücksicht nimmt. Isolation der Zukunft ist eigentlich theoretisch nicht vollziehbar, so sie aber praktiziert wird, ergibt sich bestenfalls ein theoretisches Wolkenkuckucksheim. Oder man sucht Zukunft zu erzwingen, um damit die Unbillen der Gegenwart wegzuretuschieren. Auch das endigt beim Fiasko.

M. E. schwingt in Chiliasmus stets Mystik mit. Dabei setze ich voraus, was häufig nicht gesehen wird: daß sich Mystik und Rationalismus nicht notwendig ausschließen: Mystik als *philosophische* Mystik ist ohne Rationalität nicht denk- oder machbar. Das Telos des Chiliasmus vermag auch die Mystik auszudrücken. Sie ist ein gesellschaftliches wie ein individuelles Phänomen. Mystik wie Pantheismus bestimmen auch chiliastisches Denken im 17. Jahrhundert so stark, daß vom ´mystischen Pantheismus´ gesprochen werden kann.[42] Hoffnung ist ein Leitwort jedes Chiliasmus, auch der Apokalyptik. So setzt Chiliasmus auf den "Gott der Hoffnung" (Rö 15,13). Aber auch Mystik setzt Hoffnung, und Spinozas wie Herders Pantheismus, zu denen Jahrtausende philosophischer

---

41 Paul Althaus: Die letzten Dinge. Lehrbuch der Eschatologie. 8. unveränd. Aufl., Gütersloh 1961, S. 8.

42 Vgl. z.B. Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650 (wie Anm. 12) Kap. IX-XII; Siegfried Wollgast: Mystische Strömungen in Literatur und Philosophie der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Deutschland. In: Daphnis. Zeitschrift für Mittlere Deutsche Literatur, Amsterdam 21 (1992), S. 269-303.

wie theologischer Denkweisen und Strukturen führen, setzt sie ebenfalls. Ernst Blochs (1885-1977) Hoffnungsphilosophie wird, zum Teil jedenfalls, davon gespeist. Selbstangst und Weltangst sind die Grundformen der Angst. Auch sie "ist die Entdeckung der Zukunft. Die Zukunft aber öffnet sich vor uns als Raum der Freiheit." [43] Hoffnung hat zudem etwas mit Glauben zu tun, was hier auch nur andeutend wiederholt sei.Es ist dies für den Theoretiker weder der Alltags- noch der christliche Gottesglaube. Karl Jaspers sagt, und dem möchte ich mich anschließen: "Der *philosophische Glaube* ... ist der Glaube des Menschen an seine Möglichkeit. In ihr atmet seine Freiheit."[44] Das aber gilt auch für den Chiliasmus, der als chiliasmus crassus nicht auf die Weltveränderung wartet, sondern sie selbst mit herbeizuführen sucht. Jede Form des Chiliasmus heißt auch Aktivismus des Individuums, zumindest geistigen Einsatz der Persönlichkeit. Er heißt Optimismus - trotz allem Leid der Gegenwart. Und er heißt Überzeugtsein, wofür Glaube und Hoffnung als Grundlage stehen.

Chiliasmus, Pantheismus, Mystik, sozialrevolutionäres Denken lassen sich ebensowenig voneinander trennen wie Chiliasmus und Utopie, Chiliasmus und Apokalyptik, Chiliasmus und Prophetismus. Die Abstufungen sind zugegebenermaßen sehr differenziert, ein Schema läßt sich dafür nicht angeben.[45] Wichtig erscheint mir auch L. Radványs (1900-1978) Feststellung: Der Chiliasmus greift nicht den einzelnen Menschen

---

43 Ulrich H.J. Köttner: Weltangst und Weltende. Eine theologische Interpretation der Apokalyptik, Göttingen 1988, S. 129.

44 Karl Jaspers: Der philosophische Glaube, München 1954, S. 57.

45 Vgl. zu diesem Komplex auch: Thomas Nipperdey: Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit. In: Archiv für Kulturgeschichte, Köln - Graz 44 (1962) S. 357-378; Winfried Schröder: Utopie. In: Philosophisches Wörterbuch. Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr. 12. Aufl., Leipzig 1976, Sp. 1249-1254; Werner Krauss: Überblick über die französischen Utopien von Cyrano de Bergerac bis zu Etienne Cabet (1962). In: Werner Krauss: Die Innenseite der Weltgeschichte, Leipzig 1983, S. 184-231; Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie, Bd. 1-3. Hrsg. von Wilhelm Vosskamp, Stuttgart 1982. Italo Mancini: Teologia, ideologia e utopia, Brescia 1974 spricht direkt von der chiliastischen Utopie. Vgl. dazu: Bruno Bellerate: Die Bedeutung der Utopie im Leben und in den Schriften J.A. Komenskys. Anstöße und Erwartungen. In: Emendatio rerum humanarum. Erziehung für eine demokratische Gesellschaft. Festschrift für Klaus Schaller. Hrsg. von Franzjörg Baumgart / Käte Meyer-Drawe / Bernd Zymek, Frankfurt/M. u.a. 1985, S. 31-43; Martin Buber: Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung. Mit einem Nachwort hrsg. von Abraham Schapiro, 3. erheblich erweit. Aufl., Darmstadt 1986.

an, sondern das in den Individuen und Institutionen wirkende böse Prinzip.[46] Auch dieser Grundgedanke wird m.E. oft vernachlässigt.

Die "Confessio Augustana" XVII und die "Confessio Helvetica" XI hatten den Chiliasmus verworfen. Im Luthertum war diese Ablehnung auch seit 1535 innerhalb von Philipp Melanchthons "Loci theologici" im locus "De Regno Christi" fixiert.

Kein Jahrhundert der Neuzeit hat in Deutschland so wenig historische und philosophische Untersuchung erfahren, wie das siebzehnte. Für mein Thema hier - und nicht nur dafür - ein ernstlicher Mangel. Wenn Heinrich Corrodi (1752-1793) feststellt, daß im 17. Jahrhundert die Zahl der Chiliasten in Europa größer als je zuvor ist[47], so gilt dies eben auch für Deutschland! Hier hatte die Reformation ihren Ausgang genommen, zeitweilig war Deutschland zu neun Zehnteln evangelisch. Aber die Katholiken gingen in der sogenannten Gegenreformation, ausgerüstet mit einer neuen Ideologie bzw. Theorie zum Gegenangriff über. Dieser Kampf der drei Hauptkonfessionen - der Katholiken, Reformierten und Lutheraner - verläuft ohne christlich-neutestamentlichen Friedens- und Versöhnungsgeist: Wer nicht der herrschenden Religion anhängt, wird als Naturalist, Gottloser, als moralisch verkommen, als des Teufels Gefährte oder Produkt gekennzeichnet. Glimpflich kommt davon, wer nur ins Exil getrieben wird, so er nicht, häufig mehrfach, konvertiert.

Die Kirche ist zu dieser Zeit mit dem Staat untrennbar verbunden. *Cuius regio* et *eius religio* gilt seit 1555, ständig werden Religionskriege geführt. Sie bringen Not, Elend, Pest, Tod, nahezu unvorstellbare Grausamkeiten. Was Wunder, daß breite Schichten (nicht allein wohl stets opponierende Individualisten) in Stadt und Land eine neue Welt herbeisehnen? Daß sie von Christi Wiederkehr auf Erden, von einem Friedensfürsten, einem gerechten Staat träumen? Dies wird aus der Bibel und dem Gottesverständnis zu begründen gesucht, auch das naheliegendste: die Sehnsucht nach einem krieglosen Zustand. Allerdings ist dies in Deutschland im 17. Jahrhundert vorwiegend chiliasmus subtilis, nicht crassus wie bei den "Fifth Monarchy Man" in England. Es ist kein aktives Handeln, es ist ein Leben mit der Hoffnung. Dennoch haben alle

---

46 Ladislaus Radvány (Johann Lorenz Schmidt): Der Chiliasmus. Ein Versuch zur Erkenntnis der chiliastischen Idee und des chiliastischen Handelns, Budapest 1985 (Diss. Heidelberg 1923), S. 68.

47 Corrodi: Kritische Geschichte des Chiliasmus. (wie Anm. 4; T. 3, 1783), S. 6-9.

Kirchen und zugleich auch alle Regierungen im 17. Jahrhundert in Deutschland diesen Chiliasmus erbittert und gnadenlos verfolgt. Schon allein, weil seine Wortführer die bestehenden Zustände in ihren Reden, Predigten und Publikationen gnadenlos geißelten.

Aus dem breiten Spektrum chiliastischen Denkens im Deutschland des 17. Jahrhunderts seien hier nur einige Beispiele angeführt. 1. Die Wirkungen des Paracelsus; 2. Jakob Böhme (1575-1624); 3. Ludwig Friedrich Gifftheil (1575-1661); 4. Johann Wilhelm (1649-1727) und Johanna Eleonora Petersen (1644-1724); 5. Johannes Permeier (geb. 1597, nachweisbar bis 1644); 6. Quirinus Kuhlmann (1651-1689). Von einigen anderen werde ich lediglich die Namen nennen, obgleich sie nicht weniger bedeutsame Chiliasten sind. Chiliastische Ideen finden sich im 16. und 17. Jahrhundert in Deutschland selbst im protestantischen wie katholischen Kirchenlied.[48] Auch in der Lyrik dieser Zeit finden sich chiliastische Elemente, so in Chr. V. Andreaes "Christenburger Schlacht" und bei J. M. Meyfart (1590-1642).[49] Gleiches gilt auch für Romane wie Hans Jacob Christoffel von Grimmelshausens (1622-1676) "Simplicius Simplicissimus"[50], für Puppenspiele, für die "Semita Amoris Divini" des Daniel Czepko von Reigersfeld (1605-1660), angelegt als Oratorium[51], für Johann Michael Moscheroschs (1601-1669) Prosasatire "Letztes Gericht"[52], ebenso für die großen Predigtgedichte des 17. Jahrhunderts, etwa von Justus Georg Schottelius (1612-1676) und Johannes

---

48 Vgl. List: Chiliastische Utopie und radikale Reformation (wie Anm. 3), S. 120-241; Dietrich Korn: Das Thema des Jüngsten Tages in der deutschen Literatur des 17. Jahrhunderts. Tübingen 1957, S. 14-56; Klaus Deppermann: Melchior Hoffmann. Soziale Unruhen und apokalyptische Visionen im Zeitalter der Reformation, Göttingen 1979.

49 Vgl. Wollgast (wie Anm. 12), S. 599, 646, 661, 726 und 858. Zu J.M. Meyfart vgl. Hartmut Lehmann: Die Deutung der Endzeitzeichen in Johann Matthäus Meyfarts Buch vom Jüngsten Gericht. In: Pietismus und Neuzeit, Bd. 14 (wie Anm. 31) S. 13-24. Zum Chiliasmus des 17. Jahrhunderts generell: Hartmut Lehmann: Das Zeitalter des Absolutismus. Gottesgnadentum und Kriegsnot, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1980.

50 Johann Jakob Christoffel von Grimmelshausen: Der abenteuerliche Simplicissimus II. Unv. Nachdr. einer Bearbeitung von Reinhard Buchwald, Berlin 1959, S. 145-150 (Buch 5, Kap. 16), S. 186-189 (Buch 6. Kap. 2). Vgl. Julius Petersen: Grimmelshausens "Teutscher Held". In: Euphorion. Zeitschrift für Literaturgeschichte, 17. Erg. Heft, Leipzig und Berlin 1924, S. 1-30; Hans Dieter Gebauer: Grimmelshausens Bauerndarstellung. Literarische Sozialkritik und ihr Publikum, Marburg 1977, S. 186-216.

51 Korn: Das Thema des jüngsten Tages (wie Anm. 48), S. 66-68; vgl. Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650 (wie Anm. 12), S. 850-852.

52 Korn (wie Anm. 48), S. 68f.

Scheffler (Angelus Silesius, 1624-1677).[53] Gerade führende lutherische Theologen, wie Aegidius Hunnius (1550-1603), Daniel Cramer (1568-1637), Johann Affelmann (1588-1624), Matthias Hoë von Hoenegg (1580-1645) haben sich in diesem Jahrhundert mit dem Chiliasmus theoretisch auseinandergesetzt.[54]

Schon bei Paracelsus findet sich "die urchristliche *Naherwartung*, der Glaube an einen irgendwann, vielleicht schon bald, eintretenden besseren neuen Zustand, an eine hereinbrechende Neuordnung der Welt." Diese Vorstellung äußert sich auch bei ihm in zwei Formen: in der "Erwartung eines baldigen großen Umbruchs, einer kosmischen und geschichtlichen Katastrophe, die ein neues Weltzeitalter bzw. eine neue Welt mit völlig veränderten Verhältnissen heraufführt; und die Vorstellung von einer früher oder später, jedenfalls in absehbarer Zeit oder nicht allzu ferner Zukunft, eintretenden organischen Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse, von einer Hineinentwicklung des Menschen in ein Gottes- oder Endreich auf Erden, das gleichsam die Verlängerung, die letzte Phase der Weltgeschichte ist, irgendwie noch zu ihr gehörig, aber doch nicht ganz."[55] Der vorläufige Endzustand wird mit der Frage der Gesellschaftsordnung und ihrer Erneuerung eng verbunden. So sollen sich die geizigen Reichen kein "seliges Leben" erhoffen, da sie dies schon auf Erden hatten, allerdings nicht nach dem Willen Gottes. Es gibt allerdings auch einen "selig reichthumb" auf Erden, wenn man nicht "sein lust", sondern "seines nechsten nutz" sucht.[56] Ansatz für eine Neuwertung des Paracelsischen Zukunftsdenkens ist m.E. auch seine

---

53 Ebenda, S. 99-118.

54 Vgl. Johannes Wallmann: Zwischen Reformation und Pietismus. Reich Gottes und Chiliasmus in der lutherischen Orthodoxie. In: Verifikationen. Festschrift für Gerhard Ebeling zum 70.Geburtstag. Hrsg. von Eberhard Jüngel, Johannes Wallmann und Wilfried Werbeck, Tübingen 1982, S. 190-194.

55 Kurt Goldammer: Paracelsus in neuen Horizonten. Gesammelte Aufsätze, Wien 1986, S. 125; Vgl. zum ff. auch: Wollgast: Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650 (wie Anm. 12), S. 647-665, 526, 537-543, 267-269, 334-337, 671-676, 784-787; Paracelsus: Vom gesunden und seligen Leben. Ausgewählte Texte, 2. stark veränd. Aufl. Hrsg. von Rolf Löther und Siegfried Wollgast, Leipzig 1991, S. 264-290 (Nachw.); Siegfried Wollgast: Zur Wirkungsgeschichte des Paracelsus im 16. und 17. Jahrhundert. In: Resultate und Desiderate der Paracelsus-Forschung. Hrsg. von Peter Dilg und Hartmut Rudolph, Stuttgart 1993 (Sudhoffs Archiv B 31), S. 113-144; Siegfried Wollgast: Chiliasmus und soziale Utopie im Paracelsismus (im Druck).

56 Vgl. Theophrast von Hohenheim genannt Paracelsus: Sämtliche Werke, 2. Abt.: Theologische und religionsphilosophische Schriften. Hrsg. von Kurt Goldammer, Bd. II-VII, Wiesbaden 1955-1986. - Im ff. zit. als 2 (Abteilung)/ - römische Ziffer (Band) Hier: 2/II, S. 47 (Liber de honestis utrisque divitiis).

Unterscheidung vom "seligen" und "ewigen" Leben. Wer dem "Zwang der falschen Christen" entronnen ist, wer sich in den Dienst der Armut begibt, wird sich schon "hie im seligen Leben" befinden. Dabei ist Trennung von falschen Christen, die unter Kaiser und Papst leben, vonnöten.[57] Das aber wird nur in einer politischen Gemeinschaft möglich, die von falschen Elementen frei ist.[58] Wesentlich für den Chiliasmus des Paracelsus ist auch sein Begriff der "güldenen Welt": "zu der zeit der großen ärnt wird die güldine welt angehn" unter dem einzigen Regenten Christus.[59] Dann werden auch die Kirchenspaltungen aufgehört haben. Und in der "güldenen welt" wird das Erdreich ein Königreich des Gesalbten Gottes sein.[60] Auch die Idee des 'höchsten Geistes'- ebenfalls ein Zentralbegriff Paracelsischer Gesellschaftstheorie - sollen wir bereits auf dieser Welt verwirklichen und nach ihr leben.[61] Wesentlich für Paracelsi Zukunftsdenken ist auch seine Armutsidee. Sie wird unter anderem in seinen Schriften 'De summo et aeterno bono', 'De felici liberalitate', 'De martyrio Cristi et nostris deliciis', 'De honestis utrisque divitiis[62] und 'De virtute humana'[63] ausgebreitet. Auf Seiten der Besitzenden gehört zur 'Seligkeit' des armen Lebens als Korrelat die 'liberalitet', die Bereitschaft zum totalen sozialen Handeln.[64] Gott wird dereinst Arme und Reiche richten, den Armen wird es dann gestattet sein, "dem reichen zu messen mit der maß, wie sie gemessen haben".[65] Des Hohenheimers Psalmenkommentar, sein umfangreichstes Werk, läuft nach Goldammer aus: "in eine Schilderung des eschatologischen Idealreiches unter religiösen und sozialethisch-politischen Gesichtspunkten. Es wird das Reich Gottes für die Armen und Unterdrückten sein, das

---

57 Vgl. Theophrast von Hohenheim gen. Paracelsus: Theologische und religionsphilosophische Schriften, Bd. I. Hrsg. von Wilhelm Matthießen, München 1923, S. 82f. ('Liber prologi in vitam beatam'); vgl. zu diesem Komplex: Will-Erich Peuckert: Theophrastus Paracelsus, Stuttgart 1944 (Reprint Hildesheim - Zürich - New York 1991), S. 288-307.

58 2Vgl. Paracelsus (wie Anm. 57), S. 106 ('De religione perpetua'); Hartmut Rudolph: Individuum und Obrigkeit bei Paracelsus. In: Nova Acta Paracelsica, Bern NF 3 (1988), S. 69-76

59 2/II, 149 ('De generatione et destructione regnorum').

60 1/XIII, 373 ('Liber de imaginibus'); 2/IV, 211 (Psalmenkommentar, zu Ps. 88 (89)).

61 Paracelsus (wie Anm. 57), S. 116-129 ('Liber de summo et aeterno bono').

62 Paracelsus (wie Anm. 57), S. 111-130, 153-195 und 239-260.

63 2 /II, S. 83-91 ('De virtute humana').

64 2/II, S. 19-22 ('De felici liberalitate').

65 2/VII, S. 37 (Psalmenkommentar zu Ps. 139 (140)).

Sehnsuchtsziel der wahren Christen, der Grund und die Hoffnung des gegenwärtigen Lebens."[66]

Dabei erfordert die Durchsetzung dieses Reiches Kampf - vor allem gegen Papst- und Kaisertum. Auch das wird besonders im 'Psalmenkommentar' abgehandelt. Aber auch in Paracelsi Schriften zur Armutsidee wird dargelegt: alle Reiche, der Adel, die Fürsten und auch das römische Reich müssen vergehen, da sie irdisch sind und dem Gebot und Bund Gottes widerstehen.[67] Paracelsus, "schwebt ... das große und leuchtende Ziel eines eschatologischen Friedens- und Heilsreiches vor, in dem sich die Fäden politischer Apokalyptik und urchristlich chiliastischer Endzeiterwartung zusammen mit der paracelsischen Ehrfurcht vor dem Leben in seltsamer Weise verschlingen."[68]

Mir scheint, aus mehrfachen Gründen sollte man bei der Wirkgeschichte des Paracelsus diesen Strang verfolgen.[69] Dabei immer sehen, daß häufig - so auch hier bei Goldammer - Eschatologie mit Chiliasmus gleichgesetzt werden.

Im 17. Jahrhundert beschäftigt man sich wie heute in großem Maße nur mit Arbeiten, die auch Wirkungen auszuüben versprechen, Interesse finden. Wären nur einige wenige Schriften zum Chiliasmus aus dem 17. Jahrhundert überliefert, so könnte man davon ausgehen, daß hier Außenseiter am Werk waren. Aber es handelt sich um eine Vielzahl von Schriften und Autoren! Sie dürften also bestimmte Interessen befriedigt haben! Hier wartet eine enorme wissenschaftliche Aufgabe, die eben un-

---

66 Goldammer: Paracelsus in neuen Horizonten (wie Anm. 55), S. 139; vgl. hierzu z.B. 2/IV, 263 (Psalmenkommentar zu Ps. 93(94)); 2/VII, 66 ('Psalmenkommentar zu Ps. 143(144)) und 75 (zu Ps. 144 (145)).

67 Vgl. 2/II, S. 36-41 ('Liber de honestis utrisque divitiis').

68 Goldammer: Paracelsus in neuen Horizonten, (wie Anm. 55) S. 157. Vgl. hierzu Walter Pagel: The Paracelsian Elias Artista and the Alchemical Tradition. In: Walter Pagel: Religion and Neoplatonism in Renaissance Medicine. Ed. by Marianne Winder, London 1985, p. XIX, 6.: "Of Goldammer's most admirable Paracelsus-interpretations which have inspired me for more than thirty years one point stands out as essential: the messianic idea concerning a Future realm of equity and justice for the pious and the poor." Vgl. auch Charles Webster: From Paracelsus to Newton. Magic and the Making of modern Science. Cambridge (u.a.) 1982, S. 21: "It was clear to Paracelsus that the world was not eternal, and that the Day of Judgement was fast approaching. The days were running out; soon a new paradise, or new Hebron would be established; ultimately the elect would be reborn in a new creation"; Wollgast: Zur Wirkungsgeschichte des Paracelsismus im 16. und 17. Jahrhundert (wie Anm. 55), S. 118f.

69 Vgl. dazu Wollgast: Zur Wirkungsgeschichte des Paracelsismus im 16. und 17. Jahrhundert (wie Anm. 55), S. 117-124.

ser Gesamtbild vom geistigen Zustand des 17. Jahrhunderts in Deutschland wesentlich ändern dürfte. Erstaunlich ist z.B., wie eng Paracelsus an die Seite Th. Müntzers gerückt wird. Oder daß gewichtige Vertreter der protestantischen Orthodoxie, sich zur Reinhaltung der "wahren Lehre" verpflichtet fühlend, massiv gegen Paracelsus angehen, in ihm eine Art Urvater der bestehenden "Ketzereien" sehen.

Insgesamt gilt für das 17. Jahrhundert in Deutschland: aus dem sich aus dem Dreißigjährigen Krieg ergebenden Wissen - aber auch aus einer neuen Ökonomie, Politik und der verstärkten Herausbildung der Nationalstaaten - erwuchsen auch neue Ordnungssysteme. Der alte Ordo-Gedanke war verschlissen, die bestehenden Kirchen und deren Philosophien vermochten nichts Überzeugendes an dessen Stelle zu setzen. Sie waren ja dem alten Ordo-Denken verhaftet, der neuen Situation standen sie hilflos gegenüber. Die für den profanen Menschen heillose Gegenwart enthüllte sich für den Eingeweihten als Etappe im Heilsplan Gottes.[70] Insgesamt war der Kryptochiliasmus crassus in Deutschland im 17. Jahrhundert sehr verbreitet. Aber wann sind entsprechende Arbeiten etwa von Paul Felgenhauer (1593- nach 1677), Joachim Betke (1601-1663), Christian Hoburg (1607-1675), Tobias Heß (1558-1614), Christoph Besold (1577-1638), Simon Studion (1543-1605), Julius Sperber (gest. 1616) in der Neuzeit wieder aufgelegt, wann ist ihr Ideengebäude untersucht worden? Doch höchstens von Außenseitern!

Auch in Deutschland wirkte der Chiliasmus im 17. Jahrhundert auf die Erfüllung der von ihm verkündeten Verheißungen hin. Die wahren Christen waren aufgerufen, selbst Hand anzulegen, um das Millenium zu schaffen. Sie fühlten sich dabei als "Knechte Gottes", lediglich als Gottes Gehilfen; er selbst würde Zeitpunkt und Form der Vollendung bestimmen.

Dieser Chiliasmus[71] hat geschichtliche Veränderungen eingeleitet oder unterstützt, die nachhaltige Wirkung ausüben sollten: den Beginn einer protestantischen Heiden- und Judenmission, Bemühungen um die Anhebung des sozialen Status der Juden (Philojudaismus), Verbreitung einer die evangelischen Kirchen und Gruppen umfassenden "philadelphischen" Gesinnung, die schließlich auch die Religionspolitik einiger protestantischer Staaten - wie z.B. Brandenburg - Preußen - beeinflußte. Zu-

---

70 Klaus Deppermann: Vorwort zu: Pietismus und Neuzeit. (wie Anm. 31), S. 5.
71 Vgl. zum ff. Deppermann (wie Anm. 31), S. 6f.

dem bestehen Zusammenhänge zwischen einem chiliastisch gestimmten Spiritualismus und der Entwicklung der modernen liberalen Verfassungsidee (Trennung von Kirche und Staat, Gewissensfreiheit als Grundrecht). Die Wandlung des chiliastischen Denkens hat auch zu seiner weitgehenden Säkularisierung und Sublimierung geführt, die bei einigen Denkern bis zur Auflösung zentraler christlicher Dogmen ging. Dazu hat chiliastisches Denken die Verantwortung des Individuums erhöht. Die Sublimierung und Säkularisierung äußert sich etwa in der Verbindung des Chiliasmus mit der experimentellen Naturwissenschaft und einer neuen Pädagogik. Beispiele liefern die Rosenkreuzerschriften und J.V. Andreaes "Christianopolis", in denen Chiliasmus und Apokalyptik in Utopie umschlagen. Gleiches deutet sich bei J.H. Alsted an, bei J. A. Comenius tritt es dann offen zutage. Alle menschlichen Kräfte, vor allem Vernunft und Wissenschaft, sollen in den Dienst der Erweiterung des Reichs Gottes auf Erden gestellt werden. Stärker sollte bei der ganzen Untersuchung auch ein Wort Friedrich Schlegels berücksichtigt werden: "Der revolutionäre Wunsch, das Reich Gottes zu realisieren, ist der elastische Punkt der progressiven Bildung und der Anfang der modernen Geschichte. Was in gar keiner Beziehung aufs Reich Gottes steht, ist in ihr nur Nebensache."[72]

In Deutschland signalisierte der auch während des Dreißigjährigen Krieges vertretene Nonkonformismus ein politisches Krisenbewußtsein. Dieses war einerseits von der politisch-ökonomischen Depression zu Ende des 16. Jahrhunderts, dann von den Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges selbst geprägt. Andererseits wurde die von der Krise genährte oppositionelle Bewegung durch die politische und religiöse Spaltung des Reiches motiviert, durch den völligen Verfall seiner religiösen und politischen Einheit, wie sie dieser Krieg verdeutlichte. Den Fürsten warfen diese Oppositionellen Eigensucht und antichristliches Verhalten vor, den Kirchen lutherischen, calvinischen wie römisch-katholischen Bekenntnisses die Verfolgung von Partikularinteressen und Verrat am friedenstiftenden Evangelium. Alle diese "protestierenden" Gruppen propagierten eindeutig auch politische Ziele: Wiederherstellung des Friedens, Einstellung aller Streitigkeiten und Errichtung eines Politik und Religion versöhnenden Friedensreiches. Daß dieses sich artikulierende Bewußt-

---

72 Athenäum. Eine Zeitschrift von August Wilhelm Schlegel und Friedrich Schlegel. Auswahl, hrsg. von Gerda Heinrich, 2. völlig neu bearb. Aufl., Leipzig 1984, S. 96 (Athenäum-Fragment 222).

sein, besonders da, wo es sich radikal äußerte, vielfach chiliastisch ausgedrückt wurde, ist angesichts der Tradition und der sozialen Stellung dieser "Propheten" nicht verwunderlich. Ob die einzelnen von Staat und Kirche verfolgten oppositionellen Denker Schwärmer, Weigelianer, Enthusiasten, Fanatiker, Chiliasten oder schlicht Propheten geheißen wurden, einig waren sie sich alle in ihrem Bekenntnis zu einer radikal verstandenen Reformation, ob sie nach außen oder nach innen gerichtet war.

Zweifellos konnte unter der allgemeinen Reformation oder Weltreformation, wie sie auch genannt wurde, verschiedenes verstanden werden. Aber aller Streben war geleitet vom Wunsch nach einer bald einsetzenden Umwälzung aller Dinge und dem Beginn eines neuen Zeitalters, sei es spiritualistisch verstanden als Universalkirche, die letztlich im "Innern" sich ereignet, oder religiös-politisch als das endzeitliche Reich Gottes auf Erden, in dem politische und religiöse Konflikte ausgeschlossen sind und ein nonkonformistisches Christentum herrscht, das den Interessen der religiös und damit auch politisch-staatlich Unterdrückten entsprach.

Obwohl die Anfang des 17. Jahrhunderts allenthalben anwachsende Erneuerungsbewegung letztlich relativ wenig Resonanz fand, ist sie doch dadurch als etwas besonderes gekennzeichnet, daß hier an der Macht in Staat und Kirche nicht partizipierende, ihr sogar letztlich ausgelieferte religiös-politische Intellektuelle Auffassungen artikulierten, in die sowohl chiliastische, alchemistische, astrologische wie spiritualistische Elemente eingingen. Verkündet wurde die Prophetie vom Ende der alten Welt und die Entstehung eines neuen Reiches Gottes. Die zahlreichen Schwärmer, Chiliasten und Propheten aktivierten keine religiöse Glaubensgemeinschaft zur Rebellion, auch wenn bald von neumüntzerischem Geist gesprochen wurde. Diese Oppositionellen versuchten lediglich, die Zeichen der Zeit zu deuten und adressierten ihre Forderungen fast ausschließlich an Fürsten und Obrigkeiten, also an Instanzen, in deren Möglichkeit die Organisation einer Reformation lag.

Ein Vertreter dieser Gruppierung ist L. F. Gifftheil.[73] Seine zahlreichen Traktate erschienen etwa ab 1624.[74] Er fühlte sich als Prophet und

---

73 Vgl. Felix Fritz: Friedrich Gifftheil. In: Blätter für württembergische Kirchengeschichte, Stuttgart NF 43 (1939) S. 90-105; Felix Fritz: Konventikel in Württemberg von der Reformationszeit bis zum Edikt von 1743. In: Blätter für württembergische Kirchenge-

Bußprediger. Schriften richtete er an die deutschen Fürsten, an Wallenstein und Tilly, an den Städtetag zu Regensburg, an Städte wie Frankfurt am Main, Ulm und Straßburg, an Universitäten usw. Er versteht sich geradezu als *der* Prophet der Endzeit. Gottes Recht und Gericht anzukündigen sei sein Beruf. Er will rechtzeitig die Gewissen wecken und dadurch die Menschen von der Kraft und Wirkung des Satans noch zu erretten suchen. Die negative Seite seines Bußrufs, die Strafandrohung für die Bösen, herrscht in seinen Schriften sogar vor. Noch können sich die Bösen freilich "bedenken und zusehen, was ihnen zu tun" sei. Daß Gifftheil auch zum Teil lebensgefährlichen Verfolgungen ausgesetzt war, wird von ihm oft angedeutet; aber er hat ein gutes Gewissen: wird er doch von "den falschen Propheten, den Kindern des Unglaubens, um der Wahrheit willen", verfolgt. Gerade in den Verfolgungen erblickt er die göttliche Autorisation seines Handelns. Wie Gott in den Seinen schon oftmals von der Welt verachtet wurde, und wie Christus von den Menschen nicht angenommen wurde, so ergeht es auch ihm, dem gottgesandten Propheten, der am Ende triumphieren werde, weil seine Botschaft sich als wahr erweist.

In allen Kirchen und Konfessionen sieht Gifftheil die Kirche der falschen Christen. Diese sind Söhne des Teufels oder "Teuffels-Christen".[75] Die jetzigen Theologen, die auf den Kanzeln das große Wort führen und die Schulen und Universitäten beherrschen, sind für Gifftheil

---

schichte, Stuttgart 3 F 49 (1949) S. 49-154. Zur Jugend Gifftheils in Württemberg vgl. schon Christoph Kolb: Abraham und Ludwig Friedrich Gifftheil. In: Blätter für württembergische Kirchengeschichte, Stuttgart 4 (1900), S. 75-82.

74 In der Hauptbibliothek der Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale) befinden sich ein Quart- und ein Folioband mit zumeist theologischen Flugschriften und Sendbriefen in Original und Kopie aus den Jahren 1625-1692 (der Quartband enthält 43, der Folioband 16 Arbeiten L.F. Gifftheils); vgl. Ernst Eylenstein: Ludwig Friedrich Gifftheil. Zum mystischen Separatismus des 17. Jahrhunderts in Deutschland. In: Zeitschrift für Kirchengeschichte Stuttgart - Gotha 41 (= NF 4) (1922), S. 1-62. - Auch in Breslau befand sich in der Universitätsbibliothek ein Sammelband, der 5 weitere Schriften Gifftheils enthielt, ebenso eine Flugschrift; vgl. Eylenstein: Ludwig Friedrich Gifftheil, S. 5f. - In der Berliner Staatsbibliothek wie im Katalog der British Library lassen sich nachweisen: "Two letters to the mighty ones of England, Scotland, Ireland but especially to the king concerning those present calamities and commotions of ware." Sie erschienen in London 1643 bzw. 1649. Vgl. Eylenstein: Ludwig Friedrich Gifftheil, S. 5. - In der Berliner Staatsbibliothek befindet sich zudem ein weiterer Sammelband, dessen 9 Flugschriften wohl Gifftheil zuzuschreiben sind; vgl. Eylenstein: Ludwig Friedrich Gifftheil, S. 8f., die ff. Zitate sind S. 14-16 und S. 22-25 entnommen.

75 Vgl. hierzu Wollgast: Zur Wirkungsgeschichte des Paracelsus im 16. und 17. Jahrhundert (wie Anm. 55), S. 130.

die neuen Pharisäer und Schriftgelehrten. Sie vollziehen geschichtstypologisch deren Amt der Bekämpfung und Vernichtung Christi. Das dogmatisch erstarrte konfessionelle Christentum ist ein Abbild der in ihrer Gesetzlichkeit erstarrten Synagoge. Zur Zeit Christi waren die Juden in viele Parteiungen gespalten, auch Juden und Römer bekämpften sich. Sie haßten sich untereinander, waren aber in der Verfolgung Christi einig. Jetzt, im 17. Jahrhundert, gebe es wieder die verschiedensten Parteiungen - diese seien sich aber einig im Kampf gegen den wirklichen, den leidenden Christus. Die Anhänger Christi waren seit Christi Zeiten in der Minderheit und wurden verfolgt. Gifftheil wendet sich "gegen die eigentlichen Urheber des Kampfes und der inneren Zerrüttung, die fanatischen Häupter der theologischen Parteien und ihre politischen, diplomatischen und militärischen Werkzeuge."[76] Wenn diese Kräfte Christus heute vom Himmel herunterholen könnten, um ihn weiter zu quälen, so würden sie es tun. Die falschen Christen der Gegenwart erneuern die alten Sünden der Juden, darum werde über sie bald dasselbe Gericht hereinbrechen, das in der jüdischen Geschichte als heilsgeschichtliches Urteil Gottes bereits vorliege.

Gifftheil wendet sich an Vertreter aller Konfessionen. Aufsehen erregte von seinen Schriften die 'Mitternachtsstimme' (1629), die er mit handschriftlichem Anschreiben Tilly und Wallenstein zusandte und die in katholischen wie evangelischen Landen verbreitet war, so auch in Schweden und in der Schweiz. Sie erörtert die Stellung des Regenten, besonders des Kaisers, vor Gott und seinen Untertanen im Hinblick auf die Notlage der Zeit. Im schärfsten Ton wird dargestellt, der Kaiser habe sich an seinen Untertanen, ja, am ganzen Menschengeschlecht gegen alle göttliche und natürliche Ordnung versündigt. Am Gerichtstage werde er weder sich noch anderen helfen können. Aber die Seinen werde Gott zu erretten wissen. Jede der Schriften Gifftheils endet mit der Gerichtsankündigung. Sehr verbreitet war auch Gifftheils Schrift 'Erkenntnis der Zergehung dieser vierten Monarchia, und welcher Gestalt das Gericht Gottes auf die Völker dringet, welche dieselben innehaben'. Sie ist in verschiedenen Drucken 1626 und 1627 wichtigen Fürsten - so dem dänischen König - und Städten übersandt worden, 1641 nochmals erschienen. Die jetzige Weltordnung sei die von Daniel geweissagte 'vierte Monarchie' ihr Ende stehe unmittelbar bevor. Es

---

76 Ernst Benz: Wenn Christus heute wiederkäme ... Zur Eschatologie des deutschen Spiritualismus. In: Zeitschrift für Kirchengeschichte, Stuttgart 3. Ser. 4 53 (1934), S. 515f.

gelte sich noch in letzter Stunde zu bekehren. Fast alle Ereignisse und Zustände werden unter biblischem Bilde und in apokalyptischem Gewande dargeboten. Freilich beruft sich Gifftheil neben der Bibel auch auf die Schriften "anderer von Gott hocherleuchteter Männer" aller Jahrhunderte. Die Geschichte des Alten Testaments dient oft nur zur Verdeutlichung, zuweilen auch zur Verhüllung der Gegenwart. Das Ende der jetzigen Welt erhelle aus den herrschenden Zuständen. Alle Stände sind zerrüttet, die Geistlichen ergehen sich in Disputierunwesen, das praktische Christentum wird dabei mißachtet. Recht und Gerechtigkeit sind nicht mehr zu finden. Der "Nährstand" ist durch gewissenlose Übervorteilung des Nächsten von Grund auf verderbt. Alle nähren sich vom Schweiße der "Blutarmen". Deshalb wird Gott bald diese 'vierte Monarchie' zerstören und sein Reich aufrichten.

Das Hauptübel aber ist der Krieg - Zeichen der vierten Monarchie -, der Jesu Gebot zuwiderläuft. Die Rechtgläubigen trachten nach dem himmlischen Leben, sie haben kein Recht, ein irdisches Weltreich anrichten zu wollen. Christen dürfen keinen Krieg führen und sich nicht an ihren Feinden rächen. Vollends sinnlos erscheint ein Krieg um Gottes Wort. Also ist ein Glaubenskrieg nur ein Vorwand der "Großen", um nach ihrem eigenen Wohlgefallen die Menschen ins Verderben zu stürzen. Deshalb greift Gifftheil alle kriegführenden Parteien an. Für ihn ist der Krieg auch ein Versuch, Gott in seine Weltregierung einzugreifen. Wer Gott angehören will, soll davon ablassen. Gottes Reich ist geistlich. Der gegenwärtige Krieg ist eine Strafe Gottes, und die falschen Propheten werden durch das Schwert vernichtet, die hohen Schulen, von denen sie herkommen, durch den Krieg zerstört. Und weil der Kaiser einen ungerechten Krieg führt, sollen die Städte des Reiches von ihm abfallen - auch Gewalt dabei gebrauchen. Der Krieg bildet also für die das Reich Gottes anstrebenden Menschen die ultima ratio. Daher stellt Gifftheil auch acht Gebote für die recht christlichen Soldaten auf.[77]

Glaubenszwang und Glaubenskrieg sind gleichermaßen verwerflich. Der Kaiser will Gott und seine Gläubigen unterdrücken. Er ist das Haupt des apokalyptischen Endzeittiers und beachtet die natürliche und göttliche

---

77 Eylenstein: Ludwig Friedrich Gifftheil (wie Anm. 74), S. 25. Zu den Gegnern Gifftheils vgl. Theodor Wotschke: Zwei Schwärmer am Niederrhein. In: Monatshefte für Rheinische Kirchengeschichte, Essen 27 (1933), S. 144-178.

Ordnung nicht. Die Evangelischen sollen dem Kaiser keine Konzessionen machen, denn er werde Versprechungen doch nicht halten. Auch Tilly und Wallenstein werden verurteilt. Solange der Kaiser gegen Gott steht, brauche ihm niemand gehorsam zu sein. Keine Obrigkeit des Reiches habe das Recht, die Armen mit Kontributionen zu beschweren, um diesen Krieg fortsetzen zu können.

Es sind eindeutig drei Gründe, weshalb Gifftheil den Krieg überhaupt verdammt: "die Lehre Jesu, die Not der Untertanen und das sich in der Geschichte selbsttätig auswirkende Gottesgericht."[78] Die Schweden haben auf dem Boden des deutschen Reiches nichts zu suchen. Auch ihre Kriegsführung tritt die Lehre Jesu und seiner Jünger wissentlich mit Füßen. Sie unterdrücken das gemeine Volk, so daß man von den "schwedischen Heuschrecken" als einer Landplage spricht. Die herrschenden drei Konfessionen stürzen "mit ihrem sektischen Babelwesen" ihre Untertanen in Krieg und Unglück. Sie vertreten lediglich ein Maul- und Scheinchristentum. Der Papst und seine Herrschaft wird noch auf dieser Welt durch ein Gottesgericht vernichtet werden. Die Lutheraner und Calvinisten sind auch Bestandteile des Antichristen. Die den Evangelischen gemachten Vorwürfe sind bei Gifftheil am ausführlichsten. Auch deren eigentliche Sünde besteht darin, daß sie gegen Gottes Ordnung Krieg führen. Die Lehrer, Apostel und Propheten der evangelischen Partei sind Wölfe in Schafskleidern. Sie lügen wider Gott und dienen der Welt, haben noch nicht einmal dem Krieg Einhalt geboten und auch nicht gegen ihn Einspruch erhoben. Der Krieg ist eine besonders verwerfliche Verletzung des fünften Gebotes. Man darf solche Mörder nicht absolvieren, wie es die Evangelischen auch tun. Dergleichen falsche Prediger und als Prediger getarnte Mietlinge werden noch vor dem Papsttum vertilgt werden. Die Evangelischen seiner Zeit sind für Gifftheil in Wirklichkeit "Baaliten, die sich evangelisch nennen". Daß die Evangelischen jetzt "in der Grundsuppen dieser alten erkalteten Welt noch ein irdisches Paradeis suchen, und mit dem Schweiße der Armen, ja zu ihrem zeitlichen und ewigen Verderben" gern ein irdisches Reich anrichten wollen, um dadurch die Katholiken zu verdrängen, ist vollends Unrecht. Daß auch sie wider Gottes Ordnung Krieg führen, ist ihre eigentliche Sünde. So ist die tiefere Ursache des

---

78 Eylenstein: Ludwig Friedrich Gifftheil (wie Anm. 74), S. 26.

Krieges und damit auch des Unterganges der ´vierten Monarchie´ bei allen Parteien, d.h. Konfessionen, zu suchen.

Nach L.F. Giffheil naht der 1. Thess. 5; 2. Petr. 3 verheißene Gerichtstag. Den bisher Unterdrückten, den Armen und Notleidenden wird das Endgericht Befreiung und Erlösung bringen. Wer sich an Gottes Ordnung vergangen hat, wird Strafe erleiden. An diese "Gefährdeten" wendet sich Giffheil vornehmlich in seinen Bußpredigten, noch im letzten Moment umzukehren. Gott wird nicht durch äußere Gewalt helfen. Er wird durch jene wirken, die an seinen Lehren festgehalten haben. Da Gott zuerst die Evangelischen bestrafen will, werden im Krieg die Päpstlichen den Sieg über sie davontragen. Dann wird das Papsttum vernichtet und Gottes Herrschaft beginnt. Diese göttliche Friedensherrschaft dachte sich Giffheil wohl als das chiliastische ´Tausendjährige Reich´, dessen Ziel eine geistliche Vereinigung aller Rechtgläubigen ist. Gott bedarf nicht der äußeren Kirche, die innere hat den Vorrang. Jeder Einzelne hat sein Gewissen zu prüfen. Gott beurteilt einen jeden nach seinem Tun. Das ist zugleich Maßstab für das jüngste Gericht. Darum gilt es einzig und allein, nach Gottes Wort und Willen zu handeln. Religiös-ethisch sind darum die Pflichten jeder rechten Obrigkeit, nach Gerechtigkeit zu richten, vor Gewalttat zu schützen, den Witwen und Waisen Recht zu verschaffen, kurzum: Gott, die Ehre seines Wortes nicht zu unterdrücken, sondern zu schützen. Giffheil tritt in seinem glühenden Haß gegen den Krieg sehr politisch an. Immer wieder fordert er zum Frieden auf. Gleich Müntzer eignet ihm ein hohes Selbstbewußtsein. Eylenstein beschreibt es so: "Tausende erblickten in ihm den Mann, der sie aus dem Kriegselend herausführen sollte durch seine geistigen Waffen, durch die Begründungen einer neuen Zukunft; er galt ihnen darum als der Elias der Endzeit."[79]

---

79 Eylenstein: Ludwig Friedrich Giffheil (wie Anm. 74), S. 48. - Eylenstein sieht in Friedrich Breckling (1629-1711), Qu. Kuhlmann und Johann Rothe (1628-nach 1677) Gesinnungsgenossen Giffheils. Kuhlmann, in Moskau, wo er Anhänger zu gewinnen suchte, infolge einer Denunziation der Pfarrer der dortigen lutherischen Gemeinde 1689 öffentlich verbrannt, ist eindeutig ´chiliastus crassus´. Sein Denkgebäude kann hier nicht interessieren. J. A. Comenius´ ´Lux e tenebris´ (1657 bzw. 1665-1667), die Visionen von Christoph Kotter (gest. 1647), Christina Poniatowska (1610-1644), Nikolaus Drabik (1588-1671) bergend, wird für Kuhlmann zu einer Art zweiter Bibel, "zu einem Standardwerk von grundsätzlicher und unbezweifelbarer Autorität" W. Dietze: Quirinus Kuhlmann. (wie Anm. 13), S. 43. Es ist wohl nicht übertrieben zu behaupten, daß die Theologie wie Philosophie bis heute von diesem Werk des Comenius kaum Notiz genommen, es eher als zeitbedingte Entgleisung abgetan hat. Dies gilt bis fast zur Gegenwart (vgl. dagegen u.a. Hermann Fer-

Eine besondere Gruppe unter den chiliastischen Schwärmern, Phantasten und Propheten bildete eine Reihe von Einzelgängern, die alle als besondere Zeugen Gottes an die Öffentlichkeit traten, so Wilhelm Eon Neuheuser (erwähnt 1614-1626) aus Straßburg als des "heiligen Reiches Autor", Philipp Ziegler (bis nach 1626) aus Würzburg als des "Reiches Herold", der Badenser Tobias Schneuber (geb. 1603) als die "Tuba septangeli Jesu Christi" und P. Felgenhauer als "Zeuge der Wahrheit Christi". Ein besonderer Exponent dieser Gruppe war Qu. Kuhlmann. Als Zeugen Christi prophezeiten sie vor allem nach Dan 2 und 7 den Zerfall der ´vierten´ und den unmittelbar bevorstehenden Anbruch der ´fünften Monarchie´. Zu dieser Gruppe zählt auch der Wiener J. Permeier (Pyrmeier, Piermeister), der Primarius der "Societas regalis Jesu Christi", wie er sich selbst nannte. Seine politische Theologie besitzt ein eigenes und eigenwilliges Gewicht.[80]

Permeier, ein Lutheraner und in Wien ein auch bei Hofe angesehener Jurist oder Advokat, glaubte gleich Gifftheil das Ende der ´vierten Monarchie´ gekommen. Er sah den Endzeitkönig aber nicht in Kurfürst

---

dinand von Criegern: Johann Amos Comenius als Theologe. Ein Beitrag zur Comenius-Literatur. Leipzig und Heidelberg 1881, S. 67-69; Johann Amos Comenius: Clamores Eliae. Gelesen, eingel., hrsg. und mit einem textkrit. Anhang versehen von Julia Nováková, Kastellaun/Hunsrück 1977). Es wäre ebenfalls eine notwendige Aufgabe, ´Lux e tenebris´ in seinen zwei Fassungen auf Spuren von Paracelsischem Einfluß hin durchzugehen, hat doch Comenius sehr umfassend J. Böhme aufgenommen, der wiederum auch von Paracelsus abhängig ist. Generell, wie bei allen Forschungen zum Chiliasmus, aber auch zur Apokalyptik oder Utopie usw., sind vier methodische Fragen dabei zu beachten: 1. Wer soll handeln, wer ist das Subjekt des Handelns? 2. Wogegen soll man sich einsetzen, was ist also das Objekt des Handelns? 3. Wie, mit welchen Mitteln soll man handeln? 4. Was soll man tun, was ist der Inhalt des Handelns? Chr. Poniatowska setzte in ihren Prophezeiungen gleich N. Drabik zunächst auf Friedrich von der Pfalz. Im Blick auf den Chiliasmus gleichfalls heranzuziehen wären F. Breckling, der in seiner ´Abominatio desolationis in loco sancto´ Gifftheils Gedanken fortführt, J. Rothe, sowie der auch auf Paracelsus und V. Weigel fußende J. Böhme; vgl. hierzu Wollgast: Zur Wirkungsgeschichte des Paracelsus im 16. und 17. Jahrhundert (wie Anm. 55), S. 131-142. Zu den Chiliasten des Dreißigjährigen Krieges vgl. auch: Roland Haase: Das Problem des Chiliasmus und der Dreißigjährige Krieg, Phil. Diss. Leipzig 1933.

80 Vgl. Richard van Dülmen: Prophetie und Politik. Johann Permeier und die "Societas regalis Jesu Christi" (1631-1643). In: Zeitschrift für bayrische Landesgeschichte, München 41 (1978), S. 417-473. Zu Tobias Schneuber vgl. Wotschke: Zwei Schwärmer am Niederrhein. (wie Anm. 77), S. 144-148. Zu Ph. Ziegler und L.F.Gifftheil vgl. auch: Gottfried Arnolds Fortsetzung und Erläuterung Oder Dritter und Vierdter Theil der unpartheyischen Kirchen- und Ketzer-Historie Bestehend In Beschreibung der noch übrigen Streitigkeiten im XVIIden Jahrhundert. Nebst den *Supplementis* und *Emendationibus* über alle vier Theile, Frankfurt am Mayn 1729, S. 98-103.

Friedrich von der Pfalz (Friedrich V., 1596-1632) oder Gustav (II.) Adolf von Schweden (1594-1632), sondern im römischen Kaiser. Dieser sollte ein Friedensreich errichten. Permeier tritt auch nicht wie Gifftheil als Prophet Gottes, als Vorbereiter der Endzeit auf. Er fühlt sich als "Primarius" einer Gesellschaft von Gott auserwählter, antikonfessioneller Christen, in deren Namen er Flugschriften verfaßte und verbreitete sowie eine ausgedehnte Korrespondenz führte, Gleichgesinnte aktivierte und für sein Reformationsprogramm zu gewinnen trachtete. In dieser Gesellschaft sind Mitglieder und Freunde zu unterscheiden.[81] Zu den Mitgliedern zählen z.B. der schlesische Mystiker Abraham von Franckenberg (1593-1652), der Gifftheil-Schüler und märkische evangelische Pfarrer J. Betke, T. Schneuber, sowie die Weigelianer Pantel (Pantaleon) Trapp (gest. 1638), ehemals Bürgermeister zu Havelberg, und der Nürnberger Kaufherr Nikolaus Pfaff (geb. um 1586). Zu den Freunden dieser Gesellschaft zählen u.a. Florian Crusius (gest. nach 1646), Arzt und Weigelianer, sowie W. E. Neuhäuser. Die "Societas regalis Jesu Christi" ist m.W. noch nicht untersucht, Material für eine solche Arbeit, theologische Flugschriften und Sendbriefe in Original und Kopie aus den Jahren 1638-1644, findet sich in der Hauptbibliothek der Franckeschen Stiftungen zu Halle an der Saale. Permeier greift die Sozietätsidee bewußt auf, kommt dabei aber weniger in die Nähe von J. V. Andreae als von Qu. Kuhlmann. Besonders Schriften Johann Arndts (1555-1621) sollen dazu dienen, in letzter Stunde ein persönlich-praktisches, ein biblisches Herzenschristentum zu verwirklichen. Interessant ist auch, daß der kaisertreue Permeier gerade Anhänger V. Weigels um sich sammelt! Er hat auch L.F. Gifftheils Sendbriefe abgeschrieben und verbreitet.

Ausgangspunkt von Permeiers Überlegungen sind der verheerende Dreißigjährige Krieg und die konfessionelle Gespaltenheit der Christen. Letztere ist nach ihm die Ursache des Krieges. Durch den Krieg kündigt sich zugleich das Ende der Zeiten an. Soll der religiöse, damit auch der politische Friede wiederhergestellt werden, so muß die Spaltung der Konfessionen überwunden werden. Permeier wendet sich dagegen, daß

---

81 Vgl. Ernst Eylenstein: Daniel Friedrich (+ 1610). Ein Beitrag zum mystischen Separatismus am Ende des 16. Jahrhunderts in Deutschland. Theol. Diss. Tübingen, Langensalza 1930, S. 58-67. Vgl. Theodor Wotschke: Der polnischen Brüder Briefwechsel mit den märkischen Enthusiasten, in: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen, Posen 22 (1931), S. 1-66.

eine der streitenden Religionsparteien die Oberhand gewinnt: eine Universalkirche ist erforderlich, die alle Parteiungen überwindet. Ungleich Hugo Grotius (1583-1645), V. Weigel und anderen verlangt er die sichtbare Realisierung dieser Kirche auf Erden in Form einer Reichs-Theokratie, nicht nur die Verwirklichung im Herzen jedes einzelnen Christen.[82] Der Krieg solle durch einen Reichstag, die Religionsspaltung durch ein Konzil überwunden werden. Dieses Konzil sei vom Kaiser als über den christlichen Parteiungen stehende Instanz einzuberufen. Das Reich Gottes soll irdisch verwirklicht und der Kaiser zugleich Reichsoberhaupt und Oberpriester der Christenheit sein. Politik und Religion gehen in der so entstandenen ´fünften Monarchie´ eine untrennbare Einheit ein. Da die Religion jetzt keine eigene Institution mehr besitzt, repräsentiert sie sich letztlich nur in der politischen Einheit des als Reich Christi verstandenen Kaisertums.

Ähnlich steht es um J. Böhme, den wohl bekanntesten oppositionellen Denker im Deutschland des 17. Jahrhunderts. Er wendet sich gegen den Mißbrauch des Namens Gottes und Christi in der Politik, ja, in der ganzen bestehenden Ordnung. Den Herrschenden wirft er vor, sie hätten zur Aufrechterhaltung ihrer Macht "den Mantel Christi" übergezogen. "Daß aber diejenigen, welche wollen Christen genannt sein, ... Kriege führen, das thun sie nicht als Christen, sondern als Heiden ...".[83] Die Fürsten haben ihre Macht nicht von Gott, sondern vom Teufel.[84] Aller Krieg und Streit "urständet" aus der "finstern Welt", ist Werk des Teufels gegen die sittliche Ordnung.[85] In den Kriegen vergießen die "Gewaltigen" das Blut unschuldiger Menschen. Die Schwerter sollen aber lediglich dazu dienen, den Gerechten zu schützen und den "Falschen" zu strafen. Jeder Religionskrieg wird von Böhme verflucht.[86] Hier stellt sich auch als Forschungsaufgabe: ist Chiliasmus, gerade des 17. Jahrhunderts, nicht auch ein Bindeglied zur universellen Toleranz, zumindest zur religiösen Toleranz? Auch ist noch zu prüfen, wieweit eigentlich J. Permeier wie J. Böhme im eigentlichen Sinne Chiliasten sind.

---

82 Vgl. van Dülmen: Prophetie und Politik. Johann Permeier und die "Societas regalis Jesu Christi", (wie Anm. 80), S. 448.

83 Jakob Böhme: Mysterium Magnum oder Erklärung über das erste Buch Mosis, In: Jakob Böhme: Sämtliche Werke. Hrsg. von Karl Wilhelm Schiebler, Bd. 5. Leipzig 1922, S. 295 (38,15).

84 Ebenda, S. 572 (66,37).

85 Ebenda, S. 293 (38. 7); vgl. ebenda, S. 294 (38. 11), ebenda, S. 295 (38.16).

86 Ebenda, S. 676f. (76.34f.)

Im Jahre 1685 kamen J.W. Petersen und seine Frau Johanna Eleonora[87], geborene von und zu Merlau auf die Idee des Chiliasmus, bestärkt durch die Bekanntschaft mit Rosamunde Juliane von der Asseburg (1672- nach 1708). J.W. Petersen will schon mit 18 Jahren eine entsprechende Vision gehabt haben (70-77 und 153-155).[88] Seine umfängliche Autobiographie ist von der Idee des Chiliasmus durchwoben; er gesteht, daß er ihn stets und überall verkündet habe. Petersen hält auch bei seinem eigenen Verhör zu dieser Zeit daran fest (179-191): Es wird eine tausendjährige Herrschaft Christi geben. Regieren werden jene, die die erste Auferstehung erfahren, also alle Gläubigen, nicht nur Märtyrer. Petersen beruft sich auf Off 20. Alle Tyrannen, alle gottlose Obrigkeit - auch Kaiser, Könige, Fürsten - würden vor diesem Reiche umkommen. Allerdings nicht jede Obrigkeit - bleiben werden die guten Fürsten, Könige etc.

Der Prediger Johann Friedrich Corvinus aus Hornburg (Fürstentum Halberstadt) schrieb gegen J.W. Petersen und G. Arnold - wie Petersen in seiner Autobiographie zitiert -, sie seien "*Rebellen und Aufrührer*, die nicht von einer Obrigkeit im Lande solten geduldet werden, und die er dem *Münsterischen Johann von Leiden*, vnd dem *Knipperdolling* und ihren *Consorten* an die Seite gesetzet, gar garstig beschrieben, und befürchtete, es möchte einmahl der alte Münsterische Geist sich in uns regen, und wenn wir uns genug gestärcket und Gelegenheit darzu ersehen, eines wieder wagen und loß hauen, welches allerdings zu besorgen wäre, wo Christliche Obrigkeiten nicht auf ihrer Hut stünden, als die grosse Ursachen darzu hätten" (294).

---

87 Lebens-Beschreibung Johannis Wilhelmi Petersen. Der heiligen Schrifft Doctoris, vormahls Professoris zu Rostock, nachgehends Predigers in Hanover an St. Egidii Kirche, darnach des Bischoffs in Lübeck *Superintendentis* und Hoff-Predigers, endlich *Superintendentis* in Lüneburg. 2. durchges. Aufl., s.l. 1719. (die Zahlen in Klammern im folgenden Text beziehen sich auf die Seiten dieses Buches). Das Buch endet mit chiliastischen Betrachtungen (S. 342-368) und einer Bibliographie seiner vorwiegend dem Chiliasmus gewidmeten Publikationen (S. 368-402). Der ausführlichen Lebensbeschreibung beigefügt ist: Leben Frauen Johannä Eleonorä Petersen, Gebohrner von und zu Merlau, Herrn D. Joh. Wilh. Petersens Ehe-Liebsten, von Ihr selbst mit eigner Hand aufgesetzt und vieler erbaulichen Merckwürdigkeiten wegen zum Druck übergeben, daher es als ein Zweyter Theil zu Ihres Ehe-Herrn Lebens-Beschreibung beygefüget werden kann. Andere Aufflage. s.l. 1719. Zum Ehepaar Petersen vgl. neuerdings Markus Matthias: Johann Wilhelm und Johanna Eleonora Petersen. Eine Biographie bis zur Amtsenthebung Petersens im Jahre 1692. Göttingen 1993. Der Chiliasmus wird darin jedoch "heruntergespielt".

88 Vgl. Johann Wilhelm Petersen: Nubes Testium Veritatis de Regno Christi glorioso septima tuba futuro libri 3. Frankfurt/M. 1696. I, III. S. 177f.

Als Antwort auf Petersens Verteidigung entgegnete Corvinus, Petersen "hätte doch das Buch von der Wiederbringung aller Dinge geschrieben, welches auch die Münsterischen geglaubt hätten" (295).[89] 1692 (mit der Jahreszahl 1693) war Philipp Jakob Speners (1635-1705) Schrift 'Behauptung oder Hoffnung künftiger besserer Zeiten in Rettung des insgeheim gegen dieselbe unrecht angeführten Spruches Luk. 18,8´ erschienen. Darin propagiert bzw. verteidigt Spener den Chiliasmus, sagt aber in dem langen Traktat auch so gut wie gar nichts darüber, worin die "besseren Zeiten" bestehen sollen.

Zu den zahlreichen orthodoxen Autoren, die zu dieser Zeit gegen den Chiliasmus schreiben, gehört August Pfeiffer (1640-1698). Er ist 1691, da er seinen "Antichiliasmus" vornehmlich gegen J.W. Petersen und R.J. von der Asseburg schreibt, Superintendent zu Lübeck. Gleichsam als Einleitung setzt er in seiner "Zuschrifft" zu seinem Buch das folgende Wort eines evangelischen Theologen als Motto: "Wer hie auf Bessrung hofft auff Erden / Muß dabey zum Narren werden".[90] Einleitend heißt es bei Pfeiffer: "Wie im vorigen seculo Thomas Müntzer und seine Rott-Gesellen die armen einfältigen Leute mit ihren Träumen geäffet / und

---

89 ohann Friedrich Corvinus (gest. 1724 als Pastor zu Hornburg) ist wahrscheinlich Herausgeber bzw. Verfasser des ´Anabaptisticum et Enthusiasticum Pantheon´ von 1702; vgl. Max Steinmetz: Das Müntzerbild von Martin Luther bis Friedrich Engels. Berlin 1971, S. 292. Zu J.W. Petersens Chiliasmus und dem Umfeld vgl. Johann Georg Heinsius: Unpartheyische Kirchen-Historie Alten und Neuen Testaments, Von Erschaffung der Welt bis auf das Jahr nach Christi Geburt 1730, T. 2: Die Geschichte vom Jahre Christi 1401 bis 1730, Jena 1735, S. 311-320 und Matthias: Johann Wilhelm und Johanna Eleonora Petersen (wie Anm. 87), S. 183-193.

90 Vgl. August Pfeiffer: Antichiliasmus oder Erzehlung und Prüfung des betrieglichen Traums derer so genannten Chiliasten Von der noch zukünfftigen Tausendjährigen güldenen Zeit / oder sichtbahren Reiche Christi auff Erden vor dem jüngsten Tage. Darinnen nicht allein dieses Schwarms eigentliche Beschaffenheit / Ursprung / Anhang und Abseben / ausführlich beschrieben / und / daß derselbe den Grund des Christlichen Glaubens gefährlich antaste / gründlich erwiesen; Sondern auch der Chiliasten Einwürffe / auß der Weissagung Danielis / Offenbahrung Johannis / vnd andrer Schriftstellen / zur Genüge beantwortet werden. Lübeck 1691, Zuschrift (die Zahlen in Klammern im folgenden Text beziehen sich auf die Seiten dieses Buches); ders.: Antienthusiasmus, Oder: Schrifftmäßige Offenbahrung / Was von denen Enthusiasten / neuen Propheten und Visionisten / und ihren Offenbahrungen insgemein / sowol auch von denen dieser Zeiten In einem Send-Schreiben Ausgesprengten Offenbarungen einer adel. Person insonderheit zu halten sey / Wobey zugleich die Revelationes derer in diesem Seculo entstandenen Neuen Propheten und Prophetinnen / als Jac. Böhmens / Philipp Zieglers / Joh. Warners / Georg Reichards / Hermann von der Hude / Hans Engelbrechts / Christoph Kotters / J. Christiane Poniatoviae, Nic. Drabicii, Joh. Rothens etc. gebührend auff die Probe gesetzt und untersucht werden. Lübeck 1692.

darüber bey viel tausenden auff die Schlachtbanck geführet / das ist bekannt" (7). Müntzer wird zu jenen Propheten gezählt, die ihre Träume für Gottes Wort ausgeben. Fälschlich werden davon "betriegliche oder Lügen-Träume" etwas unterschieden, jene, die von einer künftigen goldenen Zeit auf Erden künden (8). Paracelsus, die Weigelianer, die Rosenkreuzer, Qu. Kuhlmann träumten fälschlich vom ´tausendjährigen Reich´ oder der ´fünften Monarchie´, folgend Vergils Ecloge IV, "da als in einem Slaraffen-Lande alles vollauf seyn soll / so daß die jetzige Zeit dagegen für eine eiserne Zeit und eitel Betteley zurechnen sey". (13)

Der Chiliasmus des 17. Jahrhunderts zielt *auch* auf das Eintreten eines vollkommeneren Zustandes auf Erden. In dieser "güldenen Welt" sollen auch die Armen und Rechtlosen ihre Heimat finden. Eine neue Ständeordnung mit gerechter Verteilung der Güter wird erstehen. Adel, Fürsten, König und das Römische Reich werden vergehen, die Habgierigen, Eigensüchtigen und Wucherer verschwinden. Seit der Himmelfahrt Christi habe dieser seine Königsmacht auf Erden nicht ausüben können, statt dessen habe sich der Teufel eingenistet und geherrscht. Im neuen Reich werden die Menschen unter der Herrschaft Gottes auf Erden wohnen. Die ganze Welt wird ein Staat sein und der Mensch keine Feinde haben. König, Dieb, Wucherer, Papst, Mönch, gelehrte Repräsentanten der bestehenden Ordnung, insbesondere Juristen, wird es nicht mehr geben. Vor Verwirklichung dieser neuen Ordnung müssen die Verteidiger des Alten, die Mächte des Antichristen, niedergerungen werden.

Nach Jacob Taubes (1923-1987) hat G.W.F. Hegel sein System Joachim von Fiore entlehnt. Diese Quelle sei auch bei Gotthold Ephraim Lessing u.a. faßbar.[91] B. Brentjes nimmt diese "Quelle" Hegels - dieser beruft sich hier keineswegs auf Joachim von Fiore - um festzustellen: Hegel nahm "die joachimitische Lehre zur Grundlage seiner Schriften, als Verwirklichung des dritten Weltzeitalters, als dessen Propheten er sich sah, als den Erben Luther, in dessen Nachfolge er das mit ihm bzw. seiner Philosophie beginnende ´Reich der Vernunft´ predigte. Karl Marx gab die direkte religiöse Begründung Hegels auf, stellte dessen System vom (religiösen) Kopf auf die (ökonomisch-sozialen) Füße und entwikkelte eine materialistische Strömung des Chiliasmus. Er faßte sie selbst

91 Jacob Taubes: Abendländische Eschatologie. Mit einem Anhang, München 1991, S. 161-168. Vgl. Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Bd. IV: Die germanische Welt. Auf Grund der Handschriften hrsg. von Georg Lasson, Berlin 1970, S. 878-881.

als Abbild eines objektiven Geschichtsprozesses auf, obwohl er sich besonders in seinen letzten Lebensjahren der Relativität seines Weltbildes bewußt wurde."[92] Für diese "Relativität" beruft sich Brentjes auf Marx´ Brief an die "Otetschestwennyje Zapiski", hier fälschlich auf 1887 datiert, in dem Marx von der Unmöglichkeit spricht, den "Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein" zu finden.[93] Dagegen behauptet Brentjes, die Verwandlung der Marxschen Ideen in einen "Universalschlüssel" sei "dann vor sich gegangen im Rahmen des ´Systems´ der drei Weltzeitalter. Ihre Realisierung ist nicht zuletzt an diesem System gescheitert, ihrer Überzeugung, daß eine Erlösung aus dem Elend auf Erden kommen werde."[94]

Ich hatte mit Joachim Fests Ablehnung jeder künftigen Utopie begonnen. Fest findet seine Nachbeter auch in der ehemaligen DDR. Der Marxismus geht davon nicht zugrunde. Und der Chiliasmus des 17. Jahrhunderts verlangt nach wie vor Respekt und Untersuchung.

---

92 Burchard Brentjes: Chiliasmus und Marxismus. In: Ethnohistorische Wege und Lehrjahre eines Philosophen. Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag. Mit einem Vorwort u. einem Schriftenverzeichnis hrsg. von Dittmar Scharkowitz, Frankfurt/M. u.a. 1995, S. 127.

93 Karl Marx: Brief an die Redaktion der "Otetschestwennyje Sapiski". In: MEW, Bd. 19, Berlin 1969, S. 112.

94 Brentjes: Chiliasmus und Marxismus (wie Anm. 92), S. 127f.

Prof. Dr. Anngret Simms

Der Ursprung der Städte in Westeuropa und Ostmitteleuropa imVergleich*

Sie haben eine Historische Geographin aus Dublin eingeladen, um über eine vergleichende Betrachtung der Stadtentstehung in Westeuropa und Ostmitteleuropa zu sprechen. Gerade zu dem Zeitpunkt, als ich mir Gedanken machte, was ich Ihnen heute vortragen sollte, kam der Band "Burg - Burgstadt - Stadt" in Dublin an (H. Brachmann 1995). Dieses Buch ist sehr anregend für mich, denn genauso wie damals vor fünfzehn Jahren, als mir Ähnlichkeiten im Denkansatz zur Siedlungsgeschichte in den Arbeiten von Joachim Herrmann und dem, was wir in Dublin machten, auffielen, ging es mir jetzt auch. Wahrscheinlich liegt das im Endeffekt daran, daß wir trotz der großen Entfernung im europäischen Zusammenhang gesehen in dreifacher Hinsicht einen gemeinsamen Standort haben:

Erstens, geographisch gesehen, ist es die Randlage. Wir in Dublin liegen am westlichen Rand Europas, und Sie in Berlin haben den Blickwinkel auf das östliche Mitteleuropa gerichtet.

Zweitens, aus der Sicht des Frühhistorikers gesehen, gehören wir beide in die äußere Zone Europas, ein geschichtlicher Raum, der nie zum Römischen Reich gehört hat. Die Bedeutung der relativen Lage zum ehemaligen Römischen Reich für die Stadtentstehung hat Edith Ennen (1967) bereits stark betont, und Joachim Herrmann hat sie 1991 kartographisch dargestellt. In einem Buch von Schofield und Vince (1994) mit dem Titel "Medieval Towns" ist diese Karte wieder abgedruckt. (Abb. 1) Im Kernbereich des frühmittelalterlichen Europas, wo es zu einer Symbiose des germanischen und lateinischen Erbes kam, hatte die mittelalterliche Stadtwerdung zweifelsohne einen großen Vorsprung.

Und *drittens* teilt Irland mit den Gebieten Ostmitteleuropas das Schicksal, daß die Siedlungsgeschichte wiederholt stark von externen Kolonisationsbewegungen mitbestimmt wurde. (Abb. 2)

---

* Vortrag, gehalten vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 16. März 1995

Es bestehen Parallelen zwischen der anglo-normannischen Besiedlung Irlands und der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung (Simms 1979):

Abb. 1

1. Beide mittelalterliche Kolonisationsbewegungen waren zugleich ein militärisches Unternehmen (östlich der Elbe in den Grenzmarken) und ein Teil der mittelalterlichen Bauernkolonisation.

2. Beide waren eine Ausbreitung territorialer Macht und eine Suche nach neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

3. Beide hatten religiöse Motive. (Die Normannen kamen offiziell im Auftrag des Papstes Hadrian, um die irische Kirche zu reformieren.)

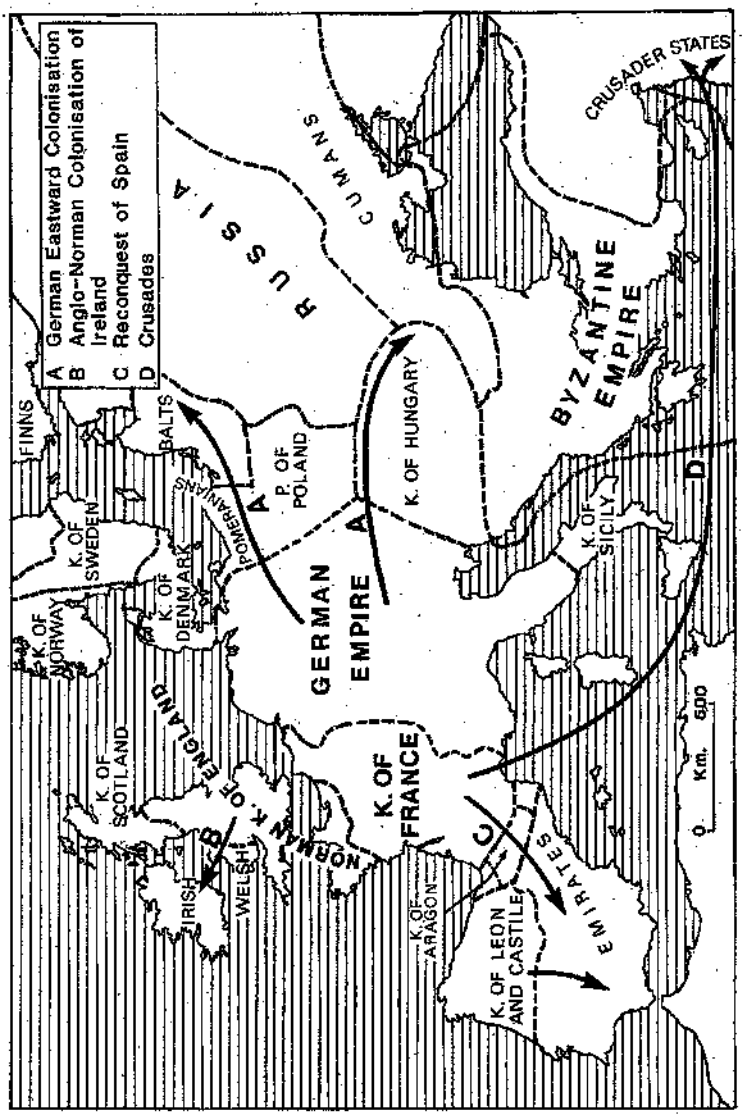


Abb. 2

4. Beide resultierten in der Konfrontation von unterschiedlichen ethnischen Gruppen (deutsch-slawisch; englisch-irisch) mit politischen Auswirkungen bis zum heutigen Tag.

5. In beiden Fällen wurde der Fortgang der Kolonisation am Ende des Mittelalters durch einheimischen Widerstand abgebrochen.

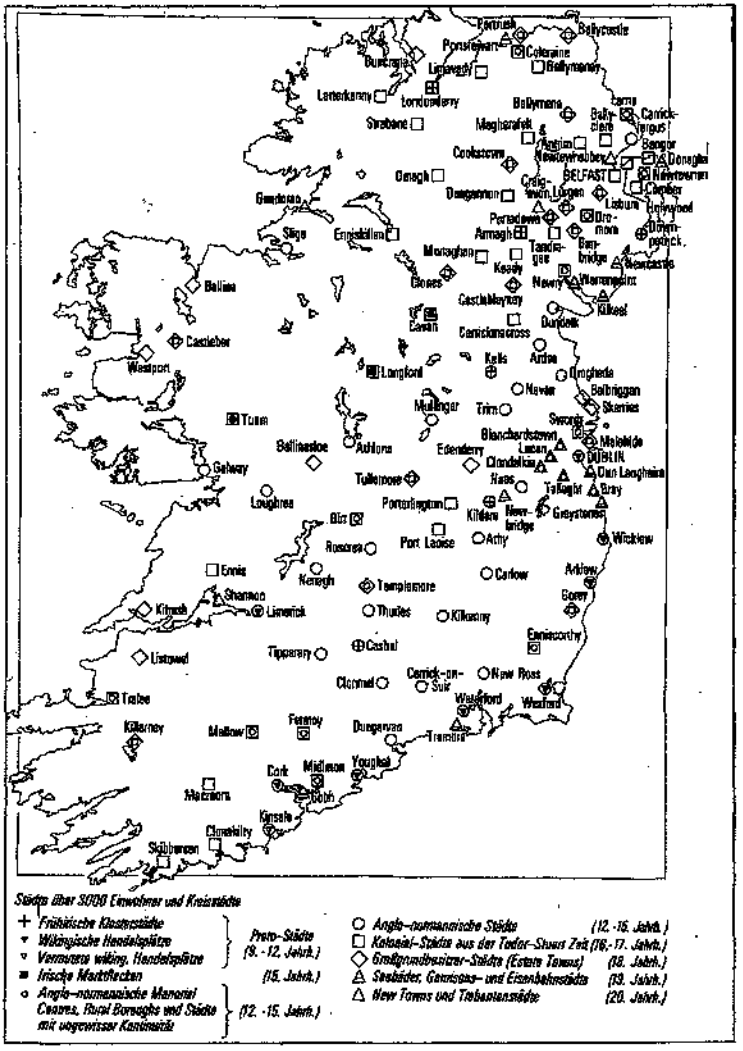
Ich will kurz auf die Folgen für die Geschichtsschreibung eingehen, die aus dieser geographischen und historischen Situation erwachsen sind. Für jedes Volk ist die Erklärung der Umstände, die zur Herausbildung seiner Städte geführt haben, ein wichtiger Bestandteil des geschichtlichen Selbstbewußtseins. Das wiegt besonders schwer bei Ländern, bei denen die mittelalterliche Stadtwerdung in eine Zeit der Siedlungskolonisation fällt, wie das zum Beispiel in Irland an der westlichen Peripherie Europas und in dem Gebiet östlich der Elbe im ostmitteleuropäischen Raum der Fall gewesen ist. Wo immer in diesen Ländern die Geschichtsschreibung von dem kolonisierenden Volk beeinflußt wurde, wurde übersehen, daß viele der heutigen Städte ihre Wurzeln in der vorkolonialen Zeit haben. (Abb. 3)

In einem Land wie Irland mit wiederholten externen Kolonisationsbewegungen wurde bis zu den 1980er Jahren jeglicher Wandel im Siedlungsgefüge nur durch das Erscheinen von neuen Einwanderungsgruppen erklärt. Man führte den Ursprung der mittelalterlichen Städte ausschließlich auf den Einfluß der Wikinger zurück (seit dem 9. Jahhrhundert) und auf den der Anglo-Normannen (seit dem späten 12. Jahrhundert). Der Geograph Aalen schrieb 1978 in seinem Handbuch zur irischen Siedlungsgeschichte: (übersetzt)

"Bevor städtisches Leben in Irland Wurzeln fassen konnte, mußte ein neues kulturelles und wirtschaftliches Milieu geschaffen werden, und das konnte nur von außen kommen."

Das Konzept von Mitte und Peripherie gab es bereits im Bewußtsein der Menschen im 12. Jahrhundert. Im mittelalterlichen Kerngebiet, d.h. dort, wo sich das lateinische Erbe mit dem germanischen vermischte, betrachteten sich die Menschen als die kulturellen Erben des lateinischen Christentums. Ihr Wirtschaftssystem, das auch städtische Siedlungen mit einschloß, war differenzierter als die Wirtschaftsformen an der Peripherie Europas. Das religiöse und kulturelle Sendungsgefühl dieser Leute war eines der Hauptmotive für die mittelalterliche Siedlungskolonisation. Es stärkte die Idee der Kreuzfahrten und die Expansionstendenzen der Ari-

stokratie. In diesem Rahmen gesehen nimmt die mittelalterliche Siedlungskolonisation Irlands europäische Perspektiven an. Sie war ein Teil der großen Bevölkerungsbewegung aus den dichter besiedelten Kernbereichen des westlichen Europas in die mehr peripheren Regionen des Westens, die im Osten in viel größeren Dimensionen ihr Spiegelbild hatte.



Städte über 3000 Einwohner und Kreisstädte

+ *Frühkeltische Kultstädte*
▼ *Wikingische Handelsplätze*
▽ *Vermutete wiking. Handelsplätze*
■ *Irische Marktflecken*
} *Proto-Städte (9.-12. Jahrh.)*

○ *Anglo-normannische Städte (12.-16. Jahrh.)*
□ *Kolonial-Städte aus der Tudor-Stuart Zeit (16.-17. Jahrh.)*
◇ *Großgrundbesitzer-Städte (Estate Towns) (18. Jahrh.)*
△ *Seebäder, Gewerbe- und Eisenbahnstädte (19. Jahrh.)*
△ *New Towns und Trabantenstädte (20. Jahrh.)*

○ *Irische Manorial Centres, Rural Boroughs und Städte mit ungewisser Kontinuität (12.-15. Jahrh.)*

Abb. 3

Vom späten 12. Jahrhundert an begannen die Anglo-Normannen ihre Eroberung Irlands, während deutschsprachige Lehnsherren das Gebiet der Westslawen östlich der Elbe, das Gebiet der baltischen Stämme entlang der Ostsee und das Gebiet der Ungarn in den Gebirgsgegenden im nördlichen Teil ihres Landes kolonisierten. Die Siedlungsstrukturen, die aus diesen Kolonisationsbewegungen entstanden, hatten einen lang andauernden Einfluß auf die Landschaft, besonders im Hinblick auf die große Zahl der Stadtgründungen.

Ein ganz anderer Aspekt ist die Frage der Beziehung zwischen den Menschen, die aktiv die Kolonisation betrieben, und denen, die sie am eigenen Leibe erfuhren. Wir erhalten einen Einblick in die Bewußtseinsstrukturen der kolonisierenden Gruppe aus den zeitgenössischen Chroniken. Als die Anglo-Normannen nach Irland kamen und deutsche Siedler ostwärts in das Gebiet der Westslawen, Balten und Magyaren zogen, trafen sie auf Menschen, die in ihren Augen unterentwickelt waren und die sie einfach als "barbarisch" beschrieben. Aus mittelalterlichen Chroniken wissen wir, daß ein Barbar eine Heide war oder ein schlechter Christ, ein Viehhüter und nicht etwa ein Bauer, der ein Feld bestellte, ein Landbewohner, kein Stadtbewohner, jemand, der vom Tausch lebte und nicht jemand, der Geldmünzen zum Handel benutzte.

All diese Aspekte tauchen in irgendeiner Form in den Schriften von Giraldus Cambrensis über die Iren wieder auf. Giraldus (1146-1223) war ein Geistlicher, der dem anglo-walisischen Adel entstammte und sozusagen als Kriegsberichterstatter mit den Anglo-Normannen nach Irland kam. Er verfaßte eine Beschreibung Irlands, die "Topographia Hibernia", die schon 1185 fertiggestellt war. Sie ist die erste Siedlungsgeschichte Irlands. Die zeitgenössischen Chronisten, die über das von den Deutschen kolonisierte Gebiet östlich der Elbe schrieben, waren Helmold von Bosau, der über die Slawen schrieb, und Otto von Freising, der über die Ungarn berichtete. Auch sie waren Kleriker und von dem Gedanken motiviert, heidnischen Völkern das Christentum zu bringen. Eine gute Übersicht über die damalige Situation geben die Karten von Christiansen in seinem Buch "The Northern Crusades" (1980).

Da die Iren bereits Christen waren, mußte sich Giraldus darauf beschränken, ihnen vorzuwerfen, daß sie in den Grundideen des christlichen Glaubens schlecht informiert waren. Schon einige Jahrzehnte vor der

Ankunft der Anglo-Normannen hatte Bernhard von Clairveaux die Iren als eine unterlegene Rasse dargestellt. Er schrieb:

"...sie sind schamlos in Sachen der Moral, gleichgültig in Fragen der Liturgie, verbohrt im Hinblick auf Disziplin, unsauber in ihrem Leben. Sie sind nur dem Namen nach Christen. In Wirklichkeit sind sie Heiden." (Martin 1987, S.60)

Die Meinung, daß die Randgebiete wirtschaftlich rückständig waren, hat Giraldus Cambrensis sehr nachdrücklich geäußert, als er über die Iren schrieb:

"Sie sind ein wildes und ungastliches Volk. Sie leben von Tieren und leben wie Tiere. Sie sind nicht über die primitiven Lebensformen von Hirtenvölkern hinausgekommen. Während die Menschen normalerweise das Leben in den Wäldern aufgeben, um Felder zu bestellen, und später den Feldbau aufgeben, um in Städte zu ziehen und eine Gemeinschaft von Bürgern zu bilden, verachten diese Menschen den Feldbau und zeigen kein Interesse an der Geldwirtschaft der Städte...Nur der Muße zugetan und der Faulheit ergeben, glauben sie, daß die größte Freude im Leben ist, nicht arbeiten zu müssen." (Giraldus Cambrensis, 1185)

Die Karte, die Giraldus seinem Bericht beigibt, spiegelt seine Meinung wider, daß die irische Gesellschaft vor der Invasion der Anglo-Normannen eine rein ländliche Gesellschaft war. Auf der Karte sind die Wikingerstädte eingezeichnet, die Heinrich II. eroberte und direkt seiner Krone unterstellte: Dublin, Wexford, Waterford, Limerick. Die Karte zeigt den Blick von Irland auf den Kontinent, Island liegt links und Spanien liegt rechts. Davor liegen England und Schottland mit den Orkney Inseln. Auf dem Kontinent erkennt man Flandern, Frankreich, die Rhone, die Alpen, Italien und Rom. Die Karte verzeichnet keine der wichtigen frühen Klosterstätten, wie z.B. Armagh, Downpatrick Kells, Kildare Cashel, die unter den Iren gut bekannt waren und proto-städtische Funktionen angenommen hatten.

Der Topos der Verschwendung fruchtbaren Bodens durch unfähige Behandlung erscheint auch in Otto von Freisings Beschreibung von Ungarn im 12. Jahrhundert. Er schrieb:

"Man muß das Schicksal anklagen oder an der Weisheit Gottes zweifeln, die ein solch fruchtbares Land nicht Menschen, sondern menschlichen Ungetümen anvertraut hat." (Bartlett 1982)

Helmold von Bosau schrieb über die Slawen:

"Dieses ganze Menschengeschlecht ist dem Götzendienste ergeben, immer unstet und schweifend, auf Seeraub ausgehend und einerseits den Dänen, andererseits den Sachsen feindselig." (Helmold von Bosau, S. 43)

Helmold beschreibt die Bekehrung der Slawen als Teil der großen Kreuzfahreridee. Er schrieb über die Kreuzzüge:

"Den Urhebern des Unternehmens schien es jedoch zweckmäßig, einen Teil des Heeres nach dem Morgenlande, einen zweiten nach Spanien und den dritten zu den in unserer Nähe ansässigen Slawen zu entsenden." (unam destinari in partes orientis, alteram in Hyspaniam, terciam vero ad Slavos, qui iuxta nos habitant.) (Helmold von Bosau, S. 217)

Aus diesen Zitaten geht hervor, daß die Menschen im Kerngebiet des frühmittelalterlichen Europas sich ein feindliches Bild von den Menschen machten, deren Land sie erobert hatten. Ein irischer Historiker schrieb vor kurzem, daß die Anfänge einer anti-irischen Literatur mit den Anglo-Normannen begonnen hätten. Das Bild des unkultivierten heidnischen Slawen hat in der historischen und politischen Propagandaliteratur ebenfalls sein Echo gefunden. Hierhin gehört auch die bis zum Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus weit verbreitete Auffassung, daß der Ursprung der Städte im westslawischen Gebiet erst mit der deutschen Kolonialstadt gekommen sei. Heute wissen wir, nicht zuletzt dank der Stadtkernausgrabungen, daß viele Städte aus der Zeit der Ostkolonisation auf slawischen Wurzeln beruhen. Ich möchte dazu den polnischen Archäologen Lech Leciejewicz zitieren, der 1984 schrieb:

"Die Gründung von Rechtsstädten war ein typisches Phänomen des lateinischen Mittelalters in Europa. Aber, diese Art von Rechtsstädten stellten nicht den Beginn der Stadtwerdung in Europa dar, sondern sie waren eine bedeutsame Phase der Stadtentwicklung."

Dazu einen Nachsatz: Im März 1994 hielt Dr. Urbanczyk (Akademie der Wissenschaften in Warschau) einen Vortrag vor unserer siedlungsgeschichtlichen Arbeitsgrupe in Dublin, in dem er uns vorwarf, der Evolutionstheorie zu folgen, die die deutsche und deutschrechtliche Siedlung als Abschnitt einer kontinuierlichen historischen Entwicklung im Gebiet östlich der Elbe zu deuten versuche. Er verteidigte die Kolonisationstheorie und die Bedeutung der Innovation der Rechtsstadt. Der letzte Satz in seiner Vorlesung lautete: "Beim Studium der Städte sollten wir

daher den Diskontinuitäten genausoviel Gewicht beilegen wie den Kontinuitäten."

Im Jahre 1975 gab Walter Schlesinger einen Sammelband heraus mit Beiträgen zum Thema "Die Deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der Europäischen Geschichte". In diesem Band wurde auch über den Bau von *bastides* in Frankreich und die Siedlungen der Deutschen in Rußland berichtet. Parallelen zur irischen Siedlungsgeschichte wurden nicht erwähnt. Ähnlich war es mit den 1975 von Herbert Jankuhn und anderen herausgegebenen Bänden zu "Vor- und Frühformen der europäischen Stadt im Mittelalter". Der Versuch, die mittelalterliche Stadtwerdung in Irland im europäischen Rahmen zu sehen, veranlaßte uns, 1978 in Dublin ein Kolloquium abzuhalten, bei dem es um die Entstehung der Städte in den Randgebieten Europas ging, die außerhalb des ehemaligen Römischen Reiches lagen. Die Vorträge erschienen in erweiterter Form in dem von H.B. Clarke und mir herausgegebenen Sammelband "The Comparative History of Urban Origins in Non-Roman Europe", Oxford 1985. Wir versuchten, eine Typologisierung der Frühstädte außerhalb des ehemaligen Römischen Reiches darzustellen. Ich habe diese Typologisierung in Form eines Diagrammes dargestellt (Abb. 6). Wir unterschieden zwischen Burgsiedlungen, Seehandelsplätzen, Marktflecken und Kultsiedlungen und zeigten, wie die Mehrzahl dieser Orte im Hochmittelalter durch Stadtrechtverleihung zu vollausgebildeten Rechtsstädten wurden.

Die Frühformen der irischen Städte gehören in die Kategorie der Burgstädte, wenn sie wikingischen Ursprungs sind, wie z.B. Dublin, was gleichzeitig Seehandelsplatz war, oder in die Kategorie der Kultsiedlungen, wenn sie aus irischen frühchristlichen Klostersiedlungen hervorgegangen sind. Ohne die Überlagerungen durch die Römer haben sich in Irland archaische Gesellschaftsstrukturen besonders lange erhalten. Irland hat bereits im 5. Jahrhundert die christliche Kultur angenommen und mit der einheimischen keltischen Tradition verschmolzen. Da das Christentum in Irland nicht auf einem bereits existierenden Städtenetz aufbauen konnte, wurden die großen Klosterkirchen zu den zentralen Orten im Aufbau der Kirche. Im 10. Jahrhundert nahm die Bevölkerung in diesen Klosterplätzen stark zu, und die Siedlungsplätze nahmen frühstädtischen Charakter an. Der irische Historiker Charles Doherty (1980) hat auf der Grundlage des anthropologischen Ansatzes gezeigt, wie der soziale Wandel von einer Gemeinschaft, die Tauschgeschäften nachging,

zu einer Gesellschaft, die Handel trieb, den eigentlichen Anlaß zu dieser frühen Stadtentstehung gab. Der Treffpunkt zum periodischen Markt (*oenach*) am Eingang zum Kloster wurde der Standort des späteren Marktes. Der Schutz dieser frühen periodischen Marktplätze kam vom weltlichen Herrscher, der dem Kloster nahe stand. Die bedeutsamsten dieser irischen Klosterstädte wurden von den Anglo-Normannen übernommen und in Rechtsstädte umgewandelt.

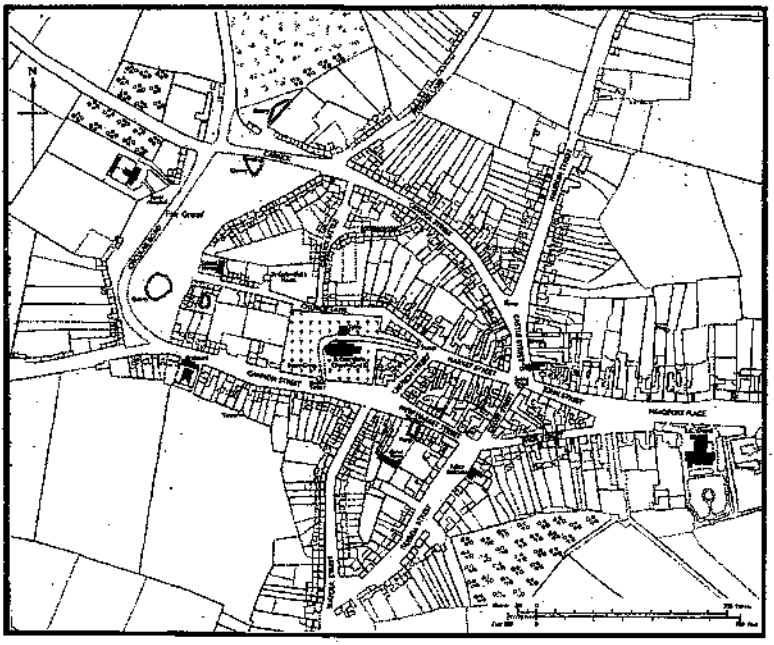


Abb. 4

Die umfriedeten Bereiche der ehemaligen Klosterstätten spiegeln sich in den Plänen der Städte wider, deren Anfänge bis in die frühchristliche Zeit zurückreichen, wie zum Beispiel Kells. Kells, heute eine kleine Marktstadt mit ca. 3000 Einwohnern, zeigt eine deutliche topographische Kontinuitat von der frühchristlichen Klostersiedlung zur anglo-normannischen Stadtgründung. (Abb. 4) Die heutige Straßenführung folgt der kreisrunden Umfriedung der frühchristlichen Klosterkirche. Die Anfänge der "nova civitas" in Kells gehen auf das Jahr 804 zurück, den Annalen von Ulster zufolge. Damit ist die Umsiedlung der kolumbanischen Mönche von Iona nach Kells belegt. Die äußere Umfriedung der

Klostersiedlung hat einen Durchmesser von ungefähr 420 m. (Zum Vergleich: Die französische Stadt Rouen hatte im 10. Jahrhundert eine Ausdehnung von 430 m mal 300 m.) In der inneren Umfriedung befinden sich Relikte aus frühchristlicher Zeit: ein freistehender Rundturm, der einmal die Funktion eines Glockenturmes und eines Aufbewahrungsortes für wertvolle Gegenstände hatte, drei in Stein gehauene einzeln stehende Hochkreuze aus dem 8. bis 9. Jahrhundert und ein Haus mit Steindach aus dem 11. bis 12. Jahrhundert, das entweder als Kirche oder Skriptorium gedient haben kann. Der weltliche Teil der Klostersiedlung mit dem periodischen Markt entwickelte sich an der Ostseite der Klostersiedlung, und dementsprechend entwickelte sich auch die anglonormannische Rechtsstadt im Anschluß an den bereits bestehenden Markt in linearer Form.

Mit dem Namen Kells verbinden wir die großartige Bibelschrift "The Book of Kells", eine der berühmtesten Buchmalereien des frühen Mittelalters, heute in der Bibliothek des Trinity College Dublin. Die wenigsten Menschen wissen, daß im 12. Jahrhundert in irischer Sprache eine Reihe von Vertragsurkunden in diese Bibelschrift hineinkopiert worden sind. Diese Urkunden sind für uns bedeutsam, weil sie zeigen, daß die Iren schon vor den Anglo-Normannen auf Irisch in juristischer Form Kaufverträge über Land und Hausbesitz abgeschlossen haben. In einer dieser Urkunden vom Ende des 11. Jahrhunderts ist die Rede von einem Haus, das Congal Ua Brestlin von Mac Aeda Cerd kauft. Dieser Name bedeutet auf Irisch Handwerker. Unter den Leuten, die diesen Kauf besiegelten, waren nach der englischen Übersetzung auch der *Lector of Kells*, d.h. der Direktor der Schule, *the erenagh of the hospital*, d.h. der Leiter des Gästehauses und auch "*the chief of the scologes*", d.h. der Vorsteher der Pächter.

Das frühmittelalterliche Kells hatte folgende frühstädtische Funktionen:

1. Bildungsstätte. Eine der wichtigen Funktionen der frühchristlichen Kloster in Irland war die Erziehung von Pflegekindern.

2. Schutzherr der Künste. Das Kloster zog Handwerker an, die wertvolles Kirchengerät herstellten, so das *Kells crozier* aus dem späten 10. Jahrhundert (Britisches Museum), eine Gold- und Silberschatulle aus dem 11. Jahrhundert, die den Psalter enthalten sollte, den Colum Cille niederschrieb (National Museum in Dublin). Es muß in Kells

auch eine Schule der Steinmetze gegeben haben, die die reich dekorierten Hochkreuze geschaffen haben.

3. Zufluchtsstätte und Aufbewahrungsort für Wertgegenstände. In der Zeit vor den Wikingereinfällen gaben die Klöster Asylrecht. Vom 10. Jahrhundert an beraubten die Wikinger Klostersiedlungen und führten die Bewohner als Sklaven nach Dublin, von wo sie auf die Sklavenmärkte von Rouen oder nach Island verschickt wurden. Im Jahre 949 berichteten die Annalen, daß der Sohn des Wikingerkönigs Sitric Kells überfiel und 3000 Gefangene wegtrieb. Der Sklavenhandel brachte Irland eine beträchtliche Einfuhr von Gold und Silber.

4. Verwaltungsmittelpunkt. Im 12. Jahrhundert wurde Kells zum Mittelpunkt des Königtums von Breifne. Im Jahre 1152 wurde es zum Bischofssitz für die neugegründete Diözese von Breifne.

5. Markt. Unmittelbar am äußeren Eingangstor in die Klostersiedlung steht ein Kreuz, das Marktkreuz. Lange Zeit war man der Meinung, daß der Markt von den Wikingern in Irland eingeführt wurde. Aber Doherty hat gezeigt, daß in der Zeit vor den Wikingereinfällen das Treffen der Stammesgemeinschaften, *oenach* genannt, das vor den Toren der Klostersiedlung statfand, Gelegenheit zum Warenaustausch gab. Doherty (1980, S. 83) vermutet, daß die Umwandlung des *oenach* in einen ständigen Markt sich zwischen dem 10. und 12. Jahrhundert vollzogen haben muß. Der *oenach* von Glendalough, einer Klostersiedlung in den Wicklower Bergen, wird in der Lebensgeschichte des Hl. Kevin wie folgt beschrieben:

"Auf dem Jahrmarkt des Hl. Kevin darf es keinen Zank geben; keine Forderungen nach Genugtuung, ob berechtigt oder unberechtigt, dürfen erhoben werden. Keinen Streit darf es geben, keinen Diebstahl, keine Vergewaltigungen, sondern nur Kommen und Gehen in Sicherheit." (übersetzt nach Plummer, Hrsg., 1910, I, S. 144-145)

Ein weiter Beweis für die Entwicklung von Handel in der irischen Gesellschaft vor der Eroberung durch die Anglo-Normannen kommt aus dem sprachlichen Bereich. Das Wort *pinginn* erscheint in Glossen und Kommentaren. Es ist entlehnt vom angelsächsischen *penny*. Das Wort *pinginn* wurde zuerst als eine Gewichtseinheit benutzt und später als Münze. (Doherty 1980, S. 82). Es wird vermutet, daß die Iren das Münzwesen erst seit dem späten 10. Jahrhundert kennen. Das würde zeitlich mit dem goldenen Zeitalter der Hochkönige übereinstimmen.

Aus den schriftlichen Überlieferungen für andere Klosterstätten, wie zum Beispiel Kildare und Derry, wissen wir, daß es in diesen Siedlungen seit dem 11. Jahrhundert gepflasterte Straßen, dicht beieinanderstehende Häuser und Handwerkerviertel gegeben hat. (O'Donovan 1860, S. 223; McCarthy 1893, Einträge für die Jahre 1162, 1197 und 1214). Das irische Wort für Markt: *margard* ist ein Lehnwort vom Lateinischen *mercatus*, das durch das altnordische *markar* wahrscheinlich im 10. Jahrhundert ins Irische gekommen ist. In unseren Urkunden wird der Markt von Kells als *margard Cenannnsda* benannt. Auf der Basis des bestehenden Quellenmaterials scheint es berechtigt, Kells im 11. und 12. Jahrhundert als Proto-Stadt oder städtische Frühform zu bezeichnen. Die bestehende Infrastruktur des Ortes muß auf die Anglo-Normannen anziehend gewirkt haben, und so bekam Kells 1199 seine Gründungsurkunde (Charter), die lautete:

"Ego Walterus de Lacy dedi et concessi et presenti carta mea confirmavi burgensibus meis de Kenles legem Britolli habendam..." (McNiocaill 1964, S. 126-127)

Die Anglo-Normannen begannen ihre Eroberung Irlands im Jahre 1169. Sie benutzten die Gründung von Rechtsstädten als ein Instrument, um ihre neu gewonnene Kolonie sowohl wirtschaftlich als auch politisch zu stärken. Innerhalb von ca. 150 Jahren gründeten sie 172 Städte durch Verleihung von Stadtrecht. Dabei knüpften sie an die bereits existierenden Wikingerhafenplätze an der Küste an und im Binnenland an frühchristliche Klosterstädte. Die Verteilung der neugegründeten Städte ist auf die Gebiete mit intensiver anglo-normannischer Kolonisation beschränkt, d.h. auf den Süd-Osten des Landes, während der Nord-Westen von der mittelalterlichen Stadtwerdung ausgeschlossen blieb.

Der Schlüssel zum Verständnis der beiden Siedlungskolonisationen sowohl in Irland als auch im westslawischen Gebiet ist, daß es sich um einen herrschaftlich geförderten Landesausbau handelte. Der eigentliche Ablauf der Kolonisation und die daraus entstehenden Siedlungsstrukturen zeigen regionale Unterschiede. In Irland kamen die Anglo-Normannen in ein bereits besiedeltes Gebiet, und die Figur des Lokatoren, der in der deutschen Ostsiedlung eine so wichtige Rolle gespielt hat, scheint es in Irland so gut wie nicht gegeben zu haben. Von den 174 urkundlich erfaßten Rechtsstädten (Graham 1985) übten wahrscheinlich nur 56 städtische Funktionen aus (Bradley 1985).

Carrickfergus ist ein gutes Beispiel für eine mittelalterliche koloniale Stadt. (Abb. 5) Der Stadtplan ist ein gutes Beispiel dafür, wie verschiedene Kulturen Städte in ihrem eigenen Bildnis gestalten. Ein Blick auf den Plan zeigt an, wie hier die Machtverhältnisse lagen. Carrickfergus wurde von einem der bedeutsamsten anglo-normannischen Ritter, John de Courcy, dem der ganze östliche Teil Ulsters als Lehen übergeben worden war, gegründet. De Courcy baute seine Burg im späten 12. Jahrhundert und verlieh der Siedlung, die im Schutz der Burg entstand, Bürgerrecht. Wahrscheinlich baute er auch die Pfarrkirche St. Nikolaus, die den Kern der ursprünglichen Kaufmannssiedlung darstellte. High Street war Hauptstraße und auch Marktplatz. Während des ganzen Mittelalters hatte die Stadt die Funktion, eine Festung gegen die Iren zu sein. Im Jahre 1569 erhielt die Stadt eine neue Urkunde als Teil der Pläne der Königin Elisabeth, englische Siedler nach Ulster umzusiedeln. Der prominenteste unter den Neuankömmlingen war Sir Arthur Chichester, der im frühen 17. Jahrhundert Herr der Burg wurde. Er erweiterte die Stadtmauer und baute das neue Bürgermeisteramt an die Stelle des alten Franziskaner-Klosters. So wurde aus einer mittelalterlichen Stadt eine *plantation town* Die Stadt blieb der englischen Krone treu, und das bedeutete, daß sie sich gegenüber den einheimischen Iren und den presbyterianischen Schotten feindselig verhielt.

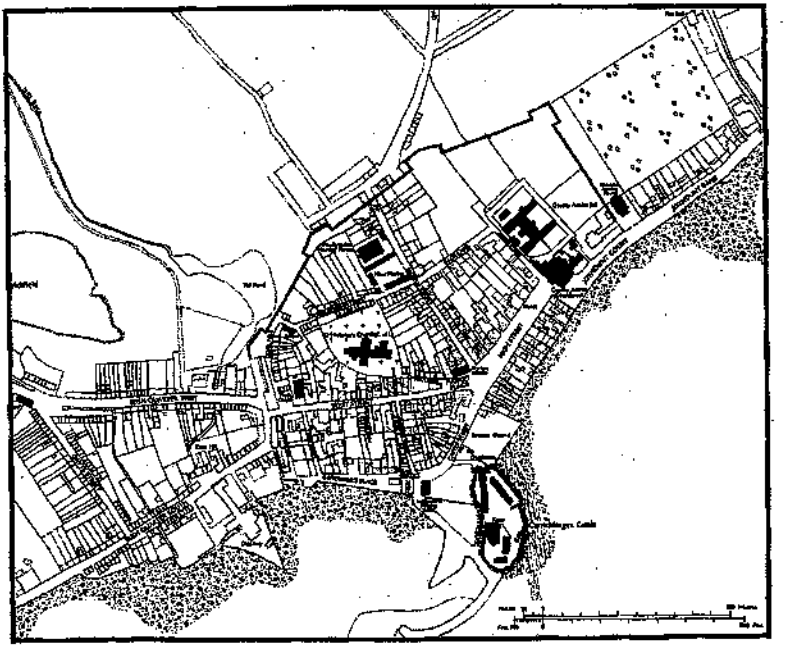


Abb. 5

Auf der Basis von Stadtplananalyse und mit Bezug auf bestimmte Strukturelemente hat Bradley (1985) argumentiert, daß die anglo-normannischen Neugründungen geplant waren. Wir wissen, daß die Städte der deutschen Ostsiedlung nach regelmäßigem Muster angelegt wurden.

Der Standort dieser neuen Rechtsstädte war abhänging vom System der Landverleihung. Z.B. konnte sich Hugh de Lacy, dem die Grafschaft Meath verliehen wurde, entscheiden, wo er seine eigenen Herrschaftssitze errichten wollte. Er entschied sich für Trim, Kells und Drogheda. Natürlich wählte er die Standorte mit der besten Infrastruktur. Die kleineren Lehnsherren hatten weniger Auswahl, und deshalb blieben ihre Versuche der Stadtgründung oft erfolglos, wie z.B. Syddon in County Meath, dem gegen Mitte des 13. Jahrhunderts eine Urkunde verliehen wurde, und Moone in County Kildare.

Um die Herrschaftsverhältnisse der neu gegründeten Rechtsstädte besser übersehen zu können, kartierte ich alle in Mc Niocails Sammlung abgedruckten Rechtsstädte. Die Karte zeigt 31 Rechtsstädte, für die Mc

Niocaill eine Urkunde finden konnte. Trotz der Lückenhaftigkeit vermittelt diese Karte einige wichtige Tatsachen: Von den 31 Städten, deren Urkunden zwischen 1171 und 1465 ausgestellt worden waren, erhielten fünf ihre Existenz durch eine königliche Urkunde bestätigt, und eine Stadt wurde durch eine königliche Urkunde neu gegründet (Dungarvan). Achtzehn Städte waren Gründungen der Aristokratie, sechs von bischöflichen Herren, und eine Stadt wurde von einem aristokratischen Unterpächter gegründet. Die königlichen Urkunden bezogen sich ausschließlich auf die Hafenstädte, die mit Ausnahme von Dungarvan die alten Wikingerstädte waren (Dublin, Wexford, Waterford, Cork und Limerick). Die Mehrzahl dieser Städte erhielt die Gründungsurkunden in erstaunlich kurzer Zeitspanne. Von den 31 von Mc Niocaill veröffentlichen Urkunden wurden 17 in der Lebensspanne von zwei Generationen verliehen. Nur zwei von ihnen waren nicht erfolgreich, während Cashel der einzige von Bischöfen gegründete Ort war, der sich erfolgreich entwickelte.

Aus Vergleichsgründen wollen wir kurz auf die Zeit der Stadtwerdung in Pommern verweisen, wobei ich mich auf die Arbeit von Walter Kuhn beziehe. Nach 1230 verfolgten die pommeranischen Fürsten die Politik, ihr Land durch Stadtgründungen nach deutschem Recht zu enwickeln. So wie in Irland die ersten Urkunden den ehemaligen Wikingerstädten verliehen wurden, so wurden in Pommern die ersten Urkunden ehemaligen slawischen Burgstädten in Küstenlage verliehen. Die wichtigste und eine der ersten, die eine Urkunde erhielt, war Szczecin/Stettin. Hier übernahm die deutsche Rechtsstadt den Namen der slawischen Vorläufersiedlung, genauso wie in Irland viele Rechtsstädte den Namen der Vorläufersiedlungen, entweder galische Klosterstätten oder wikingische Hafenstädte übernahmen.

Im mittelalterlichen Pommern ist die größte Zahl der Städte genauso wie im mittelalterlichen Irland von der gehobenen Adelsschicht, in diesem Falle den Herzögen von Pommern, gegründet worden. Das waren auch die erfolgreichsten Gründungen. Die Stadtgründungen mit wenig Aussicht auf Erfolg waren wieder genauso wie in Irland die mit kirchlichen Urkunden.Wenige aus dieser Gruppe überlebten. Ausnahmen bildeten die ehemalige Klosterstadt Greifswald, die schon früh in die Hände des Herzogs überging, und zwei Städte, die vom Kreuzritterorden gegründet wurden (Templers und Knights of St. John), die bescheiden überlebten.

Die wichtigste Aussage, wenn man die Chronologie der Stadtgründungen in Pommern ansieht, ist wie in Irland die starke Konzentration der Stadtgründungen in wenigen Jahrzehnten. Zwischen 1234 und 1280 wurden 44 Städte gegründet, während in den darauffolgenden 219 Jahren nur zehn Städte gegründet wurden.

Diese vergleichende Analyse zeigt, wie wichtig Stadtgründungen im Zusmmenhang mittelalterlicher Kolonisation waren. Für die damaligen Herrscher waren Städte das wichtigste Instrument zur Entwicklung ihrer Gebiete, vielleicht der Rolle der Industrie in unserer Gesellschaft vergleichbar. Eine bisher unbeantwortete Frage bleibt, warum die irischen Territorialherren sich dieses Instruments nicht bedient haben. Die slawischen Fürsten hingegen haben die Idee der Stadtgründungen sehr positiv aufgegriffen.

Die neuen Rechtsstädte trugen dazu bei, daß das mittelalterliche Irland europäisiert wurde. Die Urkunden waren in Latein ausgestellt, ob sie in Irland oder im ehemaligen westslawischen Gebiet oder in Polen ausgestellt wurden. Sie gingen auf karolingische Vorfahren zurück. Die verliehenen Privilegien hatten Ähnlichkeit miteinander, und die Modelle wurden jeweils aus den Kerngebieten übernommen. Für Irland war das Bristol (Urkunde 1155), und für den Ostseeraum war es Lübeck (Urkunde 1188). So ergab sich eine relative Chronologie der Stadtgründungen im Kernbereich und an den Randgebieten Europas.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß durch die wiederholten Kolonisationsbewegungen im Verlauf der Siedlungsentwicklung in unserem Geschichtsraum und die daraus resultierenden bewußt geplanten Städtegründungen die qualitativen Änderungen im Städtesystem einen revolutionären Charakter annahmen, so daß evolutionäre Vorgänge leicht überdeckt werden konnten. Außerdem wurde es dadurch schwieriger, das Element der Kontinuität in der Siedlungsgeschichte zu erkennen.

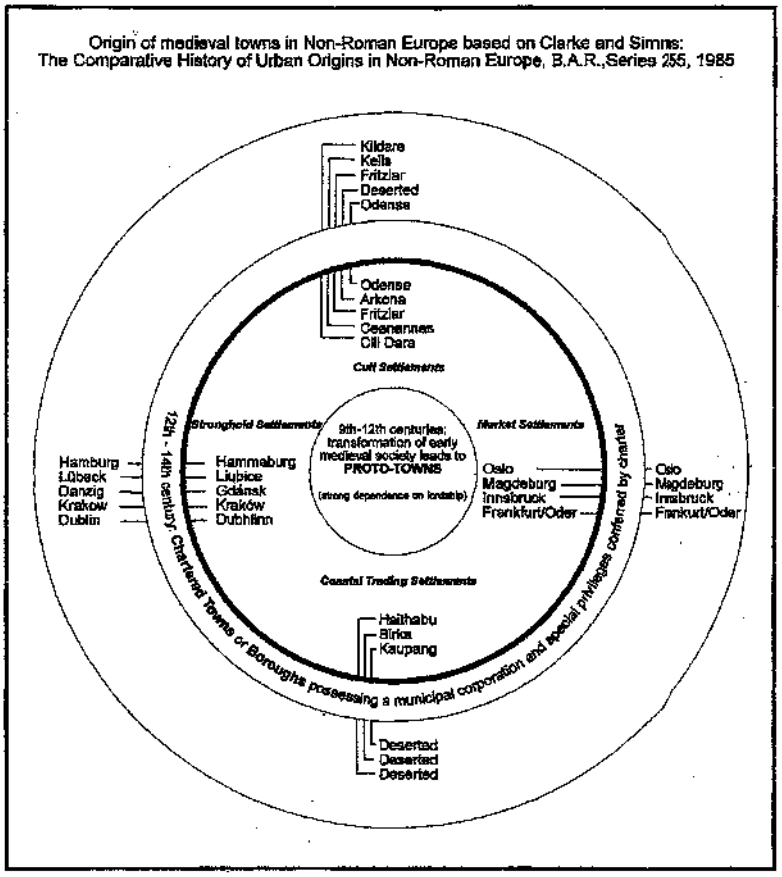


Abb. 6

Abschließend läßt sich feststellen, daß die mittelalterliche Stadtwerdung einen Teil eines Europäisierungsprozesses darstellt, der sich vom Kernbereich des Karolingerreiches nach Westen und Osten ausgebreitet hat. Mit der Siedlungsexpansion, die auf eine militarische Übermacht gestützt war, verband sich eine wirtschaftliche und kulturelle Vereinheitlichung Europas. Die Träger dieser Bewegung waren eine neue Aristokratie, die Anlage von Burgen, die Gründung neuer Städte und die Einführung der Urkundensprache. Es waren nicht die mächtigen Könige, sondern Ritter und Landgrafen, Kaufleute und Priester, die diese Expansion betrieben (Strongbow's Leinster, De Courcy's Ulster). Es gab bestimmte

Institutionen, die der Ritterschaft, den Kaufleuten und der Kirche zugeordnet waren, die im Neusiedlungsbereich überall neu eingesetzt werden konnten. Das waren vor allem der Markt und die religiösen Orden. So gab es zum Beispiel ein Netz von Zisterzienserklöstern, das von Irland bis nach Palästina reichte. Diese Entwicklung bedeutet aber auch, daß es im Frühmittelalter eine größere regionale Vielfalt gegeben hat, die im 12. und 13. Jahrhundert durch Uniformität überlagert wurde. Die neue Institution Stadt hatte die größte operative Wirksamkeit. (Abb. 6)

Bartlett (1994) weist darauf hin, daß der Prozeß der hochmittelalterlichen Kolonisation ein Prozeß der Nachbildung war und nicht der bewußten Differenzierung (Konstitutionen von Melfi, Statutes of Kilkenny). Diese Intention ist nicht immer voll gelungen, denn die mittelalterliche Siedlungskolonisation hat nicht nur ein einheitliches kulturelles Muster geschaffen, sondern auch am äußeren Rand des lateinischen Europas einen Ring von sprachlich und ethnisch in sich differnzierten Gesellschaften, deren Konflikte bis in die heutige Zeit nachwirken.

Ob es wohl berechtigt ist, Beziehungen zwischen den mittelalterlichen Europäisierungsprozessen und denen in unserer Zeit zu sehen? Im Mittelalter ging es darum, neue Kulturlandschaften strukturell den älteren anzugleichen. Die Europäische Union verfolgt dieses Ziel auch. Der Kernbereich des zu vereinigenden Europas ist geographisch gesehen derselbe wie im Mittelalter. Brüssel und Huy, die erste Stadt, der im Mttelalter eine Stadturkunde verliehen wurde, liegen nur 80 km voneinander entfernt.

Mein besonderer Dank gilt den Professoren Joachim und Ursula Herrmann, die sich meines Manuskripts zur Drucklegung angenommen haben.

Bibliography:

Bartlett, R., Gerald of Wales, 1146-1223, Oxford 1982

Bartlett, R. and A. Mackay, Hrsg., Medieval Frontier Societies, Oxford 1989

Bartlett, R., The Making of Europe. Conquest, Colonization and Cultural Change 950-1350, London, New-York, Sidney, Toronto 1993

Brachmann, H., Hrsg., Burg - Burgstadt - Stadt. Zur Genese mittelalterlicher nichtagrarischer Zentren in Ostmitteleuropa, Berlin 1995

Christiansen, E., The Northern Crusades: The Baltic and the Catholic Frontier 1100-1525, London and Basingstoke 1980.

Clarke, H.B. and A. Simms, Hrsg., The Comparative History of Urban Origins in Non-Roman Europe, 2 Bd., British Archaeological Reports, Oxford 1985

Dralle, L., Die Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa, Darmstadt 1991

Ennen, E. The different types of formation of European towns, in: S.L. Thrupp, ed., Early Medieval Society, N.Y. 1967, S. 174-82

Giraldus Cambrensis, Topographia Hiberniae. The first version of the topography of Ireland, übersetzt von J.J. O'Meara, Dundalk 1951; Neuauflage unter dem Titel: The History and Topography of Ireland, MountRath 1982

Herrmann, J., Siedlungsgeschichtliche Grundlagen und geschichtliche Voraussetzungen für die Entwicklung Berlins, in: H. Brachmann und J. Herrmann, Hrsg., Frühgeschichte der europäischen Stadt, Berlin 1991, S. 7-18

Herrmann, J., Research into the early history of the town in the territory of the German Democratic Republic, in: M. W. Barley, ed., European Towns: their Archaeology and Early History, London 1977, S. 243-59

Jäger, H., Entwicklungsphasen Irischer Städte im Mittelalter, in: Jäger, H., F. Petri und H. Quirin, Hrsg., Civitatum Communitas, Köln/Wien 1984, S.71-95

Leciejewicz, L., Polish Archaeology and the History of Medieval Towns, in: Clarke, H.B. and A. Simms, Hrsg., The Comparative History of Urban Origins in Non-Roman Europe, Bd. 2, British Archaeological Reports, Oxford 1985, S. 335-354

H.B. Clarke and A. Simms, A. Jäger and K. Simms, Origins of Principle Towns, in: Haughton, J.P., ed., Atlas of Ireland, Dublin 1979, p. 43

Jankuhn, H. et al., Vor- und Frühformen der europäischen Stadt im Mittelalter, 2 Bd., Göttingen, 1975

Mac Niocaill, G., Na Biurgeisi, 2 Bd., Galway 1964

Martin, F.X., Diarmait Mac Murchada and the coming of the Anglo-Normans 1169-1534, in: A. Cosgrove, ed., Medieval Ireland. A new history of Ireland, II, Oxford 1978, S. 60

Plummer, C., Hrsg., Vitae sanctorum Hiberniae, 2 Bd. Oxford 1910

Richter, M., Irland im Mittelalter. Kultur und Geschichte, Stuttgart 1983

Schlesinger, W., ed., Die Deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der Europäischen Geschichte, Sigmaringen 1975

Schofield, J. and A. Vince, Medieval Towns, Leicester University Preß 1994

Simms, A., Überformung eines keltischen Siedlungsraumes am Rande Europas durch externe Kolonisationsbewegungern, in: Hagedorn, J., J. Hovermann, H.J. Nitz, Gefügemuster der Erdoberfläche, Festschrift zum 42. Deutschen Geographentag, Göttingen 1979, S. 261-308

Simms, A., Frühe Entwicklungsstufen der Europäischen Seehandelsstädte auf dem Hintergrund ethnischer Überlagerungen, dargestellt am Beispiel von Dublin in Irland, in: Lübecker Schriften zur Archäologie und Kulturgeschichte, Bd. 5, Bonn 1981, S. 113-126

Simms, A., Core and Periphery in Medieval Europe: The Irish Experience In a Wider Context, in: W.J. Smyth and K. Whelan, Hrsg. Common Ground. Essays on the Historical Geography of Ireland, Cork 1988, S. 22-40

Simms, A. Genetische Siedlungsforschung in Irland mit besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgeographie, in: K. Fehn, K. Brandt, D.Denecke, F. Irsigler, Hrsg.,Genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa und seinen Nachbarräumen, Bonn 1988, S. 319-343 (Karte S. 321)

Simms, A., H.B. Clarke, R. Gillespie, J.. Andrews, Hrsg., Irish Historic Towns Atlas, Royal Irish Academy, Dublin, Kildare (1986), Carrickfergus (1986), Bandon (1988), Kells (1990), Millingar (1992), Athlone (1994), Maynooth (1995)

Stoob, H., Helmold von Bosau: Slawenchronik, Darmstadt, 1973

Urbanczyk, P., The origins of towns at the outskirts of medieval Europe - Poland, Ireland. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Dublin, März 1994

Verhulst, A., The origins and early development of medieval towns in northern Europe, in: Economic History Review, XLVII, 2(1994), pp 362-373

Abbildungen

Abb. 1 Zonen der europäischen Stadtwerdung (nach Schofield und Vince 1994, auf Grundlage eines Entwurfs von J. Herrmann)

Abb. 2 Kolonisationsbewegungen im Mittelalter. Entwurf von A. Simms.

Abb. 3 Zum Ursprung und zu den Frühformen irischer Städte. Entwurf von A. Simms.

Abb. 4 Stadttopographie von Kells (nach Irish Historic Towns Atlas).

Abb. 5 Stadttopographie von Carrickfergus (nach Irish Historic Towns Atlas).

Abb. 6 Stufen der Stadtentstehung in der Zone außerhalb direkter antiker Tradition. Entwurf von A. Simms

Walter Schmidt

Der Barbarossamythos in der Revolution von 1848/49*

Der deutsche Barbarossamythos war ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Namentlich in den ersten Etappen der um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eingeleiteten bürgerlichen Umgestaltung Deutschlands war die seit Beginn der Neuzeit gewachsene Sage vom im Berg schlafenden und auf den Anbruch einer neuen Zeit deutscher Größe und Macht harrenden Kaiser ebenso rasch wie rigoros national-politisch funktionalisiert worden.[1] Bis 1848 war ein neues Barbarossaverständnis entstanden, ganz zugeschnitten auf die politischen Bedürfnisse der deutschen, auf die Herstellung der staatlichen Einheit des Landes konzentrierten Nationalbewegung, und hatte auch eine recht beachtliche Verbreitung, namentlich im Bildungsbürgertum, weniger im Volk gefunden. Die politische Lyrik hatte daran wohl den Hauptanteil. Barbarossagedichte, darunter vor allem Rückerts 1817 entstandene Verse vom Kaiser im Kyffhäuser, fehlten wie die Sage selbst nur ganz selten in den seit den dreißiger Jahren zahlreich erchienenen und zunehmend auf "vaterländische Erziehung" ausgerichteten Schulbüchern.[2] Barbarossa war inzwischen zu einem wesentlichen historischen Bildungsgut geworden.

---

* Bearbeiteter, erweiterter und mit Anmerkungen versehener Vortrag, gehalten am 18. Mai 1995 in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e.V. Der Vortrag schließt an meine Studie an: Barbarossa im Vormärz, in: Evamaria Engel / Bernhard Töpfer (Hg.), Kaiser Barbarossa. Landesausbau - Aspekte seiner Politik - Wirkung, Weimar 1994, S. 171 ff. . Darüber hielt ich am 19. September 1991 bereits einen Vortrag in der Klasse Geistes- und Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften, Berlin. Für die Anregung zur Bearbeitung des Barbarossathemas in der Rezeption des 19. Jahrhunderts und kritische Begleitung meiner Studien danke ich Evamaria Engel.

1 Frantisek Graus, Lebendige Vergangenheit. Überlieferung im Mittelalter und die Vorstellung vom Mittelalter, Köln-Wien 1975, S. 338 ff.

2 Oskar Ludwig Bernhard Wolff, Sammlung historischer Volkslieder und Gedichte der Deutschen. Aus Chroniken, fliegenden Blättern und Handschriften, Stuttgart-Tübingen 1830, 1843[6], 1851[15]; Karl Eduard Philipp Wackernagel, Auswahl deutscher Gedichte für höhere Schulen, Berlin 1832, 1836[2], 1838[3], 1845[4]; Karl Wagner, Deutsche Geschichten aus dem Munde teutscher Dichter, Darmstadt 1831, 1841[3], unter dem Titel: Poetische Geschichte der Deutschen. Vorzüglich für den Unterricht in der deutschen Sprache und Geschichte, 4. völlig neubearbeitete Aufl. 1858; Johann

Die Genesis dieses national determinierten und politisch aktualisierten Barbarossabildes in der Zeit der antinapoleonischen Nationalbewegung, während der Restaurationsperiode und im Vormärz ist bereits relativ gut erschlossen. Im Gegensatz zur älteren Forschung im ausgehenden 19. Jahrhundert,[3] die in borussischer Manier auch die Barbarossadichtung linear auf die Reichsgründung von 1871 festlegte und ihr hauptsächlich eine konservative, die preußische Hegemonie legitimierende Deutung unterlegte[4], haben neuere Untersuchungen[5] ein wesentlich differenzierteres Bild zu zeichnen vermocht.

Christoph Kröger, Deutschlands Ehrentempel. Eine geordnete und mit Anmerkungen begleitete Auswahl der vorzüglichsten alten und neuen Gedichte, welche das deutsche Land und das deutsche Volk verherrlichen. Theil 2: Das deutsche Volk bis zum 14. Jahrhundert, Theil 3: Das deutsche Volk von 1307-1835, Altona 1833-1835; Friedrich Raßmann, Die Romanzen und Balladen der neuern deutschen Dichtung. In sechs Büchern, Leipzig 1834; Theodor Echtermeyer, Auswahl deutscher Gedichte für die untern und mittleren Classen gelehrter Schulen, Halle 1836 (bis 1849 in 6 Aufl., 1888 erschien die 29. Aufl.); Gustav Schwab, Fünf Bücher deutscher Lieder und Gedichte von A. von Haller bis auf die neueste Zeit. Eine Materialsammlung mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen, Leipzig 1835, 1840[2]; August Nodnagel, Deutsche Sagen aus dem Munde deutscher Dichter, Dresden-Leipzig 1836, 2.Aufl. Darmstadt 1845 unter dem Titel: Deutsches Sagenbuch für die reifere Jugend; Klio. Eine Sammlung historischer Gedichte mit einleitenden geschichtlichen Anmerkungen von Adolf Müller, Berlin 1840, 2. umgearbeitete Aufl. Leipzig 1866; Deutsche Dichtungen zur deutschen Geschichte, hg. von August Hermann Niemeyer, Bielefeld 1844; Deutsche Geschichte in Liedern, Romanzen, Balladen und Erzählungen deutscher Dichter, gesammelt und mit Anmerkungen begleitet von Hermann Kletke, Berlin 1846; Ignaz Hub, Deutschlands Balladen- und Romanzen-Dichter, Karlruhe 1849[2], 1853[3]; Karl Simrock, Die geschichtlichen deutschen Sagen aus dem Munde des Volks und deutscher Dichter, Frankfurt a.M. 1850; August Wilhelm Grube, Deutsche Geschichten in deutschen Gedichten. Ein nationales Lesebuch für die Jugend des deutschen Volkes mit besonderer Rücksicht auf den Unterricht in der vaterländischen Geschichte, Leipzig 1850.

3 Franz Joseph Scherer, Die Kaiseridee des deutschen Volkes in Liedern seiner Dichter seit dem Jahre 1806, Arnsberg 1879 und 1896; Ernst Koch, Die Sage vom Kaiser Friedrich im Kyffhäuser, Grimma 1880; Paul Lemcke, Der deutsche Kaisertraum und der Kyffhäuser, Magdeburg 1887; Richard Schröder, Die deutsche Kaisersage, Heidelberg 1891; Franz Kampers, Kaiserprophetien und Kaisersagen im Mittelalter. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Kaiseridee, München 1895; ders., Die deutsche Kaiseridee in Prophetie und Sage, München 1896. Die erste umfassende wissenschaftliche historisch-kritische Analyse der Entstehung der Barbarossalegende, die frei war von politischer Legitimation für Preußen, lieferte im Jahr der Reichsgründung Georg Voigt, Die deutsche Kaisersage, in: Historische Zeitschrift, 26. Bd., 1871, S. 131 ff.

4 Vgl. dazu auch Gustav Seeber, Von Barbarossa zu Barbablanca. Zu den Wandlungen des Bildes von der mittelalterlichen Kaiserpolitik im Deutschen Reich. In: Engel /

Das Barbarossathema war durchaus nicht von Anfang an allein rechtskonservativ besetzt. Seine Deutung war zunächst nach verschiedenen politischen Richtungen hin offen. Das gilt auch für die Revolutionszeit, die hinsichtlich der Rezeption und Wirkung der Barbarossalegende freilich bislang noch kaum erforscht ist.

* * *

Die Revolution schuf einen neuen, aber durchaus zwiespältigen Resonanzboden für den Mythos um Barbarossa. Einerseits schien sich nun dank dem revolutionären, demokratischen Aufbruch in den Märzbewegungen von 1848, auf den ja ein Gutteil der Barbarossadichtung im Vormärz gesetzt hatte, das Vermächtnis des schlafenden Kaisers zu erfüllen. Erstmals ergaben sich überhaupt reale Chancen, das seit Jahrhunderten

---

Töpfer, Kaiser Friedrich Barbarossa. (wie Anm.*), S. 205 ff.; siehe auch: Kurt Pätzold, "Kyffhäusergeist". Zur Ideologie einer Organisation des preußisch-deutschen Militarismus, in: Friedrich I. Barbarossa 1152 - 1190. Politik und Wirkung. Anläßlich der 800. Wiederkehr seines Todestages am 10. Juni 1990, MS Berlin o. J. (1989), S. 38 ff.

5 Gertrud Diez, Das Bild Friedrich Barbarossas in der Hohenstaufendichtung des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Nationalbewegung, Diss. phil. Freiburg 1943; Hans Eberhardt, Die Kyffhäuserburgen in Geschichte und Sage, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 96, 1960, S. 66 ff.; Albrecht Timm, Der Kyffhäuser im deutschen Geschichtsbild. (Historisch-politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, H. 3), Göttingen 1960; Bernhard Töpfer, Das kommende Reich des Friedens, Berlin 1964; Heinz Gollwitzer, Zur Auffassung der mittelalterlichen Kaiserpolitik im 19. Jahrhundert. Eine ideologie- und wissenschaftsgeschichtliche Nachlese. In: Dauer und Wandel. Festschrift für Kurt Raumer, Münster 1966, S. 483 ff.; Walter Migge, Die Staufer in der Literatur seit dem 19. Jahrhundert, in: Die Zeit der Staufer. Geschichte - Kunst - Kultur, hg. vom Württembergischen Landesmuseum Stuttgart, Stuttgart 1977, Bd. 3, S. 249 ff.; Klaus Schreiner, Die Staufer in Sage, Legende und Prophetie, in: Ebenda, S. 249 ff.; ders., Friedrich Barbarossa - Herr der Welt, Zeuge der Wahrheit, die Verkörperung nationaler Macht und Herrlichkeit, in: Ebenda, Bd. 3, S. 521 ff.; Odilo Engels, Die Staufer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1977, S. 160 ff.; Arno Borst, Reden über die Staufer, Frankfurt a.M. 1978; Friedrich Weigend/Bodo M. Baumunk/Thomas Brune, Keine Ruhe im Kyffhäuser. Das Nachleben der Staufer. Ein Lesebuch der deutschen Geschichte, Stuttgart-Aalen 1978; Hartmut Boockmann, Ghibellinen oder Welfen, Italien- oder Ostpolitik. Wünsche des deutschen 19. Jahrhunderts an das Mittelalter, in: Reinhard Elze / Pierangelo Schiera (Hg.), Das Mittelalter. Ansichten. Stereotypen und Mythen zweier Völker im neunzehnten Jahrhundert: Deutschland und Italien, Bologna - Berlin 1988, S. 127 ff.; ders., Friedrich I. Barbarossa in der Malerei und Bildenden Kunst des Historismus, in: Estratto dal Bulletino del'Instituto Storico Italiano per il Medio Evo e Archivio Muratoriano, Nr. 96, Rom 1990, S. 347 ff.; Walter Schmidt, Barbarossa im Vormärz. in: Engel / Töpfer, Kaiser Friedrich Barbarossa (wie Anm.*), S. 171 ff.

herbeigesehnte und seit der Romantik mit dem Reich der Hohenstaufen in Verbindung gebrachte Reich als einheitlichen deutschen Nationalstaat zu errichten. Es lag nur nahe, wenn dieser Aspekt nun dichterisch reflektiert wurde. Andererseits aber bedurfte die Realität eines endlich revolutionierten Landes des Kaisertums als eines zentralen Hoffnungselements eigentlich nicht mehr. Die Revolution von unten konnte auf Barbarossa grad so verzichten, wie Heine es in seinem Poem "Deutschland. Ein Wintermärchen" 1844 proklamiert hatte[6]: Man brauchte eigentlich keinen Kaiser mehr.

Rückbesinnung auf die Kaiserlegende mochte allerdings in dem Moment wieder stärker einsetzen, als das von der Revolution geschaffene Nationalparlament sich nicht nur entschloß, seine Souveränität mit den an der Macht gebliebenen Fürsten vereinbarlich zu teilen, sondern seit der Jahreswende 1848/49 sogar einen Kaiser als Reichsoberhaupt favorisierte. Es steht daher zu fragen, ob und wie die liberale Mehrheit, die in den Regierungen und in der konstituierenden Nationalversammlung die politische Führung bei der gesellschaftlichen Neugestaltung und Einigung Deutschlands wahrzunehmen bemüht war, diese ihre politischen Ziele auch historisch zu legitimieren suchte und dabei auf Barborossa und die Hohenstaufen zurückgriff. Darüber hinaus aber vermag eine Untersuchung über die Rolle des Barbarossathemas in den politischen Auseinandersetzungen der Revolutionszeit auch darüber Auskunft zu geben, wieweit die Legende bereits rezipiert, ja verinnerlicht war und das historisch-politische Denken, namentlich der politischen Eliten in den verschiedenen Parteiströmungen beeinflußte.[7]

* * *

Die politische Lyrik reagierte am unmittelbarsten und schnellsten auf die durch die siegreiche Märzrevolution geschaffene neue Situation. Und sie war dabei bestrebt, den angenommenen Anbruch eines neuen Zeitalters in den Rahmen der ganzen deutschen Geschichte zu stellen. Ernst Ortlepp[8] etwa ließ in einem vaterländisch-nationalen Hymnus auf die "Völkerkönigin Germania" alle Großen der Vergangenheit, allen voran

---

6 Heines Werke in fünf Bänden, Bd. 2, Weimar 1961, S. 134.

7 Diese Frage warfen erstmals auf: Thomas Brune/Bodo Baumunk, Wege der Popularisierung. In: Die Zeit der Staufer, Bd. 3 (wie Anm. 6), S. 327 f.

8 Ernst Ortlepp, Germania. Eine Dichtung dem deutschen Parlament gewidmet, Frankfurt a.M. 1848. Vgl. auch ders., Ende Februar 1848. In: Elfriede Underberg (Hg.), Die Dichtung der ersten deutschen Revolution 1848-1849, Leipzig 1930, S. 28 f.

natürlich die Könige und Kaiser seit Karl dem Großen mit ihren Leistungen und Hoffnungen Revue passieren. So blieb denn auch Barbarossa, mit dessen Sagengestalt seit Jahrhunderten die Hoffnungen auf ein neues Deutschland verknüpft worden waren, auch in der Revolution aktuell. Zwar nahm dieses Thema verglichen mit anderen Problemen - wie schon im Vormärz - einen mehr marginalen Platz ein. Immerhin aber weist das Revolutionsjahr mit einem guten Dutzend Barbarossagedichten eine Häufung auf, die man zuvor in keinem Jahr finden kann.

Die Euphorie nach dem Erfolg der Märzbewegungen fand in der Barbarossadichtung sofort ihren Niederschlag. Bereits am 31. März feierte eine kleine Gruppe begeisterter Thüringer auf einem Ausflug zum Kyffhäuser unter der schwarz-rot-goldenen Fahne "Barbarossas Erwachen"[9].

Schon unter den aktiven Burschenschaftern des Vormärz, die nicht zuletzt unter Berufung auf den angenommenen Glanz des deutschen Mittelalters die oppositionelle Nationalbewegung nach den Befreiungskriegen eingeleitet hatten, galt der Kyffhäuserberg mit seiner Sagentradition als nationales Denkmal, das für gesamtdeutsche Zusammenkünfte favorisiert wurde. Im Herbst 1821 war der Kyffhäuser erstmals für eine illegale Burschenschaftsversammlung vorgesehen gewesen, die aber offenbar kurzfristig wieder abgesagt wurde.[10]

Während sich die Vertreter der Korps zahlreicher Universitäten zu Pfingsten 1844 auf der Rudelsburg zu vornehmlich geselliger Zusammenkunft trafen, dabei aber auch - freilich erfolglos - über einen gemeinsamen Verband diskutierten,[11] wählten die Protagonisten der neu entstandenen Progeßbewegung in den vierziger Jahren erneut den Kyffhäuser zum Tagungsort für Beratungen, auf denen um einen nationalen Zusammenschluß der Burschenschaften gerungen wurde. Zu Pfingsten 1845 trafen sich hier

---

9 Frankenhäusisches Intelligenzblatt, Nr. 14, 1.4.1848, S. 61 f. Nach: Eberhardt, Die Kyffhäuserburgen in Geschichte und Sagen. (wie Anm. 6), S. 102, auch in: Lemcke, Der Kaisertraum (wie Anm. 4), S. 89 f.

10 Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im folgenden: GStAPK) Berlin, Rep. 77, Tit. 17, Nr. 64: Die am 12. Oktober 1821 auf dem Kyffhäuser-Berge im Amte Kelbra stattgehabte geheime Studentenversammlung. Für den Hinweis auf diese Akte habe ich Dr. Günther Höpfner zu danken.

11 Vgl. GStAPK Berlin, Rep. 77, Tit 18, Nr. 1, Bd 9, Bl. 114-115 und 122-124, Georg Heer, Geschichte der Deutschen Burschenschaft, Bd. 3: Die Zeit des Progesses. Von 1833 bis 1859, Heidelberg 1929, S. 113.

zu diesem Zweck Leipziger, Hallenser und Jenaer Progreßstudenten.[12] Entsprechend der hier getroffenen Vereinbarung berief die Kochei, das Leipziger Zentrum der progreßstudentischen Bewegung, die Progreß-Anhänger sowie alle burschenschaftlichen Verbindungen für Pfingsten, zum 30. und 31. Mai 1846 auf den Kyffhäuser zu einem Meeting zusammen.[13] Es gilt als Höhepunkt der Progreßbewegung. Etwa 180 Studenten aus Leipzig, Halle, Jena, Berlin, Breslau, Marburg und Gießen waren gekommen, pflegten Geselligkeit, tauschten sich am zweiten Tage, der für Beratungen vorgesehen war, aber auch über die Zustände auf den Universitäten aus, berieten politische und statuarische Fragen und debattierten über einen Zusammenschluß. Eine Einigung kam nicht zustande. Vielmehr prallten erstmals massiv die grundsätzlichen Auffassungen zwischen den gemäßigten und konservativen Burschenschaften einerseits und den radikalen Progreßvertretern andererseits hart aufeinander; die konservativ-gemäßigte Minderheit verließ sogar die Beratung, als sich eine progressistische Mehrheit abzeichnete. Auf Initiative der radikalen Progreßvertreter wurde beschlossen, überall Allgemeinheiten nach einem gemeinsamen Statutenentwurf zu bilden und miteinander in Verbindung zu treten, was jedoch erfolglos blieb. Vielmehr setzte ein Zerfall der Progreßbewegung ein. 1847 war der Kyffhäuser noch einmal Tagungsort der Verbindungen aus Halle, Leipzig und Jena: Hier wurde der Beschluß gefaßt, 1848 eine Versammlung aller burschenschaftlichen Vereinigungen auf die Wartburg einzuberufen. Eine direkte Berufung auf Barbarossa ließ sich bei den burschenschaftlichen Zusammenkünften auf dem Kyffhäuser allerdings nicht feststellen.

---

12 Hierzu vgl. Georg Heer, Geschichte der Burschenschaft (wie Anm. 11), S. 90 ff; Karl Griewank, Deutsche Studenten und Universitäten in der Revolution von 1848, Weimar 1949, S. 16 ff.; Gerhard Juckenburg, Jenaer Progreßstudenten (1840-1849). Das Ringen der Jenaer Progreßstudenten um eine demokratische Gestaltung Deutschlands, Jena 1972.

13 GStAPK Berlin, Rep. 77, Tit 17, Nr. 90: Die Studentenversammlungen auf dem Kyffhäuserberge im Sangershausener Kreise, Merseburger Regierungsbezirk vom 19. Juni 1846. Vgl. auch G. Juckenburg. Das Ringen der Jenaer Progreßstudenten um eine demokratische Gestaltung Deutschlands, Diss. phil. Jena 1970, S. 179 ff.; G. Heer, Geschichte der Burschenschaft (wie Anm. 11), S. 93 ff. - In der nationalen Bewegung der sechziger Jahre wurde der Kyffhäuser wieder zu einem politischen Treffpunkt. Der Nationalverein führte hier am 31. August 1862 eine große Volksversammlung durch. Siehe Lemcke, Der Kaisertraum (wie Anm. 4), S. 90; Eberhardt, Die Kyffhäuserburgen (wie Anm. 6), S. 102.

Das bei der 1848er Märzdemonstration auf dem Kyffhäuser vorgetragenen Gedicht[14] eines unbekannten Autors war wohl der erste Versuch, die Märzerhebung mit dem Barbarossavermächtnis der alten Sage in Verbindung zu bringen. Allerdings fällt der Begriff Revolution nicht als Ursache für Barbarossas Erlösung. Vielmehr läßt der Dichter den Kaiser durch "Frühlingslüfte", einen "Liederstrom" und den "Flügelschlag" eines "jungen Sänger-Aars" aus dem hundertjährigen Schlaf wecken. Auch die literarisch ebensowenig belangvollen Reime des Tübinger Rechtsgelehrten Christian Reinhard Köstlin lassen Barbarossa durch die lauen Frühlingswinde des 1848er März erwachen und sogleich erwarten, daß damit die Zeit angebrochen ist, in der die deutschen Stämme sich zu einem einigen Deutschland zusammenschließen. Preußen möge das Kleinod ergreifen, das es ja schon in den Händen habe.

O Kinder ! Mir wallt's in den Adern,
Und was ich da drunten geträumt,
Schon seh ich's lebendig gestaltet, -
Wie habt ihr so lange gesäumt ?
Es dämmert der Morgen: nun schaart euch
All' brüderlich um mich gesellt !
Es freu sich die Sonne, die steigend
Ein einiges Deutschland erhellt ![15]

Nicht direkt zu Wort kommt die Revolution auch bei Gustav von Meyerns "Kaiser Rotbart"[16]. Doch bringt hier immerhin schon die große "Erderbebung", die "gen Osten sich von Westen Bahn bricht", des Kaisers Erlösung, nachdem sich früherer "Schlacht- und Triumphruf", wohl auf 1813 bezogen, als letzlich falsch erwiesen hätte. Nun aber scheint die neue Zeit anzubrechen, wo das Morsche zerfällt, auf dem Kölner Dom deutsche Banner flattern und der "Einheitsruf der Deutschen", der einen sicheren Bau "neuer deutscher Größe" verspricht, die steinerne Fesselung Barbarossas aufbricht.

Ein offenes Hohelied auf die Revolution des Volkes als dem eigentlichen Befreier Barbarossas singen Heinrich Viehoff, der Oberschlesier Max

---

14 Barbarossas Erwachen, in: Lemcke, Der Kaisertraum (wie Anm. 4), S. 116.

15 C. Reinhold [d.i. Christian Reinhard Köstlin], Deutsches Lied vom März 1848, Tübingen 1848, S. 7; die Strophe über Preußen lautet: "Die alte *Hansa* wieder / Zieht auf ihre Flaggen am Mast. / O *Preußen*, ergreif das Kleinod / Das schon in den Händen Du hast." Dazu auch: Schreiner, Friedrich Barbarossa (wie Anm. 6), S. 542 ff.

16 Lemcke, Der Kaisertraum (wie Anm. 4), S. 115.

Waldau und der Berliner Philologiestudent Paul Heyse. Bei ihnen erscheint als Befreier Barbarossas eine Kraft, die im Vormärz - außer bei Ludwig Pfau - nirgends auch nur angedeutet war: die Revolution des Volkes. Bei Viehoff[17] weckt den Kaiser das Schüttern und Dröhnen, das "der alte Feuerberg am Seine-Strand" nun schon zum dritten Male auslöste; und er begrüßt Deutschlands Wiedererstehen, nachdem ihm mitgeteilt wurde, daß die Raben den Berg nicht mehr umkreisen. Interessanterweise bleibt Barbarossa in diesen Versen aus dem revolutionären Frühjahr gänzlich passiv; er ist nur noch die endlich erlöste Sagengestalt; ihm selbst wird keine aktive Rolle mehr zugewiesen, wie das in den meisten Vormärz-Gedichten der Fall war. Am weitesten geht in diese Richtung Max Waldau[18]. Er erklärt den Kaiser einfach für überholt und bindet die Einlösung des Barbarossa-Vermächtnisses direkt an die Kraft der Revolution:

Laßt schlafen die alte deutsche Schmach,
Laßt schlafen den alten Kaiser,
Die Alten werden nur älter gemach
Und werden doch nimmer weiser.
Heraus aus der Kerkerhaft !
Die *Kraft*
Die Kraft zersprengt und die Banden!
Die wilde Fanfare bläst uns der Sturm,
Hinauf zum trutzigen Schurgenthurm
In donnergewaltigen Branden.

In gleicher Weise setzt Paul Heyse[19] ganz auf den 1848er März, der mit der Zersplitterung Deutschlands nicht viel Federlesen machte und dem seit

---

17 Heinrich Viehoff, Kaiser Rothbart's Verklärung, in: Ignaz Hub, Deutschlands Balladen- und Romanzen-Dichter, Karlsruhe 1853, S. 907.

18 Max Waldau, Vision auf dem Hohenstaufen, in: Christian Petzet, Die Blütezeit der politischen Lyrik von 1840 bis 1850. Ein Beitrag zur deutschen Literatur- und Nationalgeschichte, München 1903, S. 392 f. In seiner bedeutendsten politischen Dichtung " O diese Zeit!" (Hamburg 1850) wendet sich Waldau wiederum ans Volk, sich zu selbstbewußter Aktion im Ringen um die deutsche Einheit zu erheben. Er bekräftigt seine antimonarchistische Grundhaltung: "- die Zeit der Kronen ist vorüber" (S. 45). Barbarossa taucht in diesem Zusammenhang mit kritischem Blick auf die Kaiser auf: "Wars nicht ein *Kaiser* auch, gleich Barbarossa, - Der bettelnd stand im Hause von Canossa? - " (S. 46).

19 Paul Heyse, Deutschlands Freier, in: Theodor Täglichsbeck (Hg.), Germania. Ein Freiheitsliederkranz, Stuttgart 1848, S. 128; auch in: Petzet, Blütezeit (wie Anm. 18), S.367 f. Zu Paul Heyses Entwicklung zu einem bedeutenden Dichter des Bildungsbürgertums siehe Kurt Böttcher u. a., Geschichte der deutschen Literatur, Bd. 8: Von 1830 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Erster Halbband, Berlin 1975, S. 643 ff.

Barbarossas Abstieg in den Kyffhäuser verwitweten Deutschland nach den 36 Einzelfürsten endlich den richtigen, einen jungen Freier verschaffen wird, der auch nicht unbedingt Kaiser sein muß:

Nicht den alten, morschen Kaiser,
Der verzaubert im Kyffhäuser,
Ganz verträumet sitzen soll:
Nein, ein frisches, junges Leben,
Allem Deutschen heiß ergeben,
Aller Kraft und Treue voll.

Die klarste und wohl auch bedeutendste Barbarossadichtung lieferte in dieser Zeit der Österreicher Otto Prechtler[20]. Sein "Barbarossas Erwachen" ist der Eröffnung der "deutschen Reichsversammlung in Frankfurt" gewidmet und trägt politisch den Stempel einer, wenn nicht schon revolutionären und demokratischen, so doch linksliberalen großdeutschen Sicht. Spielte schon in den bereits erwähnten Gedichten - anders als im Vormärz - nirgendwo mehr der "Adler des Nordens", also Preußen eine Rolle, waren an dessen Stelle nun faktisch die Revolution und das Volk getreten, die sich anschickten, das Erbe der Staufer einzulösen, so spricht Prendel dies gerade als einziger auch offen aus:

Wenn Deutschlands Jugend dem versagten Glücke
Das erste Opfer legt auf den Altar;
Wenn wir die Freiheit erst mit Blut erkaufen,
Dann kommt der Tag dem großen Hohenstaufen.

Die Märzrevolution war jener Tag. Deren Gefallene fordern die "Hohenstauferfarben" der deutschen Einheit und die Freiheit. Damit aber "Anbricht der Tag - der neuen Hohenstaufen". Endlich schlägt der "deutsche Aar" wieder seine Flügel. Seine ganze Hoffnung setzt Prechtler auf die Deutsche Nationalversammlung, die als Kind der Revolution und als Verkörperung des souveränen Willens der Nation mit ihrem Werk, der Einigung Deutschlands, das Vermächtnis Barbarossas einlösen soll:

Wo bist Du, große herrliche Erscheinung ?
Wo, Barbarossa, zeiget sich Dein Geist ?

---

20 Otto Prechtler, Barbarossas Erwachen. Zum Beginne der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt. Erstveröffentlichung im Wiener "Humoristen" 19.4.1848. Wiederabdruck in: Josef Alexander v. Helfert, Der Wiener Parnaß im Jahre 1848, Wien 1882, S. 195 ff.; auch in: Underberg, Die Dichtung der ersten deutschen Revolution (wie Anm. 8), S. 92 ff.

Er lebt und wirkt in der gesamten Meinung,
Die nach der Königsstadt, dem Römer, weist.
Er lebt in Deutschlands seeliger Vereinung,
In jenem Ring, den keine Macht zerreißt !
Drum, deutsche Brüder, reicht Euch treu die Hände !
In Eurem Haupt ruht *Deutschlands - Glück und Ende.*

Selbst unter den deutschen Emigranten in den USA wurde die Barbarossasage 1848 in politisch-aktualisierender Weise poetisch reflektiert. Ende Juni veröffentlichte die von Karl Heinzen redigierte "Deutsche Schnellpost" in ihrem Feuilleton mit einer einleitenden Erläuterung der Sage das Gelegenheitsgedicht eines Dr. Ferdinand Häußler aus St. Louis über den "Kaiser Friedrich Rothbart vom Kiffhäuser".[21] Auch hier war die Frankfurter Nationalversammlung der Bezugspunkt. Anders als Prechtler aber ging der politische Emigrant und deutsch-amerikanische Demokrat zur Paulskirche auf leicht ironisierende Distanz. Gegen den vergeblichen Versuch Gagerns, den Hohenstaufen in das neue Parlament einzuführen, läßt er das Volk die Wahl desselben Gagern zum Präsidenten und damit die faktische Abdankung der Kaiseridee erzwingen. Vor allem aber war in seiner Sicht die eigentliche Aufgabe, die Beseitigung aller Fürstenherrschaft, und damit der eigentliche Sinn der Sage noch zu erfüllen:

Wie's gesagt, so war's geschehen,
Auf daß in Erfüllung gehen
Mußt der Sinn der schönen Sag',
Den die Weisen nicht verstanden,
Als sie sich im Rathe fanden,
Ob er schon so nahe lag.

Daß das deutsche Volk der Kaiser
Das in Deutschland als Kiffhäuser
In der Nacht der Knechtschaft lag,
Daß erst wenn die Fürstenraben
Sich von dort verflogen haben
Naht der Deutschen Freiheit Tag !

Auch auf dem Felde des Dramas brachte das Revolutionsjahr Barbarossa-Reflexionen. Richard Wagner wollte, angeregt durch die Kyffhäusersage, neben Siegfried auch Friedrich den Rotbart, die ihm beide wie eine Ein-

21 Deutsche Schnellpost, New York, Nr. 51, 28. 6. 1848.

heit erschienen, als Musikdramen auf die Bühne bringen. Nachdem er schon Ende 1846 ein kurzes Exposé zu Friedrich Rotbart entworfen hatte, betrieb er im Sommer 1848 umfangreiche Studien zur altgermanischen und mittelalterlichen deutschen Geschichte, die sich in einer großflächig angelegten Skizze niederschlugen.[22] Altgermanische und mittelalterliche Geschichte standen für ihn in einem unauflöslichen Zusammenhang. Die Herrschaft der Hohenstaufer war in seiner Sicht jene historische Bruchzone, in der die Prinzipien der ersten großen Geschichtsepoche, als noch der Mensch mit seinen Überzeugungen und Fähigkeiten dominierte, im Endkampf mit dem Besitzprinzip stand, das sich nach dem Untergang der Staufer endgültig durchsetzte.

Barbarossa erscheint Wagner als "Vertreter des letzten geschichtlichen Urvolkkönigtums", der noch einmal die Wiedervereinigung von weltlicher und priesterlicher Macht anstrebte. Doch er scheiterte am dreifachen Widerstand: dem der Fürsten, die den uralten Drang der Germanen nach Abschüttlung der fränkischen Vorherrschaft aufnahmen, aber für ihre besitzdominierten egoistischen Interessen mißbrauchten, dem des Papsttums, dessen Freiheitsstreben durch den weltlichen Machtgenuß degeneriert war, und dem der lombardischen Städte, die den Geist der urmenschlichen Freiheit am klarsten verkörperten. Mit dem Scheitern der Staufer bricht sich - in Wagners historischer Weltsicht - das Zeitalter des Besitzes endgültig Bahn. Die Ideale der ersten Menschheitsepoche bleiben nur als Glaube und Sage, im Nibelungenmythos und in der Kyffhäusersage bewahrt. Über diese im idealistischen Sinne welthistorisch konzipierte Skizze kamen Wagners Bemühungen um ein Barbarossa-Musikdrama nicht hinaus. 1851 teilte er Freunden mit, daß er unter den widrigen äußeren Umständen der Restauration einer musikalischen Gestaltung des dichterischen Stoffes von Friedrich Rotbart entsagen müsse.[23]

* * *

In der politischen Publizistik tauchte Barbarossa in den ersten Monaten der Revolution nur selten auf. Eine mit der politischen Lyrik vergleichbare

---

22 Richard Wagner, Die Wibelungen. Weltgeschichte einer Sage, in: Richard Wagner, Gesammelte Schriften und Dichtungen in zehn Bänden, hg. von Wolfgang Golther, Berlin-Leipzig-Wien-Stuttgart 1913, Bd. 2, S. 115 ff.; Vgl. dazu auch: Martin Gregor Dellin, Richard Wagner. Sein Leben und Werk, München 1991, S. 245 f. und Schreiner, Friedrich Barbarossa (wie Anm. 6), S. 539.

23 Richard Wagner, Eine Mitteilung an meine Freunde (1851), in: Richard Wagner, Gesammelte Schriften (wie Anm. 22), Bd. 5, S. 311.

Beschäftigung mit dem Sagenthema läßt sich in der Presse nicht feststellen. Das gilt weitgehend auch für die umfangreiche Flugschriftenliteratur, die heute freilich nur sehr schwer zugänglich ist. Sobald man jedoch die Einheitsforderung historisch zu begründen suchte, kam mit der Rückbesinnung auf das mittelalterliche Kaisertum zwangsläufig auch und besonders der Barbarossamythos ins Spiel. Dies dann umso mehr, wenn gegen spezifisches Preußentum argumentiert, preußische Sonderbestrebungen bzw. Preußens unzureichende Wahrnehmung nationaler Verantwortung an den Pranger gestellt werden sollte.

Exemplarisch dafür ist eine von einer Magdeburger Volksversammlung im Sommer 1848 verabschiedete Flugschrift,[24] die gegen einen von Junkern, Pfaffen und Beamten getragenen "falschen preußischen Patriotismus" Front macht und für "deutschen Sinn" und ein einiges, parlamentarisch-demokratisch regiertes Deutschland eine Lanze bricht. Die linksliberalen Autoren dieses Pamphlets wagen, um ihr politisches Ziel zu begründen, einen Exkurs weit zurück in die deutsche Geschichte. Bei sichtlicher Anerkennung der Leistungen Preußens namentlich während der Reformperiode scheuen sie gleichzeitg nicht vor einer herben Kritik am antinationalen Verhalten des preußischen Staates unter Friedrich II. und beim Baseler Frieden von 1795 zurück. Man plädiert zwar für eine Hegemonie Preußens bei der nationalen Einigung, verlangt aber, daß Preußen sich dabei - wie alle anderen deutschen Staaten - der souveränen Nationalversammlung unterwirft und in Deutschland wirklich aufgeht. Dieser selbstbewußt-fordernden Haltung gegenüber Preußen entspricht die ausdrückliche Berufung auf die Macht und Größe Deutschlands unter den mittelalterlichen Kaisern, als "Deutschland Eins" war, "*ein* Reich, *eine* Macht unter einem gewaltigen Kaiser",[25] eine historische Legitimierung, die den preußischen Konservativen zu dieser Zeit zuwider war. Vor allem die Stauferzeit, die Barbarossalegende und Rotbarts Geist aus dem Kyffhäuserberge, der nun in den Versammlungen herrsche und Fürsten wie Volk durchdringe, wird von den Magdeburger Liberalen beschworen. Nach jahrhundertelangem Niedergang des Reiches, der im einzelnen nachgezeichnet wird, sei erst durch die Revolution die Chance zu seiner Wiedererrichtung entstanden, eine Chance, die an den Sonderinteressen Preußens nicht scheitern dürfe.

---

24 Halte fest, Deutscher Sinn! Zweites Wort der Warnung an den Bürger und Landmann, von der Volksversammlung in Magdeburg, Magdeburg 1848.

25 Ebenda, S. 2.

Anders als die politische Lyrik, die im unmittelbaren Nachmärz die preußische Hegemonieproblematik tunlichst mied und statt des im Vormärz immer wieder herbeigewünschten preußischen Aars des Nordens nun den Adler der deutschen Revolution als Befreier feierte, verband die politische Publizistik - wie seit 1830 auch Dichtung und Dramenkunst - die Forderung nach Wiederaufrichtung des deutschen Reiches stets mit dem Verweis auf Preußen als der Macht, die unter den neuen Bedingungen für dieses Werk unverzichtbar sei. Die Verbindung der Reichsidee mit der preußischen Führungsrolle im nationalen Einigungsprozeß ist das Kernstück des politischen Konzepts der Liberalen, an dem auch und gerade während der Revolution unbeirrt festgehalten wurde. Der Historiker Gustav Droysen hat dieses liberale Credo in einem sehr frühen politisch-strategischen Grundsatzpapier, einer Denkschrift vom 29. April 1848,[26] auf den Punkt gebracht: "Den Hohenzollern gebührt die Stelle, die seit den Hohenstaufen leer geblieben."[27] Wenn es gelte, "die Idee des *Reiches deutscher Nation* aufzurichten", so ist nach Droysens Meinung "die erste Bedingung für das neue Reich ... Macht", nicht zuletzt auch um den von der Demokratie ausgehenden "Gefahren" zu begegnen. Österreich sei als national integrierender Machtfaktor ganz ungeeignet, "während Preußen der Einheit Deutschlands bedarf, um die Lücken seiner Macht zu füllen ... Preußen ist schon Deutschland in der Skizze. Es wird in Deutschland 'aufgehen' " und ist durch "seine Vergliederung mit Deutschland" prädestiniert, seine große und gesunde Machtorganisation - sein Heer und Finanzwesen voran - als Rahmen für das Ganze zu bieten."[28] Es ist nicht zu übersehen: Die konzeptionsbildenden liberalen Eliten waren durchaus keine illusionsfixierten Träumer, sondern geübt und erfahren in nüchternem Machtdenken. Als nationsbildende Macht kam für sie nur Preußen in Frage.

Droysen hat sein 1848 nur grob skizziertes politisch-historisches Konzept 1855 im Vorwort zur "Geschichte der preußischen Politik"[29] extemporiert und historisch ausführlich zu begründen gesucht. Er hielt fest an dem Gedanken, daß Hohenzollern den Platz wieder ausfüllen muß, der seit den Hohenstaufern vakant geblieben war, was gerade den Niedergang

---

26 Johann Gustav Droysen, Denkschrift, die deutschen Angelegenheiten betreffend, 29. April 1848, in: Johann Gustav Droysen, Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte, Braunschweig 1849, S. 41 ff.

27 Ebenda, S. 56.

28 Ebenda, S. 54.

29 Johann Gustav Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Leipzig 1868, S. 3 ff.

Deutschlands nach sich zog. Er ordnete so bereits lange vor der Reichsgründung, im Grunde bereits 1848, den erstrebten und zu errichtenden deutschen Nationalstaat in das Kontinuum der ganzen deutschen Geschichte und suchte - im Unterschied, ja Gegensatz zur preußisch-konservativen Geschichtsbetrachtung jener Zeit, die mit dem deutschen Mittelalter absolut nichts im Sinn hatte, - historische Legitimation auch in diesem Geschichtsabschnitt. Wesentlich war ihm dabei gerade der nationale und internationale Machtanspruch, den das mittelalterliche Kaisertum verkörperte, dem sich die neue Hegemonialkraft nicht würde entziehen können, ja den sie zwangsläufig übernehmen mußte. Sein Vorwort von 1855 schließt mit dem programmatischen Satz: "Man mußte inne werden, was man verloren hat. In der Sehnsucht der Nation blieb der ghibellinische Gedanke".[30] An Hohenstaufen und Barbarossa knüpfe die Nation das Gefühl der Einheit wie die Vorstellung von nationaler Machtentfaltung, was nicht zuletzt in der Kyffhäusersage seinen Niederschlag gefunden habe.[31] Droysen stellt die Stauferzeit nicht nur als "Gipfel unserer Geschichte" vor und erörtert die weltpolitische Verantwortung, die sich aus der Kaiserwürde ergab. Er war darüber hinaus bemüht, die Bildung des Hohenzollernstaates selbst - in einem strikt teleologischen Konstrukt - bereits vom ausgehenden Mittelalter her in eine nahezu zwangsläufige hohenstaufische Traditionsverantwortung zu stellen. Preußen sei ein Staat, dessen Entstehung nicht durch Erbrecht, Eroberung oder innere Umwälzung, "sondern in Ausführung eines politischen Gedankens vollzogen ward. - Mit dieser Gründung - es ist das Aufleuchten des ghibellinischen Gedankens - schließt unser deutsches Mittelalter."[32]

Droysen hat damit die seit den ausgehenden dreißiger Jahren in Dichtung wie politischer Publizistik verlangte Symbiose von mittelalterlicher Kaiseridee und modernem Preußentum in ein geschlossenes historisch-politisches Konzept gebracht. Er will der ghibellinischen Idee einen neuen Träger geben, diesen darum aber auch auf die Machtansprüche einer Kaiserwürde festlegen. Er tut dies allerdings mit einer zwar moderaten, aber doch deutlichen Distanzierung von der staufischen Italienpolitik und mit der Forderung, daß " das Reich sich auf die deutsche Kraft stützen, eine Pflicht und ein Recht der deutschen Nation werden, selbst wieder einen ebenso nationalen Charakter, wie die Staatenbildungen ringsumher ge-

30 Ebenda, S. 14.
31 Ebenda, S. 4 f.
32 Ebenda, S. 4.

winnen"[33] müsse. Das war der Versuch, aus negativen Mittelaltererfahrungen eine politische Neuorientierung abzuleiten, die die ghibellinische Idee ins Neuzeitliche wendete und von innerem nationalen Kraftzuwachs internationale Macht und Weltgeltung erwartete.

Diese auf Preußen fixierte, protestantische Variante des politischen Ghibellinismus unterschied sich, wie Heinz Gollwitzer als erster herausstellte,[34] deutlich sowohl von der ultramontan-katholisch gefärbten großdeutschen Richtung, für die bald Julius Ficker stand, als auch von der die Kaiserpolitik des Mittelalters strikt verwerfenden Konzeption Heinrich von Sybels.[35] Träger dieser Strömung waren jene norddeutschen Liberalen, die zwar für Preußen als hegemoniale Integrationsmacht optiert hatten, das historische Selbstverständnis des zu gründenden neuen deutschen Reiches aber nicht auf die nationale Mission Preußens reduziert wissen wollten. Ihr Anliegen war vielmehr, die neue Führungsmacht historisch in die Verantwortungen und Verpflichtungen einzubinden, die sich - in ihrer Sicht - aus dem mittelalterlichen Kaisertum herleiteten. Sie wollten Preußen hindrängen zu der in großer Tradition stehenden, wenn auch neu zu definierenden Reichsidee und Kaiserwürde.

Dieses historisch-politische Konzept, das Droysen wohl am prägnantesten artikuliert hatte, war der Leitfaden großbürgerlich-liberaler Politik, namentlich in der Deutschen Nationalversammlung. Nach außen allerdings trat die Berufung auf das mittelalterliche Stauferreich als "Gipfel deutscher Geschichte" ganz zurück, ja verschwand geradezu aus den öffentlichen politischen Auseinandersetzungen. Es erschien den Liberalen offenbar wenig opportun, Preußen, das ganz auf seine eigene, erst am Ende des 17. Jahrhunderts europäische Dimension erlangende Geschichte fixiert war, vordergründig an ein weit zurückliegendes Erbe zu erinnern, zu dem dieser Staat keine Beziehung und mit dem er auch nichts im Sinn hatte.

---

33 Ebenda, S. 6.

34 Gollwitzer, Zur Auffassung der mittelalterlichen Kaiserpolitik im 9. Jahrhundert (wie Anm.6), S. 483 ff.; so auch: Boockmann, Friedrich I. Barbarossa in der Malerei (wie Anm. 6), S.360 f.

35 Friedrich Schneider, Neuere Anschauungen der deutschen Historiker zur Beurteilung der deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters, Weimar 1934; Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des ersten deutschen Reiches. Die Streitschriften von Heinrich von Treitschke und Julius Ficker. Zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters. Hg. und eingel. von Friedrich Schneider, Innsbruck 1941; Gottfried Koch, Der Streit zwischen Sybel und Ficker und die Einschätzung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in der modernen Historiographie, in: Joachim Streisand (Hg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, Berlin 1962, S. 311 ff.

Rücksichtnahme auf preußische Empfindlichkeiten schien da eher am Platze und wurde auch ziemlich konsequent praktiziert.

* * *

Nach einer deutlichen Barbarossa-Renaissance zwischen Märzrevolution und Eröffnung der Nationalversammlung im Mai 1848 wurde es bis Jahresende still um den erwachten Kaiser. Keine der sich eben formierenden Parteien zeigte große Neigung, die Glanzzeit des Stauferreiches zu beschwören, zumal es genügend praktisch politische Probleme aufzugreifen gab. Wenn sich schon die Liberalen aus politischem Takt mit historischer Legitimierung vom Mittelalter her schwer taten, so hatten die Demokraten, denen die Kaiseridee ganz und gar nicht schmeckte und die romantische Verklärung des Mittelalters generell zuwider war, am allerwenigsten Grund, auf das Barbarossathema zu sprechen zu kommen.

Die "Neue Rheinische Zeitung", die freilich am äußersten linken Flügel der Demokratie stand und entschiedensten Republikanismus verfocht, hatte schon in einer ihrer ersten Ausgaben das demokratische Verdikt über Barbarossa gesprochen. In einer kritischen Analyse verschiedener demokratischer Programme lobte sie der Demokraten Konsequenz, auf einen Kaiser ganz zu verzichten. Sie berief sich dabei ausdrücklich auf Heines bekannte Verszeile in dessen Polemik mit dem Barbarossamythos im "Wintermärchen" von 1844: "Bedenk ich die Sache ganz genau / So brauchen wir gar keinen Kaiser".[36] Barbarossa war fortan für die Demokraten kein Thema; nicht mal in der Polemik, die aber wohl auch deshalb überflüssig war, weil die Sagengestalt in der politischen Öffentlichkeit nur eine relativ geringe Rolle spielte. Die entschiedenen Demokraten hatten - wenn man so will - Barbarossa über Heines "Wintermärchen" rezipiert, und diese Sicht weitgehend verinnerlicht.

Mit der Jahreswende 1848/49 entstand jedoch eine neue Situation. Die Debatten in der Nationalversammlung um das "Reichsoberhaupt" brachten die Kaiserfrage zwangsläufig wieder stärker ins politische Gespräch. Die liberale Gagern-Partei war von Beginn an auf einen von Preußen geführten kleindeutschen Bundesstaat zugesteuert und hatte sowohl für die Ausgrenzung Österreichs als auch für einen preußischen Erbkaiser plädiert.[37]

---

36 Programme der radikal-demokratischen Parteien und der Linken (7.6.1848), in: Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 5, Berlin 1959, S. 41.

37 Zum folgenden vgl.: Ludwig Schweitzer, Das Kaisertum in den Reichsverfassungen von 1849 - 1871, Diss. phil. Greifswald 1918; Karl Cramer, Die Reichoberhauptsfrage

Seit Heinrich von Gagern am 15. Dezember 1848 in der Nachfolge des zum Rücktritt gezwungenen Großdeutschen Anton von Schmerling das Reichsministerpräsidentenamt übernommen hatte, suchte er mit allen Mitteln dieses Programm in der Nationalversammlung durchzusetzen. Zum gleichen Zeitpunkt begann sich der Verfassungsausschuß mit der Oberhauptfrage zu befassen und schlug am 15. Januar 1849 in der Versammlung vor, das Oberhaupt einem regierenden Fürsten zu übertragen. Zwar erfolgte am 23. Januar die Zustimmung des Parlaments zu einem monarchischen Oberhaupt und entschied es sich am 25. Januar auch für den Kaisertitel; doch war weder für die Erblichkeit noch für eine zeitliche Begrenzung des hohen Amtes eine Mehrheit zu erreichen.

Erst zwei Monate später fielen die Entscheidungen. Inzwischen hatte sich in der Nationalversammlung eine Neuorientierung der Parteien nach Groß- und Kleindeutschen vollzogen, und es war Gagern in der letzten Märzdekade gelungen, die Westendhall-Fraktion der Linken unter Heinrich Simon um den Preis der Sicherung eines demokratischen Wahlrechts und des Suspensivvetos des Staatsoberhaupts für die Zustimmung zum Erbkaisertum zu gewinnen. Gleichwohl scheiterte noch am 21. März der am 12. März gestellte Antrag des unter dem Eindruck der schroffen Absage Österreichs an die Nationalversammlung plötzlich auf kleindeutsche Positionen umgeschwenkten ehemaligen Großdeutschen Karl Theodor Welcker auf sofortige En-Bloc-Annahme der kleindeutsch zugeschnittenen Verfassung - und zwar am Zusammengehen von Großdeutschen und Linken. Erst am 27. März konnte mit vier Stimmen Mehrheit das Prinzip der Erblichkeit der Kaiserwürde durchgesetzt werden. Einen Tag darauf wurde der preußische König zum deutschen Kaiser gewählt. Nachdem Friedrich Wilhelm IV. schon am 3. April eine Annahme der

---

im Frankfurter Parlament von 1848 - 49, im Erfurter Unionsparlament von 1850, im konstituierenden Norddeutschen Reichstag von 1867 und in der Weimarer Nationalversammlung von 1919, Diss. phil. Erlangen 1923; Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849, Bd. 2, Berlin 1931, S. 308 ff.; Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, Stuttgart 1960, S. 807 ff.; Frank Eyck, Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, München 1973, S. 391 ff.; Gunther Hildebrandt, Die Paulskirche. Parlament in der Revolution 1848/49, Berlin 1986, S. 192 ff.; ders., Politik und Taktik der Gagern-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Berlin 1989, S. 182 ff.; Günter Wollstein, Deutsche Geschichte 1848/49. Gescheiterte Revolution in Mitteleuropa, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1986, S. 150 ff; Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main 1985, S. 192 ff.

Kaiserkrone in Frage gestellt und von der Zustimmung der Fürsten abhängig gemacht hatte, erfolgte Ende April seine endgültige Ablehnung.

Es wäre anzunehmen, daß die oft leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen um das Für und Wider einer preußisch-deutschen Erbkaiserwürde den Barbarossamythos wieder stark belebten. Doch war dem mitnichten so. Gewiß, das Kyffhäuserthema tauchte in Literatur und Publizistik nun wieder auf. Ins Zentrum der öffentlichen Diskussion aber rückte weder das mittelalterliche Kaisertum als historisches Legitimationselement für das angestrebte neue Kaiserreich noch die Barbarossasage. Die Nationalversammlung nahm auf Staufer und Barbarossa überhaupt nicht Bezug. Im Verfassungsausschuß, in dem Droysen maßgeblichen Einfluß besaß, wurde weder zur Begründung des Reichsbegriffs noch bei der Argumentation für ein kaiserliches Reichsoberhaupt das mittelalterliche Reich und die deutsche Kaisertradition von Karl dem Großen bis zu den Staufern in den Zeugenstand gerufen.[38] Lediglich das Minoritäts-Gutachten des Historikers Georg Waitz bediente sich zur Untermauerung des Vorschlags, dem Oberhaupt statt des Kaisertitels doch lieber den eines "Königs der Deutschen" zuzusprechen, einer in die mittelalterliche und alte deutsche Geschichte zurückgreifenden Argumentation.[39] Der Kaisername sei fremdländisch; und es knüpften sich an ihn "wohl große, aber auch unglückliche Erinnerungen". Der Name König der Deutschen gehe statt dessen "in alte Zeiten der deutschen Geschichte zurück" und manifestiere ehne selbständige, durch keine fremden Einflüsse gestörte Entwicklung.

Der großen Debatte um die Bestimmung des Reichsoberhaupts und um den Kaisertitel im Januar 1849[40] ermangelte jedwede historische Legitimierung aus dem deutschen Mittelalter im allgemeinen und aus der Stauferzeit im besonderen. Auch in den tagelangen Auseinandersetzungen um

---

38 Ausschußbericht über die deutsche Reichsverfassung, vorgelegt zur 99. öffentlichen Sitzung vom 19.10.1848, in: Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt a.M., Bd. 2, Frankfurt a.M. 1849, S. 435 ff.; Bericht des Verfassungsausschusses über die Abschnitte der Reichsverfassung "Das Reichsoberhaupt - Der Reichsrat", vorgelegt in der 145. öffentlichen Sitzung vom 3.1.1849, in: Ebenda, S. 748 ff.; Vorlage für die zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung in der 187. Sitzung vom 19.3.1849, in: Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Frankfurt a.M. 1849, Bd. 8, S. 5763 ff.

39 Verhandlungen der verfassungsgebenden Reichsversammlung (wie Anm. 38), Bd. 2, S. 756.

40 Stenographischer Bericht (wie Anm. 38), Bd. 6, S. 4675 ff., 4723 ff., 4780 ff.

den Antrag Welckers von Mitte März, die Verfassung sofort anzunehmen und sich für ein preußisches Erbkaisertum zu entscheiden,[41] blieb in den durchaus angestellten historischen Reflexionen das Mittelalter auffallend ausgeblendet. Lediglich Fröbel aus Reuß und Gagern warfen einen kurzen Blick in die ältere deutsche Geschichte, Fröbel um den Kaiserbegriff als eine Sache des Mittelalters für die moderne Zeit rundweg zu verwerfen,[42] Gagern um aus der Existenz von Kaiserdynastien im Mittelalter die Erblichkeitsforderung für den neuen Kaiser abzuleiten.[43] Die Stichworte Barbarossa und Hohenstaufen fielen in keiner Rede. Die Abgeordneten wollten, so scheint es, mit der älteren deutschen Geschichte nichts zu tun haben. Ihr Unmut über Gagerns historischen Exkurs wurde so laut, daß der Präsident sich gar veranlaßt sah zu fragen: "Ist es denn nicht mehr zulässig, seine historische Auffassung hier darzulegen ?"[44] Ganz und gar fehlten historische Überlegungen in den recht knappen Begründungen und polemischen Einwürfen bei der Abstimmung über das Erbkaiserprinzip am 27. März[45] und bei der Wahl des preußischen Königs zum Kaiser der Deutschen am nächsten Tag.[46] Das deutsche Nationalparlament vermied geradezu weit zurückreichende historische Ausflüge und zeigte keinen Sinn für den großen Stauferkaiser, der im Vormärz so leidenschaftlich beschworen worden war und in Droysens politisch-strategischen Vorstellungen von Ende April 1848 einen zentralen Platz eingenommen hatte. Es scheint, als habe man den in Droysens Papier schlaglichtartig aufblitzenden politischen Ghibellinismus in der Nationalversammlung total zurückgenommen.

Erkennbare staufische Traditionspflege betrieb in der Frankfurter Nationalrepräsentation nur die dem Reichshandelsministerium unterstellte Marinekommission, die, im November 1848 ins Leben gerufen, für den Aufbau einer deutschen Flotte sorgen sollte.[47] Dem Bericht des Handelsmi-

---

41 Ebenda, Bd. 8, S. 5739 ff., 5827 ff., 5860 ff.
42 Ebenda, S. 5869.
43 Ebenda, S. 5882.
44 Ebenda.
45 Ebenda, S. 6038 ff.
46 Ebenda, S. 6075 ff.
47 Max Bär, Die deutsche Flotte von 1848-1852. Nach den Akten der Staatsarchive zu Berlin und Hannover, Leipzig 1898; Karl Haenchen, Die deutsche Flotte von 1848, Bremen 1925; Waldemar Zillinger, Die deutsche Flotte in der Vorstellungswelt der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Diss. phil. Göttingen 1954; Günter Wollstein, Das "Großdeutschland" der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977, S. 255 ff.

nisters Duckwitz vom 15. März 1849 auf eine Interpellation des Abgeordneten Eisenstuck, wie es denn angesichts der drohenden Kriegsgefahr seitens Dänemarks um das leidige Problem einer deutschen Kriegsflotte stehe, ist zu entnehmen, daß eins von drei einsatzfähigen Schiffen, eine eiligst gekaufte Dampffregatte auf den Namen "Barbarossa" getauft worden war,[48] während man eine andere nach Erzherzog Johann benannt hatte. Diese Schiffstaufe war die einzige öffentliche Bekundung der deutschen Nationalversammlung für den großen Stauferkaiser .

Wo liegen die Gründe für die auffällige Abstinenz zumal bei den Wortführern der liberalen Erbkaiserlichen, die sehr wohl historisch zu argumentieren wußten und von denen viele selbst Historiker waren ? Ich sehe im wesentlichen drei.

Erstens muß beachtet werden, daß die Frankfurter Parlamentsdebatten generell vorrangig mit ausgesprochen politischen und massiven juristischen Argumenten geführt wurden. Wenn Historisches ins Feld geführt wurde, dann blieb es meist in dem für 1848 durchaus "zeitgeschichtlichen" Rahmen seit dem Wiener Kongreß und der Bildung des Deutschen Bundes, womit der status quo ante umrissen war, von dem man ausging und ausgehen mußte.

Zweitens. Der merkwürdige Verzicht auf ältere deutsche Geschichte bei den großbürgerlichen Liberalen war jedoch hauptsächlich politisch verursacht. Das eigentliche Thema der Oberhaupt-Debatten zwischen Januar und März 1849 war nämlich nicht das deutsche Kaisertum schlechthin, sondern ein *preußischer* Erbkaiser. Und um dieses politische Ziel zu begründen, mußte man nicht ins Mittelalter zurückgehen. Preußen, für dessen Hegemonie bei der Einigung Deutschlands sich die Liberalen mehrheitlich entschieden hatten, war - bei Lichte besehen - ein Staat der Neuzeit ohne relevante mittelalterliche Traditionen. Soweit für den Erbkaiser historisch zu argumentieren war, lief alles darauf hinaus, Preußens angeblich nationalen Beruf zu begründen. Die erbkaiserlichen Liberalen innerhalb wie außerhalb des Parlaments arbeiteten bereits seit 1830 fleißig an einem neuen, politisch zweckbestimmten Traditionsverständnis, das einerseits Österreich bereits als eine aus Deutschland herausdriftende, zu nationaler Integration unfähige und auch unwillige Macht vorstellte, Preußen andererseits aber als das historisch gewachsene und darum zur nationalen

48 Stenographischer Bericht (wie Anm. 38), Bd. 8, S. 5708 ff., 6342 ff.; Deutsche Zeitung (DZ), Nr. 74, 15.3.1849, 1. Beilage, S. 1.

Hegemonie und Integration geradezu prädestinierte Kernland Deutschlands präsentierte.[49] Und zu diesem Zweck interessierten natürlich Fehrbellin, der aufgeklärte Philosoph und rigorose Machtpolitiker von Sanssouci, die preußischen Reformen als Einstieg ins bürgerliche Zeitalter und die antinapoleonischen Befreiungskriege mehr als alle Hohenstaufen zusammen. Der Rückgriff aufs Mittelalter war dafür einfach verzichtbar.

Drittens wollten die Liberalen dem in historischer Tradition auch recht empfindlichen neuzeitlichen Aufsteiger Preußen, das, anders als Österreich, noch keinerlei Berührung mit der Kaiserwürde hatte, offenbar ersparen, sich plötzlich als Fortsetzer und Erbe eines ihm fremden mittelalterlichen Kaiserhauses zu begreifen und zu bekennen.

* * *

Die politische Publizistik dieser Monate öffnete sich dem Barbarossathema etwas mehr. Sie brachte den seit der Romantik propagierten Traum von der Wiederherstellung der alten Kaiserherrlichkeit hier und da zur Geltung, auch wenn von einer Renaissance des Mythos während des Streits um die Kaiserfrage keineswegs die Rede sein kann. Auch in der Presse und den Flugschriften dominierte die direkte, kaum historisch durchsetzte politische Argumentation. Oft hat man den Eindruck, als würde Barbarossa rein zufällig ins Spiel gebracht, zumeist unter Berufung auf die Kyffhäusersage, deren Kenntnis beim Leser vorausgesetzt wird.

Eine Ausnahme bildet die Anfang 1849 erschienene Broschüre eines sonst kaum bekannten Berliner Historikers Adolf Müller.[50] Sie war im doppelten Sinn signifikant. Zum einen wurde hier, wenn auch recht holzschnittartig und keineswegs ganz seriös in eigenwilliger Deutung versucht, der Kyffhäusersage historich auf die Spur zu kommen und sie als wertvolles Erbe auch rational nahezubringen. Dies war der Beginn einer historisch-sachlichen, wenngleich zunächst kaum quellenkritischen Beschäftigung

---

49 Sowohl die "Kölnische Zeitung" als auch die Berliner "Vossische" und allen voran die "Deutsche Zeitung", die allesamt entschieden die kleindeutsche Lösung verfochten, haben seit Jahresbeginn 1849 einer unverhüllten Aversion gegen Österreich auch und gerade mit historischen Argumenten freien Lauf gelassen. Habsburg wurde geradezu als ein Erbübel Deutschlands hingestellt. Die Liberalen fanden es durchaus nicht anstößig, die Österreicher schlankweg aus der deutschen Nation auszuschließen, wie sie auch die nationale Desintegration der Schweizer und Niederländer für einen zwar bedauerlichen, aber durchaus normalen Prozeß hielten. Vgl. dazu v.a. G.G. [d.i.Gervinus], Der deutsche Staat. In: DZ, Nr. 61, 2.3.1849, 2. Beilage, S. 1-2.

50 Adolf Müller (auch: Schottmüller), Die Kyffhäuser-Sage, Berlin 1849.

mit der Sage. Zum anderen aber hat Müller seine Untersuchung rigoros, ganz vordergründig politisch funktionalisiert. Er entwarf ein Geschichtsbild, das zur Drehachse der deutschen Geschichte seit dem Mittelalter und insonderheit seit den Staufern den Kampf zwischen geistlicher und weltlicher Macht, genauer die Loslösung Deutschlands von der Bevormundung durch das römische Papsttum erklärte.[51] Der Kampf gegen römische Überfremdung erscheint ihm als Bindeglied zwischen Staufern und Hohenzollern. Erstere hätten ihn aufgenommen, aber verloren; in der Reformation wurde er auf eine höhere Stufe gehoben; der preußische Staat, der die Idee des Protestantismus in sich aufnahm und durchsetzte, wird ihn schließlich siegreich zuendeführen. Es werde die Zeit kommen, " in der der alte Barbarossa, in der der ursprünglich deutsche Volksgeist dargestellt durch einen König von Preußen ... aufersteht und die im dreizehnten Jahrhundert untergegangene Herrlichkeit Deutschlands wiederherstellt".[52] Die Broschüre schließt mit dem programmatischen Vierzeiler:

In lichten Höhen schwebet
Der Preußen Adler schon
Und bald erbaut sich wieder
Der Hohenstaufen Thron.[53]

Originell ist diese recht grobe und willkürliche historische Linienführung nicht. Dichtungen des Vormärz hatten schon eine zwangsläufige Kontinuitätslinie von Barbarossa über Luther zu Friedrich II. von Preußen zu ziehen gesucht. Mit Droysens preußisch-protestantischer Variante des modernen politischen Ghibellinismus hatte diese Konstruktion staufisch-hohenzollernscher Verwandtschaft gemeinsam, daß der preußischen Hegemonie bei der neuen deutschen Reichsgründung eine historische Legitimation verschafft wurde, die im Glanzpunkt des Mittelalters wurzelt. Die Italienpolitik der Hohenstaufen wird nicht verurteilt und schlankweg als falsch verworfen wegen ihrer verhängnisvollen dezentralisierenden Wirkungen in Deutschland, sondern vielmehr als gescheiterter Versuch zur Abschüttelung des päpstlichen Jochs national-progressiv umgedeutet und so legitimationsfähig gemacht.

Suchten Droysen und Müller eine positive Verbindung zwischen Staufern und Hohenzollern aufzuzeigen und die ghibellinische Idee zu erhalten, um dem neuen Reich eine würdige historische Weihe geben zu können, so

51 Ebenda, S. 13 ff.
52 Ebenda, S. 23.
53 Ebenda.

scherte sich ein dem Preußentum näher stehender Flügel des norddeutschen Liberalismus den Teufel um die mittelalterlich-romantischen Kaiserträume. Sein Sprachrohr, die von Gustav Freytag redigierten "Grenzboten" betrachteten solche Vorstellungen als gefährliche Nostalgie, die von der eigentlichen Aufgabe, der Bildung eines deutschen Einheitsstaates ohne Österreich abhalte. Sie griffen "die modernen Ghibellinen" [54] frontal an, ganz gleich ob sie mit der Kyffhäusersage hausieren gingen oder mit Wallenstein oder Karl Moor argumentierten.[55]

Freilich waren die eigentlichen Gegner des "Grenzboten" nicht die kleindeutschen Erbkaiserlichen, sondern die auf Österreich orientierten Großdeutschen. Habsburg galt als Hort des Ghibellinismus, weil es nach wie vor mit Italien verknüpft sei und "den ultramontanen Haß gegen den specifisch protestantischen Staat", also Preußen schüre[56] und deshalb rigoros aus Deutschland ausgegrenzt werden müsse. Im Gegensatz dazu verkörpere Preußen dank seiner protestantischen Grundlagen und dem Zwang, sich als unfertiger Staat in Deutschland ausdehnen zu müssen, den Aufstieg Deutschlands und sei daher zu dessen Führung berufen. Auch hier erscheint wie bei Müller der Protestantismus als die eigentliche Wende in der Befreiung Deutschlands vom römischen Einfluß und Preußen als dessen staatliche Schutzmacht. Im Unterschied zu Droysen und Müller aber verwarf der "Grenzboten"-Autor die mittelalterliche Kaiserpolitik wie später Sybel als für Deutschland generell schädlich in Bausch und Bogen. Mehr noch, er verlangte eine restlose Zerschlagung des alten Reiches, das ihm - wegen der Teilnahme Österreichs - selbst im Deutschen Bund noch existent erschien. "Das römische Reich hat das Mark der deutschen Nation verzehrt, seine Entwicklung gehemmt, sein Streben in falsche Bahnen gelenkt ... *Was die deutsche Geschichte Großes hat, beruht in dem Streben, dies fluchwürdige Reich zu zertrümmern.* Deutschland hat eine Geschichte, ... aber sie ruht nicht in den Chroniken der Kaiser." [57]

In schärfsten Gegensatz sowohl zur offenen Verketzerung des alten Reiches wie der Staufer als faktischer Verderber Deutschlands als auch zur Erklärung Preußens zum unabweisbaren, legitimen Erben der Staufer stellte sich der Mediävist und Bearbeiter der Monumenta Germaniae Hi-

---

54 Die modernen Ghibellinen, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, 8. Jg., I. Semester, Bd. 1, Leipzig 1849, S. 161 ff.
55 Ebenda, S. 163.
56 Ebenda, S. 167.
57 Ebenda, S. 163.

storica Johann Friedrich Böhmer. Er nutzte die von ihm bearbeiteten und im Sommer 1849 erscheinenden Regesten Konrads IV., um sich in einer durch und durch politisch gehaltenen Einleitung in die Auseinandersetzungen um Schwerpunkt und Führungsmacht des angestrebten neuen deutschen Reiches einzumischen.[58] Aufs schärfste prangerte er die nationalen Verrätereien Preußens im 18. und 19. Jahrhundert an; seine Polemik ist in vieler Beziehung durchaus mit Marx' gleichzeitigen Attacken auf das Preußentum zu vergleichen.[59] Er beklagt die Schwerpunktverlagerung deutscher Geschichte nach Norden als "den Untergang des wahren und ganzen Deutschland", begrüßt freudig das Scheitern der auf Preußen fixierten Einigungspläne der Frankfurter Nationalversammlung, deren Verwirklichung das eigentliche Reich nur zu einem Nebenland degradiert hätte.[60] Vehement verwahrt er sich gegen alle Bestrebungen, Österreich aus dem Einigungsprozeß auszuschließen. Wenn sich ein deutsches Kaisertum neu konstituiert, dann müsse sein Schwerpunkt, so seine Quintessenz, im süddeutschen Raum, den Stammlanden der Staufer, und in Österreich liegen.[61] In einem Zusammenwachsen des sogenannten dritten Deutschland mit Österreich zu einem wirkungsvollen Gegengewicht gegen das ungeliebte, traditionslose, reichsfeindliche und -schädliche Preußen sieht er die eigentliche Basis eines mit dem Kaisertum verbundenen deutschen Einheitsstaats, der dem Erbe tausendjähriger deutscher Geschichte allein gerecht werden könne.

Auch die journalistische Begleitmusik zur Diskussion der Nationalversammlung um die Kaiserfrage bediente sich, wenn auch nicht übermäßig, des Barbarossamotivs. Am stärksten reflektierte es die liberale Presse, die politisch uneingeschränkt für den preußischen Erbkaiser votierte, aber von Preußen auch Einsicht, Entschlossenheit und Zustimmung zu der ihm von der Nationalversammlung zugewiesenen Rolle erwartete.

Die *"Kölnische Zeitung"* meinte, mit der Entscheidung über die Annahme des Kaisertitels sei nach den Märzbewegungen von 1848 endlich die Zeit

---

58 Johann Friedrich Böhmer, Einleitung zu Regesta Imperii inde ab anno 1198-1254, Stuttgart 1849, S. LXVI a-c; vgl. auch Odilo Engel, Die Staufer, Stuttgart 1984, S. 166.

59 Karl Marx, Die Taten des Hauses Hohenzollern, in: MEW, Bd. 6, S. 477 ff.

60 Böhmer, Einleitung (wie Anm. 58), S. LXVI a ff.

61 Böhmers Konzept tangierte, allerdings mit demokratischen Konsequenzen, ein Flugblatt: Die Kaiserwahl und die drei deutschen Reiche, Leipzig 1849. Der Autor dieser Schrift trat allerdings für eine Ausgrenzung sowohl Preußens als auch Österreichs und für einen Zusammenschluß der übrigen deutschen Staaten zu einem Deutschen Reich ein.

der großen Hoffnung angebrochen. Es scheint nun "das deutsche Reich in seiner alten Glorie aus dem Grabe des Kyffhäusers wiederauferstanden".[62] Doch habe sich auch gezeigt, wie kompliziert die Durchsetzung der deutschen Einheit sei, weil Frankfurt und Potsdam nur schwer zusammenfinden. Vehement verteidigte sie die Kaiseridee gegen den demokratischen Vorwurf von der Belebung "wüsten Plunders mittelalterlicher Tradition" und dem "Spiel träumerischer Romantik", feierte die Kaiserwahl als Ende der "kaiserlosen Zeit" und den Kaiser als "Repräsentant der deutschen Nation".[63] Die Gefahr einer demokratischen Revolution müsse den preußischen König geradezu zwingen, das Angebot aus Frankfurt anzunehmen[64] : "Zur That. Habt Ihr nicht Muth genug - Dann wird die rothe Mütze Krone."[65]

Die Berliner *"Vossische Zeitung"* , wie die "Kölnische" auf die Kaiserkrone für Preußens König festgelegt, widmete historischen Betrachtungen größeren Raum. Sie fuhr dabei jedoch zweigleisig. Einerseits legitimierte sie Preußens Anspruch auf nationale Hegemonie und Kaiserwürde hauptsächlich aus der Geschichte Brandenburg-Preußens. Askanier und Hohenzollern erklärte sie rundweg für ebenso mächtig wie die Hohenstaufen und spielte vordergründig auf die süddeutsche Herkunft der Hohenzollerndynastie an.[66] Wie Adolf Müller setzte sie auf die "protestantische Idee" der Befreiung vom römischen Einfluß und verwarf, ja verteufelte im Stile der "Grenzboten" sogar jegliche Berufung auf Barbarossa, der ruhig fortschlummern möge.[67] Selbst den Kaisertitel lehnte sie als undeutsch und fremdländisch zugunsten eines "Deutschen Reichskönigs"[68] ab. Andererseits aber öffnete sie auch Korrespondenten ihre Spalten, die die Barbarossa-Legende beschworen, ließ Kaiser Rotbart auf Friedrich Wilhelms IV. Wort horchen und wollte so "uraltem Hoffen" Ausdruck verleihen.[69]

---

62 Finis Germaniae, in: Kölnische Zeitung (KZ), Nr. 23, 27.1.1849, S. 1.

63 Die Kaiserwahl, in: Ebenda, Nr. 77, 31.3.1849, S. 1.

64 Die Kaiser-Deputation; Annehmen oder ablehnen; Die Antwort des Königs; Die neue Circular-Note, in: Ebenda, Nr. 78, 80, 82, 83; 1., 4., 6. und 7.4.1849.

65 Die Kaiserwahl, in: Ebenda, Nr. 86, 11.4.1849.

66 Soll Preußen an die Spitze Deutschlands treten ? Steinhäuser, Preußens deutscher Beruf, in: Königlich-Privilegirte Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen (Vossische Zeitung), Nr. 4 und 47, 5.1. und 24.2.1849; ferner Nr. 79, 3.4.1849.

67 Ebenda, Nr. 47, 24.2.1849.

68 Goethe und die deutsche Einheit; Steinhäuser, Die Kaiserfrage, in: Ebenda, Nr. 53 und 84, 3.3. und 11.4.1849.

69 Ebenda, Nr. 79, 3.4.1849: "Der Kaiser Rothbart richtet sich hoch auf in seiner Klause und horcht gespannt hinaus auf König *Friedrich Wilhelms* Wort. Die Höhle des

Im Ganzen aber dominierte eine ausgesprochene Preußenhörigkeit, die die starke Affinität zur offiziellen Regierungspolitik nicht übersehen läßt.[70] Die"Vossische" stand - wenn auch unter gemäßigt liberalem Vorzeichen - der konservativen preußischen Geschichtsbetrachtung am nächsten.

Das Flaggschiff der liberalen Presse in der Revolution, die in Frankfurt, dem Ort der Nationalversammlung, erscheinende *"Deutsche Zeitung"*, an der neben dem Herausgeber Gervinus führende erbkaiserliche Liberale wie Dahlmann, Arndt, Beseler, Paul Pfizer und Droysen verantwortlich mitwirkten,[71] räumte historischen Erörterungen zur Kaiserproblematik einen durchaus beherrschenden Platz ein und mobilisierte dazu mehr als andere Blätter auch den Barbarossamythos. An der preußischen Hegemonie ist nicht zu rütteln. Eifrig wird an der Legende von der nationalen Mission Preußens gewoben, das im Gegensatz zu Österreich angeblich stets für das Reich gewirkt habe.[72] Der Krone in Potsdam soll das Angebot aus dem letztlich revolutionär zustandegekommenen Frankfurter Parlament durch historische Verkleidung schmackhaft gemacht werden.[73] Nichtsdestoweniger aber werden die Schwankungen, Zögerlichkeiten und

---

Kyffhäusers steht weit geöffnet, und uraltes Hoffen hält dem neuen Wollen deutscher Stimme harrend die Hand entgegen. Die meisten Deutschen *einig*!"

70 Die Reichsverfassung und die Kaiserwahl, in: Ebenda, Nr. 86, 13. 4. 1849.

71 DZ, Nr. 1, 1.1.1849, S. 1: "...unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, E.M. Arndt, Häußler, Wilh. Beseler, Droysen, Paul Pfizer usw. / redigirt von Heinrich Kruse."

72 F. C. Dahlmann, Zur Beherzigung, in: Ebenda, S. 1-2; Österreich und Preußen, in: Ebenda, Nr. 9, 9.1.1849, S. 1-2; Die Kaiserwahl, in: Ebenda, Nr. 16, 16.1.1849, S. 1-2; E.M. A(rndt), Das deutsche Licht in der österreichischen Frage, in: Ebenda, Nr. 19, 19.1.1849, S. 2-3; Preußen und Deutschland, in: Ebenda, Nr. 67, 8.3.1849, 2. Beilage, S. 1-2; E.M. A(rndt), Auch ein Großpreußen, in: Ebenda, Nr. 69, 10.3.1849, 2. Beilage, S. 1-2; Deutschland und die Österreicher, in: Ebenda, Nr. 81, 22.3.1849, S. 641 f.

73 Der Kaiser von Deutschland, in: Ebenda, Nr. 87, 28.3.1849, S. 689 f.; Die Kaiserwahl, in: Ebenda, Nr. 88, 29.3.1849, S. 697 f. Gegen die Gottesgnadentum-Doktrin setzte die "Deutsche Zeitung" die liberal-konstitutionelle These, daß "nicht bloß Krone und Szepter, sondern die Fürsten selbst, welche sie tragen, nur ein Symbol der Macht des Volkes" sind. "Sie selbst üben keine Macht über das Volk aus..., die Fürsten stellen die Macht des Volkes dar, welche sich in ihnen gleichsam vereint" (S. 689). Anders als durch die Bestimmungen der 1806 außer Kraft gesetzten Goldenen Bulle erfolge die Kaiserwahl in den der neuen Zeit "eigenen Formen", gleichsam durch Rückgriff auf die altgermanische Tradition der Wahl durch freie Männer. Dieser Ursprung der Kaiser-Macht setze deren Würde nicht herab. Im Gegenteil. Preußen habe oft mit kleinlichen Mitteln Macht erworben. "Einen edleren Ursprung hat die Kaiserkrone, welche jetzt dem Hause Hohenzollern dargeboten wird, ja den edelsten von allen: den freien Willen freier Männer. Und den hat der herrliche Stein als die sicherste Grundlage der Throne genannt" (S. 698). Vgl. auch: Die Antwort des Königs, in: Ebenda, Nr. 101, 12.4.1849, Beilage, S. 2.

die schließliche Absage der preußischen Seite deutlich und selbstbewußt kritisiert.[74]

Keine Zeitung hat so entschieden auf den Zusammenhang von mittelalterlicher, namentlich hohenstaufischer und neuer preußischer Kaiserwürde aufmerksam gemacht wie die "Deutsche". Wortführer dieser Kontinuitäts-Propaganda waren Ernst Moritz Arndt, der regelmäßig Leitartikel lieferte, und Friedrich Ludwig Jahn.[75] Die beiden aktiven 1813er Patrioten standen unerschütterlich in der Barbarossatradition und mobilisierten wiederholt die Kyffhäusersage für ihr politisches Anliegen. Die Sage galt ihnen - aber auch der Redaktion des Blattes[76] - als Beweis dafür, daß die Kaiseridee keine Erfindung der Liberalen sei, sondern aus dem Volke komme, in dessen Bewußtsein verwurzelt und daher unüberwindlich, unsterblich sei.[77]

Als im Januar die Entscheidung um den Kaisertitel in der Nationalversammlung anstand, aber noch ungewiß war, ob der liberale Antrag durchkommen würde, schloß ein Leitartikel mit der Frage: "Die Raben fliegen um den Kyffhäuser; wird der Kaiser erwachen ?"[78] Der Kaiser wird als Symbol von Macht und Einheit Deutschlands angepriesen, dessen Name vor allem mit dem Reich der Hohenstaufer verbunden sei: "Wir wolln endlich Macht und Ruhm", schrieb Anfang März 1849 Arndt, " das deutsche Volk ruft sehnsüchtig *Macht und Ruhm*. Es ruft: *Komm, Kaiser Friedrich, steige aus dem langen Siebenschlaf deines Kyffhäuser herab*."[79] Barbarossa erscheint als Inkarnation eines reichen, mächtigen,

---

74 Die preußische Note, in: Ebenda, Nr. 31, 31. 1. 1849, S. 241 ff.; Die Antwort des Königs, in: Ebenda, Nr. 101, 12. 4. 1849, Beilage, S. 2.

75 E.M. A(rndt), Das deutsche Licht in der österreichischen Frage, in: Ebenda, Nr. 19, 19.1.1849, 2. Beilage, S. 2-3; ders., Ein Blick auf Italien, in: Ebenda, Nr. 44, 13.2.1849, 2. Beilage, S. 1-2; ders., Deutschland und Österreich, in: Ebenda, Nr. 52, 21.2.1849, 2. Beilage, S.1; ders., Was wir bedürfen, in: Ebenda, Nr. 60, 1.3.1849, 2. Beilage, S.1; F. L. Jahn, Die Raben des Asenberges, in: Ebenda, Nr. 81, 22.3.1849, 2. Beilage, S.2.

76 Die Kaiserwahl, in: Ebenda, Nr. 16, 16.1.1849, S. 121: "Wir haben uns den Kaiser nicht ausgedacht, ein jeder vernünftige Mensch ist von selbst darauf verfallen. ...Es ist die Idee des einigen, großen mächtigen Vaterlandes, das die Herzen des ganzen Volkes erfüllt... Der Gedanke, daß nach Jahrhunderten der Erniedrigung Deutschland wieder ein großes mächtiges Reich werden und auf den Kaiserstuhl der Ehren erhoben werden soll."

77 E.M. A(rndt), Was wir bedürfen, in: Ebenda, Nr. 60, 1.3.1849, 2. Beilage, S. 1; F.L. Jahn, Die Raben des Asenberges, in: Ebenda, Nr. 81, 22.3.1849, 2. Beilage, S.2.

78 Ebenda, Nr. 16, 16.1.1849, S. 122.

79 Ebenda, Nr. 60, 1.3.1849, 2. Beilage, S. 1.

einflußreichen Reiches, das nun dank dem "Nordlicht der Einheit Deutschlands" wieder auferstehen soll.[80] Gegen das durch seine italienische und spanische Politik Deutschland zunehmend entfremdete habsburgische Österreich setzte Arndt in bekannter Manier den so freien protestantischen Geist Preußens, das sich überdies noch um die Germanisierung im Osten verdient gemacht hätte.[81] Die schon 1813 erkennbaren nationalistischen Elemente in Arndts nur an der Macht orientierten Denken erfuhren 1848 nicht zuletzt durch die Verknüpfung mit aus mittelalterlicher Kaiserherrlichkeit hergeleitetem Machtdrang eine deutliche Verstärkung.

Von den zahlreich abgedruckten Adressen liberaler Vereine,[82] die durchweg für den preußischen Erbkaiser votierten, rekurrierte allerdings nur eine einzige, die des Nürnberger konstituionellen Vereins auf die Zeit der Hohenstaufen und wünschte die "Auferstehung des alten Kaisers" der Sage herbei. Und in Betrachtungen nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. fehlte es auch nicht an Kritik an den "großen Hohenstaufen", die "über einer anderen Größe die des Vaterlandes" übersehen hätten.[83]

Im liberalen Selbstverständnis war das Barbarossathema 1848/49 nahezu auschließlich auf Preußen als eigentlichen Staufererben festgelegt. Die Debatten um den preußischen Erbkaiser seit Anfang 1849 verfestigten diese Sicht noch wesentlich. Wenn von Rotbart und seinem Erwachen die Rede war, verband sich dies unausgesprochen immer mit einem künftigen Kaisertum des preußischen Königs. In Süddeutschland aber stieß eben diese Betrachtung auf eisige Ablehnung. Schon im Januar 1849 stellte die von Otto Lüning herausgegebene demokratische "Neue Deutsche Zeitung" fest: "daß infolge der Vorgänge in Preußen der ganze Preußenhaß in Süddeutschland wieder erwacht ist".[84] Als im Februar auf einem Münchner Künstlerfest unter Beteiligung des bayerischen Königspaares ein Melodrama über Barbarossas Wiederauferstehung aufgeführt wurde, verwei-

---

80 Ebenda, Nr. 81, 22.3.1849, 2. Beilage, S. 2.

81 Ebenda, Nr. 19, 19.1.1849, 2. Beilage, S. 1-2.

82 Vgl. ebenda, Nr. 52-55, 61, 62, 65; 20.-24.2., 2., 3. und 6.3.1849: Adressen von konstitutionellen Vereinen aus Jena, Braunschweig, Dresden, Göttingen, Darmstadt, Mannheim und Leipzig.

83 Die Kaiserwahl von Frankreich beurtheilt, in: Ebenda, Nr. 110, 21.4.1849, Beilage, S. 3.

84 Die Geburt des preußischen Erbkaisers. In: Neue Deutsche Zeitung (NDZ), Nr. 4, 5.1.1849, S. 2.

gerte das verstimmte Publikum jedweden Beifall. Die Situation konnte nur dadurch einigermaßen gerettet werden, daß man versicherte, das Gedicht sei schon vor vielen Monaten geschrieben worden.[85]

Die preußischen Konservativen und ihr Blatt, die "Kreuzzeitung", hatten weder mit dem deutschen Mittelalter noch gar mit Barbarossa und der Kyffhäusersage etwas im Sinn. Das Frankfurter Hin und Her um Kaiserkrone und preußisches Erbkaisertum kommentierte sie seit Januar in längeren Abständen mit der einer stabilen Macht angemessenen leicht ironischen Gelassenheit[86] und spendierte bestenfalls "vier Groschen für einen Kaiser".[87] Der Nationalversammlung war von vornherein jegliches Recht zu einer Kaiserwahl aberkannt.[88] Realisieren ließe sich ein solches Projekt ohnehin nur mit der Zustimmung aller deutschen Fürsten und letztlich wahrscheinlich allein auf dem Schlachtfelde in einem Bruderkrieg mit Österreich.[89] Ein gewählter sei noch lange kein gemachter Kaiser.[90]

Ende März und Mitte April redete der Chefredakteur Hermann Wagener in zwei Grundsatzartikeln dann Tachles.[91] Soweit er historisch argumentierte, kannte er nur preußische Geschichte. Preußens Beruf, an die Spitze Deutschlands zu treten, sei ohnehin längst Realität. Dazu bedürfe es keiner Kaiserwahl und keines Kaiserangebots. Mit Hochmut und Verachtung machte Wagener den Liberalen klar, daß die "königliche Krone Preußens" längst "kaiserlichen Glanz" besitze und höchstens Karl dem Großen den Vortritt lassen würde.[92] Damit war die ganze Barbarossa- und Stauferromantik vom Tisch gefegt. Preußen ruhe historisch gleichsam in sich. Es beziehe sein Selbstbewußtsein aus eigener Geschichte. Es brauche weder konstitutionelle Wandlungen noch gar historische Legitimation aus dem

---

85 Vgl. V. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849, Bd. 2, Berlin 1930, S. 365.

86 Wer wird Deutschlands Kaiser sein, in: Neue Preußische Zeitung (NPZ), Nr. 5, 7.1.1849; Ein Wort zur Lösung des Problems der Einheit Deutschlands, in: Ebenda, Nr. 17, 21.1.1849; Die preußische Königskrone und die deutsche Kaiserkrone, in: Ebenda, Nr. 19, 24.1.1849; Das deutsche Zetergeschrei um einen Kaiser, in: Ebenda, Nr. 68, 22.3.1849; Der deutsche Kaiser, in: Ebenda, Nr. 69, 23.3.1849; Noch einmal der deutsche Kaiser, in: Ebenda, Nr. 73, 28.3.1849; Wir wollen auch, in: Ebenda, Nr. 76, 31.3.1849.

87 Ebenda, Nr. 68, 22.3.1849.

88 Ebenda, Nr. 19, 24.1.1849.

89 Ebenda, ferner: Nr. 17, 21.1.1849 und Nr. 73, 28.3.1849.

90 Ebenda, Nr. 76, 31.3.1849.

91 W(agener), Die deutsche Frage und die Frankfurter Beschlüsse, in: Ebenda, Nr. 75, 76, 88, 89; 30. und 31.3., 16. und 17. 4.1849.

92 Ebenda, Nr. 75, 30.3.1849.

Mittelalter. "Aber Preußen war sich in der Geschichte immer selbst genug. 16 Millionen Preußen sind genug, um eine preußische Kaiserkrone zu stützen, wenn es darauf ankäme".[93] Dem liberalen Angebot einer parlamentarischen Legitimierung der Kaiserwürde schleuderte Wagener als Resumee den machtbewußten Satz entgegen: " Summa, wir brauchen euch nicht, aber ihr könntet uns brauchen".[94]

Erschien den stockpreußischen Konservativen ein deutscher Wahlkaiser geradezu als Beleidigung preußischer Macht, so lehnte die demokratische Presse das Kaisertum von demokratisch-parlamentarischen und teilweise offen republikanischen Positionen aus, aber mit durchaus unterschiedlichen Nuancierungen als überholtes mittelalterliches Relikt rundweg ab. Das Barbarossamotiv war für sie überhaupt kein Thema.

Die von Otto Lüning und Joseph Weydemeyer zunächst in Darmstadt, dann in Frankfurt herausgegebene *"Neue Deutsche Zeitung"*,[95] die in der Kaiserfrage auf historische Argumentation nahezu vollständig verzichtete, konnte in der Kaiserwahl nur die Neuauflage mittelalterlicher Romantik erkennen.[96] Sie verlangte stattdessen die Umwandlung der Nationalversammlung in einen Konvent und sah eine Einigung Deutschlands nur aus einem gemeinsamen Krieg der Deutschen mit den Ungarn und Italienern gegen Österreich und Rußland erwachsen.[97] Das sei auch die einzige Gewähr, um einen Ausschluß Österreichs aus der deutschen Nationalstaatsbildung zu verhindern.[98] Auch die "*Triersche Zeitung*" setzte der Kaiseridee die revolutionär-demokratische Alternative des Sturzes aller

---

93 Ebenda, Nr. 88, 16.4.1849.

94 Ebenda, Nr. 89, 17.4.1849.

95 Vgl. dazu: Karl Obermann, Joseph Weydemeyer. Ein Lebensbild 1818-1866, Berlin 1968, S. 132 ff.

96 NDZ, Nr. 76, 30.3.1849, S. 1.

97 Ebenda, Nr. 72, 25.3.1849, S. 1: "Was müßte, was könnte geschehen? Wäre die Nationalversammlung eine andere, als sie ist, wäre sie entschlossen, energisch und revolutionär aufzutreten, so wäre die Antwort leicht gefunden. Sie müßte an das Volk appellieren, sie müßte angesichts der Koalitionen der Konterrevolution... das Vaterland in Gefahr erklären, sich als Konvent konstituieren oder sofort Wahlen zu einem solchen ausschreiben, sich mit den revolutionären Völkern, mit den Italienern und Magyaren verbinden, der Konterrevolution, namentlich Österreich und Rußland den Krieg erklären und zu diesem Zweck Deutsch-Österreich und Polen durch Waffen und Truppen zum Aufstand rufen. Aus einem solchen Kriege würde Deutschland frei, einig und mächtig hervorgehen." Vgl. auch ebenda, Nr. 64, 16.3.1849, S. 1.

98 Entschieden prangerte das Blatt immer wieder "die Zerreißung Deutschlands durch deutsche Hände", "den Verlust schöner Provinzen" an. Siehe NDZ, Nr. 9, 11.1.1849, S. 1; Nr. 13, 15.1.1849, S. 1.

deutschen Fürsten entgegen[99] und begnügte sich ansonsten damit, die langatmigen Frankfurter Querelen um die Kaiserfrage knapp und scharf zu glossieren.[100]

Die Würzburger *"Neue Fränkische Zeitung"* erklärte die Kaiserwahl eines Preußen immerhin noch zu einer "Schmach für die alten mittelalterlichen deutschen Kaiser". Wenn schon nichts anderes, so hätte die Frankfurter Abgeordneten doch wenigstens der Gedanke von der Wahl Friedrich Wilhelm IV. abhalten müssen, den alten deutschen Kaisern "und besonders dem erhabenen Friedrich Barbarossa einen Nachfolger (zu) geben, der noch den letzten Schimmer deutscher Kaiserehre, deutscher Wahrheit und Treu mit Champagner von der Kaiserkrone hinwegschwemmen wird. Arme deutsche Kaiser."[101] Hier schwingt bei aller demokratischen Aversion gegen den modernen Kaiserrummel doch noch ein positives Verhältnis zum mittelalterlichen Kaisertum und namentlich zum sagenumwobenen Rotbart mit.

Die gemäßigten, in den Märzvereinen organisierten fränkischen Demokraten schlossen denn auch eine Kaiserwahl nicht grundsätzlich aus, wäre sie nur als Urwahl des ganzen Volkes und nicht bloß durch das Parlament vollzogen worden.[102] Dahinter stand wohl die Vorstellung von einem durch das Volk legitimierten"demokratischen deutschen Kaiserthum", dem sich auch die *"Triersche Zeitung"* nicht gänzlich versagte.[103] Freilich sah sie das Haupthindernis für ein demokratisches wie "für jedes Kaiserthum, das mehr als eine Polizeianstalt sein soll", in Österreich und Rußland, die ja sogar ein "Kleindeutschland" fürchteten und deren Widerstand nur durch einen Krieg zu brechen sei.[104]

Für die *"Mannheimer Abendzeitung"* hingegen war die Kaiseridee nur ein Produkt aus "den schwarz-rot-goldenen Köpfen altburschenschaftlicher

---

99 Der deutsche Kaiser, in: Triersche Zeitung, Nr. 2, 3.1.1849, S. 2.

100 Ebenda, Nr. 23, 27.1.1849, S. 1; Nr. 78, 1.4.1849, S. 1.

101 Ein deutscher Kaiser, in: Politische Wochenschrift. Organ der demokratischen Vereine Würzburgs. Ein Beiblatt zur Neuen Fränkischen Zeitung, Nr. 1, 18.3.1849, S. 2.

102 Die Kaiserwahl, in: Neue Fränkische Zeitung, Nr. 89, 30.3.1849, S. 1: "Nach unserer freilich rein demokratischen und ziemlich isolirt stehenden Ansicht hätten bloß die Urwähler das Recht, den deutschen Kaiser zu wählen. Die National-Versammlung hat blos die Befugnis, Deutschland eine Verfassung zu geben. ... Die Wahl des Kaisers geht über ihren Wirkungskreis, über ihr Mandat hinaus. Diese Wahl gebührt einzig und allein den Urwählern.-"

103 Triersche Zeitung, Nr. 79, 3.4.1849, S. 1.

104 Ebenda.

Romantiker", das vom Volk lediglich belächelt würde.[105] Damit wolle man "das Bedürfnis einer Umgestaltung Deutschlands durch den mittelalterlichen Zauber eines erhöhten Fürstenglanzes" verdecken.[106] Das Kaisertum erschien dem Blatt als ein von der Geschichte längst überholtes Phänomen, das dem Mittelalter angehört und nicht wieder belebt werden dürfe. Auch die von der "*Mannheimer Zeitung*" zahlreich abgedruckten Proteste und Petitionen von Volksvereinen, namentlich aus dem südwestdeutschen Raum[107] lehnten "die alte verkommene und schon einmal vom Volke niedergedrückte Idee eines deutschen Kaiserreichs", die "in den mittelalterlichen Köpfen" der Mehrheit der Nationalversammlung Fuß gefaßt habe,[108] rigoros ab. Von Barbarossa oder den Hohenstaufen war hier nirgendwo die Rede.

Im Gegensatz dazu bemühte sich der gemäßigt-demokratische Zentralmärzverein[109] in einem am 11. April 1849 herausgegebenen Zirkular um Akzeptanz für das nun einmal in der Reichsverfassung fixierte Kaisertum zu werben. "Der gewählte, einzig mögliche Kaiser" habe abgelehnt; und man habe das von großen Teilen des Volkes verworfene Erbkaisertum selbst "beständig bekämpft. Allein wenn man die Verfassung als ganzes anerkennt, so muß man auch alle seine Theile gelten lassen".[110] Die Zentrale der Märzvereine äußerte sich durchaus kritisch zur Kaiserwahl und zur preußischen Ablehnung der Kaiserkrone und wandte sich entschieden

---

105 Die Revolution und das Kaiserthum, in: Mannheimer Abendzeitung, Nr. 81, 5.4.1849, S. 1.

106 Das neue deutsche Kaiserthum, in: Ebenda, Nr. 78, 1.4.1849, S. 1.

107 Ebenda, Nr. 50, 27.2.1849, Extrabeilage; Nr. 58, 9.3.1849, S. 1: Erklärungen und Eingaben von Volksvereinen und Volksversammlungen aus Ettlingen, Neustadt an der Haardt, Heidelberg, Dossenheim, Neuenheim, Eppelheim, Handschuchsheim, Sinsheim und Mannheim.

108 Adresse des Vaterlandsvereins zu Buchholz im sächsischen Erzgebirge, in: Ebenda, Nr. 28, 2.2.1849, S. 4.

109 Zum Zentralmärzverein vgl. Rolf Weber, Centralmärzverein, in: Dieter Fricke u. a. (Hg.), Lexikon der Parteigeschichte, Bd. 1, Berlin 1983, S. 403 ff; Marcel Seyppel, Die demokratische Gesellschaft in Köln 1848/49. Städtische Gesellschaft und Parteientstehung während der bürgerlichen Revolution, Köln 1991, S. 262 ff.

110 Der Zentralmärzverein an sämtliche verbrüderte Vereine, Frankfurt a. M., 11. April 1849, in: GStAPK Berlin, Rep. 77, Tit. 662, Nr. 12 (Der sog. Märzverein in der Stadt Frankfurt a. M. und dessen Einwirkung auf die Vereine in den diesseitigen Staaten), Bl. 25 f.; Neue Rheinische Zeitung (NRhZ), Nr. 279, 22.4.1849, 2. Ausg., S. 2: Breslau 19. April (Korrespondenz Tellerings über eine Sitzung des demokratischen Hauptvereins): "Sodann wurde beschlossen, dem Märzverein zu Frankfurt, der einige landrechtliche Mittheilungen über die kaiserliche Kyffhäuserfrage gemacht hat, eine gehörige Antwort zu geben, die ihm das Aprilmiauen vertreiben soll."

gegen das Erbkaisertum. Doch wollte man sich angesichts der angenommenen Reichsverfassung die Hände frei halten und offenbar auch den fränkischen Märzvereinen nicht allzu weh tun. Diese hatten das allerdings sofort auf massive Kritik stoßende Konzept entwickelt: Ein demokratisch gewählter Kaiser sollte, so er sich an die Reichsverfassung hält, akzeptiert, ja sogar geschützt und unterstützt werden.[111]

Sowohl die "Mannheimer Abendzeitung" als auch der Breslauer demokratische Hauptverein[112] machten scharf Front gegen die Akzeptanz der Kaiseridee. Wenn die Märzvereine so weitermachten, werde es - nach Meinung der "Mannheimer Abendzeitung" - "noch dahin kommen, daß *die antidivulianische Kaiseridee für ultrademokratisch gilt.*"[113] Es zeigt sich, daß in der Kaiserfrage die deutsche Demokratie keineswegs ganz einheitlich auftrat. Die Idee der demokratischen Monarchie hatte unter den Demokraten nicht wenige Anhänger. Bestimmte Teile des demokratischen Kleinbürgertums, namentlich in west- und südwestdeutschen Gebieten wandten sich zwar vehement gegen ein preußisches Erbkaisertum, konnten sich aber durchaus für ein demokratisch legitimiertes Volkskaisertum erwärmen und knüpften dabei - unausgesprochen - an die ursprünglichen Intentionen der Barbarossalegende an, die im Vormärz auch Heine, allerdings kritisch und 1844 letzlich ablehnend, reflektiert hatte.[114]

---

111 Das deutsche Reichsoberhaupt. Erklärung des fränkischen Märzvereins, Würzburg, am 4. April 1849, und die Polemik dagegen sowie die Erklärung der Redaktion, in: Politische Wochenschrift. Organ der demokratischen Vereine Würzburgs. Ein Beiblatt zur Neuen Fränkischen Zeitung, Nr. 4, 8.4.1849, S. 14 ff. Der Würzburger Märzverein hielt es für unabweisbar, "auch hier dem gesetzlich ausgesprochenen Nationalwillen den stolzen Nacken zu beugen"; während die demokratische Partei vorher gegen ein preußisches Erbkaisertum gekämpft habe, müsse sie nun aufrichtig entschlossen sein, " dem nun einmal gewählten Kaiser schützend und stützend zur Seite zu stehen, in so ferne und so lange Er seinerseits an der, von der deutsachen Volksvertreetung geschaffenen Reichsverfassung treu und redlich festhält."

112 Vgl. Anm. 110.

113 Die republikanische Partei und die Verfassungsentwicklung. In: Mannheimer Abendzeitung, Nr. 99, 27.4.1849, S. 1.

114 Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß in den Diskussionen innerhalb des Bundes der Geächteten im Sommer 1837 vom Brennpunkt, also der Zentrale, der Vorschlag gemacht wurde, als Oberhaupt des deutschen Staates einen Diktator oder Kaiser zu ernennen, wogegen sich die oppositionellen Elemente, die später den Bund der Gerechten bildeten, entschieden wandten und eine Republik forderten. Siehe: Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa (Redaktion), Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin 1970, S. 91; Martin Hundt, Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836 - 1852, Frankfurt am Main- Berlin - Bern - New York - Paris 1993, S. 66.

Am rigorosesten ging die *"Neue Rheinische Zeitung"* mit dem "Reichswirrwar" und der "Kaiserkomödie"[115] um. Zwar berichtete sie über die Kaiserdebatten in der Nationalversammlung kritisch-distanziert und spöttisch, mit schärfster Kritik an den Liberalen und mehr noch an den zu den Erbkaiserlichen übergelaufenen Demokraten,[116] hielt sie jedoch zu keiner Zeit eines Leitartikels für würdig. Was zu sagen war, überließ die Redaktion dem Frankfurter Korrespondenten, der den gewählten Kaiser nicht anders denn als "pessimistischen Sturmvogel einer bevorstehenden Massenerhebung" bewertete, "die den deutschen Augiasstall von dem politischen Mist reinigen und für die soziale Reformation vorbereiten wird und muß".[117] Historisches kam da nur mehr beiläufig ins Spiel. Die "kaiserbesoffene Majorität" sei mit der Restauration nicht nur bis zum Vormärz vorangeschritten, sondern "hat noch einen Trumpf drauf gesetzt aus jenen Zeiten, die 1806 katzenjämmerlich und anscheinend auf ewig eingeduselt waren". Das Kaisertum, ein Lehnsinstitut, habe sich ausgetobt und überlebt. Und es werde wohl auch Preußen, dem Totengräber des einstigen Kaisertums gar nicht einfallen, "der Erbe eines Leichnams" zu werden.[118]

Was Wunder, daß die Kaiserfrage für das Blatt der äußersten Linken in der Revolution vor allem ein Gegenstand der Satire war. Seit Januar 1849 begleitete Wilhelm Wolff mit seinen Glossen „Aus dem Reich" ziemlich regelmäßig die Debatten der Frankfurter „Reichs-Bajazzos" um das Reichsoberhaupt mit beißender Ironie, wertete den „Kaiserwahl-skandal" als köstliche „karnevalistische Ergötzlichkeit", die ihren schließlichen Höhepunkt in der „Kaiserfabrikation des 28. März" fand und als „Reichsbescherung" den preußischen Erbkaiser brachte, der davon allerdings nichts wissen wollte.[119] Immerhin ernannte Wolff in seinen Reichs-

---

115 F. Engels, [Die Komödie mit der Kaiserkrone], in: MEW, Bd. 6, S. 395 f.

116 Frankfurt, 27. März, in: NRhZ, 259, 30.3.1849, S. 2-3; Frankfurt, 28. März, in: Ebenda, 260, 31.3.1849, S. 2.

117 Frankfurt, 28. März (Kaiserliches), in: Ebenda, Nr. 260, 31.3.1849, S. 2.

118 Frankfurt, 27. März (Die Kaiserkreierung), in: Ebenda, Nr. 259, 30.3.1849, S. 3.

119 Vgl. Kaiserwahlskandal, in NRhZ, 197, 17.1.1849, S. 2. Wiederabdruck in : Wilhelm Wolff, Aus Schlesien, Preußen und dem Reich hg. und eingeleitet von Walter Schmidt, Berlin 1985, S. 222 ff.; Aus dem Reich. Neuestes, in: NRhZ, 198, 18.1.1849, S. 4; Aus dem Reich. [Wider im Reich! o welche Lust!], in: NRhZ, 243, 2. Ausgabe, 11.3.1849, S. 2; Die Reichsbescherung: Der Erbkaiser, in: NRhZ, 268, 9.4.1849, S. 1-2. Wiederabdruck in: Wilhelm Wolff, Aus Schlesien, S. 226 ff. Dazu: Walter Schmidt, Wilhelm Wolff. Kampfgefährte und Freund von Marx und Engels, Berlin 1979, S. 193 ff.

Glossen den König von Württemberg zum „burschen-schaftlichen Stellvertreter Kaiser Rotbarts.[120]

Die eigentliche historische Reminiszenz lieferte indes Georg Weerth.[121] Der Dichter und Redakteur nahm Kaiserwahl und Kaiserdeputation nach Berlin zum Anlaß, um im Stile einer alten Aachener Chronik den fiktiven Einzug Friedrich Wilhelms zur Kaiserkrönung in Köln in einer glänzenden Satire mit Hohn und Spott zu übergießen. Dabei persiflierte er auch die Barbarossasage. Im Krönungszug läßt Weerth auch Vater Jahn mitmarschieren, als Träger "des H. Röm. Reichs-Rasier-Messer". Damit könne sich Barbarossa nun, da die kaiserlos-schreckliche Zeit vorüber sei, endlich den Bart rasieren, "auf daß nicht die Raben des Berges Kyffhäuser, so nun davon fliegen, sich in dieses Bartes Verwildniß einisten mögten, bis in alle Ewigkeit seliglich amen."[122]

* * *

Die Kaiserkontroversen verschafften schließlich auch der politischen Lyrik ein neues Thema und belebten nochmals die 1848er Barbarossadichtung, wiewohl sie an der großen Zahl von Gedichten zum Pro und Contra eines preußischen Erbkaisers nur einen bescheidenen Anteil hatte. Die Euphorie des Frühjahrs 1848 war freilich verflogen. Noch glomm zwar ein Funken Hoffnung, daß ein neuer deutscher Kaiser gekürt, Deutschlands Einheit gewonnen und also Barbarossa erlöst werden könnte. Aber die schon recht gedämpften Erwartungen mischten sich schon mit argen Zweifeln und mündeten schließlich in blanke Enttäuschung, als der endgültige Niedergang der Nationalbewegung und das Scheitern aller Einheitsbestrebungen offenkundig wurden.

Die bekanntesten Barbarossagedichte dieser Zeit stammen aus der Feder von Arndt, eines leidenschaftlichen Befürworters des preußischen Erbkaisers. Wie in seinen Leitartikeln für die "Deutsche Zeitung" hielt er auch in seiner Lyrik unerschütterlich daran fest, daß eine preußisch dominierte deutsche Reichsgründung der alten Kaiseridee des Mittelalters und insonderheit den Hohenstaufen verpflichtet bleiben muß. Friedrich Wilhelm IV. war in seinen Augen der einzige legitime Erbe Barbarossas. Eine andere

---

120 Aus dem Reich. Neuestes, in: NRhZ. 185, 3.1.1849, S. 3.

121 Ebenda, Nr. 265-267, 269, 271; 6., 8., 11. und 13.4.1849. Wiederabdruck in: Georg Weerth, Sämtliche Werke in fünf Bänden, hg. von Bruno Kaiser, Bd. IV, Berlin 1957, S. 239 ff.

122 Ebenda, S. 276.

Lösung der deutschen Frage war für ihn weder vorstellbar noch gar akzeptabel. Als einziger unter den deutschen Dichtern brachte Arndt die Kaiserwahl in direkte Verbindung mit der Kyffhäusersage. Als nehme er die brüske Absage Friedrich Wilhelms IV. einfach nicht zur Kenntnis, will er noch Mitte Mai, rund einen Monat nach der Rückkehr der düpierten Frankfurter Deputation, der er selbst angehört hatte, dennoch den Kaiser aus Berlin heimholen, da ihn das ganze Land nun einmal herbeisehne.

Kaiserschein, Du höchster Schein,
Bleibst Du denn in Staub begraben ?
Schrei'n umsonst Prophetenraben
Um den Barbarossastein ?
Nein und nein und aber nein !
Nein ! Kyffhäusers Fels wird springen,
Durch die Lande wird es klingen:
Frankfurt holt den Kaiser ein.[123]

Schon Anfang Mai, als die Nationalversammlung beschlossen hatte, den ersten deutschen Reichstag nach Frankfurt einzuberufen und, falls Preußen nicht mitmache, dem Herrscher des nächstgrößten deutschen Staates die Reichsstatthalterschaft anzutragen, hatte Arndt sogar die Könige gewarnt, acht zu geben. Wenn der Ruf des Volkes nach einem Kaiser nicht erhört würde, "so haut euch Gott aus allen Winden -".[124] Nach Verlassen der Nationalversammlung vergrub er Ende Mai zwar schon seinen "Kaisertraum" an unbekanntem Ort, betrachtete sich dennoch nur als geschlagen, nicht aber besiegt: "In solcher Schlacht erliegt man nicht".[125] Erst 1853 zog er kritisch Bilanz aus dem Revolutionsjahr, doch als Hoffnung blieb: "Der Kaiserschlummer werde brechen - Der Barbarossa auferstehen". Verhindert habe den Erfolg des Einheitsstrebens, so meinte er nun kritisch, die Schlafmützigkeit des deutschen Volkes:

Barbarossa.
Er liegt bis heute festgebunden -
So spricht der stumme Stein für ihn;
"Wie ? wagt ihr mir den Schlaf zu strafen
In eurer feigen Ungeduld ?

---

123 E.M. Arndt, Ausfahrt zur Heimholung des deutschen Kaisers. 17. Mai 1849. In: Ernst Moritz Arndts Sämtliche Werke, Bd. 5: Gedichte von Ernst Moritz Arndt. Vollständige Sammlung, hg. von Heinrich Meisner, Leipzig 1894, S. 205 f.

124 E.M. Arndt, Ihr Könige, gebt Acht! (3. Mai 1849), in: Ebenda, S. 200 f.

125 E. M. Arndt, Aus Frankfurt weg ! (Mai 1849), in: Ebenda, S. 204 f.

Wißt: weil ihr schnarchet, muß ich schlafen -
Straft eurer eignen Faulheit Schuld !"[126]

Stramm preußisch waren die meisten der in der liberalen Presse zahlreich publizierten Kaisergedichte. In der Regel soll Friedrich Wilhelm IV. zur Annahme der Krone animiert werden.[127] Historischen Bezug nahm lediglich ein Geburtstagsgedicht für den Mecklenburgischen Großherzog, das an den Konflikt Barbarossas mit Heinrich dem Löwen erinnert, aber bekennt, anders als dieser zum Staufer werde der Mecklenburger Fürst fest zum Preußenkönig stehen, wenn er sich an die Spitze des neuen Reiches stellt:

"Er werde Cäsar" hat das Volk entschieden,
Auch Du, o Fürst, hast Dich dazu bekannt.
Mit Dir vereint, so stehn wir zu dem Reiche,
Getreuer als den Welfen Friedrich fand. [128]

Gustav von Meyern, der 1848 den von seinen Fesseln befreiten Barbarossa gefeiert hatte, reflektierte ein Jahr später resigniert den Mißerfolg der Einigungsbewegung. Anders als Arndt legte er sich jedoch nie auf Preußens Hegemonie fest, sondern verurteilte unverhüllt die leidige Rivalität zwischen Preußen und Österreich: "Laßt des Streits, ob Hohenstaufe euer Führer sei, ob Welfe - Daß nie fürder deutsche Zwietracht schlauem Feind zum Siege helfe !"[129] Er läßt den Kaiser inständig alle deutschen Stämme auffordern, einig gegen äußere Feinde zusammenzustehen. Doch bleibt dessen Ruf ungehört, und der Dichter schickt Barbarossa wieder schlafen:

Ruft es laut ... und ruft es leiser ... immer leiser ... immer leiser -

---

126 E.M. Arndt, Nachklang aus 1848-49. (1853), in: Ebenda, S. 235 f.

127 So: Auguste Peetsch, Sr. Kaiserlichen Majestät Friedrich Wilhelm IV., in: Vossische Zeitung, Nr. 81, 5.4.1849, S. 4; Prinz Albert von Sachsen-Koburg-Gotha, Entschließe Dich. Germania an Borussia, in: DZ, Nr. 23, 23.1.1849, 2. Beilage, S. 1 (zum Autor vgl. ebenda, Nr. 40, 9.2.1849, 2. Beilage, S. 2), auch: Vossische Zeitung, Nr. 22, 26.1.1849, S. 4. Wiederabdruck in: Franz Wilhelm Freiherr v. Ditfurth, Die historischen Volkslieder von der Verbannung Napoleons nach St. Helena 1815 bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes, Berlin 1872, S. 216 f.; Johann Georg Fischer, Nur einen Mann aus Millionen. Februar 1849, in: Gedichte von Johann Georg Fischer, Stuttgart 1883, S. 219 ff. Vgl. auch: Underberg, Die Dichtung der ersten deutschen Revolution (wie Anm. 9), S. 196 ff.

128 Vossische Zeitung, Nr. 52, 2.3.1849.

129 Gustav v. Meyern, Kaiser Rothbart. 1849, in: Lemcke, Der Kaisertraum (wie Anm.4), S. 118.

Bist zu früh erstanden, Rothbart! geh noch schlafen, alter Kaiser!

Wie Meyern so beschwor auch der großdeutschen Zielen verpflichtete Altbayer Johann Nepomuk Sepp Barbarossa für den Zusammenschluß aller deutschen Stämme in einem Reich:

Das ganze Deutschland muß es sein,
Sonst zieht kein Kaiser Rothbart ein.[130]

Ganz unterschiedlich verarbeiteten Julius Sturm und Friedrich Beyer das Scheitern der 1848er Nationalbewegung in Barbarossagedichten. Sturm ließ den aufgeweckten Kaiser zum Opfer eines falschen Traums seines nach draußen geschickten Zwergs werden. Die von der Revolution ausgelösten Erwartungen erwiesen sich als Täuschung:

Wenn mir ein Traum erschienen,
Wars nicht mein eigner Traum.[131]

Kaiser und Zwerg werden wieder schlafen geschickt, das Schicksal Deutschlands aber voller Resignation in Gottes Hand gegeben:

Wie lange ? Gott mags wissen,
Es steht in seiner Hand;
Er schützt Dich, mein zerrissen,
zerspalten Vaterland !"

Beyer hingegen gestaltet die Niederlage des Einheitsstrebens als individuelle Ausweglosigkeit Barbarossas. Der Kaiser verliert jeden Glauben daran, daß nochmals einer kommt, der seine Tochter freit, Deutschlands Schmach beendet und ihn so befreit; und er gibt sich den Selbsttod:

Er hat den Thurm erstiegen,
Schaut noch einmal hinab,
Rauft aus den Bart und stürzet
Auf ewig sich ins Grab ! [132]

Auch in der Lyrik demokratischer Provenienz eroberte sich das Kaiserthema seit Jahresbeginn 1849 nochmals einen Platz. Emil Ottokar

---

130 Johann Nepomuk Sepp, Hochgesang an das deutsche Vaterland, in: Petzet, Die Blütezeit (wie Anm. 18), S. 442.

131 Julius Sturm, Barbarossa. Um 1849, in: Gedichte von Julius Sturm, Leipzig 1892, S. 125 ff.

132 Friedrich Beyer, Barbarossa. 3 (1848), in: Gedichte des Rothenburger Einsiedlers, 3. Aufl., Leipzig 1860, S. 175 f.

Weller, als Verleger demokratischer und sozialistischer Literatur seit dem Vormärz gut bekannt,[133] gab sogar spezielle "Teutsche Kaiser- und bunte Tageslieder"[134] heraus. Barbarossa allerdings spielte bei den Demokraten keine Rolle. Die Ablehnung der Kaiseridee ist allgemein. Ludwig Pfau läßt im "Lied vom Drohnenkönig"[135] die Bienenvölker mit ihm kurzen Prozeß machen. Georg Herwegh setzte dem "Kaiserwahn" Alt-Deutschlands für den neuen Frühling den "roten Hahn" der sozialen Revolution entgegen, vor dem sich die roten Adler bald verstecken werden:[136]

> O laß sie träumen den Kaiserwahn,
> Alt-Deutschlands Ritter und Recken;
> Wie werden sich vor dem roten Hahn
> Die roten Adler verstecken.

Einem unbekannten Dichter war der von "Mystizismus und Romantik" aus dem "Grabe der Verwesung" hervorgeholte Kaiser nur

> Ein Gespenst mit Purpurlappen, das mit Fleisch und Blut bekleidet,
> Als neuer Völkerhirte unsere deutschen Schafe weidet.[137]

Während des Preußenkönigs Ablehnung der Kaiserwürde, weil nicht von Gottes Gnaden, hier und da noch mit der Hoffnung auf einen anderen, streitbaren, demokratisch legitimierten Kaiser verbunden wurde,[138] sang

---

133 Rolf Weber, Emil Ottokar Weller, in: Karl Obermann u.a. (Hg.), Männer der Revolution von 1848, Bd. 1, Berlin 1970, S. 149 ff.

134 Teutsche Kaiser- und bunte Tageslieder von K. Weller, Leipzig (bei E.O. Weller) 1849. Angezeigt in: Der deutsche Michel auf *breitester* demokratischer Grundlage. Almanach für Deutschlands vierunddreißig Einheiten, Leipzig 1849, S. 32.

135 Lied vom Drohnenkönig. 1849, in: Ausgewählte Gedichte von Ludwig Pfau, hg. von Ernst Ziel, Stuttgart 1898, S. 142.

136 Im Frühling. Januar 1849, in: Herweghs Werke in drei Teilen, hg. von Hermann Tandel, Berlin-Leipzig-Wien-Stuttgart o.J., 3. Teil, S. 37 f.

137 Der Kampf um die Kaiserkrone. Winter 1849, in: Ditfurth, Historische Volkslieder (wie Anm. 127), S. 214; erweitert, aber fälschlich als Teil der Dichtung "Germania" von Ernst Ortlepp bezeichnet, in: Weigend/Baumunck/Brune, Keine Ruhe im Kyffhäuser (wie Anm. 6), S. 56 f.

138 Des Königs von Preußen Ablehnung der Kaiserwürde. 3. April 1849. In: Ditfurth, Historische Volkslieder (wie Anm. 127), S. 124 f.:1. Er will nicht Kaiser werden, Es ist ihm zu gering - Was nicht von Gottes Gnaden, Das mag er nicht das Ding. 3. Wir brauchen einen Kaiser, Der fromm ist und gerecht, - Doch auch mit blankem Schwerte - Wo's nöthig ist, zuschlägt.

das Volk in Norddeutschland schon ein Lied, in dem das Reich auch als Republik für akzeptabel gehalten wurde:[139]

Und will he uns denn nich,
So wull wie em ook nich,
Den - Kaiser Wilhelm Friedrich.
Wie willt'n dütschet Rik,
Wenn ook mit Republik.
Dat is uns Allens, Allens, Allens glik.

* * *

Nach der Revolution verschwand das Barbarossa- wie das Kaiserthema generell relativ schnell aus der politischen Lyrik. Lediglich Emanuel Geibel blieb der Kaiserlyrik treu.[140] Unter den Historikern allerdings begann nun eine ernsthafte quellenkritische Beschäftigung mit der Kyffhäusersage. Nach Adolf Müllers recht oberflächlichem Einstieg von 1849 gingen Hans Ferdinand Massmann 1850[141] und Andreas Ludwig Jacob Michelsen[142] 1853 den Ursprüngen des Mythos erstmals gründlich nach. Ansonsten aber war in den fünfziger Jahren Ruhe um den Kyffhäuser.

Erst mit dem Aufschwung der Nationalbewegung um die Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren wandten sich Dichtung wie Publizistik der Barbarossasage und der Hohenstaufengeschichte wieder stärker zu.[143] Wie im Historikerstreit zwischen Sybel und Ficker[144] um die historische Bewertung der mittelalterlichen Italienpolitik der deutschen Kaiser, so steht auch die Polemik um den Barbarossamythos in den sechziger Jahren

---

139 DZ, Nr. 101, 12.4.1849, Beilage, S. 3; Wiederabdruck in: Ditfurth, Historische Volkslieder (wie Anm. 127), S. 222.

140 Emanuel Geibel, Halte die Hoffnung fest. (1851); Ungeduld. (1857); Wann, o wann? (1858); Einst geschiehts. (1859); Deutschlands Beruf. (1861), in: Emanuel Geibels ausgewählte Werke, Leipzig 1921, Bd. 1, S. 360 ff.

141 Hans Ferdinand Massmann, Kaiser Friedrich im Kyffhäuser, Quedlinburg und Leipzig 1850.

142 Andreas Ludwig Jacob Michelsen, Die Kiffhäuser Kaisersage. Öffentlicher Vortrag, gehalten zu Jena auf der Rose den 9. Februar 1853, in: Zeitschrift des Vereins für thüringische Landesgeschichte und Altertumskunde, Bd. 1, Jena 1854, S. 129 ff.

143 Eine der ersten Veröffentlichungen war: Arnold Schloenbach, Die Hohenstaufen. Ein Epos in sechs Gesängen, Hildburghausen 1859; ferner: Karl Biltz, Der alte Barbarossa. Politische Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten mit einem Vorspiel, Berlin 1866. Zur Barbarossarezeption in den 60er Jahren vgl. Arno Borst, Barbarossa 1871, in: Borst, Reden über die Staufer (wie Anm. 6), S. 120 ff.; Diez, Das Bild Barbarossas (wie Anm. 6), S. 109 ff.

144 Vgl. dazu Anm. 35.

verständlicherweise noch deutlicher im Zeichen des nun offen ausbrechenden und 1866 kulminierenden preußisch-österreichischen Konflikts. Die auf Preußen fixierte kleindeutsche Sicht vermochte der Barbarossathematik auch jetzt keineswegs etwas Positives abzugewinnen, ja weigerte sich im Gegenteil sogar strikt, das hohenstaufische Erbe überhaupt anzunehmen.

Erst als der Kampf entschieden, das neue Reich 1871 gegründet und der preußische König - freilich auf einem anderen Wege als 1848/49 - deutscher Kaiser geworden war, gewannen auch die preußischen Konservativen bald ein vitales Interesse an den Traditonen des mittelalterlichen Kaisertums. Seit Mitte der achtziger Jahre änderte sich die konservativ-preußische Interessenlage grundlegend. Zwei Momente, ein innen- und ein außenpolitischer Faktor, wurden nun drängend. Einmal sah man sich der Notwendigkeit gegenüber, die süddeutschen Staaten und ihre Bevölkerung ins von Preußen dominierte neue Reich zu integrieren. Kaiser und Reich bedurften nun dringend einer über Preußen und seine Geschichte regional wie chronologisch hinausgreifenden inneren national-historischen Legitimation. Da konnte die Berufung auf die Staufer behilflich sein. Die Reichsgründung wurde jetzt zur Erfüllung des hohenstaufischen Vermächtnisses, der neue Kaiser Wilhelm I. nicht nur zum Großem gekürt, sondern als Barbablanca zum eigentlichen Erben und Vollender Barbarossas erklärt.[145] Der Barbarossamythos wurde als brauchbares ideologisches Schiboleth nicht nur belebt, sondern über alle Medien zielbewußt verbreitet.

Zum anderen aber zeichneten sich gegen Ende der Bismarck-Ära auch außenpolitisch neue Tendenzen ab, die um die Jahrhundertwende ausschlaggebend wurden. In den Vordergrund trat eine auf Vorherrrschaft in Europa und schließlich auf Weltherrschaft ausgerichtete Großmachtpolitik. Es liegt auf der Hand, daß bei dieser weltpolitischen Zielsetzung die Machtansprüche des mittelalterlichen deutschen Kaisertums einen auch nach außen gerichteten aktuell-politischen Legitimationswert erhielten. Die systematische Pflege des Barbarossakults hatte auch diese Stoßrichtung. Es ist durchaus kein Zufall, daß gerade in diese Umbruchszeit der Bau und die Einweihung des Kyffhäuserdenkmals fällt.

---

145 Vgl. Arno Borst, Barbarossa 1871, in: Borst, Reden über die Staufer (wie Anm. 6), S. 129 ff.; Seeber, Vom Barbarossa zum Barbablanca (wie Anm.5); Schreiner, Friedrich Barbarossa (wie Anm. 6), S. 344 ff.; Brune/Baumink. Wege der Popularisierung (wie Anm. 6), S. 328 ff.

Die unerfüllt gebliebene antipreußisch wie generell antimonarchistisch orientierte demokratische Alternative der sechziger Jahre aber hatte in Georg Herweghs "Schwabenkaiser"[146] schon 1867 ihren dichterischen Protest gegen diese Geschichtsklitterung angemeldet. Unter direkter Berufung auf Heines Spruch, wonach man gar keinen Kaiser brauche, hieß es da:

Ein Schwab und nicht ein Preuße war
Als Kaiser uns versprochen,
Wir pflegen schon sechshundert Jahr,
Auf diesen Mann zu pochen.

Sechshundert Jahr zu harren dein,
War leeres Stroh gedroschen;
Ich geh' zum Nationalverein
Mit dreißig Silbergroschen.

Ich will mir einen neuen Herrn
Statt meines alten kaufen;
Zum Kaiser hab ich grad so gern
Die Zollern wie die Staufen.

* * *

Die Analyse der Barbarossa-Rezeption während der 48er Revolution gestattet folgendes Resumee:

Eine massenhafte Berufung auf den Barbarossamythos läßt sich nicht ausmachen. Eine Barbarossa-Renaissance, wie sie etwa nach der Reichsgründung von 1871 im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der Öffentlichkeit eintrat, fand 1848/49 nicht statt. Dafür gab es keine hinreichenden Bedingungen. *Erstens* agierten 1848/49 engagierte und starke sozial-politische Kräfte, denen aus unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Gründen an einer Barbarossa-Renaissance nicht gelegen war. Die preußischen Konservativen brauchten und wollten für ihr politisches Konzept keine Mittelaltertraditionen, diese konnten ihnen im Gegenteil sogar hinderlich sein. Die Demokraten, namentlich ihr radikaler Flügel, verwarfen das Kaisertum überhaupt und waren deshalb desinteressiert. Lediglich die Liberalen hatten ein gewisses Interesse an einer durch die Barbarossalegende

146 Der Schwabenkaiser. August 1867. In: Herweghs Werke in drei Teilen (wie Anm. 136), 3. Teil, S. 116 f.

vermittelten Symbiose von Hohenstaufen und Hohenzollern in dem von ihnen angestrebten neuen deutschen Kaisertum. *Zweitens* lenkten die akuten Kämpfe in der Revolution mehr hin zu aktuell politischen Aspekten und eher weg von weit hergeholten historischen Legitimationen. Es wurde von allen Parteien vorwiegend, bisweilen ausschließlich, politisch argumentiert. *Drittens* aber darf wohl auch der Verbreitungsgrad des Barbarossamythos in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht überschätzt werden.

Unbekannt war und unbenutzt blieb das Barbarossathema in den politischen Auseinandersetzungen der Revolution dennoch nicht. Die Sage war im Vormärz immerhin schon soweit ins öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß sich Dichtung wie politische Publizistik ihrer ohne Schwierigkeiten bedienen konnten, um bestimmte politische Ambitionen, die Errichtung eines mächtigen deutschen Nationalstaats, zu verdeutlichen. Am stärksten nahm sich die politische Lyrik des Barbarossamotivs an. Zeitlich wie inhaltlich lassen sich auf diesem Felde zwei Schwerpunkte ausmachen. Bis in den Sommer 1848 hinein dominieren in der Barbarossadichtung - wie übrigens generell in der politischen Lyrik - Freude und Genugtuung über den errungenen Sieg. Nachdem dann auch die Nationalversammlung zusammengetreten war und als große Hoffnung auf Deutschlands Einigung begriffen wurde, erschien "Barbarossas Erwachen" in greifbare Nähe gerückt und wurde wiederholt beschworen. Ein zweite lyrische Barbarossa-Saison liegt im Frühjahr 1849. Sie wird wesentlich bestimmt von den Auseinandersetzungen um die Reichsoberhaupt- bzw. Kaiserfrage, reflektiert aber bereits die Enttäuschungen über den Niedergang und das absehbare Scheitern der 1848er Nationalbewegung.

In der politischen Publizistik, die den Sagenkaiser freilich weitaus spärlicher reflektierte, waren hauptsächlich die Parteigänger des Liberalismus Barbarossa zugetan. Zwar ist aus Rücksicht auf Preußen eine auffällige Zurückhaltung gegenüber den Traditionen der mittelalterlichen Kaiserpolitik spürbar; doch wird von liberaler Seite unverkennbar daran gearbeitet, dem gewünschten preußischen Erbkaisertum über den Barbarossamythos eine auch auf das Mittelalter zurückgreifende national-deutsche Legitimation zu verschaffen. Auch jene gemäßigten Elemente der demokratischen Partei, die sich im Frühjahr 1849 doch noch auf das preußische Erbkaisertum eingelassen hatten, offenbarten nicht nur Verständnis für die großen deutschen Kaiser des Mittelalters als Repräsentanten eines einst mächtigen Deutschland, sondern suchten - zumeist freilich ohne ausdrückliche Nennung der Barbarossasage - auch die darin enthaltene Komponente eines demokratisch gewählten Volkskaisers politisch zu instru-

mentalisieren. Das Konzept der Märzvereine, vor allem in Franken, weist am deutlichsten in diese Richtung. Die radikalen, meist republikanisch gesinnten Demokraten hielten es hingegen ganz mit Heine:

> Bedenk ich die Sache ganz genau,
> So brauchen wir gar keinen Kaiser.

Helmut Bleiber

Neun Anmerkungen zum Problem des Nationalen*

Drei Vorbemerkungen:

1. Den folgenden Ausführungen liegen keine neuen empirischen Untersuchungen meinerseits zu diesem oder jenem Aspekt der Nationsproblematik zugrunde. Das Ziel meiner Darlegungen erschöpft sich darin, einige Anmerkungen zu der gegenwärtigen Diskussion um Nation und Nationales zur Diskussion zu stellen.

2. Das Thema Nation, Nationales, Nationalismus ist ein weites Feld. Es umfaßt eine Vielzahl von zeitgeschichtlichen und historischen Sachkomplexen und Problemfeldern, die umfassend zu erörtern in einem Vortrag nicht möglich ist. Ich werde mich - zum Teil dabei an anderenorts bereits Publiziertes[1] anknüpfend - zu einigen ausgewählten Aspekten äußern.

3. Der Grundduktus meiner Ausführungen - um mich hiermit gleich vorweg zu erklären - wird inhaltlich bestimmt sein von der Meinung, daß es keine hinreichend überzeugenden Gründe dafür gibt, der Nationsproblematik für die absehbare Zukunft einen rapiden Bedeutungsschwund zu prognostizieren.

Was die äußere Form des Textes betrifft: Es schien mir zweckmäßig, die ausgewählten Aspekte mehr oder weniger thesenartig abzuhandeln.

Unter anderem auf folgende Punkte werden sich meine Anmerkungen beziehen

---

* Erweiterte Fassung eines am 18. Januar 1996 in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz- Sozietät in Berlin gehaltenen Vortrages.

1 Helmut Bleiber, Nationalbewußtsein und bürgerlicher Fortschritt. Zur Herausbildung von deutschem Nationalbewußtsein in der Zeit der bürgerlichen Umwälzung (1789 - 1871), in: Helmut Bleiber/ Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte, Berlin 1988, S. 170ff.; derselbe, Wider die Tendenz zu nationalem Nihilismus, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 4 (1993), H. 14, S. 70 ff.; derselbe, Ein Kunstprodukt der Moderne? Anmerkungen zur nationalen Frage, in: Ebenda, Jg. 6 (1995), H. 24, S. 78 ff.

- das wiedervereinigte Deutschland als Basis für das Wiederaufleben von deutschem Nationalismus?
- zum nationalen Nihilismus
- zum Verhältnis von Staat und Nation
- gibt es legitime nationale Interessen des werktätigen Volkes?
- das Verständnis von Nation und Nationalem im Marxismus.

1.

In einer 1991 in deutscher Übersetzung erschienenen Buchpublikation unter dem Titel „Nationen und Nationalismus" hat Eric Hobsbawm die Auffassung vertreten, der Nationalismus als historisches Phänomen habe seinen Zenit überschritten. Sein Höhepunkt sei die Zeitspanne zwischen 1918 und 1950 gewesen, gekennzeichnet durch die Entstehung neuer Nationalstaaten gemäß der Wilsonschen Doktrin vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits und den nationalistisch-rassistischen Theorien und Praktiken des deutschen Faschismus andererseits. Seitdem drängten die Bedürfnisse ökonomischer Entwicklungen immer zwingender zur Überwindung nationalstaatlicher Begrenzungen und zur Schaffung übernationaler wirtschaftlicher und staatlicher Strukturen.[2]

Was die Wirtschaft betrifft, so begann die Herausbildung supranationaler Strukturen bekanntlich längst vor der Mitte unseres Jahrhunderts. Entsprechende Bemühungen auf staatlicher Ebene sind in der Tat in massiver Form ein Phänomen der letzten Jahrzehnte, falls man, wozu freilich kein Grund besteht, die Versuche zur Schaffung übernationaler Herrschafts- und Einflußräume in den imperialistischen Kriegen der ersten Hälfte des Jahrhunderts außer Betracht läßt. Trotz solcher über die Nation hinausweisender Entwicklungstendenzen ist zu beobachten, daß Nation und Nationales bis zum heutigen Tag alles andere als zweitrangig oder nebensächlich geworden sind. In Europa, dem Erdteil, der sie zuerst hervorgebracht hat, beweisen sie ein erstaunliches Beharrungsvermögen. Gleichzeitig vollziehen sich, vor allem, aber nicht nur, in der sogenannten dritten Welt Nationsbildungsprozesse, deren Ende nicht abzusehen ist. Ob das Phänomen des Nationalen in der Geschichte der Neuzeit seinen Höhepunkt wirklich hinter sich hat, erscheint also zumindest fragwürdig. Die

---

[2] Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/ New York 1991, S. 155 ff.

Virulenz seines Auftretens in der gegenwärtigen Weltarena spricht dagegen, Nationales als historisches Auslaufmodell zu verstehen.

Einige Zahlen,wie sie in der Literatur genannt werden: Bürgerkriege wie der in Bosnien-Herzegowina werden danach zur Zeit an etwa 70 Orten der Welt ausgefochten. Weitere ethnosoziale Konflikte könnten jederzeit ausbrechen. Bis zu 280 Volksgruppen melden demnach derzeit ihren Anspruch auf einen eigenen Staat an. Insgesamt soll es bis zu 6000 ethnische Gruppierungen geben, die nach den Grundsätzen der UNO- Charta Anspruch auf Eigenstaatlichkeit erheben könnten.[3]

Der immer noch vorhandenen augenfälligen Wirksamkeit des Nationalen auf der weltpolitischen Bühne entspricht die große Aufmerksamkeit, die die nationale Frage in der wissenschaftlichen und publizistischen Literatur gegenwärtig erfährt. Die akademisch installierte Forschung der BRD hat in den letzten Jahren eine große Zahl von Veröffentlichungen zu dieser Thematik hervorgebracht.[4] Das von Jürgen Habermas so genannte forschungsleitende Interesse, das über einen längeren Zeitraum der Geschichte der Arbeiter und ihrer Bewegung gegolten hatte, scheint sich nun, da die weitgehende Reintegration des in ihnen verkörperten systemgefährdenden Potentials vollzogen ist, nächst der Geschichte des Bürgertums vornehmlich der nationalen Problematik zuzuwenden. Aber auch in der subkulturellen linken Szene nimmt die Beschäftigung mit dem Thema Nation derzeit einen vorderen Rang ein. Mehrere Kolloquien sowie zahlreiche Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen zeugen von dem Klärungsbedarf, der angesichts jüngster Erfahrungen offenkundig auch hier als zwingend empfunden wird.[5]

---

3 Britta Jensen, Austromarxismus und Nation, in: Marxistische Blätter, Jg. 32 (1994), H. 6, S. 76.

4 Vergleiche den Forschungsbericht von Dieter Langewiesche in: Neue politische Literatur, 1995, H. 2, S. 190 ff.

5 Jeweils mehrere Beiträge zum Thema Nation bzw. Nationalismus wurden publiziert in folgenden Zeitschriften: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 36 (1994), H. 2; Marxistische Blätter, Jg. 30 (1992), H. 6; Comparativ, Jg. 3 (1993); Prokla, Jg. 22 (1992), Nr. 2; Sozialistisches Forum, Nr. 29 (Juli/ August 1993); Utopie kreativ, H. 62 (Dez. 1995); Weg und Ziel, Jg. 52 (1994), Nr. 5; Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 4 (1993), H. 14. Siehe ferner Eckard Crome/Jochen Franzke (Hg.), Nation und Nationalismus. Aspekte der Annäherung an das Phänomen des Nationalen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Berlin 1993; Gero Fischer/Maria Wölflingseder (Hg.), Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, Wien 1995; Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995; Krisenherd Europa: Nationalismus,

2.

Was Europa betrifft, so gibt es gegenwärtig eine ganze Reihe von nationalen Problemfeldern. Die Skala reicht vom Auftreten nationaler Minderheiten in den meisten Staaten Westeuropas und nationalen, zum Teil ganz unterschiedlich motivierten Widerständen gegen die Europäische Union bis hin zu den blutigen Nationalitätenkämpfen im ehemaligen Jugoslawien und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sowohl räumlich als auch der wahrgenommenen und empfundenen Bedeutung nach dazwischen liegt der mit dem Anschluß der DDR an die BRD wiedererstandene einheitliche deutsche Nationalstaat. Manche Bewohner in ihm und wohl mehr Nachbarn außer ihm haben angesichts seiner derzeitigen Verfaßtheit und in Erinnerung an deutsche Geschichte Sorgen und Probleme. Als eine Stimme für viele zitiere ich Walter Grab, geflohen vor den deutschen Faschisten aus Wien und langjährig tätig als Historiker an der Universität in Tel Aviv: „Die Schaffung eines Wirtschaftskolosses und politischen Machtblocks von fast 80 Millionen Einwohnern hat bei den Nachbarvölkern Besorgnis vor den möglichen Konsequenzen hervorgerufen. Sie haben nicht vergessen, daß deutsche Nationalisten das politische Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen mit Füßen getreten und in unserem Jahrhundert zweimal den Griff nach der Weltmacht versucht haben. Ihre Befürchtungen vor einer Wiederbelebung deutschnationaler Machtpolitik sind ernst zu nehmen."[6]

Wer solche Meinung vertritt, kann Gründe anführen. BRD-Justizorgane sehen - Weimar läßt grüßen - nach wie vor auf dem linken Auge überscharf, auf dem rechten dagegen sind sie sehschwach. Michael Stürmer, ein Historiker, von dem man weiß, daß das Ohr von Helmut Kohl ihm gewogen ist, scheute sich nicht, in der Öffentlichkeit dafür zu werben, daß

Regionalismus, Krieg. Mit Beiträgen von Jürgen Elsässer, Hannes Hofbauer u. a., Göttingen 1994; Rosa Luxemburg und die nationale Frage. Materialien einer Tagung, Potsdam 1993; Die Sache mit der Nation. Nachdenken über ein für Linke schwieriges Thema, H. 1 u. 2, Berlin 1994. Siehe auch Ernstgert Kalbe, Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa, in: Kultursoziologie, Jg. 3 (1994), H. 1, S. 20 ff.; Ronald Lötzsch, Der Schutz nationaler Minderheiten aus historischer und aktueller Sicht, in: Utopie kreativ, H. 45/46 (Juli/August 1994), S. 16 ff.; derselbe, Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow, in: Lothar Hertzfeld (Hg.), Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums, Frankfurt a. M. 1992, S. 67 ff.; Andreas Rasp, Nationalismus - Erbe der Postmoderne, in: Streitbarer Materialismus, Nr. 17 (Mai 1993), S. 119 ff.

6 Walter Grab, Gefahren des deutschen Nationalismus, in: Mitteilungen der Harro-Harring- Gesellschaft, H. 13/14 (1994/95), S. 57.

Königsberg eine Aufgabe deutscher Politik sei. Der Realitätsgehalt der offiziell vertretenen Formel „kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland" wird in Frage gestellt, etwa mit dem Hinweis auf die entgegengesetzte Praxis im Falle der diplomatischen Anerkennung Kroatiens, als die übrigen NATO-Staaten sich schließlich dem Druck seitens der BRD- Regierung fügten. Rechtsextremistische Exzesse gegen Ausländer oder die Stimmen, die für eine mehr oder weniger weitgehende Rechtfertigung der Naziherrschaft eintreten, werden im Ausland mit großer Aufmerksamkeit und Besorgnis registriert.

Gleichwohl sprechen einige Gründe gegen die Befürchtung, daß das zu erwartende weitere Anwachsen des ökonomischen und politischen Gewichts Deutschlands mit einer Neuauflage und Wiederkehr von deutschem Nationalismus in der Gestalt verbunden sein muß, die er in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts annahm. Wenn Adam Rieses Regelwerk nicht nur im Reich der Zahlen gilt, wenn Logik und Berechenbarkeit Größen sein sollten, die auch dem Bereich von Gesellschaft und Politik nicht gänzlich fremd sind, müßte man davon ausgehen dürfen, daß nationalistische Instrumentarien in der Politik der Bundesrepublik Deutschland in absehbarer Zeit keine größere Rolle spielen werden. Nationale oder nationalistische Bewegungen entstehen nicht zufällig. Sie werden in der Regel gefördert, entwickelt und benutzt, um ganz bestimmte Interessen durchzusetzen. Das Interesse der die BRD dominierenden Kräfte macht das Spielen auf der nationalistischen Klaviatur zur Zeit weder aus innenpolitischen noch aus außenpolitischen Rücksichten erforderlich. Die Zeiten haben sich geändert. Ein polnischer Kollege, Jan Kosim, mit dem ich Ende der siebziger Jahre eng zusammenarbeitete, brachte den Unterschied damals mit folgenden Worten auf den Punkt: 1939 kamen deutsche Panzer nach Warschau, und keiner wollte sie haben; heute kommt deutscher blauer Schein, und alle wollen ihn.

„Das primäre Instrument, um neue Absatzmärkte, erweiterte Kapitalanlagemöglichkeiten und politische Einflußgebiete zu erschließen," so der bereits zitierte Walter Grab, „ist der gewaltfreie Einsatz wirtschaftlicher und finanzpolitischer Mittel. Die Bundeswehr kann ohne Schwierigkeiten verkleinert werden, weil ihre Aufgabe durch die Deutsche Bundesbank ersetzt wird."[7] Die Wiederbelebung deutsch-nationalistischer Traditionen aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts liegt jetzt und auf absehbare Zeit nicht im Interesse der die Bundesrepublik dominierenden Eliten. Sie

[7] Ebenda, S. 64.

würde die Widerstände gegen die weitere Ausdehnung des Einflusses deutschen Kapitals in Europa und darüber hinaus beträchtlich erschweren und sich für die derzeitigen weltpolitischen Ambitionen der politischen Führung der Bundesrepublik kontraproduktiv auswirken. Deutsche Alleingänge sind auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Als sicher erscheint dagegen die aktive Teilnahme an künftigen militärischen Abstrafungen unbotmäßiger Länder der sogenannten dritten Welt unter dem Kommando der USA. Offen bleibt, welche Formen die Entwicklung und die Lösung von Konflikten zwischen den sogenannten Metropolenländern bzw. -regionen in Zukunft annehmen wird.

3.

Befürchtungen vor einem Rückfall ins Gestern im Zusammenhang mit dem Wiedererstehen eines einheitlichen deutschen Nationalstaates wurden von zahlreichen Anhängern liberaler bzw. linksliberaler Überzeugungen geäußert, die zumeist seit langem den Standpunkt verfechten, daß Nationen und Nationales geschichtlich überholt und politisch antiquiert seien. Die historische Motivation dieser Denkrichtung sind die Erfahrungen deutschnationalistischen Weltherrschaftsstrebens und seiner Ergebnisse in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts,[8] ihre aktuelle Motivation erwächst aus den Gestaltungsbedürfnissen übernationaler Organisation, wie sie in Westeuropa seit längerem angestrebt und in Ansätzen auch schon realisiert werden. Einige Stimmen zur Veranschaulichung: Über die Diskussion in Fachkreisen hinaus bekannt wurde die Intervention des SPD-Politikers Peter Glotz, der in der Entwicklung von Nationalstaaten einen Irrweg der Geschichte glaubte diagnostizieren zu müssen.[9] Laut Hans Mommsen, Inhaber eines Lehrstuhls an der Universität Bochum, gehört die Nation auf den Schindanger der Geschichte.[10] Jürgen Kocka titelte eine Rezension über zwei Bücher zum Nations- bzw. Nationalismusthema mit „Kunstprodukte der Moderne".[11] Hans- Jürgen Wehler, wie Kocka Hauptrepräsentant der Bielefelder Schule, behandelt in seinem imponierenden Werk „Deutsche Gesellschaftsgeschichte" die Nationalbewegung

---

8 Peter Alter, Der eilige Abschied von der Nation. Zur Bewußtseinslage der Deutschen nach 1945, in: Harm Klueting (Hg.), Nation - Nationalismus - Postnation. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1992, S. 185 ff.

9 Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaats, Stuttgart 1990.

10 Peter Russig, Der „Hofgeismar- Kreis" in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen bis in die Gegenwart, in: ZfG, Jg. 42 (1994), H. 8, S. 727.

11 Jürgen Kocka, Kunstprodukte der Moderne. Ernest Gellners und Eric Hobsbawms Auseinandersetzung mit Nation und Nationalismus, in: Freitag, 20. 12. 1991, S. 22.

in der ersten Hälfte des 19. Jh. wie aus dem Tiefkühlfach entnommen, will sagen weit entfernt von ihrer historischen Relevanz und Wirksamkeit.[12] Wolfgang Wippermann äußerte sich kürzlich, die deutsche Nation sei von Anfang an rassistisch, antisemitisch und antislawistisch gewesen. Die ganze gegenwärtige Debatte um die Nation sei eine Falle der Reaktion. Es könne kein Zurück zu den guten Ursprüngen der deutschen Nation geben, denn es habe sie nie gegeben.[13]

Aus solcher Sicht resultierte auch die kritische Resonanz, die Ernst Engelbergs Bismarckbiographie in bestimmten Kreisen der Alt-BRD fand. Ein Rezensent wunderte sich, wie dieser Mann mit seiner bekannten politischen und wissenschaftstheoretischen Verortung ein derartiges Buch schreiben konnte und gestand, daß ihm der Schlüssel zum Verständnis dieses Phänomens fehle.[14] Daß dem Autor Ernst Engelberg das Leiden an und um Deutschland die Feder führte, daß sich in seiner Bismarckbiographie die Sorge und Verantwortung eines marxistischen deutschen Patrioten manifestieren könnte, dazu kann, wer in der illustrierten Art und Weise denkt, offensichtlich keinen Zugang finden.

Die zitierten Aussagen sind bestimmt von der Ablehnung unter nationalistischer Flagge begangener Greuel und Verbrechen sowie dem berechtigten Werben für übernationale Organisationsformen der Gesellschaft. Zugleich lassen sie eine deutlich ausgeprägte Tendenz zu nationalem Nihilismus erkennen. Überraschend an diesen Äußerungen, besonders wenn sie von Historikern stammen, ist ihre Ahistorizität. Historiker müßten eigentlich von Berufs wegen wissen, daß Nationen keine Kunstprodukte, sondern Phänomene sind, die mit der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung offenbar notwendig und unvermeidbar auf der historischen Bildfläche auftauchen. Als Folge- und Begleiterscheinung des Aufstiegs des bürgerlichen Zeitalters stehen sie im Kontext jener progressiv-zivilisatorischen Rolle der Bourgeoisie, die Marx und Engels im ersten Teil des Kommunistischen Manifests gewürdigt haben.[15] Ein aus-

---

12 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, München 1987, Bd. 1, S. 514, Bd. 2, S. 335, 412.

13 Rainer Brandt, „Nationale Frage" - Ersatz für linke Utopien?, in: Berliner Linke, 11. 11. 1994, S. 9.

14 Robert Leicht, Ebenso anziehend wie abstoßend. Zum zweiten Band von Ernst Engelbergs Bismarck- Biographie, in: Die Zeit, Nr. 50, 7. 12. 1990.

15 Vergleiche neuerdings Manfred Kossok/Mathias Middell, Nationale Frage und soziale Bewegungen in den Transformationsprozessen der Neuzeit 1500 - 1850, in: Comparativ, Jg. 3 (1993), H. 3, S. 9 ff.

schließlich oder weitgehend generelles Negativurteil über Nation und Nationales verfehlt das Erfordernis differenzierter Betrachtung. Dem Kölner Historiker Otto Dann, der in seinem 1993 erschienenen Buch „Nation und Nationalismus in Deutschland 1770 - 1990"[16] diesem Erfordernis gerecht wird, indem er begrifflich und im realen Geschichtsverlauf zwischen - vereinfacht ausgedrückt - positiv zu bewertenden Nationalbewegungen und nationaler Gesinnung einerseits und negativ, weil auf Selbstüberhebnung und gegen andere Völker gerichtet, zu beurteilendem Nationalismus andererseits unterscheidet - eine Unterscheidung, wie sie auch in der historiographischen und politischen Literatur der DDR üblich war[17] und für deren Beibehaltung ich plädiere - ist von seinem Tübinger Kollegen Dieter Langewiesche entgegengehalten worden, diese Unterscheidung sei eine unzulässige Simplifizierung, weil „Beimischungen von Aggressivität auch in der emanzipatorischen Frühphase"[18] der europäischen Nationalbewegungen vorhanden seien. Die Existenz nationalistischer „Beimischungen" in der deutschen Nationalbewegung im frühen 19. Jh. ist bekannt. Dennoch ist an dem qualitativen Unterschied zwischen Nationalbewegungen als Bestandteil des Übergangsprozesses von der feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung einerseits und Nationalismus im Dienste imperialistischen Weltherrschaftsstrebens im 20. Jh. andererseits festzuhalten. Wer diesen Unterschied nicht wahrhaben will und Nationales, wo und wann auch immer, zuvörderst mit deutschem Faschismus zusammendenkt, verfehlt die Realität von Geschichte.

Von dem Trauma der Erfahrungen mit deutschem Nationalismus in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts bestimmt oder doch beeinflußt erscheint auch die Diskussion um mögliche Alternativen deutscher Nationalstaatsbildung im 19. Jh. Zutreffend ist sicher, daß das Zustandekommen des deutschen Nationalstaates in der stattgehabten kleindeutsch-preußischen Version kein zwingendes Erfordernis und Ergebnis der Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse in Mitteleuropa war. Andere Formen einer Einigung von oben sind versucht worden. Auch die Etablierung eines deutschen Nationalstaats durch eine siegreiche Revolution 1848/49 ist als Möglichkeit - auch wenn gravierende Faktoren dem entgegenstanden - denkbar. Daß dagegen „die fortgesetzte Bildung

---

16 Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770 - 1990, München 1993.

17 Vgl. Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin 1976.

18 Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression, Bonn 1994, S. 10.

von Nationen in den Einzelstaaten"[19] des Deutschen Bundes, das heißt also die Konservierung der feudalstaatlichen Zersplitterung und die Verhinderung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates in der Aufstiegsphase der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ein realhistorisch möglicher Entwicklungsweg hätte sein können, ist unwahrscheinlich. Der deutsche Nationalstaat war kein Zufallsprodukt. Die Annahme, die Geschichte hätte auch ohne ihn auskommen können, verkennt das Gewicht und die Ausmaße der sich entwickelnden ökonomisch-materiellen Interessen an der Bildung eines einheitlichen deutschen Nationalstaats. Die Dynamik und das Potential der von der Bourgeoisie in den deutschen Ländern dominierten wirtschaftlichen Entwicklung drängten zum einheitlichen Nationalstaat und erzwangen ihn schließlich.

4.

Ihre schroffste und am meisten zugespitzte Ausprängung findet die Ablehnung von Nation, Nationalem und Nationalismus bei einer kleinen, aber lautstark agierenden Gruppe linker Inellektueller aus der Alt-BRD.[20] Ein Forum für die Darstellung ihrer Ansichten haben sie wiederholt in der von Hermann Gremliza herausgegebenen Zeitschrift „Konkret" gefunden. Als sehr rührig hat sich des weiteren eine seit 1990 bestehende kommunistische Splittergruppe erwiesen, die sich Gruppe K nennt und die eine eigene Zeitschrift unter dem Titel „Bahamas" herausgibt. Beide Zeitschriften waren auch Mitveranstalter einer im November 1994 in Dresden durchgeführten theoretischen Konferenz über Nation, Nationalismus und Antinationalismus unter dem Titel „Links ist da, wo keine Heimat ist".[21]

Mit dem Wortspiel, Nation sei nichts als eine Halluzination, propagieren Vertreter dieser Richtung die Auffassung, Nation und Nationales seien nichts als eine willkürliche Erfindung, eine künstliche Konstruktion, ein Mythos. Sinn und Zweck dieser Erfindung wird ausschließlich darin gesehen, Herrschaftsideologie zu produzieren. Nationales Bewußtsein wird allein als Mittel der Herrschenden interpretiert, das Vorhandensein und

---

19 Helga Schultz, Mythos und Aufklärung - Frühformen des Nationalismus in Deutschland, MS, S. 33.

20 Ausführlicher zum Folgenden Helmut Bleiber, Ein Kunstprudukt der Moderne?, a. a. O., S. 82 ff.; siehe auch: Anmerkungen zur neuesten Auflage des Anti-Faschismus. Wie radikal sind die Anti-Deutschen?, in: Gegenstandpunkt, 1995, H. 3, S. 137 ff.

21 Vgl. den Bericht von Ronald Lötzsch, „Links ist da, wo keine Heimat ist?", in: Utopie kreativ, H. 54 (April 1995), S. 30 ff.

das Bewußtwerden von Klassenwidersprüchen und -gegensätzen zu verdecken bzw. zu verhindern. Bestrebungen linker Kräfte, ein positives Verhältnis zum Nationalen zu entwickeln und patriotische Aspekte in ihre Strategie und Taktik zu integrieren, werden grundsätzlich abgelehnt. Der Bannstrahl dieser Verurteilung fällt auf die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung. Schon bei Marx und Engels werden Defizite nationalnihilistischen Denkens dingfest gemacht. Lenins Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen habe, so wird kritisch vermerkt, die Möglichkeit geboten, die Kategorie Nation weiterhin positiv zu besetzen. Als nationalistische Abweichung wird die von der Komintern 1921 beschlossene Erweiterung der Losung des Kommunistischen Manifests in die Fassung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" bewertet. Die KPD und die SED werden wegen ihres Bemühens kritisiert, sich als eigentliche Vertreter nationaler deutscher Interessen darzustellen. Besondere Zielpunkte sind das 1930 von der KPD beschlossene „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" sowie die Deutschland-Politik der KPD und der SED in den ersten Nachkriegsjahren. Daß sich die DDR nicht von nationaler Ideologie getrennt habe, sei ihr Geburtsfehler, der dann auch zu einer ihrer wichtigsten Todesursachen geworden sei. „Die Linke ist antideutsch, oder sie ist nicht".[22] Internationalismus müsse zum Antinationalismus geschärft werden. Jeder emanzipatorische Ansatz müsse die Individuen vom nationalen Kollektiv losreißen.

Der Absolutheitsanspruch, mit dem diese nationalnihilistischen Positionen vorgetragen werden, übersieht nicht nur den antifeudalen bürgerlich-progressiven Kontext der Entsteheung von Nationen vom Beginn der Neuzeit bis weit ins 19. Jh. hinein, sondern negiert auch das historisch wirksame Zusammenspiel von links und national etwa im antifaschistischen Befreiungkampf vieler Völker während des zweiten Weltkrieges oder - um ein besonders markantes Beispiel zu nennen - im Abwehrkampf des vietnamesischen Volkes gegen die französische Kolonialherrschaft und die Aggression seitens der USA. Der deklarierte antiimperialistisch-antikapitalistische Impetus gerät in ein bedenkliches Zwielicht, wenn die hochstilisierte Aversion gegen alles Nationale die Wahrnehmungsfähigkeit für antiimperialistische Potentiale der nationalen Befreiungbewegungen unterdrückter Völker und Nationalitäten verstellt: „Nicht um nationale Selbstbestimmung geht es, sondern um gesellschaftliche; nicht um den

[22] Jürgen Elsässer, zitiert nach Ronald Lötzsch, a. a. O., S. 37.

Schutz von Völkern, sondern um den Schutz der Einzelnen und Minderheiten vor den Völkern; nicht um die Konstruktion neuer Staaten, sondern um die Destruktion der bestehenden; nicht um die Zwangshomogenisierung der Individuen zur Nation, sondern um ihre freie Assoziation zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft".[23] Mit radikal klingender Terminologie wird hier unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten das Recht auf nationale Selbstbestimmung abgesprochen, wird ihre Unterdrückung damit gerechtfertigt.

Der Versuch einer Standortbestimmung der nationalnihilistischen Linken kann sich nicht auf die Beschreibung von Grenzen und Defiziten beschränken. Unübersehbar manifestieren sich in ihren Auffassungen alternativ-demokratische Inhalte. Das gilt vor allem für die Be- und Verurteilung der Rolle des deutschen Imperialismus im 20. Jh., seinen Anteil an der Massenschlächterei des ersten Weltkrieges und die in Auschwitz kulminierenden Verbrechen des deutschen Faschismus. Beachtung verdient auch, daß die Existenz der DDR von den Linken in der BRD, gleich welcher Richtung sie angehörten und trotz zum Teil erheblicher kritischer Vorbehalte, als eine begrüßenswerte Beschneidung der Macht und der Möglichkeiten des Finanzkapitals begriffen wurde. Die im Frühjahr 1990 begonnene Kampagne „Nie wieder Deutschland" ist als Ausdruck der Befürchtungen zu verstehen, das nationalstaatlich wiedervereinigte Deutschland werde die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gescheiterten Versuche wieder aufnehmen, seine Machtpositionen in der internationalen Arena gravierend zu verstärken. Sie war zugleich ein Protest gegen die von der damaligen DDR-Regierung im Februar 1990 proklamierte Politik unter dem Motto „Deutschland, einig Vaterland", einer Formulierung, die bei Johannes R. Becher seinerzeit auf ein antiimperialistisch-demokratisches Gesamtdeutschland zielte, jetzt aber die Bereitschaft zur Preisgabe der DDR und damit zur Unterwerfung unter die bürgerlich-kapitalistische Restauration signalisierte. Die Kritik an der von einigen Leuten in der PDS, aber auch von manchen Linken in der Alt-BRD gehegten Erwartung, von der Wiedervereinigung würden emanzipatorische Impulse für die demokratische Ausgestaltung Gesamtdeutschlands ausgehen - Michael Brie und Dieter Klein hofften damals auf einen Doppelsprung in die Moderne -

[23] Jürgen Elsässer, Halluzi-Nation. Linksnationalismus in Geschichte und Gegenwart, in: Bahamas, Nr. 15 (1994), S. 20 f.

[24], ist von der gegenläufigen Entwicklung in den letzten Jahren bestätigt worden.

Problematisch an der Antihaltung der nationalnihilistischen Linken ist ihr Unwille oder ihre Unfähigkeit, zwischen den Hauptverantwortlichen und den Hauptnutznießern deutscher Machtpolitik im 20. Jh. einerseits und der Masse des Volkes andererseits zu differenzieren. Herrschende Schichten und Volksmassen verfallen gleichermaßen ihrem Verdikt, wenn „von Deutschland und dem Pack, das hier wohnt",[25] gesprochen wird. Die Generalisierung der kritischen Distanz auf die Deutschen läuft auf eine Teilentlastung der Hauptverantwortlichen hinaus. Nicht im deutschen Volks- oder Nationalcharakter sind die wesentlichen Ursachen für imperialistische Kriege und faschistische Verbrechen zu suchen, sondern bei den Hauptnutznießern des Gesellschaftssystems in diesem Jahrhundert, dem deutschen Monopol- und Finanzkapital.

Hauptgründe, auf die sich derzeitiger linker nationaler Nihilismus zurückführen läßt, sind die Enttäuschung und Verbitterung angesichts der weitgehend erreichten Eliminierung alternativer Potentiale in der BRD sowie die Überzeugung, daß sich daran nichts ändern wird. Die Gefährdung bisher erreichter sozialer Standards in den sogenannten Metropolenländern setze nicht proletarischen Internationalismus, sondern proletarischen Nationalismus frei. Thomas Ebermann warnt die Linken vor dem Versuch, aus der Marginalität herauszukommen, denn das könne nur zum Abgleiten auf opportunistische Positionen führen.[26] Daß die beschworene Gefahr nicht fiktiv, sondern real vorhanden ist, dafür liefern Geschichte und Gegenwart der sozialistischen bzw. Arbeiterbewegung Beispiele zur Genüge. Gleichwohl erscheint die beschriebene Position, aus deren Geist auch die Formel Links- oder- deutsch geboren wurde,[27] inakzeptabel. Sie bedeutet Verzicht auf das Bemühen um linke Politik in Deutschland. „Linkssein liegt....heute allein darin, sich die Fähigkeit zur Kritik des im ganzen falschen Systems,....die Autonomie der Verweigerung, des Nicht-Mitmachens zu bewahren...", heißt es in einem eben erschienenen Buch von

---

24 Michael Brie/Dieter Klein (Hg.), Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge, Hamburg 1991.

25 So Thomas Ebermann in: Wolfgang Schneider/ Boris Gröndahl (Hg.), Was tun? Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik, Hamburg 1994, S. 36.

26 Wolfgang Schneider/ Boris Gröndahl (Hg.), a. a. O., S. 108.

27 Bahamas, Nr. 15, S. 5.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert.[28] Links und deutsch als sich ausschließende Größen zu denunzieren, heißt linken politischen Bestrebungen in Deutschland zusätzliche Barrieren zu errichten. Auch wenn man sich keinen Illusionen über die in absehbarer Zeit vorhandenen Erfolgsaussichten linksalternativer Bemühungen in Deutschland und in anderen Metropolenländern hingibt, muß das nicht heißen, das Werben für die Einsicht, daß eine andere Weltordnung ein Gebot künftiger Menschheitsexistenz wird, einzustellen oder auf intellektuelle Diskussionszirkel zu beschränken.

5.

Zum Verhältnis von Staat und Nation zunächst ein etwas längeres Zitat:

„Was ist das nun eigentlich, ein Deutscher? - Nichts anderes als ein deutscher Staatsbürger oder einer, der es werden will. Der ansässige Sproß eines chinesischen Vaters und einer nigerianischen Mutter ist ein „reinrassiger" Deutscher. Alles andere ist rassistischer Quatsch. Das Wesen des Deutschen liegt in der Staatsbürgerschaft, so sehr die äußere Erscheinung auch abweichen mag. Deutsche sind jene, die im Staatsgebiet herumvölkern, dem Rechts-, Steuer- und Gewaltmonopol unterworfen sind. Um es ganz deutlich zu sagen, die Menschen sind Ausgeburten, keine Eingeborenen. Die Abstammung ist nichts anderes als ein rassistischer Mythos. Der konkrete Mensch hat Wurzeln, keinen Stamm. Der bornierte Nationalist würde sich wundern, wüßte er, wer durch die Jahrhunderte alles für ihn herumgevögelt hat, damit er in seiner konkreten Existenz überhaupt erst zu sich kommen konnte. Ekeln müßte ihm vor diesem Potpourri der Völker und Stämme, der Nationalitäten und Religionen, die ihn da ganz unabsichtlich genetisch kreierten. Der biologische Rassismus blamiert sich also schon an seinen Exemplaren".[29]

Einige Bemerkungen sind dazu erforderlich: Erstens verdient diese Aussage Beachtung und Akzeptanz, insofern sie sich offensichtlich gegen die obskuren Bestimmungen des BRD-Staatsbürgerrechts wendet, nach denen Leute, die kein Wort deutsch sprechen, die BRD-Staatsbürgerschaft pro-

---

28 Thomas Ebermann/ Rainer Trampert, Die Offenbarung der Propheten, Hamburg 1995, zitiert nach Heiner Möller, Deutsches Paarlaufen, in: Konkret, 1995, H. 12, S. 47.

29 Franz Schandl, Ein Versuch über Nation und Emanzipation, in: Neues Deutschland, 18./ 19. November 1995, S. 13. Im Originaldruck steht statt Deutscher Österreicher. Siehe Franz Schandl, Nation. Überlegungen zur Kategorisierung eines Begriffs, in: Gero Fischer/ Maria Wölflingseder (Hg.), Biologismus, Rassismus, Nationalismus: Rechte Ideologien im Vormarsch, Wien 1995, S. 179.

blemlos zugesprochen bekommen, wenn sie glaubhaft machen können, eine deutschstämmige Großmutter gehabt zu haben, während in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern und Enkelkindern von ausländischen Einwanderern diese Staatsbürgerschaft verweigert wird. Außer diesem Motiv ist freilich in der zitierten Passage nicht viel mehr zu finden, was nicht zum Widerspruch herausfordert. Die Definition der Nationalität über die Staatszugehörigkeit ist eines der verbreitetsten und übelsten Mittel der Unterdrückung von nationalen Minderheiten. Immerhin ist die BRD-Rechtslage, indem sie Sorben oder Dänen als Angehörige nationaler Minderheiten anerkennt und sie nicht qua BRD- Staatsbürgerschaft zu Deutschen erklärt, in diesem Punkt dem Autor um Längen voraus. Unseriös und inakzeptabel ist ferner das Verfahren, das Bekenntnis zu ethnischen Quellen von Nationen als völkisch- rassistisch zu diffamieren.

Das Denkmuster, Nationen und Nationales wie hier ausschließlich oder wie bei Hobsbawm und vielen anderen namhaften Historikern vorwiegend über den Staat zu definieren, ist geprägt von der Geschichte der Nationsentstehung in Westeuropa, besonders in Frankreich, wo tatsächlich der Staat zunächst in Gestalt der absoluten Monarchie und vor allem dann in der bürgerlichen Revolution von 1789 sowie dem napoleonischen Kaiserreich entscheidenden Anteil an der Bildung der Nation und der massenhaften Entstehung und Verbreitung von französischem Nationalbewußtsein hatte. In Mittel-, Südost- und teilweise in Osteuropa dagegen dominiert ein anderer Typus der Nations- und Nationalstaatsbildung. Hier schafften sich Nationalbewegungen gegen bestehende Staaten und diese überwindend erst die ihnen gemäßen Nationalstaaten. Das gilt für Länder wie Deutschland und Italien, in denen die aus dem Mittelalter herrührende staatliche Zersplitterung fortexistierte, ebenso wie für das habsburgische, das osmanische und das russische Reich, die jeweils eine größere Zahl von Völkern und Nationalitäten umfaßten. Da sich Nationalbewegungen angesichts dieser Situation nicht an bestehenden Staatsformen orientieren konnten, spielte hier die ethnische Komponente des Nationalen eine weit größere Rolle. Es ist kein Zufall, sondern dieser Situation geschuldet, daß Herders Ideen über die Rolle von Völkern und Nationen in der Geschichte der Menschheit hier auf besonders fruchtbaren Boden fielen. Seine Betonung ethnischer Elemente, vor allem von Sprache und Volksdichtung, als der für Nationen eigentlich konstitutiven Faktoren fand - ähnlich wie bei den staatlich unselbständigen Völkern Ost- und Südosteuropas - im territorialstaatlich zersplitterten Deutschland besonders große Resonanz. Das „So weit die deutsche Zunge klingt" als Antwort auf die Frage „Was ist

des Deutschen Vaterland?" im Gedicht Ernst Moritz Arndts[30] ist dieser Idee ebenso verpflichtet wie der Artikel 1 des Statutes des Bundes der Gerechten, des Vorläufers des Bundes der Kommunisten, in dem es heißt: „Der deutsche Bund der Gerechtigkeit besteht aus Deutschen, d. h. aus Männern, die der deutschen Sprache und Sitte angehören."[31] Die ausschließlich oder vorwiegend pejorative Sicht auf Ethnisches und seine Diffamierung als per se rassistisch ist eine von der Geschichte nicht gedeckte politische Konstruktion.

Eine zweite Anmerkung zum Verhältnis von Staat und Nation bezieht sich auf die in der einschlägigen Literatur der BRD verbreitete Tendenz, den rechtsstaatlich organisierten und bürgerlich-parlamentarisch verfaßten Staat als das eigentliche Ziel und die Krönung nationaler Geschichte und Entwicklung darzustellen.

Das Bestreben, die Nation an den parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Rechtsstaat zu binden, wurde und wird gespeist erstens aus der Erfahrung der Katastrophe, in die deutschnationalistisch drapiertes Weltherrschaftsstreben mündete, zweitens aus der Konfrontation mit und dem Abwehrbemühen gegen wirkliche oder vermeintliche realsozialistische Bedrohungen und drittens aus der Befürchtung, der wiedervereinigte deutsche Nationalstaat könnte erneut an überwunden geglaubte Traditionen anknüpfen. Unabhängig davon, wie man die genannten Motive auch immer bewerten mag, bleibt aus meiner Sicht festzuhalten: Das Phänomen Nation ist weder ausschließlich noch vorrangig an eine bestimmte Staatsform zu binden. Nationen begannen sich in Westeuropa unter absoluten Monarchien herauszubilden, sie existierten unter verschiedensten diktatorischen Organisationsformen des bürgerlichen Staates und sie bestehen fort, wenn bürgerliche Staaten, gleich welcher Erscheinungsform, von der historischen Bildfläche verschwinden.

6.

Für unverzichtbar halte ich, bei der Analyse und Beurteilung von Nationalem und Nationalismus stets die Frage nach Interessen bzw. bestimmten Interessengruppen zu stellen, die sich in aller Regel dahinter verbergen. Die jeweiligen realen Interessen sichtbar zu machen, die sich in jeweiligen Haltungen zu nationalen Fragen in Vergangenheit und Gegenwart manifestieren, ist umso dringlicher, als dieser Zusammenhang zwischen öko-

---

30 Ernst Moritz Arndt, Gedichte, Berlin 1865, S. 233.

31 Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin 1970, S. 93.

nomischen oder sonstigen Interessen von Gruppen und Klassen einerseits und Nationalem andererseits häufig unbeachtet bleibt, verdeckt oder verschleiert wird. Zu demonstrieren wäre dieser Zusammenhang an jeder nationalen oder nationalistischen Bewegung in Geschichte und Gegenwart. Tatsächlich aber bleibt der Blick allzu oft vordergründig am Erscheinungsbild nationaler oder nationalistischer Bewegungen haften. Das gilt auch - um nur einen bekannteren Autor der Alt-BRD anzuführen - für die Ausführungen von Norbert Elias zum Habitus der Deutschen. Dieser, so der Autor, sei einmal durch die Mittellage der Deutschen in Europa zwischen romanischen und slawischen Völkern, sodann aber durch eine Reihe historischer Umstände geprägt. Aus der Mittellage ergäbe sich ständig erneuernde wechselseitige Drohung und Bedrohtheit. Weit mehr als die Geschichte anderer Völker weise die Geschichte der Deutschen immer wieder den Wechsel von Höhen und Tiefen, von einschneidenden Brüchen aus. Das Gefühl von Größe und Übermacht, das Gefühl von Bedrohtheit und schließlich die Trauer um verlorene Größe vereinigten sich zu einer den Habitus der Deutschen bestimmenden aggressiven Mischung. Hinzu kämen jene Züge, die die militärisch-obrigkeitsstaatliche Einigung im 19. Jh. im Habitus der Deutschen verankert habe.[32]

Man kann sicher darüber streiten, ob und inwieweit derart sozialpsychologische Betrachtungen real-historische mentale Prägungen der Deutschen zutreffend erfassen und beschreiben. Konsens bestand und besteht auch in der Historiographie marxistischer Provenienz jedenfalls darüber, daß erstens Denken und Verhalten, wie Heinrich Mann im Roman „Der Untertan" es vorführt, eine verbreitete Erscheinung im Gefolge der preußisch dominierten Revolution von oben im 19. Jh. war und daß zweitens diese verbreitete Mentalität die bekannten abenteuerlichen und verbrecherischen Unternehmungen führender ökonomischer und politischer Kräfte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erleichterten und begünstigten. Problematisch aber wird es, wenn das Nachdenken über deutsche Geschichte beim Konstatieren von habituellen Eigenheiten der Deutschen stehen bleibt und im Volks- und Nationalcharakter den Schlüssel für Vorgänge sucht, die vorrangig ganz bestimmte Gruppen und Schichten der herrschenden Klassen zu verantworten haben.

7.

---

[32] Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1989, S. 7 ff.

Seit dem Anschluß der DDR an die BRD ist die Frage aktuell, wie die derzeitigen Sieger der Geschichte mit den Verlierern verfahren sollten. Im Grundsätzlichen ähnlich, wenn auch im einzelnen stark modifiziert, beschäftigt dieses Problem die Öffentlichkeit der anderen früheren sozialistischen Länder Europas. Wojciech Jaruzelski, der langjährige Staatspräsident der Volksrepublik Polen, äußerte in seinen Memoiren die Hoffnung, der politische Umbruch in seinem Lande möge sich am Modell des Übergangs von diktatorischen Regimen zu bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen orientieren, wie er in Spanien oder in Chile vollzogen wurde.[33] Hierzulande sind bislang aus dem Lager der großen politischen Parteien CDU und SPD - hier am deutlichsten von Egon Bahr - nur sehr wenige Stimmen zu vernehmen gewesen, die sich für einen entsprechend moderaten Umgang mit den politischen Repräsentanten der DDR einsetzen. Am häufigsten ertönt der Ruf nach innerem Frieden und nationaler Aussöhnung aus dem Umfeld der PDS. Aber auch ein Mann wie Wolfgang Harich, der bekanntlich der derzeitigen PDS-Führung kritisch gegenüberstand und der sich als Vorsitzender und Promotor der Alternativen Enquête-Kommission „Deutsche Zeitgeschichte" große Verdienste um die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit zum Treiben der sogenannten Eppelmann-Kommission erworben hat, meinte: „Ich bin für die nationale Aussöhnung. Ich muß zwar sagen, daß ich es lieber gesehen hätte, die USA wären zusammengebrochen, statt der Sowjetunion. Wir hätten dann ja auch die Einheit Deutschlands bekommen. Diese Art Einheit wäre mir lieber gewesen. Doch es ist anders gekommen. Was soll nun all das gegenseitige Aufrechnen? Alle sollten allen verzeihen. Die Stasi-Opfer den Stasi-Schergen. Und wir Ostdeutsche sollten den Westdeutschen verzeihen, was sie uns angetan haben, angefangen mit dem Hochverratsakt der Gründung der Bundesrepublik, der Abwälzung der Reparationslasten auf die kleine DDR bis zur Embargo-Politik. Darunter ziehen wir einen Schlußstrich. Und der dritte Akt der Aussöhnung wäre dann eine großzügige Amnestie für die Mitarbeiter der Treuhand und der Gauck-Behörde, sobald diese Institutionen aufgelöst sind. Hingegen aber Pensionierung aller Richter, die mit SED-Kriminalität befaßt sind."[34]

Den Ruf nach nationaler Aussöhnung und innerem Frieden aus den Reihen sich politisch links orientiert verstehender Zeitgenossen kann man, in-

---

33 Wojciech Jaruzelski, Mein Leben für Polen, München 1993, S. 337.

34 Ansichten von Wolfgang Harich über den Abschlußbericht der Bundestags-Enquete-Kommission zur DDR-Geschichte: Der Totalitarismus-Begriff ist völlig unbrauchbar, in: Neues Deutschland, 21. 6. 1994, S. 3.

sofern er sich gegen die Ausgrenzung und Kriminalisierung der DDR-Eliten richtet, für verständlich und angebracht halten. Gleichwohl halte ich ihn sowohl grundsätzlich als auch unter taktischen Aspekten nicht nur für fragwürdig, sondern für falsch. Die Forderung nach nationaler Aussöhnung ignoriert die Existenz eines grundlegenden Merkmals der bürgerlichen Nation, ihre soziale Differenziertheit. Der Widerspruch, der sich im Dasein von DDR und BRD auf staatlicher Ebene manifestierte, ist mit dem Untergang der DDR nicht aufgehoben. Seine Existenz ist an die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft gebunden. Er kann zeitweise verdeckt werden oder zurücktreten, aber er bleibt ein Wesensmerkmal der bürgerlichen Nation. Die soziale Differenziertheit und Zerrissenheit der bürgerlichen Nation ist eine unvermeidbare Folge des Grundwiderspruchs der bürgerlichen Gesellschaft, des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Die Forderung nach nationaler Aussöhnung - ganz unabhängig davon, welche Motive ihr zugrundeliegen mögen - verkennt diesen Tatbestand. Sie ist letztlich illusionär, und sie befördert die Verbreitung von Illusionen.

8.

Ein gravierendes Defizit der derzeitigen nationalen Diskussion der Linken - besonders ausgeprägt bei ihrer nationalnihilistischen Spielart, aber nicht nur dort - sehe ich im Verkennen oder Nicht-wahr-haben-wollen der Tatsache, daß Nationales auch legitime Grundinteressen der sogenannten kleinen Leute, des werktätigen Volkes tangiert. Zweifellos ist nationales Bewußtsein im Kapitalismus vorrangig Ideologie im Dienste der herrschenden Klasse. In der historiographischen Literatur der DDR ist häufig und überzeugend an konkreten Beispielen dargestellt worden, daß und wie nationalistische Demagogie zur Manipulieung der Massen im Interesse des Vormacht- und Hegemoniestrebens der Deutschland beherrschenden Eliten funktionalisiert wurde. Dieser Zusammenhang ist nicht zu übersehen. Indessen erklärt der Hinweis auf eine solche Beziehung nicht, warum sie sich herstellen konnte. Manipulierung von Massen setzt ihre Manipulierbarkeit voraus und diese erfordert, daß wenigstens teilweise oder zumindest scheinbar an echte Bedürfnisse, Interessen und Erfahrungen dieser Massen angeknüpft wird. Nationale Interessen der Volksmassen sind eine gegebene Tatsache. Nur dieser Tatbestand erklärt auch, warum Nationalbewußtsein Massenbewußtsein werden konnte. Legitime nationale Belange der werktätigen Schichten sind ihr Interesse an der Abschüttelung von oder der Bewahrung vor Fremdherrschaft, am Recht auf die Muttersprache, am Recht auf die Pflege spezifischer ethnisch-kultureller

Eigenarten und nicht zuletzt am Recht auf die Bewahrung angestammter überlieferter Siedlungsräume. In der Existenz und Wirksamkeit derartiger Interessen des sogenannten einfachen Volkes liegt ein wesentlicher Grund für das Gewicht und die Eigendynamik, die Nationalem bis zum heutigen Tag eigen sind.

9.

Die Erkenntnis der Mehrschichtigkeit von Nationalem, die Berücksichtigung des Umstandes, daß dabei auch Belange der werktätigen Schichten des Volkes tangiert sind, wurde, wie die Geschichte schon der frühen Arbeiterbewegung ausweist, durch die unbestreitbare Tatsache erschwert, daß die Verbreitung von nationalem Bewußtsein und das Wecken nationaler Emotionen stets das Bewußtwerden innerer sozialer Widersprüche behinderte. Das Rühren der nationalen Trommel eignete sich vorzüglich zum Übertönen sozialer Dissonanzen. Dieser Umstand erklärt die antinationale Zuspitzung etwa in den Äußerungen des utopischen Arbeiterkommunisten Wilhelm Weitling zur nationalen Euphorie in Deutschland und in Frankreich während der Rheinkrise 1840/41. Weitling wandte sich entschieden gegen die nationale antifranzösische Agitation in den deutschen Staaten und warnte die Arbeiter davor, sich in der Frontstellung gegen ihre eigenen Ausbeuter irritieren zu lassen. Diese stünden ihnen stets „fremder als der Kosak und der Franzose" gegenüber.[35] Der in der Literatur als Beleg für eine angeblich antinationale Haltung von Marx und Engels und ihrer Anhänger viel zitierte Satz aus dem Kommunistischen Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland"[36] zielt in gleicher Weise auf die Funktion von bürgerlichem Nationalbe-wußtsein als Schleier, der den Arbeitern den Blick auf den Klassen-gegensatz zur eigenen Bourgeoisie verwehrte.

Es ist in der Literatur häufig und sicher zutreffend bemerkt worden, daß Marx und Engels keine ausführlich ausgearbeitete Theorie der Nation hinterlassen haben. Ronald Lötzsch hat erst kürzlich eine Vielzahl von Belegstellen zusammengetragen, die zeigen, wie locker und vieldeutig Engels den Begriff Nation verwandte.[37] Dessenungeachtet ist aber unverkennbar, daß sie sehr wohl über ein klares Grundkonzept bezüglich Na-

---

35 zitiert nach Manfred Püschner, Die Haltung der antifeudalen Opposition und insbesondere ihres demokratisch- linksliberalen Flügels zur Rheinliedbewegung in den Jahren 1840 und 1841, Diss. A, Berlin 1984, Seite 166.

36 MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 479.

37 Ronald Lötzsch,Friedrich Engels und die „Staatsnation", in: Utopie kreativ, H. 62 (Dezember 1995), S. 58 ff.

tion und Nationalem verfügten. Im Kommunistischen Manifest ist es in wenigen Sätzen fixiert: „Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie."[38]

Anstelle der Weitlingschen Gleichsetzung von national und bürgerlich erfolgt eine dialektische Verknüpfung von Internationalismus und jeweiliger nationaler Aufgabenstellung: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler." „ Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie."[39] Die Herrschaft des Proletariats werde dazu führen, daß die nationalen Absonderungen und Gegensätze, die infolge der Weltmarktbildung und der Geichförmigkeit der industriellen Produktion bereits im Kapitalismus abnähmen, immer mehr verschwänden. „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."[40]

Dieses Konzept bestimmt die Nation als eine Sekundärerscheinung der Entwicklung des Kapitalismus. Nation ist ein historisch-soziales Phänomen. Sie ist Ergebnis eines sozialen Prozesses. Die Dominanz von Sozialem gegenüber Nationalem erweist sich in aller Regel auch, wenn soziale Interessen einzelner Klassen mit nationalen Belangen kollidieren. Eklatante Beispiele dafür, daß speziell herrschenden Klassen das soziale Hemd näher war als der nationale Rock, liefert die Geschichte zuhauf. Die Auffassung vom Vorrang des Sozialen vor dem Nationalen wird auch von linken Autoren nicht generell geteilt. Die Meinung, daß der nationale Faktor dominant sei, hat zum Beispiel vor rund zwanzig Jahren der Franzose Regis Debray, der Begründer der sogenannten Focus-Theorie, mit Vehe-

---

38 MEW, a. a. O., S. 466 f.
39 Ebenda, S. 473, 479.
40 Ebenda, S. 479.

menz vertreten.[41] Unter dem Eindruck der Rolle, die nationale Konflikte beim Untergang der Sowjetunion und Jugoslawiens spielten, wurde die Überlegung geäußert, ob statt der Dominanz der einen nicht viel mehr von einer Gleichrangigkeit der beiden Komponenten auszugehen sei. Ronald Lötzsch meint: „Die Existenz mehrerer unterschiedlicher Nationen, deren Eliten miteinander rivalisierten, war die Ursache des Zerfalls" der Sowjetunion,[42] eine Ansicht, die m. E. am gegebenen Beispiel die mangelnde Überzeugungskraft der Präferierung des Nationalen vor dem Sozialen demonstriert. Nicht am Nationalismus und nicht wegen zweifellos gemachter Fehler in der Nationalitätenpolitik ist die Sowjetunion gescheitert, sondern an unzureichender wirtschaftlicher Effizienz und verlorener Lernfähigkeit des immer mehr verkrustenden und erstarrenden politischen Systems. Nur weil drängende soziale Fragen nicht gelöst wurden, konnten Nationales bzw. Nationalismus zum Vehikel der Restauration werden.

So zutreffend die Bestimmung der grundsätzlichen Beziehung zwischen Sozialem und Nationalem bei Marx und Engels erscheint, so offenkundig ist in ihrer Sicht aber dennoch eine Unterschätzung des Eigengewichts von Nationalem. Sie äußert sich in der Bewertung von Nationen bzw. nationalen Konflikten ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer realen oder potentiellen Funktion für den revolutionären Gesamtprozeß. Besonders auffällig äußern sich Defizite bezüglich einer stringent realitätsbezogenen Wahrnehmung des Nationalen in der Doktrin von den geschichtslosen Völkern, die von Engels mehrfach während der Revolution von 1848/49, aber auch in späteren Jahren noch vertreten wurde. Kritisch und weitgehend überzeugend hat sich damit Roman Rosdolsky, ein ukrainischer Marxist, in einer in den zwanziger Jahren in Wien entstandenen Dissertation auseinandergesetzt, die in erweiterter Form in den sechziger und noch einmal in den siebziger Jahren veröffentlicht wurde.[43] Der Vater dieser

---

41 Regis Debray, Marxismus und nationale Frage, in: Tom Nairn/ Eric Hobsbawm/ Regis Debray/ Michael Löwy, Nationalismus und Marxismus, Berlin 1978, S. 78 ff.

42 Ronald Lötzsch, Stigma und Normalität. 50 Jahre nach dem Untergang des ersten deutschen Nationalstaates auf der Suche nach der Nation, in: Utopie kreativ, H. 59 (Sept. 1995), S. 71.

43 Roman Rosdolsky, Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen" Völker, Berlin 1979. Siehe auch Michael Löwy, Die nationale Frage und die Klassiker des Marxismus, in: Tom Nairn/Eric Hobsbawm/Regis Debray/Michael Löwy, a.a.O., S. 102 ff.; Bernd Schönemann, Der sozialistische Volks- und Nationsbegriff, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 362 ff.

Theorie war Hegel, der gemeint hatte, daß Nationen, die es nicht zu einem eigenen Staat gebracht hätten oder deren Staat schon seit langem zerstört sei, geschichtslos und zum Untergang verurteilt seien. Zur Kategorie solcher Völker gehörend zählte Engels, auch darin weitgehend den Vorgaben Hegels folgend, die Tschechen, die Südslawen, die Bretonen, Schotten und Basken. „Es ist",so Engels, „kein Land in Europa, das nicht in irgendeinem Winkel eine oder mehrere Völkerruinen besitzt, Überbleibsel einer früheren Bewohnerschaft, zurückgedrängt und unterjocht von der Nation, welche später Trägerin der geschichtlichen Entwicklung wurde. Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist."[44] Rosdolsky vermutete, die Orientierung auf die damals revolutionären Bewegungen der Polen und Ungarn, deren Kern jeweils der Adel stellte, habe der Neuen Rheinischen Zeitung die Überwindung der Hegelschen Vorgabe und die Entwicklung des Konzepts einer radikalen Agrarrevolution zur Mobilisierung der antifeudalen Potenzen der südslawischen Bauernschaft erschwert.

Für die Bewertung von Nationen und Nationalem ausschließlich aus dem Blickwinkel, ob und inwiefern sie der Revolution nützen können, ist die Haltung zu Polen ein markantes Beispiel. Aus den Vormärz- und Revolutionsjahren sind mehrfache und oft zitierte Äußerungen von Marx und Engels bekannt, aus denen ihre hohe Wertschätzung des Kampfes Polens für seine nationale Unabhängigkeit spricht. Der Grund dafür waren nicht Sympathien für nationale Befreiungsbewegungen per se, sondern allein die Tatsache, daß die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen sich notwendigerweise gegen die Hauptkräfte der reaktionären Heiligen Allianz, gegen die drei Teilungsmächte Rußland, Preußen und das Habsburgerreich richteten. Überlegungen, die Engels in einem Brief an Marx aus dem Jahre 1851 niederschrieb, demonstrieren in aller Deutlichkeit die revolutionsorientierte Zweckgebundenheit dieser Polensympathie. Es heißt dort: „Je mehr ich über die Geschichte nachdenke, desto klarer wird es mir, daß die Polen une nation foutue sind, die nur so lange als Mittel zu brauchen sind, bis Rußland selbst in die agrarische Revolution hineingerissen ist. Von dem Moment an hat Polen absolut keine raison d' être mehr. Die

[44] MEW, Bd. 6, Berlin 1959, S. 172.

Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfre krakeelsüchtige Dummheiten gespielt." „Glücklicherweise haben wir in der 'Neuen Rheinischen Zeitung' keine positiven Verpflichtungen gegen die Polen übernommen, als die unvermeidliche der Wiederherstellung mit suitabler Grenze - und auch die noch unter der Bedingung der agrarischen Revolution. ... Resultat: Den Polen im Westen abnehmen, was man kann, ihre Festungen unter dem Vorwand des Schutzes mit Deutschen okkupieren, besonders Posen, sie wirtschaften lassen, sie ins Feuer schicken, ihr Land ausfressen, sie mit der Aussicht auf Riga und Odessa abspeisen, und im Fall die Russen in Bewegung zu bringen sind, sich mit diesen zu alliieren und die Polen zwingen, nachzugeben."[45]

Um es deutlich zu machen, worum es mir geht: Nicht die Revolutionsfixiertheit im Denken und Urteilen von Marx und Engels an sich ist der Punkt. Die Polensympathie der deutschen Liberalen etwa nach dem Warschauer Aufstand 1830/31 ist aus ganz ähnlichen Quellen gespeist wie die von Marx und Engels in den vierziger Jahren. Demonstrieren will ich lediglich, daß der Blick auf Nationales nur unter dem Gesichtspunkt seiner möglichen oder tatsächlichen Rolle im Dienste revolutionärer Umwälzungen offenkundig die Fähigkeit zum vollen Erfassen des weit komplexeren Charakters dieses Phänomens beeinträchtigte. Die angeblich geschichtslosen Völker jedenfalls, deren unvermeidlicher Untergang 1848 prognostiziert wurde, haben sich durchweg behauptet. Die Erwartung rascher Zentralisation und Vereinheitlichung als notwendige Folge der weiteren Entwicklung des Kapitalismus hat sich so nicht erfüllt. Erwiesen hat sich offensichtlich, daß Nationales ein größeres Gewicht und eine stärkere Eigendynamik besitzt, als Marx und Engels angenommen haben.

Einer problematisierenden Erörterung wert erscheint auch der Satz, wonach mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fällt. Die siebzigjährige Geschichte der Sowjetunion zeigt, daß die Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung keineswegs automatisch zum Verschwinden nationaler und nationalistischer Haltungen, Ressentiments und Konflikte führt. Die Deformationen, Verletzungen und Fehler sowjetischer Nationalitätenpolitik, die von der Duldung und Funktionalisierung von großrussischem Nationalismus bis hin zur barbarischen Praxis der Umsiedlung ganzer Völkerschaften und ethnischer Gruppen reichte, vermögen allein das Vorhandensein der in den letzten Jahren sichtbar gewordenen nationalen Kon-

---

[45] Friedrich Engels an Karl Marx, 23. 5. 1851, in: MEW, Bd. 27, Berlin 1963, S. 266 ff.

fliktpotentiale nicht zu erklären. Weitgehend unreflektiert ist, soweit ich sehe, bis heute auch das Aufbrechen von Konflikten bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China oder China und Vietnam geblieben. Läßt sich dieses Phänomen allein als kleinbürgerlich-nationalistische und machtpolitische Deformation und Entgleisung realsozialistischer Herrschaftspraxis erklären oder muß es auch als Indiz dafür begriffen werden, daß unterschiedliche Existenzbedingungen und daraus herrührende differente Interessen zwischen Nationen bzw. Ländern oder Völkern auch jenseits von Kapitalherrschaft weiterbestehen, aus denen sich Konflikte aufbauen können?

Die wichtigste Weiterentwicklung der marxistischen Theorie auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage ist zweifellos mit dem Namen Lenins verbunden. Er verfocht und verteidigte bekanntlich vehement das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bis hin zum Recht auf Lostrennung bzw. staatliche Selbständigkeit. Für Lenin war das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen praktikabler Bestandteil im strategisch- taktischen Konzept zur Herbeiführung und Sicherung der proletarischen Revolution. Sein Eintreten für dieses Prinzip war von der Überzeugung bestimmt, daß es geeignet sei, überkommene staatliche und Machtstrukturen aufzubrechen und dem Willen der Völker in Richtung einer demokratischen und schließlich sozialistischen Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen. In den letzten Jahren, nachdem am Beispiel des Untergangs der Sowjetunion und des Zerfalls von Jugoslawien besonders deutlich geworden ist, daß das Selbstbestimmungsrecht zur Beförderung auch genau gegenteiliger gesellschaftlicher Prozesse taugt, ist von linken nationalnihilistischen Positionen aus das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen heftig kritisiert worden. Es sei eine Kannibalenparole, die sich auf die Formel „Proletarier aller Länder, massakriert Euch!" bringen lasse.[46] Angesichts des stattgehabten und immer noch stattfindenden Mißbrauchs des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zur Rechtfertigung von Gewalt und Verbrechen der verschiedensten Art mag diese Reaktion verständlich erscheinen. Nur: Auf die Frage, welches andere Prinzip denn das auf Selbstbestimmung ersetzen sollte, gibt es keine vernünftige Ant-

---

[46] Jürgen Elsässer, Die unbekannte Seite von Rosa Luxemburgs Lenin- Kritik: „Proletarier aller Länder, massakriert Euch!", in: Neues Deutschland, 16./ 17. 1. 1993, S. 10; derselbe, Schafft zwei, drei, viele Sarajewo, in: Krisenherd Europa: Nationalismus, Regionalismus, Krieg, mit Beiträgen von Jürgen Elsässer, Hannes Hofbauer u.a. , Göttingen 1994, S. 395; Rudolf Walter, Schlachthaus- Melodien und Kannibalen-Parolen, in: Ebenda, S. 12.

wort. Fremdbestimmung, durch wen auch immer, kann keine akzeptable Alternative sein.

Zur Illustration der vermeintlichen Unsinnigkeit und Undurchführbarkeit des Prinzips vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird des öfteren auf den eingangs bereits erwähnten Tatbestand verwiesen, daß es mehrere tausend Sprachgemeinschaften, dagegen derzeit nur etwa 180 Staaten gibt. Mit dieser Gegenüberstellung soll die Absurdität verdeutlicht werden, die darin bestünde, jede existierende sprachlich-ethnische Gemeinschaft in den Rang eigener staatlicher Existenz erheben zu wollen. Gewiß ist die Verwirklichung einer solchen Vorstellung weder praktikabel noch wünschenswert. Zu warnen bleibt aber vor der Anmaßung, Regulative zu fixieren: Du darfst und Du darfst nicht. Die Verständigung auf andere Lösungen, wenn sie Anspruch darauf erheben wollen, demokratisch und humanistisch zu sein, geht nur über die Einsicht der Betroffenen. Bevormundung und Gängelung von außen lösen nicht, sondern eskalieren die Probleme.

Erich Hahn

Die Grundsatzgespräche zwischen SED und SPD 1984 bis 1989*

Die Sache, von der hier berichtet wird, war und ist heftig umstritten.

Wie schon nach der Veröffentlichung des Dokuments "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" im August 1987 unterziehen konservative Kreise die Ideologie-Gespräche zwischen SED und SPD und insbesondere das Engagement der SPD scharfer Kritik nach dem Motto "Mit denen redet man nicht". SPD-Politiker reklamieren demgegenüber seit geraumer Zeit den Anspruch, mit dem erwähnten Dokument einen gewichtigen Beitrag zur Destabilisierung des Systems in der DDR geleistet zu haben. Vor der Enquete-Kommission des Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" erklärte am 4.11.93 Hans-Jochen Vogel: "Das Papier war ein wichtiger Schritt zur Erosion der ideologischen Herrschaft der SED und damit ein wichtiges Kapitel der Vorgeschichte des Zusammenbruchs ihrer politischen Herrschaft".

Die ehemaligen Oppositionellen aus der DDR sind uneins. Die einen weisen einen derartigen Anspruch der SPD zurück, sehen die Wirkung des Dokuments eher in einer Aufwertung der SED und bezweifeln entschieden, daß auf diese Weise irgendwelche Reformer in der SED gestärkt worden seien.(1) Andere werten das Dokument durchaus als nützlich und wichtig, weil man sich bei der Kritik darauf berufen konnte.(2)

In der linken Debatte im Umfeld von PDS, DKP und anderen schließlich wird kritisiert, daß die SED sich zur Unterschrift unter dieses Dokument hergegeben hat, mit ihm seien unverzichtbare Grundsätze aufgegeben worden, es sei Ausdruck von Illusionismus, Revisionismus und Opportunismus.(3)

Es ist mir nicht möglich, im Rahmen dieses Beitrages auf alle Aspekte dieser Auseinandersetzung einzugehen. Dies umso weniger, als sich in

---

* Vortrag, gehalten vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 21. April 1994

dieser Debatte ebenso wie seinerzeit in ihrem Gegenstand etliche Grundprozesse dieser Jahrzehnte kreuzen, über deren historische Wertung die Meinungen nicht weniger schroff auseinandergehen - besonders gilt das für das "Neue Denken".

Es ist allerdings meine Überzeugung, daß keine der erwähnten Positionen der tatsächlichen Bedeutung dieser Aktivitäten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gerecht wird.

* * *

Zunächst einige Fakten zum Verlauf.

Die Anregung zu derartigen Begegnungen entstand in Gesprächen zwischen Helmut Seidel, Philosophieprofessor in Leipzig, und Erhard Eppler im Jahre 1983. Daß die Akademie für Gesellschaftswissenschaften diese Aufgabe übertragen bekam, wurde im Apparat des ZK der SED entschieden.

Es fanden sieben Beratungen mit folgenden Themen statt:

Februar 84: Gegenwart und Zukunft der menschlichen Arbeit und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts;

Oktober 84: Aktuelle Fragen des Menschenbildes;

Juni 85: Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Gesellschaft;

Februar 86: Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft sowie Ideologie und Frieden; während dieser Begegnung - zur gleichen Zeit tagte in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU - wurde der Entschluß zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Dokuments gefaßt;

Oktober 87: Entwicklungsprobleme der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; im Verlauf dieser Begegnung ergab sich eine heftige Kontroverse über den genau in diesen Tagen veröffentlichten Artikel von Kurt Hager mit einer indirekten Kritik am Dokument(4).

April 88: Was ist gesellschaftlicher Fortschritt heute? Zu Beginn dieser Tagung fand ein überaus kontroverser Meinungsaustausch zu den Ereignissen in Berlin im Herbst 1987 (Zionskirche) und Januar 1988 (Januar-Demonstration) statt.

April 89: Menschenrechte in unserer Zeit. Das Thema war auf der vorangegangenen Tagung von der SED-Seite vorgeschlagen worden. Im April 1989 (!) wurde vereinbart, im Jahre 1990 zur Frage der Gesellschaftsstrategien zusammenzukommen.

An den Gesprächen nahmen je acht bis zwölf Vertreter beider Institutionen teil. Die Zusammensetzung der Delegationen wechselte - der Thematik entsprechend. Von seiten der SPD waren insgesamt 15, von seiten der SED insgesamt 28 Wissenschaftler bzw. Politiker einbezogen. Pro Treffen kann von einer Netto-Mindest-Diskussions-Zeit von etwa 12 Stunden (im Plenum) ausgegangen werden. Von der vierten Beratung (Februar 86) an waren Vertreter von Medien eingeladen. Intensiv wahrgenommen wurde dies vor allem von "Die Zeit", "Spiegel", "Süddeutsche Zeitung", "Neues Deutschland", "Einheit", "Horizont", "WDR", "Radio DDR".

* * *

Es wäre lohnend, **Inhalte** dieser achtzig Stunden währenden Gespräche - Protokolle gibt es nicht - mitzuteilen. In dem hier gesteckten Rahmen beschränke ich mich auf einige zusammenfassende Bemerkungen und einige Illustrationen.

Auf allen Tagungen und bei sämtlichen Themen traten unüberbrückbare **Gegensätze** zutage. Die Debatten verliefen zum Teil in scharfer Form und laut!

Die Gegensätze betrafen sowohl prinzipielle theoretische oder weltanschauliche Positionen als auch die Beurteilung aktueller oder spezieller Gegenstände.

Prägend war beispielsweise der grundlegende Gegensatz in den Auffassungen über den Charakter des Sozialismus als Gesellschaft und als politische Bewegung. Die für das Selbstverständnis der SED unverzichtbaren Postulate von der zentralen, der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, der unabdingbaren Notwendigkeit der politischen Macht und des demokratischen Zentralismus als Grundprinzip der politischen Organisation der Gesellschaft wurden von den Vertretern der SPD kompromißlos verworfen.

Darin spiegelte sich zugleich die unterschiedliche Stellung der beiden Parteien in dem jeweiligen gesellschaftlichen System. War für die SED als staatstragende Partei das vorbehaltlose Bekenntnis zur bestehenden Ord-

nung charakteristisch, so für die SPD die Verflechtung von grundlegender Affirmation mit permanenter, aber partieller Kritik.

Bemerkbar machte sich diese Grundkonstellation auch in der Stellung beider Kontrahenden zur Anerkennung der Faktizität bzw. der Legitimität des jeweils anderen Systems bzw. zur Anerkennung oder Ablehnung des status quo. So stellten unsere Partner dem Prinzip der friedlichen Koexistenz das der gemeinsamen Sicherheit entgegen, weil ersteres die Anerkennung der faktischen Existenz beider Systeme mit der Überzeugung verbinde, daß beide eine unterschiedliche geschichtliche Stellung und Perspektive hätten. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz stelle eine Anerkennung der anderen Seite "nur auf Zeit" dar und unterstelle deren revolutionäre Beseitigung als gesetzmäßig und unvermeidlich, wenn es sie schon nicht proklamiere.

Zugleich wurde in dieser Kontroverse das beiderseitige Suchen nach Positionen spürbar, die es gestatteten, die unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters erzwungene Anerkennung der faktischen Existenz des anderen Systems mit dessen prinzipieller Kritik zu verbinden. Im Dokument von 1987 wurde dafür bekanntlich die realistische und herausfordernde Formel gefunden, daß keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen dürfe.

Gegensätze prägten auch die Debatten zu allen einzelnen Themen. In der Diskussion zum **Menschenbild** wurde von sozialdemokratischer Seite bereits unser Anspruch auf die Artikulation eines Menschenbildes bestritten. Die Reklamation eines Menschenbildes sei der erste Schritt zu der Absicht, es mit Gewalt und Zwang durchsetzen zu wollen. Es dürfe lediglich Fundamentalprinzipien im Sinne einer Minimalanthropologie geben. Wir hielten dem entgegen, daß ein derartiger Anspruch seitens linker Bewegungen in der geistigen Situation der Gegenwart schon deshalb nicht eine Sache der Beliebigkeit sei, weil konservative Positionen, die über unbegrenzte Mittel und Möglichkeiten der Beeinflussung der öffentlichen Meinung verfügen, sich in dieser Hinsicht keinerlei Zurückhaltung auferlegen.

Ein anderer Konfliktpunkt war die Sichtweise der materialistischen Geschichtsauffassung hinsichtlich der Konstanz oder Variabilität der menschlichen Natur. Unserer Orientierung auf eine grundlegende Wandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Grundvoraussetzung für die Realisierung menschenwürdiger Existenz stand das militante Plädoyer für Selbstbestimmtheit, Autonomie und Spontaneität menschlicher Entfaltung

gegenüber. Die weltanschauliche und politische Option für ein Primat der Grundwerte Freiheit und Individualität lag im Streit mit der Betonung der Notwendigkeit, ökonomische und soziale Prozesse zu beherrschen, um strukturelle Voraussetzungen für Gerechtigkeit zu schaffen oder zu verbessern.

Auch beim Thema **Gesetzmäßigkeit** waren die entgegengesetzten Grundpositionen überschaubar: der Betonung des objektiven Charakters derartiger Gesetze durch die eine entsprach das hartnäckige Bemühen der anderen Seite, eben diese Objektivität subjektivistisch aufzulösen. Entscheidet nicht doch das Subjekt über Objektives, wenn Gesetze sich nur über das Handeln der Menschen realisieren? Wobei die Verzahnung von Theorie und Praxis, von philosophischer Fragestellung und politischer Grundentscheidung durchgängig im Blick war. Was bliebe vom philosophischen Disput um dieses Thema zwischen diesen Partnern, wenn für die Marxisten die Überzeugung von der Existenz objektiver geschichtlicher Gesetze nicht mit der Gewißheit verbunden wäre, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist!

Ein relativ kontroverser Gegenstand der Debatte zu diesem Thema - und übrigens auch bei anderen Gelegenheiten - war die Frage nach der **Offenheit der Geschichte**. Wenn der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gesetzmäßig ist, dann ist die Geschichte insofern nicht offen. Das schloß jedoch spannende Debatten nicht aus. Was heißt in diesem Kontext und aus der Sicht des zu Ende gehenden zwanzigsten Jahrhunderts "Sozialismus" und was an diesem Übergang ist eigentlich gesetzmäßig? Gibt es in der Geschichte irreversible Tendenzen? Läßt sich rückblickend eine Aufeinanderfolge qualitativer Entwicklungsstufen erkennen und wie ist sie zu werten?

Daß die Debatte zu **Menschenrechten** im April 1989 nicht besonders friedvoll verlief, bedarf keiner besonderen Begründung. Auch hier waren die Streitpunkte nicht überraschend: Einheit und Unteilbarkeit der Menschenrechte bzw. zu setzende Prioritäten sozialer oder politischer Menschenrechte, Wahrheitsmonopol einer Partei, Demokratie und Öffentlichkeit, Kritikmöglichkeit, Eigentum und Freiheit - nichts blieb ausgespart.

Ich möchte bereits dieser kursorischen Darstellung der Gegensätzlichkeit unserer Positionen und Diskussionen eine Überlegung aus heutiger Sicht anfügen. Die Vertreter der Grundwertekommission der SPD brauchten eigentlich schon deshalb kein schlechtes Gewissen bei der Erinnerung an dieses Unternehmen zu haben, weil ihnen wahrhaftig nicht vorgeworfen

oder nachgewiesen werden kann, Kompromisse eingegangen zu sein oder Streitpunkte unter den Tisch gekehrt zu haben.

* * *

Es gab durchaus Momente der **Übereinstimmung** in unseren Gesprächen und Beziehungen. Man könnte drei relativ verschiedene Arten aufweisen.

Zum einen ist im Text des Dokumentes von Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten in bezug auf dringende und grundlegende politisch-praktische Erfordernisse in der Welt von heute die Rede, denen sich beide Seiten gegenübersehen, die beide Seiten - oder ihre Vergangenheit - mehr oder weniger gleichermaßen betreffen. Zum anderen ergaben sich während der Debatten gemeinsame oder ähnliche Positionen oder auch nur punktuelle Zustimmung zu bestimmten theoretischen Positionen oder Fragestellungen. Und drittens halte ich es für außerordentlich wichtig, daß es im Verlauf der Gespräche zu Situationen kam, in denen eine große gegenseitige Aufgeschlossenheit dem anderen gegenüber zu erkennen war, in denen man besonders intensiv hinhörte oder (dies freilich war eher die Ausnahme) sogar sagte, daß man - von der anderen Seite - etwas gelernt habe, daß man die eigene Position durchdenken werde.

Ich will das an zwei Diskussionspassagen erläutern.

Gleich beim ersten Treffen, beim Thema **Arbeit**, fanden Darlegungen der SED-Seite über praktische Erfahrungen bei der Verbindung von Leistungsprinzip und Sozialpolitik, über die Relativität von Leistung als Bewertungsmaßstab individueller Handlungen bzw. der Persönlichkeitsentwicklung genausoviel Aufmerksamkeit bei unseren Partnern wie die Schilderung unserer Aktivitäten zur Realisierung konkreter Chancengleichheit. Dazu muß man allerdings wissen, daß genau zu dieser Zeit die Grundwertekommission mit der Ausarbeitung von Stellungnahmen beschäftigt war, die die gleiche Problematik betrafen. Umgekehrt wurde von uns die von unseren Partnern erhobene Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung anthropologischer Grundlagen der Politik angesichts krasser Defizite im eigenen Gedankengebäude mit Zustimmung bedacht. Das war dann auch der Grund, warum wir uns für das Menschenbild als Thema der zweiten Tagung entschieden.

Und selbst bei dem Thema "Ideologie und Frieden" gab es Annäherungen - so zur Antikommunismusproblematik angesichts unserer betonten Differenzierung zwischen "Antikommunismus" und "Nichtkommunismus", zur

Rolle von Feindbildern und zum widersprüchlichen Zusammenhang von Ideologie und Macht.

* * *

Die unsere Gespräche insgesamt prägende Mischung von Dissens - der die Grundpositionen betraf und im Ablauf überwog - und Übereinstimmung - die in der Regel bestimmte Aspekte der Grundpositionen betraf und eher gelegentlich war - soll im Folgenden noch aus einem anderen Gesichtswinkel, am Beispiel eines Themas, der Debatten zum Fortschritt, dargestellt werden. Ich werde als erstes Auffassungen der SED-Delegation skizzieren, dann die Erwiderung und dem einige Anmerkungen aus heutiger Sicht hinzufügen.

Unsere Sichtweise könnte man mit folgenden Stichpunkten umreißen.

1. Fortschritt ist in der heutigen Situation der Weltgeschichte unumgänglich. Ein der gegenwärtigen Realität angemessener Fortschrittsbegriff ist unverzichtbar.

2. Fortschritt kann weniger denn je als automatische Konsequenz oder Resultante einzlner Veränderungen eintreten. Er ist nur noch als Ergebnis bewußter und kollektiver Aktion zu erwarten.

3. Die gegenwärtige Situation der Menschheit enthält nie dagewesene Möglichkeiten humaner Problembewältigung. Sie birgt jedoch auch existentielle Bedrohungen bis hin zur Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit in sich.

4. Ein wesentliches Kennzeichen bisherigen Geschichtsfortschritts waren schroffe Ungleichmäßigkeit und Widersprüchlichkeit.

5. Fortschritt wird nie in reiner Harmonie verlaufen. Es mehren sich jedoch Anzeichen dafür, daß Fortschritt heute u.a. in dreifacher Hinsicht unteilbar ist: Fortschrittsprozesse in einzelnen Bereichen der Gesellschaft (Wissenschaft, Technik, Ökonomie, Kultur etc.) müssen letztlich in der Bereicherung des Lebens aller Mitglieder der Gattung münden; Fortschrittsprozesse in einzelnen Regionen der Welt können sich immer weniger isoliert von der Entwicklung der Menschheit als Ganzes, unabhängig von Zuständen der Stagnation oder der Rückständigkeit in anderen Regionen entwickeln; gesellschaftlicher Fortschritt kann sich immer weniger unabhängig von der Beschaffenheit des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur realisieren.

6. Fortschritt wird sich noch auf lange Sicht über die Realisierung unterschiedlicher und widersprüchlicher Interessen und im Handeln vielfältiger sozialer Subjekte verwirklichen.

7. Aus den grundlegenden Entwicklungsprozessen der letzten 150 Jahre leiten die Marxisten die Folgerung ab, daß auch in der Gegenwart die Gesetzmäßigkeit zunehmender Vergesellschaftung menschlicher Arbeit und Produktion wirkt und in Widerspruch gerät mit der Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. Der Übergang zu geschichtlich höheren, sozialistischen Formen der Gesellschaftsentwicklung ist unumgänglich.

8. Als eine zentrale Herausforderung erweist sich die Gewährleistung der Einheit von wissenschaftlich-technischem und gesellschaftlichem Fortschritt. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat sein Maß und Kriterium nicht in sich selbst, sondern darin, Mittel zur Gewährleistung gesellschaftlichen Fortschritts darzustellen. Die Rolle gesamtgesellschaftlicher (politischer, sozialer, kultureller, moralischer) Voraussetzungen für progressive Wirkungen wissenschaftlich-technischer Veränderungen hat sich entscheidend erhöht. Die Rolle derartiger Faktoren darf sich nicht nur auf die gesellschaftlichen Wirkungen gegebener wissenschaftlich-technischer Entwicklungsprozesse erstrekken. Sie muß bereits die Produktivkraftentwicklung selbst einbeziehen.

9. Der reale Sozialismus hat bestätigt, daß die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und die Überführung der gesellschaftlichen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum entscheidende Voraussetzungen dafür sind, planmäßig auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse Einfluß zu nehmen, dieser Einflußnahme die wesentliche Übereinstimmung individueller, kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Interessen zugrundezulegen und auf diese Weise die Einheit von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem, sozialem und geistig-kulturellem Fortschritt anzustreben.

10. Zugleich verweisen alle Erfahrungen realer sozialistischer Gesellschaftsentwicklung darauf, daß diese allgemeinen Voraussetzungen für die Realisierung einer neuen Fiortschritssart durch konkrete Voraussetzungen und Faktoren der unterschiedlichsten Art ergänzt werden müssen.

11. Zur Entwicklung des Sozialismus bedarf es einer qualitativen und einer quantitativen Entwicklung der Produktivkräfte. Quantitatives

Wachstum ist Voraussetzung sozialistischen Gesellschaftsfortschritts und ihm zugleich untergeordnet. Mit dem Übergang zu einem intensiven Reproduktionstyp bedarf es der Fundierung des Wirtschaftswachstums in einer solchen Entwicklung der materiell-technischen Basis und der Ressourcenreproduktion, daß die sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen für weiteres Wachstum langfristig gesichert werden.

12. Zu den Bedingungen und Merkmalen gegenwärtigen Fortschritts gehört eine intensive Wechselwirkung zwischen praktischen und geistigen, objektiven und subjektiven Komponenten geschichtlicher Veränderungen. Die Berücksichtigung dieser Wechselwirkung ist gleichermaßen dringlich wie sie ein Fülle ungelöster Probleme mit sich bringt. Die gesellschaftliche Unterordnung geistig-kultureller Prozesse unter die Bedingungen der Profitwirtschaft und Kapitalverwertung oder auch unter eine autonome Logik technischer und ökonomischer Möglichkeiten erweist sich als Gefahrenpotential.

13. Eine zeitgemäße Diskussion über "Fortschritt" darf nicht unberücksichtigt lassen, daß gegenwärtig nicht nur die Alternative zwischen Bejahung und Ablehnung des Fortschritts, zwischen progressiven und konservativen Positionen oder zwischen verschiedenen Vorstellungen oder Modellen von Fortschritt existiert sondern auch die zwischen Fortschritt und Reaktion. Es kann nicht übersehen werden, daß eine Reihe unbewältigter Menschheitsprobleme das soziale Reservoir und den Boden für extrem reaktionäre profaschistische oder faschistische Bewegungen und Entscheidungen vergrößern. Diese Tendenz birgt die Gefahr einer Verschärfung in sich, wenn konservative Strategien an Grenzen stoßen und die Linke sich als zu schwach erweist, um Gegenkonzepte mit Aussicht auf Erfolg zur Geltung zu bringen.

Jetzt einige Positionen unserer Partner. Dabei handelt es sich um eine von mir im Nachhinein anhand meiner persönlichen Aufzeichnungen vorgenommene Zusammenstellung von Äußerungen verschiedener Diskussionsteilnehmer, für deren Korrektheit ich die volle Verantwortung trage. Natürlich komme ich nicht umhin, Zusammenfassungen selbst zu formulieren.

1. Grundsätzlich war die Haltung der Vertreter der Grundwertekommission zum Fortschritt eher resignativ. Der Ausdruck wurde von Thomas Meyer gebraucht. Den SED-Vertretern wurde eine fast ungebrochene Überzeugung von der Progressivität jeder wissenschaftlich-techni-

schen Entwicklung vorgeworfen. Die siebziger Jahre hätten eine Zäsur mit sich gebracht, die von den Marxisten unterschätzt werde. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt habe sich auf gefährliche Weise verselbständigt. Die Fortschrittskrise sei eigentumsübergreifend. Fortschrittsdenken habe seine utopische Brisanz verloren. Nur noch "kleiner Fortschritt" sei möglich. Die Zukunft erscheine heute eher als eine Bedrohung für die Gegenwart. Die Unsterblichkeit der Menschheit sei zur Disposition gestellt.

2. Ein "trotziger Fortschrittsoptimismus" (Thomas Meyer) habe sich als schädlich erwiesen. Der Glaube an einen immanenten Fortschritt habe die Linke unfähig gemacht, sich Auschwitz vorzustellen (Erhard Eppler).

3. Ob heute noch eine Einheit oder Unteilbarkeit des Fortschritts möglich ist, sei offen. Auf keinen Fall sei eine derartige Einheit durch die in den sozialistischen Ländern praktizierte Lösung der Eigentumsfrage zu bewerkstelligen. Einheit des Fortschritts bzw. der Gesellschaft sei heute überhaupt keine wünschenswerte Zielgröße gesellschaftlicher Entwicklung. Vielmehr gehe es darum, verschiedene autonome Zentren gesellschaftlicher Entwicklung ins Auge zu fassen. Staat bzw. Verstaatlichung seien keine geeigneten Instrumente von Fortschritt mehr. Übergreifende Maßstäbe, Inhalte und Kriterien für gesellschaftlichen Fortschritt seien sicher notwendig. Die weltweite Vereinheitlichung des Fortschritts, von der gelegentlich gesprochen werde, stehe jedoch dem manifesten Bedürfnis der Angehörigen zahlreicher Nationen und ethnischer Einheiten nach Bewahrung ihrer Besonderheiten im Wege.

4. Fortschritt und Fortschrittsdenken müsse viel stärker an lebensweltlichen Kriterien orientiert sein und nicht mehr am Kriterium der Produktivkraftentwicklung. Für entwickelte Gesellschaften sei selbstbestimmte Praxis ein erstrebenswerteres Ziel als Wohlstandssteigerung. Die Argumentation der SED-Seite zur Wachstumsproblematik sei exakt das, was "unsere", also die BRD-Regierung, verkünde. Zum Primat lebensweltlicher Fortschrittskriterien zähle auch eine "Entschleunigung" von wissenschaftlich-technischem Fortschritt. (Hierzu bemerkte allerdings ein anderer Kollege der Grundwertekommission, daß auch er für Beschleunigung sei, wenn er in der UdSSR zu leben hätte.)

5. Fortschritt berühre stets ein komplexes Gebilde konfligierender Interessen. Jede Diskussion über Fortschritt sei interessenbezogen. Wer entscheidet darüber, was unter gesellschaftlichen Interessen zu verstehen ist? Deshalb könne über Fragen des Fortschritts nur in einem gesellschaftlichen Prozeß diskursiver Klärung entschieden werden. Eine "wesentliche Übereinstimmung individueller, kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Interessen" könne nur unter der Voraussetzung völlig freier Diskussion und Kritik und lediglich auf dem Weg ständiger Versuche, Korrekturen, Modifikationen usw. erzielt bzw. annähernd erreicht werden.

Interessanterweise hob sich nun gerade die Fortschritts-Tagung aus anderen durch ein beträchtliches Maß an übereinstimmenden oder ähnlichen Sichtweisen und Wertungen zwischen den streitenden Parteien heraus. Ein ums andere Mal konzentrierte sich die Kritik an unseren Darlegungen weniger auf deren Inhalt als auf ihre - wie unsere Partner wohl nicht nur zu Unrecht meinten - Diskrepanz zur Praxis in der DDR. Beispielsweise hinsichtlich ökologischer Probleme. Offenkundig machten sich gerade bei diesem Thema bereits in erheblichem Maße systemübergreifende Widersprüche und Krisenerscheinungen geltend, die sich in ähnlichen Einschätzungen, wenn auch nicht unbedingt in übereinstimmenden Schlußfolgerungen äußerten. Hinzu kam die konkrete Situation und Befindlichkeit der beiden Partner. Der Illusion auf unserer Seite, die Dinge schon irgendwie "in den Griff" zu bekommen, entsprach auf der anderen Seite nicht selten Resignation aus der ohnmächtigen Erfahrung, Prozessen gegenüberzustehen, die grundlegenden Zielen auch des Demokratischen Sozialismus widersprechen, auf die Sozialdemokraten bei der derzeitigen Konstellation jedoch nicht übermäßig viel Einfluß auszuüben in der Lage sind.

Parallelen gab es vor allem hinsichtlich der Position, daß wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Produktivkraftentwicklung heute mehr denn je der bewußten Einflußnahme und Gestaltung bedürfen. Johano Strasser ging noch einen Schritt weiter und merkte zustimmend zu unseren Ausführungen an, es sei evident, daß ohne Macht und ohne Vergesellschaftung keine humane bzw. an lebensweltlichen Kriterien orientierte Gestaltung der Produktivkräfte möglich sei. Und auch der Disput zu den Kriterien des Fortschritts unter heutigen Bedingungen war - ungeachtet der unterschiedlichen Nuancierungen bzw. Begrifflichkeiten hinsichtlich der Lebenswelt-Problematik - durch weitgehende Übereinstimmung gekennzeichnet.

Schließlich einige verallgemeinernde Überlegungen aus heutiger Sicht.

1. Ich kann mir nicht helfen, aber so ganz neben der Realität haben wir offenbar damals nicht diskutiert. Insbesondere dann entsteht dieser Eindruck, wenn man nicht penibel aufrechnet, wer wann oder wie oft recht oder nicht recht hatte, sondern wenn man die Themen, die Sichtweisen in den Mittelpunkt stellt.

2. Ich habe den Verdacht, daß durch den und mit dem Zusammenbruch des realen "Sozialismus" die Sache des Fortschritts keine sensationellen Fortschritte gemacht hat. Ich bin nicht einmal sicher - und das ist keine in eine rhetorische Frage gekleidete Position sondern eine wirkliche Frage - ob dieser Zusammenbruch für diese Länder selbst ein wirklicher Fortschritt ist. Unterschwellig findet dazu eine Diskussion statt. Nicht in Frage zu stellende Verbesserungen - die zu vollbringen dieser Sozialismus sich als unfähig erwiesen hat - halten sich im Rahmen des durchaus traditionellen Fortschritts der Moderne, einschließlich der ihm eigenen Ambivalenzen. Die von unseren sozialdemokratischen Dialogpartnern zu Recht der Moderne und uns gegenüber angemahnte Fortschrittskritik wurde bei der sogenannten Transformation in Osteuropa nicht oder kaum beherzigt. Umgekehrt sind einige Gegebenheiten in diesen Ländern - um es zurückhaltend auszudrücken - entfallen, die meiner Überzeugung nach potentiell und bei praktischer Berücksichtigung der Kritik am modernen Fortschritt Ausgangspunkt von langfristigen Prozessen hätten sein können, die auf der Linie eines vernünftigen, reflexiven Fortschritts gelegen hätten. Eine gewundene Formulierung - ich weiß. Aber ich fürchte, einfacher ist das Problem nicht zu haben. Im Auge habe ich - unter dem Gesichtspunkt unseres Themas - eine Reihe von Strukturen und Praktiken, die den Umgang der Gesellschaft bzw. des Menschen mit ihren bzw. seinen Bedürfnissen betreffen. Um es mit einem Gedanken von Adorno zu erläutern: "Von Interessenten wird die Kulturindustrie gern technologisch erklärt. Die Teilnahme der Millionen an ihr erzwinge Reproduktionsverfahren, die es wiederum unabwendbar machten, daß an zahllosen Stellen gleiche Bedürfnisse mit Standardgütern beliefert werden ... Die Standards seien ursprünglich aus den Bedürfnissen der Konsumenten hervorgegangen: daher würden sie so widerstandslos akzeptiert. In der Tat ist es der Zirkel von Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis, in dem die Einheit des Systems immer dichter zusammenschießt. Verschwiegen wird dabei, daß der Boden, auf dem die Technik Macht

über die Gesellschaft gewinnt, die Macht der ökonomisch Stärksten über die Gesellschaft ist".(5)

Natürlich bin ich nicht der Meinung, daß in einem Staat wie der DDR dieses Problem gelöst worden wäre. Was wir vollbracht haben, war, vom konzeptionellen Ansatz her und in bestimmter Hinsicht praktisch diesen Zirkel außer Kraft zu setzen. Was wir nicht vollbracht haben, war, an die Stelle dieses Zirkels eine alternative Logik zu setzen. Die Bedürfnisse waren nicht mehr nur spontanes Produkt des Marktes - schon gar nicht des eigenen. Aber sie waren auch nicht bewußtes Produkt individueller und kollektiver Entscheidungspraxis. Und sie waren keinesfalls ausschließlich Produkt reflexiver Vernunft.

Ich will damit zugleich deutlich machen, ohne das hier ausführen zu können, daß ich die Bedürfnisfrage für ein, wenn nicht für das Schlüsselproblem heutigen Fortschrittsdenkens halte. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Bedürfnisfrage nicht allein in ihrer anthropologischen Dimension sondern als subjektiv-objektiver Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Totalität gefaßt wird.

Und umgekehrt. Wenn ich die Berichte des Club of Rome oder ähnliche einschlägige Veröffentlichungen der letzten Jahre zum Maßstab nehme, dann kann ich nicht finden, daß in den ehemals und heute nichtsozialistischen Teilen der Welt reflexives Fortschrittsdenken nach Art der sozialdemokratischen Positionen von 1988 übermäßig stark praktiziert worden wäre.

Ich kenne keine einleuchtenden Einwände gegen die naturwissenschaftlich und ökonomisch begründete Erwägung, daß eine grundsätzliche Änderung des Stoffwechselprozesses zwischen Gesellschaft und Natur, eine Revolution der Produktivkräfte, eine neue Art der Integration der industriellen Produktion bzw. Gesellschaft in die Natur auf der geschichtlichen Tagesordnung stehen, wenn es einen "Fortgang" geben soll. Diese Wende - lese ich bei einem marxistischen Wirtschaftswissenschaftler - "bedeutet den Angriff auf eine zwei Jahrhunderte alte private Entscheidungspraxis und verlangt einen grundsätzlichen sozialen und ökologischen Umbau der Regulation. Verlangt wird nicht mehr und weniger als eine Zielrevolution des Wirtschaftens: das ökonomische Maß der Überlebenschance der Zivilisation unterzuordnen, oder das Naturmaß und das menschliche Maß über das ökonomische zu stellen." 6)

Starke Worte und Forderungen! Daß bislang keine Chancen, keine Wege und keine Subjekte ihrer Realisierung gezeigt werden konnten, ist kein Argument gegen ihre Dringlichkeit.

* * *

Hinsichtlich des **Dokuments** selbst kann ich nur an einige Grundpositionen erinnern.

Im ersten Abschnitt wird entschieden der Standpunkt vertreten, daß in der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Situation der Frieden nur noch durch gemeinsame Aktivitäten gesichert werden kann. Wettrüsten, Konfrontation, Streben nach globaler Hegemonie und Anhäufen von Massenvernichtungsmitteln werden verurteilt.

Im zweiten Abschnitt wird die Alternativlosigkeit der friedlichen Systemauseinandersetzung unterstrichen. Inhalt und Hauptfelder eines Systemwettstreits werden charakterisiert.

Im dritten Abschnitt werden die grundlegenden Übereinstimmungen und die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bezeichnet.

Im vierten und fünften Abschnitt werden Voraussetzungen und Regeln für eine Kultur des politischen Streits formuliert. Hier werden jene berühmten Formeln entwickelt, die in der Folgezeit die schärfsten Auseinandersetzungen auf beiden Seiten hervorgerufen haben. Ich zitiere die entscheidenden Sätze: "Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind ... Das im Osten vertretene Konzept der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit setzen ... beide die prinzipielle Friedensfähigkeit voraus."(7)

Es wäre reizvoll und gewiß im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, an dieser Stelle einige Überlegungen zu der Beziehung zwischen dem ideologischen Habitus der Gespräche einerseits, dem des Dokuments andererseits anzustellen. Natürlich ging die Idee des Dokuments aus den Gesprächen hervor. Ohne die Gespräche hätte es das Dokument mit Sicherheit

nicht gegeben. Und wesentliche inhaltliche Positionen der Gespräche dekken sich mit inhaltlichen Positionen des Dokuments.

Andererseits gibt es da noch einige offene Fragen. Der Tagung vom Februar 86 lagen zwei Thesenpapiere zugrunde. Von Harald Neubert und von Thomas Meyer. Entscheidende Gedanken von Thomas Meyer finden sich unverkennbar im Dokument. Zwischen Harald Neuberts Thesen zur friedlichen Koexistenz und den entsprechenden Aussagen des Dokuments hingegen ist eine deutliche Differenz unübersehbar.

Sehr viel näher steht das Dokument in dieser Hinsicht einem Artikel von Egon Bahr, der im April 1987 (also zwischen der Februar-Tagung und der Fertigstellung des Dokuments) im „Stern" erschienen ist.(8) Harald Neubert hat die beiden Thesenpapiere von 86 kürzlich veröffentlicht.(9)

* * *

Ich möchte nun einige Anmerkungen zu diesen Prozessen der achtziger Jahre machen.

Die erste und entscheidende Erfahrung sehe ich darin, daß die Möglichkeit des Gesprächs über weltanschauliche und gesellschaftstheoretische Grundfragen zwischen derartigen politischen Gruppierungen im Interesse gemeinsamer oder übergreifender praktischer Erfordernisse unter Beweis gestellt wurde. Immerhin handelte es sich um Parteien, die über eine lange historische Periode nicht nur durch prinzipielle ideologische und politische Gegensätze getrennt waren, sondern sich erbittert bekämpft haben. Wodurch objektiv gemeinsame Tradionen, Erfahrungen und Interessen überlagert waren.

Das Gespräch setzte daher auf beiden Seiten voraus, in gewisser Hinsicht über den eigenen Schatten zu springen. Vor allem in bezug auf die Einschätzung bestimmter Ereignisse in der Vergangenheit. Entscheidend war, daß keine Seite ihre Identität aufgab und dies auch nicht von der anderen Seite erwartete. Entscheidend war aber auch, immer den übergeordneten Gesichtspunkt im Auge zu haben, daß im Interesse des Friedens, der Humanität und der Vernunft diese beiden Gruppierungen ihr gegenseitiges Verhältnis zueinander revidieren müssen. Ich zögere nicht, auch aus heutiger Sicht zu sagen, daß ich darin eine Modellwirkung dieser Aktivitäten sehe. Und ich bin fest davon überzeugt, daß genau diese Art des Umgangs miteinander in der Welt von heute und von morgen noch gebraucht werden wird.

Dieser Ansatz aber wird in Abrede gestellt bzw. korrigiert, wenn im Nachhinein von der einen Seite das Dokument - also das politische Konzentrat dieser Beziehungen - auf den alleinigen Zweck der Destabilisierung, der ideologischen Erosion der anderen Seite hin instrumentalisiert wird. Das widerspricht Zwecksetzungen und Absichten, die früher artikuliert wurden. Erhard Eppler schrieb in dem 1988 veröffentlichten Essay "Wie Feuer und Wasser" über die Beweggründe seines Engagements beim Zustandekommen der Gespräche in der ersten Hälfte der achtziger Jahre: "Ich begann zu zweifeln, daß Politik nur an den Ideologien vorbei den Frieden wahren und sichern könne ... Die Frage ist also: Wie können die Ideologien beider Seiten ... friedensfähig werden, ohne daß die jeweils herrschenden Gruppen ihre Legitimationsbasis einbüßen? ... Vielleicht lassen sich ... einige Anforderungen an friedensadäquate Ideologien erfüllen, ohne daß die Identität der jeweiligen Ideologie Schaden nimmt."(10)

Natürlich haben diese Fragestellungen eine aktuelle und eine prinzipielle Seite. Aktuell bestimmend war eine neuartige existentielle Bedrohung in Gestalt eines nuklearen Weltkrieges und die Erfahrung des Kontrastes zwischen der Politik eines Ronald Reagan und dem außenpolitischen Neuansatz der anderen Supermacht. Die weit darüberhinausgehende prinzipielle Seite jedoch ist die Frage, ob die gegenwärtige und die perspektivische Situation der Menschheit nicht neue Momente des politischen Umgangs historischer Subjekte mit ihren eigenen Interessen und Ideologien erzwingen wird.

Wer heute diesen Grundansatz der damaligen Bemühungen verschweigt oder zugunsten anderer Kalküle aufgibt, wird sich mit der Frage konfrontiert sehen, ob somit die damaligen Gegner dieser Aktivitäten - auf beiden Seiten - nachträglich recht bekommen sollen.

Die Vermutung drängt sich auf, daß die Verabschiedung dieses Engagements durch SPD-Politiker nicht nur mit der veränderten Lage hier in Europa sondern auch mit einer Kursänderung der SPD zusammenhängt. Eine Änderung, die auch innerhalb der SPD so oder so registriert wird - wenn etwa Horst Heimann jüngst davor warnen zu müssen glaubt, die "Zukunft der Sozialdemokratie retten zu können", wenn der traditionelle Begriff "Demokratischer Sozialismus" geopfert wird.(11)

Wenn die Ostpolitik der SPD in den achtziger Jahren auf ihre gegen den damaligen Sozialismus gerichtete Komponente reduziert wird, dieses System also in der gleichen Weise in Bausch und Bogen verurteilt wird, wie dies von konservativer Seite erfolgt, dann wird ein Faktor verleugnet, der

für die politische Wirkung der Sozialdemokratie in den Nachkriegsjahrzehnten nicht ohne Bedeutung war. Auch von unseren Gesprächspartnern wurde seinerzeit unterstrichen, daß die Realität der sozialistischen Gesellschaften eine Herausforderung für die Herrschaft des Kapitals war. Iring Fetscher, Mitglied der Grundwertekommission der SPD und engagierter Teilnehmer unserer Debatten, schrieb im November 87 in einem dem Erscheinen des Dokuments gewidmeten Artikel: "Bisher haben viele Angehörige `westlicher' kapitalistischerr Gesellschaften durchaus schon Vorteile von der kommunistischen Konkurrenz gehabt: der Ausbau des Wohlfahrtsstaates war die intelligente Antwort liberaler und sogar konservativer bürgerlicher Parteien, vor allem aber sozialdemokratischer Regierungen ... auf die kommunistische Herausforderung ... Es liegt in unserem ureigensten Interesse, wenn wir uns wünschen, daß die Länder des "real existierenden Sozialismus" Fortschritte in Richtung auf mehr Freiheit, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit usw. machen und daß es ihnen gelingt, den Lebensstandard der Bevölkerung erheblich anzuheben. Der damit entstehende Ansporn für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unseren Gesellschaften wäre eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie."(12) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich mit dem Verschwinden dieser Herausforderung der Spielraum progressiver Kräfte verringert hat.

Die Fragwürdigkeit der Verabschiedung dieses Ansatzes durch die SPD wird übrigens auch von der SPD nahestehenden Kreisen vermerkt. Hanne-Margret Birkenbach, 1990 Mitarbeiterin des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, erwähnt die Erklärung Willy Brandts im September 1989, er würde angesichts des akuten Zustandes der SED ein solches Dokument nicht mehr unterzeichnen, und schreibt: "Es sei dahingestellt, welche Beschädigung eine Partei erfährt, wenn sie einen begonnenen Dialog nicht fortführen mag. Friedenspolitisch bedeutsamer ist die Frage, ob mit dem Scheitern der Verständigung zwischen den Kräften, die mit einer Streitkultur begonnen hatten, ein friedenspolitisches Konzept in Verruf gerät, das Modell für die Streitschlichtung, Konfliktdämpfung und Problembearbeitung in einem zukünftigen Europa stehen könnte..."(13)

* * *

Waren das Dokument bzw. die Gesamtaktivitäten Ausdruck des Opportunismus(14), einer "revisionistischen Aufweichungspolitik"(15) oder einfach Ausdruck der Naivität der SED?

1. Das Engagement der SED in diesen Aktivitäten war eine logische Konsequenz des Kurses, der außenpolitisch zu Beginn der achtziger Jahre eingeschlagen worden war. Und es gab für uns nie den Schatten eines Zweifels an der gleichen Ernsthaftigkeit der entsprechenden Entscheidung und der entsprechenden Position unserer Partner. Die Rolle Erhard Epplers in diesen Jahren, sein Auftreten auf der Bonner Friedensdemonstration im Oktober 1981 sowie das Gesamtpaket der friedenssichernden Kooperation zwischen SPD und SED stand für die Integrität dieses Engagements. Zur Dokumentation dieses Kurses bzw. der entsprechenden Korrekturen sei hier an die Marx-Konferenz 1983 erinnert. Wesentlich war vor allem die Aufforderung zur politischen Aktivität, zur Initiative, der Appell, auf andere zuzugehen, bei denen authentische Interessen an der Bewahrung des Friedens in dieser Situation vorausgesetzt werden konnten sowie die Verabschiedung von Auffassungen, die die Aktionsfähigkeit lange eingeengt hatten - darunter sektiererische Einschätzungen der Sozialdemokratie. Ich sage dies vor allem gegen die hier und da in der Publizistik mitschwingende Version, das Dokument sei gewissermaßen im Untergrund, in Opposition, in Widerstand zur SED entstanden. Daß andererseits mit dieser Kooperation mit der Sozialdemokratie ein Weg eingeschlagen wurde, bei dessen ersten Schritten nicht hundertprozentig sicher war, wie sich die mit ihm verbundenen Risiken gestalten werden, war nicht nur klar, sondern bei denen, die die Chance hatten, ihn zu beschreiten, ausgesprochen motivierend.

2. Als wir die Gespräche vorbereiteten und in Angriff nahmen (Winter 83/84), war von "Neuem Denken" und Gorbatschow noch keine Rede. Im Gegenteil. Wir waren gerade um die Erfahrung reicher, - die im Sommer 1984 wiederholt wurde - als SED eine außenpolitische Korrektur vorgenommen zu haben, die von der Führung der KPdSU höchst widerwillig registriert wurde und sich gegen deren Querschüsse zu behaupten hatte. Radio "Freies Europa" hat seinerzeit eine umfangreiche Dokumentation dieses "Disputs", wie es im Titel heißt, publiziert.(16) 1985/86 dann war das "Neue Denken", vor allem seine außenpolitische Praxis durch die UdSSR, natürlich unser stärkstes Argument. Wir werden über dieses "Neue Denken", seinen ideellen Gehalt, seine historische Funktion und seine faktischen Resultate noch lange streiten. Unumstößlich scheint mir jedoch zu sein, daß mit diesen achtziger Jahren die wachsende Abhängigkeit der verschiedenen Teile der Welt - und vor allem die Wechselwirkung der beiden Haupt-

systeme - ein solches Ausmaß erreicht hatte, daß die Abschottung dieses Sozialismus und seiner realen Entwicklungstendenzen gegen den "Rest der Welt" nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Die Friedensfrage war nur eine erste Begegnung, eine erste Erfahrung der Menschheit mit dieser neuen Situation. Die Orientierung auf globale Zusammenhänge als allgemeine Rahmenbedingung für immer mehr einzelne Probleme war ohne Alternative. Es konnte sich nur noch darum handeln, Konzepte zu entwickeln, wie damit umzugehen ist. Der konzeptionelle Fehler Gorbatschows war nicht, dies gesehen zu haben sondern zu meinen, daß der Klassenansatz von Marx bzw. entscheidende Antagonismen dieser Epoche mit dieser neuartigen Gegebenheit historisch erledigt seien. Als klassisches Zeugnis dafür sehe ich die UN-Rede Gorbatschows vom Dezember 1988 an.(17) Nur war eben der Gorbatschow von 1988 nicht mehr der von 85/86 - meiner Meinung nach! Auf der vernünftigen, realistischen, ursprünglichen Linie dieses Horizontes jedenfalls lag unser Disput mit den Sozialdemokraten der BRD. Bestärkt werde ich in dieser Interpretation durch die Erfahrung unzählicher Versammlungen, Begegnungen und Aussprachen in der DDR. Es waren die lebhaftesten, interessantesten und strittigsten seit Jahren. Es gab zahlreiche Bedenken und Sorgen. Dominierend aber war eigentlich ein Gefühl der Erleichterung darüber, daß erste Umrisse eines Ausweges aus der internationalen Erstarrung und Verkrampfung deutlich zu werden schienen, daß wir uns endlich wieder der Auseinandersetzung stellen, daß wir die Einigelung aufbrechen und die Hoffnung, daß es vielleicht gelingen könnte, in dieser gefahrvollen Situation mit den Sozialdemokraten der BRD eine gemeinsame Sprache zu finden.

3. Nicht nachgegangen werden kann im Rahmen dieses Beitrages der Frage, inwiefern die drei berühmten Formeln des Dokuments (18) eine unzulässige ideologische Korrektur prinzipieller Positionen - auf unserer Seite - waren. Ich neige zu der Auffassung, daß es sich um zeitgemäße, zunächst allerdings eher pragmatische Konsequenzen aus realen Veränderungen handelte. Ein kardinaler Fehler bestand darin, die mit diesen Kürzeln verbundenen prinzipiellen theoretischen und begrifflichen Probleme nicht gründlich, kollektiv (innerhalb und außerhalb der SED) und kontrovers diskutiert zu haben. Die öffentliche Diskussion verblieb im Rahmen eines pragmatischen Für und Wider. Und ich bin entschieden der Auffassung, daß eine Reihe der gegenwärtig in der

Linken vehement debattierten Fragen eine unmittelbare Beziehung zu eben diesen Themen aufweisen.

4. Ich muß - lediglich unter dem Gesichtspunkt der diesem Abschnitt vorangestellten Fragen - ein Wort zu den Eindrücken und Gedankengängen sagen, die uns in dieser Zeit durch den Kopf gingen. Einerseits war da ein deutliches Gefühl von Selbstbestätigung und Selbstgewißheit, das Erleben der Tragfähigkeit unserer Position, der Eindruck, - auch die Erleichterung - von unseren Partnern ernst genommen zu werden. Eine so desolate Position schien die SED nicht einzunehmen, daß sie als Gesprächspartner der SPD nicht in Frage gekommen wäre. Getragen und begründet schien uns dies u.a. in den bereits genannten Selbstkorrekturen und Lernprozessen, die zugleich eine Gewähr zu sein schienen, auch weitere realitätsgerechte Wandlungen in Theorie und Politik zu bewerkstelligen. Daß der Verlauf der Gespräche über deren Notwendigkeit keinen Zweifel ließ, bedarf keiner Erläuterung. Aber - die Realität dieser Beziehung, der Verlauf der direkten geistigen Auseinandersetzung mit diesem Kontrahenden - besonders bis 1987! - bestärkte uns in der Überzeugung nicht nur von den Problemen sondern gerade auch von den Änderungspotenzen unserer Gesellschaft. Allerdings - unsere unumstößliche subjektive Ausgangsposition beim Nachdenken über mögliche Veränderungen - sowohl in der Konsequenz unserer eigenen Systemlogik als auch im Gefolge der Realität eines dem äußeren entsprechenden inneren Dialogs, einer "Öffnung" also war, daß die Existenz der gegebenen Macht nicht angetastet wurde. Daß sie vielmehr das Instrument notwendiger Veränderungen war und blieb - wie auch die politische Voraussetzung dafür, daß Entwicklungen in der DDR nicht in den unvermeidlichen Sog der übermächtigen BRD gerieten. Das mit der Realität eines langanhaltenden friedlichen Wettbewerbs der Systeme verbundene Risiko schien uns unter dieser Bedingung kalkulierbar zu sein. Aber es war natürlich vorhanden. Und wurde - unfreiwillig - zu Protokoll gegeben. Als uns in einer erregten Debatte am 28. Februar 86 über Sinn und Legitimität solcher Formeln wie "Wandel durch Annäherung" oder "Wandel durch Wettbewerb" das Wort entschlüpfte "Keiner wird bei diesem Wettbewerb ungeschoren bleiben!" da fand sich dieser Satz prompt in der Berichterstattung der "Zeit" verewigt (19). Ich muß wohl nicht begründen, daß wir derartige Sentenzen nicht im Vollgefühl des sicheren Sieges in einem derartigen Wettstreit von uns gaben. Unsere Souveränität - mit und ohne Anführungszeichen! - resultierte vielmehr aus

der Einsicht in die Alternativlosigkeit dieser Perspektive wie aus der Ahnung, umso besser für sie gerüstet zu sein, je eher wir dies anerkennen und aussprechen.

5. In heutigen Debatten über die Rolle dieser Beziehungen und insonderheit die des Dokuments ist in der Regel nur von dessen Wirkungen innerhalb der DDR die Rede. Das ist nicht korrekt. Timothy Garton Ash schreibt immerhin, es sei nicht überraschend, "daß dieses Papier lebhafte politische Auseinandersetzungen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze auslöste."(20) Es ist daran zu erinnern, daß konservative Kritiker außerhalb und innerhalb der SPD dieser immerhin nicht mehr und nicht weniger vorwarfen, als, bei der Abfassung des Textes auf die Verteidigung des Grundwertes "Freiheit" verzichtet zu haben. Heinrich Basilius Streithofen - damals (soweit ich mich erinnere) Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken - im Rheinischen Merkur(21) und Gesine Schwan (SPD) in der FAZ stimmten da völlig überein. Gesine Schwan beklagte bitter, daß das Papier in wesentlichen Punkten von dem Parteiratsbeschluß der SPD vom Februar 71, dem Unvereinbarkeitsbeschluß also, abweiche: "Während es dem Parteirat 1971 um 'Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit' ging, findet dieser zweite Teil des Problems im neuen Papier keine Erwähnung mehr. Statt dessen wird der Sicherung des Überlebens eine eindeutige und alles andere relativierende Priorität gegeben und gerade in dieser Prioritätensetzung die Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten festgehalten."(22) In der Tat sahen wir die Pointe des Ansatzes der Grundwertekommission darin, nicht nur die kommunistische Ideologie einer kritischen Prüfung zu unterziehen - nach dem Kriterium ihrer Angemessenheit an die Erfordernisse gemeinsamer Sicherheit. Zur Erinnerung. Der Kernsatz des Parteiratsbeschlusses von 71 lautete: "Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt ... in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung."(23) In dem bereits erwähnten Essay Erhard Epplers von 88 hingegen heißt es: "Natürlich müßte der Westen Abschied nehmen von der Totalitarismustheorie, von der simplen Formel Kapitalismus gleich Demokratie, Sozialismus gleich Diktatur, vom Feindbild des bösen Aggressors im Osten."(24) Ich meine, daß mit einer derartigen Feststellung nicht die Identität der Sozialdemokratie in Frage gestellt, wohl aber der Abbau von Feindbil-

dern und realitätsgerechte Wahnehmungsmuster auf beiden Seiten angemahnt werden. Übrigens enthält dieser Essay eine exzellente Kritik an der Totalitarismustheorie. Zu erinnern ist jedoch auch daran, daß diese Aktivitäten und das Dokument bei Vertretern der Friedensbewegung in zahlreichen westlichen Ländern, bei den Anhängern von "Vernunft und Realismus" große Zustimmung fand. Sie sahen darin ein Vorbild für das außenpolitische Verhalten auch anderer politischer Kräfte. Und allein der Fakt, daß diese beiden, seit langem verfeindeten Parteien einen solchen Weg zu einem zeitgemäßen Umgang miteinander gefunden hatten, wurde hoch bewertet. Manche tradierte Vorstellung zu dem Phänomen "Kommunismus" geriet in Bewegung.

6. Einige wenige Bermerkungen zur Aufnahme des Dokuments in der DDR und zu seiner Wirkung. Ich halte die Behauptung, das Papier habe die "Erosion der SED" oder den Zusammenbruch der DDR bewirkt, für eine Konstruktion, die die wirklichen Ursachen für beides stark vereinfacht und vornehmlich dem Zweck dient, die Teilnahme an diesen Aktivitäten in Anpassung an derzeit dominierende Positionen zu legitimieren. Nicht in Abrede zu stellen ist, daß inhaltliche Positionen des Dokuments (Friedensfähigkeit des Imperialismus und Verteidigungsbereitschaft, Wettbewerbsfähigkeit des Sozialismus) zusätzlichen Stoff für Diskussionen boten und daß oppositionelle Gruppen sich bei ihrer Kritik auf Passagen des Papiers berufen konnten. Diese Prozesse hätten jedoch ohnehin ihren Verlauf genommen. Es gab keine Alternative dazu, politische Formen für die Bewegung dieser Widersprüche zu finden. Davon zu unterscheiden ist meiner Erfahrung und meiner Erinnerung nach eine breite Zustimmung zu dem Dokument, die sich ebenfalls mit der Forderung nach einem inneren Dialog identifizierte, damit aber nicht die Schädigung oder Beseitigung der DDR bezweckte sondern deren Verbesserung - um einen damals gängigen Ausdruck aus dem kirchlichen Diskurs zu verwenden. Diese Position gab es innerhalb und außerhalb der SED. Das entscheidende Problem sehe ich darin, daß die Führung der SED mit diesem Pfund nicht gewuchert hat, daß die Diskussion innerhalb der SED halbherzig und inkonsequent geführt und teilweise abgebrochen wurde, daß an die Stelle der - im Grunde spätestens seit Mitte der siebziger Jahre, seit der internationalen Stabilisierung der DDR und seit Helsinki - immer dringlicheren offenen politischen Auseinandersetzung in der Bevölkerung immer wieder und immer prägender Ausweichen, Taktieren, Manipulation und schließlich Betrug und Repression traten, die Logik und die

defensive Räson einer hypertrophierten Sicherheitsdoktrin. Diesen - unseren Aktivitäten mit der Grundwertekommission völlig zuwiderlaufenden - Trend mitgetragen zu haben, ihm nicht entgegengetreten zu sein, darin sehe ich auch persönliches Versagen - gerade als Akteur dieser Vorgänge.

Fußnoten

1) Vgl.u.a. Wie eine Lawine. Wochenpost Nr.36, 27.August 1992 S.28f

2) Vgl.u.a. Jetzt kommen Pharisäer und rechten über Akten. Der Bürgerrechtler und Berliner Jugendsenator Krüger über die SPD-Ostpolitik und ihre Wirkung in der DDR. Frankfurter Rundschau Nr.58, 10.März 1994 S.18

3) Vgl. Ulrich Huar, Was hat den Sozialismus zerstört? in: Marxistische Blätter, 3-93 S.88; Kurt Gossweiler, Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus. in: Streitbarer Materialismus, Nr.18, Januar 1994 S.77

4) Kurt Hager, Friedenssicherung und ideologischer Streit. Neues Deutschland, 28.Oktober 1987, S.3

5) Max Horkheimer, Theodor W.Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1989 S.129

6) Hans Wagner, Geschichte als Suchprozeß, in: Berliner Debatte. Initial. Heft 5/1992 S.701

7) Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. in: Neues Deutschland, 28.August 1987 S.3

8) Egon Bahr, Gorbatschow ist ein gefährlicher Mann, dem man helfen muß. Stern, 4.2.1987 S.151

9) Harald Neubert, Zum gemeinsamen Ideologie-Papier von SED und SPD aus dem Jahr 1987 Hefte zur DDR-Geschichte Nr.18, Berlin 1994

10) Erhard Eppler, Wie Feuer unde Wasser, Reinbek 1988 S.12, 75f

11) Horst Heimann (Hrsg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000, Köln 1993 S.7

12) Iring Fetscher, Für realistische Formen des Wettbewerbs der Ideen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1987 S.1485

13) Hanne-Margret Birckenbach, Frieden durch Streit? Politisch-psychologische Rahmenbedingungen für die Überwindung von Feindbildern, in: Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität. Redaktion Reiner Steinweg und Christian Wellmann. Frankfurt am Main 1990 S.160

14) Vgl.Ulrich Huar a.a.O.

15) Vgl.Kurt Gossweiler a.a.O.

16) Vgl. East Berlin and Moscow: the Documentation of a Dispute. Compiled and introduced bei Ronald Asmus. Radio Free Europe Munich 1984

17) Nur friedliches Miteinander kann Überleben der Menschheit sichern. Rede Michail Gorbatschows vor der 43.Vollversammlung in New York. Neues Deutschland 8.Dezember 1988 S.2

18) s. oben S.10 (Fußnote 5)

19) Carl Christian Kaiser, Wandel durch Wettbewerb? Die Zeit Nr.11, 7.3.1986

20) Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. München Wien 1993 S.477

21) Heinrich Basilius Streithofen, Worthülsen statt Inhalte. Rheinischer Merkur, 4.9.87

22) Gesine Schwan, Ein Januskopf - Gefahren und Chancen. FAZ 23.September 1987 S.8

23) Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus. Vorwärts. 4.März 1971 S.10

24) Erhard Eppler, Wie Feuer und Wasser, a.a.O.S.82

Hubert Laitko

Theorien und Moden in der Wissenschaftsgeschichte*

Für einen Wissenschaftshistoriker ist es nicht leicht, zu diesem Thema einen ungezwungenen Zugang zu finden. Schließlich ist das Wort "Mode" in der wissenschaftshistorischen Literatur kaum gebräuchlich, und wenn es vorkommt, dann eher beiläufig und ohne kategorialen Nachdruck. Wissenschaft gilt ja als eine ernste Sache, die man mit jener Mixtur aus heiterer Flatterhaftigkeit und fataler Geschäftemacherei, mit der unser Alltagsverständnis das Wort "Mode" assoziiert, möglichst nicht in Verbindung bringen mag. Doch in dem von Herbert G. Blumer verfaßten Stichwort "fashion" in Band 5 der "International Encyclopedia of the Social Sciences" von 1968 lesen wir: "Wenngleich auffallend in der Sphäre der Bekleidung, ist Mode in einer weiten Kollektion von Gebieten wirksam. Dazu gehören Malerei, Musik, Theater, Architektur, Wohnungsausstattung, Unterhaltung, Literatur, medizinische Praxis, geschäftliches Management, politische Doktrinen, Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaft und selbst so gewichtige Gebiete wie die physikalischen Wissenschaften und die Mathematik. Jedes beliebige Feld des Lebens, das fortdauerndem Wandel unterliegt, ist für das Eindringen von Mode offen"[1].

Ständigem Wandel unterworfen oder vielmehr ständigen Wandel aus sich heraus produzierend ist nun freilich auch die Wissenschaft, und hin und wieder wagt es eine Publikation, in diesem dafür anscheinend so wenig geeigneten Bereich nach Moden zu suchen. Die vielleicht erste Veröffentlichung, die sich das explizit zur Aufgabe machte, war der 1953 in "Science" veröffentlichte Aufsatz "Fashions in Science" von Harold J. Morowitz[2]. Der bereits zitierte Blumer bemerkt bei der Diskussion der wichtigsten Eigenschaften von Mode weiter: "Der Zug von Modernität in der Mode ist besonders signifikant. Mode ist immer modern; sie sucht stets auf der Höhe der Zeit zu sein"[3]. Ihre sensible Reaktion auf Entwicklungen auf dem eigenen Feld ebenso wie auf benachbarten und ferneren Gebieten disponiert sie, wie es heißt, zum Hauptfaktor bei der Formung des Zeitgeistes; dieses deutsche Wort wird bei Blumer, wie oft in englischsprachigen Texten, übrigens direkt übernommen.

Beitrag auf dem Colloquium „Theorien und Geschichte, Geschichten und Theorien" des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam am 22. April 1996 anläßlich des 60. Geburtstages von Wolfgang Küttler

Mode als Inkarnation von Modernität - das scheint selbstverständlich. Aber wie verhält es sich nun mit den Theorien, jener Art von Strukturen, durch die sich Wissenschaft am ausgeprägtesten von anderen gesellschaftlichen Phänomenen unterscheidet? Es liegt nahe, dazu einen Blick auf jene Theorie zu werfen, die mehr als jede andere die Modernität zu ihrem eigenen Markenzeichen gemacht hat - die Modernisierungstheorie, deren aktueller Befindlichkeit das von Johannes Berger herausgegebene und auf einschlägigen Beiträgen vom 27. Deutschen Soziologenkongreß 1995 in Halle basierende jüngste Heft des "Leviathan" gewidmet ist. Hans Joas schreibt darin: "Das Ansehen der Modernisierungstheorie unterlag in den letzten Jahrzehnten enormen konjunkturellen Schwankungen. Entstanden im Vollsinn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, konnte zunächst der Eindruck erwachsen, als schäle sich mit der Modernisierungstheorie ein Paradigma einer soziologisch-politologischen Theorie sozialen Wandels heraus... Ab Ende der sechziger Jahre geriet dieses unzweifelhaft fruchtbare Paradigma unter breitgefächerten Beschuß... Das Paradigma der Modernisierungstheorie verlor damit nicht nur seine Hegemonie in den internationalen Sozialwissenschaften, es befand sich in der Defensive und litt sichtlich in seiner Fruchtbarkeit. Doch folgte dem höhnischen 'requiescat in pace', das Immanuel Wallerstein 1979 der Modernisierungstheorie im Gefühl der Überlegenheit seiner 'Weltsystem'-Theorie nachrief, nur ein Jahrzehnt später angesichts des endgültigen Scheiterns des Sowjetsozialismus und des ökonomischen Aufstiegs Ostasiens das 'exhumetur', für Nicht-Lateiner: der Aufruf, die soeben zur ewigen Ruhe gelegte Konzeption wieder ans Tageslicht zu holen und zu neuem Leben zu erwecken"[4].

Diese Passage ist für das Thema "Theorien und Moden" ein Schlüsselzitat. Unumwunden wird darin ausgesprochen, daß Theorien als das Kernstück des wissenschaftlichen Denkens Moden unterworfen sind und damit dieses Denken insgesamt Modeschwankungen unterliegt. Wie in der Kleidermode ist die Theorie von gestern erledigt, wer ihr weiterhin anhängt, ist hoffnungslos altmodisch, und Beachtung verdient sie allenfalls noch aus der Perspektive des Historikers. So tot ist heute der Marxismus, so tot war nach der Begründung der Wellenoptik durch Young und Fresnel um 1820 die Korpuskulartheorie des Lichtes - es waren ja die Theorien von gestern. Doch an den Theorien von vorgestern darf man vorsichtig wieder etwas Brauchbares finden, und die Theorien von vorvorgestern erleben vielleicht in erneuerter Gestalt eine fröhliche Auferstehung.

Freilich scheinen die Prozesse, durch die Theorien in Mode oder aus der Mode kommen, weitaus weniger steuerbar zu sein als jene, die die Kleidermode kreieren und für ihre Diffusion sorgen. Für Theorien gibt es keine allgewaltige Pariser Haute Couture, und ihre obligatorische Verbreitung, die aus der Mode eine Uniform macht, führt - wie wir erfahren haben - bei den Kon-

sumenten zum Überdruß, der in emotionale Ablehnung umschlägt, ganz unabhängig vom kognitiven Wert oder Unwert des Abgelehnten. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, auch in der Wissenschaft strategisch angelegte Durchsetzungskampagnen zu führen - ganz analog zu PR-Kampagnen bei Verkaufsoffensiven für neue Waren. Ein verbreiteter, historisch wiederholt aufweisbarer Weg, die Attraktivität eines bestimmten theoretischen Herangehens zu steigern, ist die gleichzeitige Erfindung und Zirkulation griffiger Terminologien, Nomenklaturen, Maßeinheiten, Standardprozeduren usw. Der verhältnismäßig schnelle Sieg der in ihrer klassischen Gestalt von A. L. Lavoisier konzipierten Sauerstofftheorie der Verbrennung, die zum Fundament der modernen Chemie wurde, ist nicht zuletzt der Konstruktion einer neuen, rationellen Nomenklatur durch Lavoisier, Guyton de Morveau, Berthollet und Fourcroy und deren konzentrierter Verbreitung mit dem 1787 erschienenen Werk "Méthode de Nomenclature Chimique" zu danken[5].

Ein anderes oft gebrauchtes Verfahren ist die Installierung geeigneter Kommunikationsforen. Max Delbrück und Salvador Luria, die beiden zentralen Gestalten der Phagengenetik in ihrer Pionierphase, hatten zu Beginn der 40er Jahre den Eindruck, daß die sehr beschränkte Zahl aktiver Interessenten das entscheidende Hindernis für größere Fortschritte wäre. Deshalb beschlossen sie, in den Biologischen Laboratorien von Cold Spring Harbor an der Meerenge von Long Island, wo sie sich schon seit 1941 im Sommer zu gemeinsamer Arbeit zu treffen pflegten, ab 1945 zur Rekrutierung weiterer Interessenten regelmäßig einen Sommerkurs für das neue Gebiet zu veranstalten. Das war nach Einschätzung des Delbrück-Biographen Ernst Peter Fischer der entscheidende Schritt zur Begründung der Molekulargenetik. Delbrück hat, wie er schreibt, "von da an manche Wissenschaftler damit charakterisiert, daß sie 'niemals den Phagenkurs mitgemacht haben'. Er konnte sich auch noch verächtlicher ausdrücken. Für ihn war die alte Biologie nicht viel mehr als Briefmarkensammeln ('stamp collecting')"[6]. Mit Hilfe der Kurse wurde die Phagengenetik aus einer Forschungsnische zu einer wissenschaftlichen Mode.

Später, nach der Identifizierung des genetischen Codes durch Watson und Crick, kam die Molekularbiologie mit ihren Offerten der Reduktion biologischer Phänomene auf Physik und Chemie vor allem in der jungen Forschergeneration derart in Mode, daß die komplementäre organismische und ökologische Sicht für längere Zeit ins Hintertreffen geriet. Das vielleicht frappanteste Beispiel für aufwendige Kampagnen zur Durchsetzung eines Paradigmas mit Hilfe aller Möglichkeiten des modernen Mediensystems liefern die Strategien, deren sich der Club of Rome bediente, um seine spektakulärsten Reports in kürzester Zeit weltweit zu verbreiten.

Zweifellos müssen rationale Argumente für eine Theorie sprechen, damit sie in Mode kommen kann. Solche Argumente allein steuern aber ganz gewiß nicht das Auf und Ab in der Theorienlandschaft. Man verläßt Theorien ohne kognitiven Zwang, und man akzeptiert Theorien, ohne daß deren kognitive Überlegenheit zweifelsfrei erwiesen wäre. Aus gutem Grund gehört Max Plancks Diktum, daß Theorien nicht widerlegt werden, sondern mit dem Aussterben ihrer letzten Vertreter verschwinden, zu den meistzitierten einschlägigen Erfahrungssätzen. Th. Kuhn hat für die Akzeptanz von (theoretischen) Paradigmen den zuvor in der Wissenschaft durchaus verpönten Begriff des Glaubens salonfähig gemacht und für den Übergang eines Forschers von einem Paradigma zu einem anderen den Begriff der Konversion gewählt. Unter den von Walter L. Bühl benannten vier Dilemmata der wissenschaftlichen Kommunikation befindet sich auch ein sogenanntes Mode-Dilemma: "Es gibt immer nur eine sehr begrenzte Auswahl von Forschungsschwerpunkten, die wirklich aktiv betreut werden können; der Wandel der Forschungsschwerpunkte folgt aber kaum den - sicher nur äußerst schwer zu bestimmenden - systematischen und forschungsstrategischen Notwendigkeiten"[7].

Die bereits angesprochenen Konjunkturen bzw. Rezessionen von Modernisierungstheorie und Marxismus - auch der letztere hier als Gesellschaftstheorie und nicht als politisches Programm betrachtet - hängen offenkundig nicht mit einer raschen Akkumulation starker wissenschaftlicher Pro- oder Kontra-Argumente zusammen, sondern mit den Schicksalen gesellschaftlichen Praxen, die mit diesen theoretischen Systemen assoziiert werden.

Die derzeitige Hochkonjunktur der Modernisierungstheorie lebt, wie das Märzheft des "Leviathan" und diverse andere Publikationen freimütig aussprechen, von den gesellschaftlichen Transformationen in Osteuropa, deren Idealform darin besteht, die in westlichen Industrieländern etablierten Struktur- und Institutionalmuster mittels political oder social engineering möglichst identisch auf Gesellschaften zu übertragen, die bis dahin anders verfaßt waren. Der Erfolg dieses Programms bestärkt die Modernisierungstheorie, auch Modifikationen bei der Übertragung der Vorbildmuster können von ihr ohne weiteres assimiliert werden, zumal sie, wie Johannes Berger einräumt, nicht in einer kanonisierten, lehrbuchförmigen Gestalt existiert, sondern lediglich als ein "Bestand gemeinsam geteilter Grundüberzeugungen"[8].

Das weitere Schicksal dieser Theorie dürfte nichtsdestoweniger offen sein, selbst wenn man die sehr starke Annahme teilt, daß der Transformationsdoktrin über alle Schwierigkeiten hinweg letztendlich ein bleibender praktischer Erfolg beschieden sein werde. Dies wird ganz deutlich in der Unterscheidung zwischen Transformationsprozessen und Modernisierung im weiteren Sinne,

wie sie Wolfgang Zapf mit folgenden Worten vornimmt: "Transformationsprozessen ist gemeinsam, daß die Entwicklungsziele prinzipiell bekannt sind - sie lauten Demokratie, Wachstum und Wohlfahrt. Sie werden zu erreichen versucht durch Übernahme bzw. Nacherfindung der Basisinstitutionen der Vorbildgesellschaften... Demgegenüber ist Modernisierung im weiteren Sinn ein Suchprozeß, dessen Ergebnis nicht bekannt ist"[9]. Mit anderen Worten: dort, wo die Modernisierungstheorie den Übergang von einer Theorie der Diffusion und Imitation historisch vorgegebener Strukturen zu einer wirklichen Theorie der Entwicklung als Entstehung von Neuem wagt, steht sie auf offenem, unbekanntem Terrain.

Es fragt sich, inwieweit angesichts des Wechsels der Moden auch in der Sphäre der Theorien überhaupt so etwas wie Erkenntnisfortschritt möglich ist. Eine positive Antwort würde voraussetzen, daß unterschiedliche Theorien über ähnliche Gegenstände unter zumindest näherungsweiser Bewahrung ihrer kognitiven Gehalte partiell ineinander übersetzbar sind. Daß es sich so verhält, ist kaum zu bestreiten - die Wissenschaft ist voll von Regulativen zur Überführung gewisser theoretischer Ausdrucksformen von Sachverhalten in andere. Seit langem ist bekannt, daß physikalische Theorien ihre mathematischen Gewänder wechseln können und daß sich viele Theoriestrukturen sowohl geometrisch als auch analytisch ausdrücken lassen. Die unter den theoretischen Physikern Mitte der 20er Jahre entstandene Verwirrung, als die lange gesuchte konsistente Quantenmechanik nun plötzlich in zwei auf den ersten Blick sehr verschiedenen Versionen vorlag, wurde überwunden durch eine - ihrerseits mathematisch anspruchsvolle statistische Transformationstheorie, die die Äquivalenz der Matrizenmechanik von Heisenberg, Born und Jordan und der Wellenmechanik von Schrödinger nachwies.

Es dürfte auch nicht schwerfallen, partielle Äquivalenzen der marxistischen Formationstheorie - sofern man von den mit ihr herkömmlich verbundenen handlungsleitenden Konsequenzen absieht und allein ihren deskriptiven und explanatorischen Gehalt in den Blick nimmt - mit verschiedenen anderen Gesellschaftstheorien zu zeigen, zumal auch diese Formationstheorie, die ja lange einen zentralen Forschungsgegenstand Wolfgang Küttlers bildete, nicht als ein kanonisierter Monolith, sondern eher als ein Satz gemeinsamer Ansichten in einer im übrigen durch beträchtliche Differenzen gekennzeichneten Diskursgemeinschaft vorlag. Küttler selbst schrieb 1978, sie dürfe "keineswegs als ein Ensemble automatisch deduzierbarer Universalformeln aufgefaßt werden"[10].

Man kann also annehmen, daß das wissenschaftliche Erkennen relativ zu der Gesamtheit der von ihm erfaßten Gegenstände ständig einen Überschuß an theoretischen Formen produziert und tradiert und daß in diesem Formenre-

pertoire irreguläre Wertigkeitsschwankungen auftreten, die als Theoriemoden spürbar werden. Wenn Theorien als bloße Erkenntnisprodukte betrachtet werden oder wenn man ihre Funktion darauf beschränkt sieht, die "eigentliche" empirische Erkenntnis zu ordnen, dann muß man diese Redundanz als einen Makel ansehen, der durch Elimination der überflüssigen Wesenheiten mit dem berühmten Occamschen Rasiermesser zu tilgen ist. Durch die verschiedenen Gestalten des theoretischen Reduktionismus schimmert diese Intention mehr oder minder deutlich hindurch.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich indes aus einer evolutionistischen Perspektive, die Theorien als Entwicklungsformen der stets unabgeschlossenen Erkenntnis versteht. Hier ist Redundanz ein Positivum, denn sie steigert die Chancen der kognitiven Anpassung an das Unbekannte und Unvorhersehbare. Sie trägt dann auch den sympathischen Namen Vielfalt oder Pluralität. Wenn Moden als Phänomene der Temporalisierung von Vielfalt Mittel sind, mit denen Marktökonomien ihre Anpassungsfähigkeit an die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens steigern, dann leistet das Auftreten und Verschwinden theoretischer Moden in der wissenschaftlichen Erkenntnis, deren Akteure durch in einigen Zügen marktähnliche Austauschbeziehungen verknüpft sind, etwas Analoges, nur eben in kognitiver Hinsicht.

Die andere Seite des Redundanzphänomens besteht darin, daß unterschiedliche theoretische Aussagen, die sich ineinander übersetzen lassen, ungeachtet dieser Übersetzbarkeit auch in kognitiver Hinsicht nicht vollkommen identisch sind. Weil sie in unterschiedlichen Kontexten stehen, erscheinen auch ihre kognitiven Inhalte nuanciert. Das haben viele Disziplinen erfahren, als es in den 60er Jahren in Mode kam, kybernetisch-systemtheoretische Termini zu verwenden, oder als sich in den 80er Jahren das terminologische Arsenal von Theorien der Selbstorganisation wie ein Lauffeuer ausbreitete. Die verschiedenen "Wenden" in der Wissenschaftsgeschichtsschreibung der neueren Zeit - die "postpositivistische" oder auch die sozialgeschichtliche Wende - bedeuteten weniger eine Überflutung der Wissenschaftsgeschichte mit einer ganz neuen Empirie als vielmehr die Ausbreitung der Neigung, Bekanntes in einer veränderten Beleuchtung zu sehen. Eine treffende Metapher für das hier gemeinte Verhältnis von kognitiver Identität und kognitiver Nuancierung ist vielleicht das Spielen einer Melodie bald auf diesem, bald auf jenem Instrument, also die Wiedergabe der gleichen Tonfolge in unterschiedlichen Klangfarben. Theoretische Vielfalt - das darf man wohl aus der Wissenschaftsgeschichte herauslesen - ist ein wesentlicher Faktor der Entwicklungsfähigkeit von Wissenschaft: die parallele Präsenz einer Vielzahl von Theoriekandidaten, die "in Mode kommen" können, von denen aber nicht im voraus bestimmbar ist, wem die Gunst der Stunde beschieden sein wird. Daraus resultieren institutionelle Empfehlungen, die hier nicht entwickelt werden können.

Nur eines: die heute in Wissenschaftsverwaltungen gern als Rationalisierungsmaßnahme erwogene Reduzierung von Parallelität in Forschung und Lehre ist in kognitiver Hinsicht kontraproduktiv.

Für einen Sechzigjährigen ist es nicht unbedingt schmeichelhaft, wollte man von ihm sagen, er ginge immer mit der Mode. Aber ein moderner Denker ist Wolfgang Küttler zweifellos - einer, der so leicht nicht aus der Mode kommt. Daß es auch weiterhin so bleibe, möchte ich ihm nicht nur unter vier Augen, sondern auch in diesem exzellenten Kollegenkreis von Herzen wünschen.

Anmerkungen:

---

1 Herbert G. Blumer: Fashion. In: International Encyclopedia of the Social Sciences. Vol.5. Hrsg. von David L.Sills, o.O., 1968, S.342

2 Harold J.Morowitz: Fashions in Science. In: Science 118(1953), S.594 - 601

3 Herbert G.Blumer, a.a.O., S.343

4 Hans Joas: Die Modernität des Krieges. In: Leviathan, 1996, H.1, S.14 - 15

5 Elisabeth Ströker: Theoriewandel in der Wissenschaftsgeschichte. Chemie im 18.Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1982, S.271 - 281

6 Peter Fischer: Licht und Leben. Ein Bericht über Max Delbrück, den Wegbereiter der Molekularbiologie. Konstanz 1985, S.131

7 Walter L.Bühl: Einführung in die Wissenschaftssoziologie. München 1974, S.185/186

8 Editorial (Johannes Berger). Modernisierung und Modernisierungstheorie. In: Leviathan, 1996, H.1, S.10

9 Wolfgang Zapf: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan, 1996, H.1, S.67

10 Wolfgang Küttler: Theoriegeschichte und methodologische Probleme historischer Formationsanalyse. In: Formationstheorie und Geschichte. Hrsg. von Ernst Engelberg und Wolfgang Küttler. Berlin 1978, S.722

Peter Nötzoldt

Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46*

Die Nachkriegsbilanz

Im ersten Nachkriegsjahr wurden für die Berliner Universität und für die Preußische Akademie der Wissenschaften (PAW) wichtige Grundlagen ihrer Neuorientierung gelegt und zugleich über Möglichkeiten der Weiterführung der Berliner Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) entschieden. Vorgestellt werden die wichtigsten Personen in den administrativen und den wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt und ihre Aktivitäten, zumindest soweit es der Umfang des Beitrages gestattet. Dabei sollen insbesondere auch die Auswirkungen des großen personellen Verlustes von Wissenschaftspotential vor Kriegsende Beachtung finden.

Versucht man den Verlust von wissenschaftlichem Potential nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für Berlin zu bilanzieren, erweist sich das wegen der außerordentlichen Breite als äußerst schwierig. Ein gutes Spiegelbild für die Veränderungen scheint die PAW zu sein, da sie einen bedeutenden Teil der Berliner Wissenschaftselite vereinigte: Traditionell gehörte die Mehrzahl der führenden Wissenschaftler der Berliner Universität zugleich der PAW an. Auch die Technische Hochschule, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und andere wissenschaftliche Einrichtungen der Stadt waren zeitweise im Plenum der Akademiemitglieder vertreten. Besonders enge personelle Verflechtungen existierten zwischen der KWG und PAW. Im Jahre 1945 waren immerhin 20 Prozent aller Akademiemitglieder mit der KWG verbunden. Bei einer getrennten Betrachtung der beiden Klassen, in denen die Akademiemitglieder zu jener Zeit wirkten, kommt man für die Mathematisch-naturwissenschaftliche sogar

---

* Erweiterte Fassung eines Vortrages vom 19. Juni 1995 bei den „Dahlemer Archivgesprächen" im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft.
Die Untersuchung wird gefördert aus Mitteln des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Der Autor ist z.Zt. dort Stipendiat der Alfred Freiherr von Oppenheim-Stiftung.

auf 35 Prozent aller Klassenmitglieder im Vergleich zu 3 Prozent bei der Philosophisch-historischen Klasse.

Bis zum Kriegsende 1945 hatte ca. drei Viertel jener Wissenschaftselite Berlin verlassen, und weder in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch in den Folgejahren setzte ein deutlicher Rückfluß ein. Vor allem die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse war geschwächt, weil das Verlassen des Standortes Berlin durch die KWG insbesondere sie traf. Mit Max Planck, Max von Laue, Werner Heisenberg, Peter Debye, Adolf Butenandt und Otto Hahn hatten allein sechs Nobelpreisträger der Stadt den Rücken gekehrt, und sie standen somit auch für den Neubeginn nicht zur Verfügung.[1] Beim wissenschaftlichen Personal war die Situation nicht besser. Betrachtet man wiederum die in Berlin gegründete KWG, die in der Vorkriegszeit in der Stadt durch zahlreiche und große Institute vertreten war, so entfallen in der Bilanz Anfang 1946 beim wissenschaftlichen Personal von rund 2000 Mitarbeitern (abzüglich 270 Vermißte) lediglich noch 25 Personen auf die nunmehrige „Viermächtezone" Berlin, was etwa 1,5 Prozent entspricht. Nicht ganz so kraß scheinen die Verluste an der Universität und der Technischen Hochschule, jedoch sind sie noch schwerer zu erfassen, da an diesen Einrichtungen der Aderlaß bereits unmittelbar nach 1933 viel intensiver eingesetzt hatte.

Bereits diese wenigen Angaben kennzeichnen einerseits die Größenordnung des wissenschaftlichen Stromes von Berlin in Richtung Westen Deutschlands vor Kriegsende, und sie verdeutlichen ein weiteres Problem: Die überproportionale Verlagerung naturwissenschaftlicher Forschungspotentiale führte zu einem Bruch im gewachsenen Disziplinen- und Institutionengefüge. So entstanden im Nachkriegs-Berlin Lücken und Verwerfungen, die zugleich neue Karriere- und Entwicklungschancen für einzelne Wissenschaftler und ihre jeweiligen Disziplinen, aber auch für wissenschaftliche Institutionen eröffneten.

---

[1] Zu dieser Zeit existierten an der PAW mit der Mathematisch-naturwissenschaftlichen und der Philosophisch-historischen Klasse zwei etwa gleich starke Klassen. Von den 14 direkt mit der KWG verbundenen Wissenschaftlern gehörten 13 der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse an, darunter die sechs Nobelpreisträger. Wegen ihrer NS-Vergangenheit wurden Eugen Fischer, Otmar Freiherr von Verschur, Peter Adolf Thiessen (1945 in die UdSSR, 1956 Wiederaufnahme in die Akademie) und Wilhelm Eitel (1946 in die USA) von der Mitgliederliste der Akademie gestrichen. An der Nachkriegsentwicklung der PAW war nur Hans Stille beteiligt.

In der Rückschau entsteht der Eindruck, daß es trotz der großen personellen Verluste und trotz der riesigen materiellen Zerstörungen durch Kriegshandlungen und Verlagerungen zumindest in den großen wissenschaftlichen Einrichtungen Berlin, sofern sie noch existierten, zu keinem Stillstand kam, trotz aller Ungewißheit und oft ohne Arbeitserlaubnis der Alliierten und bei geringer Aussicht auf Vergütung weitergearbeitet wurde. Die Bemühungen der „dagebliebenen Wissenschaftler", höchstens ein Drittel des ehemaligen Berliner Wissenschaftspotentials, sollen im folgenden im Mittelpunkt stehen.

Die Berliner Universitäten und die Hochschulen

An der Universität war es Eduard Spranger, der die wenigen in Berlin gebliebenen Kollegen zur Arbeit rief und an der Spitze eines Diskussionskreises antifaschistischer Wissenschaftler gemeinsam mit weiteren vier der Universität und der TH verbundenen Professoren die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Tätigkeit dieser Einrichtungen beriet und auf den Weg brachte. Diese Tätigkeit begann bereits, bevor der erste Berliner Nachkriegs-Magistrat durch die sowjetische Besatzungsmacht am 19. Mai 1945 eingesetzt wurde. Im Magistrat mußte sich nun die Volksbildungsabteilung an Stelle des zusammengebrochenen Reiches um die Belange der wissenschaftlichen Einrichtungen kümmern; aus administrativer Sicht eine Übergangslösung, aber mit enormem Aufwand, weil alle wissenschaftlichen Einrichtungen sofort um Unterstützung nachsuchten. Es ist somit nicht verwunderlich, daß die an Fachleuten für die Fragen der Wissenschaft arme Magistratsverwaltung die fünf Professoren Eduard Spranger, Theodor Brugsch, Rudolf Meerwardt, Georg Schnadel und Hans-Heinrich Franck nicht nur zur Beratung heranzog, sondern sie zunächst unter der Bezeichnung „Leitender Ausschuß des Amtes für Wissenschaft beim Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung)", auch bekannt als „Fünferausschuß", mit großer Entscheidungsbefugnis ausstattete.[2]

---

[2] E. Spranger (1882-1963), seit 1920 Professor für Philosophie und Pädagogik an der Berliner Universität, 1945 erster amt. Nachkriegsrektor, 1946 Universität Tübingen, Mitglied der PAW 1924. Theodor Brugsch (1878-1963), 1906-1927 mit Unterbrechung Arzt an der Charité, dann Ordinarius für Innere Medizin Univ. Halle, nach Konflikten mit NS-Regime 1935 Entpflichtung und Privatpraxis in Berlin, 1945 Ordinarius an der Charité Berlin. 1949 Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaft zu Berlin (DAW). Rudolf Meewardt (1883-1946), bis 1921 ZH, dann Professor für Statistik an der Universität Leipzig, gleichzeitig Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts

Der Ausschuß beriet wöchentlich, meist bei Eduard Spranger in Dahlem, Fabeckstraße 13. Ständige Gäste waren Mitarbeiter der Volksbildungsabteilung. Aber auch Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht, bis hin zum Leiter der Volksbildungsabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Pjotr W. Solotuchin, nahmen an Beratungen teil. Vor allem personelle Entscheidungen standen im Juni und Juli 1945 im Vordergrund der Ausschußberatungen. Wer wieder an der Universität bzw. an den Hochschulen zugelassen werden sollte, entschieden diese fünf Herren. Bereits einen Monat bevor der Magistrat den Einrichtungen am 16. Juli 1945 per Verfügung „die Bereinigung ihres Mitarbeiterstabes auferlegte", waren im Ausschuß „Fragebogen zur persönlichen Überprüfung der Mitglieder des Lehrkörpers von Universität, Technischer Hochschule und Wirtschaftshochschule" durchgesprochen und angenommen und nach deren Auswertung dem Magistrat die für den künftigen Unterricht tragfähigen bzw. nicht tragfähigen Professoren vorgeschlagen worden.[3] Für die Betroffenen bedeutete dies entweder die kommissarische Berufung für ein halbes Jahr oder die Streichung aus dem Lehrkörper.

Auch für die außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen interessierte sich der Ausschuß. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Bürokräfte der Deutschen Forschungsgemeinschaft sollten künftig für ihn arbeiten. Unter der Bezeichnung „vorläufiger Ausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft" war die Schaffung eines provisorischen Präsidiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit den Mitgliedern Eduard Spranger, Otto Warburg, Ferdinand Sauerbruch und Andreas Hermes beabsichtigt.[4] Hieran wollte man die KWG angliedern, „besonders wegen ihrer Institute, die für Landwirtschaft und Ernährung wichtig sind", aber

---

Berlin-Lankwitz. Georg Schnadel (1891-1980), Professor für Statik des Schiffbaus von 1928-1945 an der TH, amtierender Rektor von Mai-Oktober 1945. Hans-Friedrich Franck (1888-1961, 1927 Professor für Chemie an der TH, 1937 Entzug der Professur, 1945-1948 wieder TH, ab 1949 HUB, Mitglied der DAW 1949.

3 Vgl. Erster Jahresbericht über die Abteilung Wissenschaften einschl. Hochschulen vom 9.4.1946 und Protokolle der Ausschußsitzungen vom 19.6. und 26.6.1945 im : Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 3227, 1617 und 1652.

4 Otto Warburg (1883-1970), Direktor des Instituts für Zellphysiologie der KWG seit 1930, Mitglied der DAW 1946. Ferdinand Sauerbruch (1875-1951), seit 1928 Ordinarius für Chirurgie an der Berliner Universität, von Mai bis Oktober 1945 Stadtrat für Gesundheitswesen, Mitglied der PAW 1937. Andreas Hermes (1878-1964), nach Studium der Landwirtschafts- und Staatswissenschaften Tätigkeit in Ministerien, Reichstagsabgeordneter, nach dem 20. Juni 1944 zum Tode verurteilt, 1945 Mitbegründer und 1. Vorsitzender der CDU in der SBZ, 2. Stellv. des Oberbürgermeisters von Berlin und Stadtrat für Ernährung.

auch um zu verhindern, daß der ohne Mitwirken des Ausschusses oder des Magistrats ins Amt gekommene jetzige Leiter der KWG, Peter Adolf Thiessen, der ehemals dem Reichsforschungsrat angehörte und nun mit der sowjetischen Besatzungsmacht kooperierte, „eigenmächtig über die Verwertung der verschiedenen KWG-Institute verfügt".[5]

Bevor diese Entwicklung weiter verfolgt wird, soll auf die unmittelbare Nachrkiegssituation bei den Berliner Einrichtungen der KWG und bei der PAW eingegangen werden.

Die Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin

Die Führungsspitze der KWG und fast die gesamte Generalverwaltung hatte in den Frühjahrsmonaten 1945 Berlin verlassen, letztere in Richtung Göttingen. Die Institute der Gesellschaft, von denen 14 der insgesamt 34 ihren Sitz in Berlin gehabt hatten, waren bis auf Restbestände seit 1944 verlagert worden. Lediglich das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für physikalische Chemie und Elektrochemie galt als noch nahezu voll arbeitsfähig. Sein Leiter Peter Adolf Thiessen erklärte sich in letzter Minute zur Zusammenarbeit mit einer Widerstandsgruppe bereit.[6] Thiessen erhielt am 12. Mai 1945 vom (Berzirks)bürgermeister von Berlin-Zehlendorf den Auftrag für „die einstweilige Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft".[7] Zunächst wurden von der sowjetischen Siegermacht die Restbestände der KWI vor dem Eintreffen der Westalliierten umfassend demontiert. Augenzeugen berichten von einer fast vollständigen Demontage in allen Instituten, z.B. im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie zwei Elektronenmikroskope, die komplette Hochspannungs- und Röntgenanlage, die Luftverflüssigungsanlage von Linde, 14 Mechanikerbänke usw.[8] Mehrere Wissenschaftler erhielten sogenannte Einladungen der sowjetischen Stellen für eine wissenschaftliche Tätigkeit in der UdSSR. Einige

---

5 Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652.

6 Vgl. Bericht von Dr. Alfred Wende vom 15.9.1947. Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (AAW), Bestand Akademieleitung, Nr. 405.

7 Archiv zur Geschichte der MPG, II. Abt., Rep. 1 A, Az. I A 9 / 1, Bl. 25.

8 Vgl. hierzu Manfred Heinemann. Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949). In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S. 407-470.

nahmen diese an, da sie durch die Demontage ohnehin ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt waren. Auch Thiessen kündigte Anfang Juni diesen Schritt an. Als seinen Nachfolger schlug er den Mediziner Ferdinand Sauerbruch vor, der ablehnte. Max Volmer wurde ebenfalls ins Gespräch gebracht, er ging jedoch auch in die Sowjetunion.

Trotz Demontage und Personalverlust gaben die Dagebliebenen - zunächst noch unter Thiessen - nicht auf. Demontageschäden konnten behoben werden, weil man sich Arbeitsaufträge „chemisch-technischer Art" von der sowjetischen Besatzungsmacht besorgte. Das war gleichbedeutend mit der Arbeitserlaubnis und garantierte den bevorzugten Erwerb von Arbeitsmitteln. Hinzu kam eine Verbesserung der personellen Situation, nachdem sich die sowjetische Besatzungsmacht vereinbarungsgemäß aus Dahlem zurückgezogen hatte. Weit weniger Wissenschaftler waren nun bereit, in die Sowjetunion zu gehen. Auch die materielle Situation verbesserte sich, weil „zurückgebliebene Wissenschaftler sehr viel Forschungsmittel bei ihrem persönlichen Gepäck hatten".[9] Sondierungsgespräche über mögliche Aufgaben der KWI gab es nicht nur mit verschiedenen sowjetischen Dienststellen, sondern auch mit der Magistratsverwaltung ab Anfang Juni. Dabei entstand insgesamt der Eindruck, daß die baldige Arbeitsaufnahme für möglich gehalten wurde „unter der Voraussetzung, daß sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entschließt, sich den zur Zeit dringendsten Lebensbedürfnissen zur Verfügung zu stellen". Wissenschaftliche Aufgaben auf den Gebieten Gesundheitswesen, Ernährung, Energieversorgung und Bauwesen hielt man in dieser Notzeit für „keine grundsätzliche Entfremdung von den ursprünglichen Zielen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft". Zur Entscheidung dieser Fragen sei es notwendig, daß „möglichst bald wieder eine kollegiale Instanz entstünde, die dem Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft etwa entspräche." Für das Gremium empfahl Thiessen die „Herren Dr. Hermes, Winzer, Prof. Sauerbruch und Dr. Landwehr" sowie „für die Universität Prof. Spranger, für die techn. Hochschule Prof. G. Hertz".[10] Die vorgeschlagene Zusammensetzung des „Senats" berücksichtigte die aktuellen Machtverhältnisse prägnant.

---

9 Vgl. Bericht von Dr. Alfred Wende vom 15.9.1947. Bestand Akademieleitung, Nr. 405.

10 Archiv der MPG, II. Abt., Rep. IA, Az I A 9 / 1, Bl 25 f Otto Winzer (1902-1975), 1945-1946 Stadtrat für Volksbildung. Hermann Landwehr (1884-1955), 1945-1949 Stadtrat für Wirtschaft, Gustav Hertz (1887-1975), 1935 Physik-Nobelpreis, 1927 Direktor des Physikalischen Instituts der TH, 1935 aus politischen Gründen Rücktritt vom Ordinariat, danach Leitung des Siemens-Forschungslaboratoriums in Berlin. Andere Personen vgl. Fußnoten 3 und 5.

Andreas Hermes, Otto Winzer, Ferdinand Sauerbruch und Hermann Landwehr waren allesamt Stadträte des Magistrats. Die Reaktion der Wissenschaftler des Fünferausschusses war der bereits erwähnte Gegenvorschlag, ein übergeordnetes Gremium bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft ins Leben zu rufen, dessen Zusammensetzung eine größere Autonomie der Wissenschaft erwarten ließ.

Die Preußische Akademie der Wissenschaften

Auch die PAW wartete nicht auf Entscheidungen der neuen Behörden, sondern leitete alle Maßnahmen, die sie für ihren weiteren Fortbestand für notwendig erachtete, unverzüglich selbst ein. Vor allem der 1939 in das neugeschaffene Amt des Akademiedirektor berufene Helmut Scheel, der zumindest als Sympathisant des NS-Regimes galt und mit Schwierigkeiten rechnen mußte, ließ keinen Stillstand der PAW zu. Im Hauptgebäude der PAW, im rechten Flügel der Staatsbibliothek, Unter den Linden, in den letzten Kriegstagen ausharrend, hatte er unverzüglich nach Kriegsende den sowjetischen Kommandanten des Bezirkes Berlin-Mitte um Unterstützung ersucht. Als der Magistrat gerade eine Woche im Amt war, informierte er den Oberbürgermeister der Stadt über die Situation an der PAW und bat, „die Betreuung der Akademie von seiten der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis wieder eine ordnungsgemäß zuständige Zentralverwaltung gegründet ist".[11] Schließlich trafen sich bereits am 6. Juni 1945 zwölf Mitglieder der PAW zur ersten Nachkriegssitzung des Plenums und beauftragten Johannes Stroux mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Akademiepräsidenten, an Stelle von Hermann Grapow.[12]

In wöchentlichen Akademiesitzungen und in Abstimmung mit der Volksbildungsabteilung des Magistrats wurde in den nächsten drei Wochen die neue Satzung und der Haushaltsentwurf beraten und beschlossen und ein neues Präsidium gewählt. Ihm gehörten an: Johannes Stroux als Präsident und die Sekretäre der Klassen, Ludwig Diels für die Mathematisch-naturwissenschaftliche und Fritz Hartung für die Philosophisch-historische.[13] Die Frage der deutschen Administration, „ob die Akademie

---

11 Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAAP), R-2 1388, Bl 59.

12 Hermann Grapow hatte als Vizepräsident seit dem Rücktritt Theodor Vahlens 1943 zugleich als Präsident der PAW amtiert. Eduard Spranger, der 1945 zuerst das Amt des Präsidenten übernehmen sollte, lehnte ab, da er eine Ämterhäufung für nicht gut hielt.

13 Siehe: Ba Potsdam, R-2 1388, Bl 45 und AAW, P 1/0, Bl. 8.

überhaupt noch besteht und nicht vielmehr neu gegründet werden müsse", hatte Stroux damit zurückgewiesen, „daß die Russische Regierung im Jahre 1917 an der alten zaristischen Akademie keinerlei Änderungen vorgenommen habe" und er für die hiesige Einrichtung auch „weitestgehend Autonomie" erwarte.[14] Die Vortragstätigkeit begann schon im Juli wieder, und eine offenbar weitgehend autonome Selbstentnazifizierung setzte ein. Ende Juli 1945 trennte sich die Akademie von acht Mitgliedern, bei denen „an der Mitgliedschaft zur NSDAP und der politischen Haltung kein Zweifel bestehen konnte. ... Die anderen Fälle bedürfen der weiteren Prüfung."[15]

Hervorzuheben ist nochmals: Es gab an den bedeutenden Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen bei Kriegsende keinen Stillstand. Jeweils kleine Wissenschaftlergruppen mühten sich sofort um den Erhalt ihrer Einrichtungen und schufen von sich aus Bedingungen für einen möglichen Neuanfang. Erwähnt wurden aber nur Initiativen von Wissenschaftlern, die sich an die Spitze ihrer Einrichtungen stellten. Daneben existierten auf allen weiteren Ebenen vielfältige Bemühungen, die aufzuführen den Umfang der Ausführungen sprengen würden, deren man sich aber bewußt sein muß.

Die neue Administration

Berührungsängste zur sowjetischen Besatzungsmacht und den eingesetzten deutschen Behörden sind nicht feststellbar - im Gegenteil, man wurde sofort vorstellig. Schon die ungeklärte finanzielle Lage der Einrichtung ließ gar keine andere Wahl. Die deutsche Verwaltung konnte zunächst mit den Problemen der Wissenschaftler wenig anfangen. Im Magistrat hatte man sich bisher, wie oben erwähnt, mit solchen Fragen nicht beschäftigen müssen. Hinzu kam, daß „Wissenschaft" dem Ressort Volksbildung angegliedert wurde, eines der wenigen, das die aus Moskau zurückgekehrte Führungsspitze der KPD unbedingt beanspruchte und entsprechend zu be-

---

14 AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 17.

15 Ausgeschlossen wurden zunächst Theodor Vahlen und Friedrich Stieve, die bereits verstorben waren, sowie Ludwig Bieberbach, Konrad Meyer, Peter Adolf Thiessen (1956 wieder aufgenommen), Carl August Emge, Franz Koch und Theodor Mayer. Weitere sieben Mitglieder strich man in der Folgezeit von der Mitgliederliste: Eugen Fischer, Ernest Anton Kraft, Friedrich Seewald, Abraham Esau, Otmar Frhr. von Verschuer, Wilhelm Eitel und Ernst Gamillscheg. Vgl. auch BAAP, R-2 1388, Bl. 7.

setzen versuchte.[16] Aber Fachleute für Fragen der Wissenschaft gab es in den Reihen der KPD kaum, und wie wir heute wissen, war auch im Moskauer Exil hierfür keine konzeptionelle Vorarbeit geleistet worden.[17]

Die sich aus diesen Umständen ergebende relativ große Autonomie bei wissenschaftsorganisatorischen Fragen für die Wissenschaftler an den jeweiligen Einrichtungen in der unmittelbaren Nachkriegsphase änderte sich in der Folgezeit erstens in dem Umfange, wie Grabenkämpfe in den Reihen der handelnden Wissenschaftler deren Handlungsfähigkeit schwächte, und zweitens änderte sich diese Autonomie auch in dem Maße, wie es der sowjetischen Besatzungsmacht und den nachgeordneten deutschen Instanzen gelang, die wenigen Wissenschaftler mit KPD-Parteibuch in entscheidende Positionen zu bringen. Auf die Grabenkämpfe um teils sehr prinzipielle Fragen, z.B. über den künftigen Universitätstyp, über den Interessenausgleich von KWG und PAW oder über Standortfragen im Zusammenhang mit den Einflußmöglichkeiten eine Rolle spielten, soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Wer waren die wichtigsten Partner der Wissenschaftler in der neuen Administration, die im Auftrag der KPD handelten? Die Volksbildungsabteilung des Magistrats leitete Otto Winzer, seit 1922 hauptsächlich in Parteifunktionen tätig, mit der Initiativgruppe der KPD für Berlin unter Leitung von Walter Ulbricht am 30.4.1945 aus Moskau gekommen und später Außenminister der DDR. Sein wichtigster Mann für die Wissenschaft

---

16 Vgl. W. Leonhard. Die Revolution entläßt ihre Kinder, Leipzig 1990, S. 385 und Otto Winzer. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD vom 28.9.1945. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv - Zentrales Parteiarchiv (SAPMO-BArch, ZPA), I 2/5/40, Bl. 46.

17 In Moskau hatte die KPD auf Beschluß ihres Politbüros vom 6.2.1944 acht Arbeitskommissionen gebildet, die sich mit der künftigen Arbeit in Deutschland beschäftigten. Für „Die Aufgaben zur ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes" und „Die Rolle der Intelligenz im neuen Deutschland" waren mit Erich Weinert und Alfred Kurella zwei Schriftsteller verantwortlich. Diskutiert wurden die Fragen von einer Gesamtkommission, die im wesentlichen aus 20 Berufspolitikern und Literaten bestand. Entsprechend allgemein blieben nach Paul Wandel auch die Vorstellungen zur Wissenschaft: „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung." Die konzeptionelle Arbeit zur künftigen Wissenschaftspolitik wurde nach übereinstimmenden Mitteilungen von Paul Wandel und Robert Rompe an den Verfasser erst hier in Deutschland geleistet. Vgl. Ein erfülltes Programm. Zum 40. Jahrestag des Aufrufs der KPD vom 11.6.1945, Berlin 1985, S. 207 und SAPMO-BArch, ZPA, NL A. Ackermann 109/55, Bl. 300.

wurde ab Mitte Juni 1945 der promovierte Mathematiker Josef Naas, der wegen seiner Mitgliedschaft in einer Widerstandsgruppe von 1942 bis Kriegsende im KZ Mauthausen eingekerkert und direkt von dort nach Berlin gekommen war.

Bereits Ende Juli 1945 änderten sich die Strukturen. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland setzte per Befehl vom 27. Juli 1945 „Deutsche Zentralverwaltungen" ein. Anders als der Berliner Magistrat unterstanden sie nur einer Besatzungsmacht. Zum Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) berief die SMAD einen engen Mitarbeiter Wilhelm Piecks aus der Moskauer Zeit, den späteren ersten Volksbildungsminister der DDR Paul Wandel. Offiziell leitete die Abteilung Wissenschaft und Forschung der parteilose Mediziner Theodor Brugsch, zugleich Vizepräsident der DZVV. Wichtigster Mann für Wandel auf diesem Gebiet wurde aber der in St. Petersburg geborene und bis Kriegsende bei Osram tätige, promovierte Physiker Robert Rompe, der nach dem Krieg zunächst als wissenschaftlicher Berater für die sowjetische Besatzungsmacht gearbeitet hatte. Weitere Unterstützung erhielt Wandel, als Josef Naas im September 1945 in die DZVV wechselte. Die Stellung im KWI für Physikalische Chemie hielt Dr. Alfred Wende, die rechte Hand und zugleich „linke Versicherungspolice" von Peter Adolf Thiessen. Den habilitierten Physikochemiker Robert Havemann berief Winzer Anfang Juli zum vorläufigen Leiter der KWG. Erst Anfang 1946 kamen aus dem Exil weitere mit der KPD verbundene Wissenschaftler hinzu, darunter Geisteswissenschaftler wie Alfred Meusel und Wolfgang Steinitz.

Im ersten Nachkriegsjahr agierten in oder für die Administration aber hauptsächlich jene vier Naturwissenschaftler. Während der NS-Zeit in Deutschland geblieben, hatten sie erlebt, daß „wissenschaftliche Forschung im Kriege unmöglich Scheinendes möglich machen kann"[18], wie Robert Havemann es ausdrückte. Völlig analog ließen sich auch die anderen drei Wissenschaftler zitieren. Diese Erfahrung versuchten sie nun für den Wiederaufbau nutzbar zu machen - natürlich entsprechend ihren politischen, aber auch ihren Karrierezielen. Zunächst galt es, wie Parteiprotokolle zeigen, Widerstand gegen Wissenschaft und Wissenschaftler in der

[18] Nachlaß Robert Havemann. Im: Havemann-Archiv Berlin, Nr. 1.1.2. 1945.

KPD überhaupt abzubauen.[19] Ferner versuchten sie, vorrangig Einfluß auf die Neugestaltung der Universität zu gewinnen und Lösungen für wissenschaftliche Institute, insbesondere für die in Berlin verbliebenen Teile von KWI, vorzubereiten.

Akzeptanzprobleme bei den „bürgerlichen Wissenschaftlern" gab es keine, denn erstens entstammten jene vier Wissenschaftler selbst gutbürgerlichen Kreisen, und zweitens besaßen alle den Bonus, im Widerstand gegen das NS-Regime etwas riskiert zu haben. Josef Naas hatte, wie erwähnt, das KZ Mauthausen überlebt, Robert Havemann die Todeszelle im Zuchthaus Brandenburg; und von den anderen beiden war bekannt, daß sie an illegaler Arbeit, u.a. am Schutz jüdischer Wissenschaftler, beteiligt waren. Ohne Probleme wurden Josef Naas und Robert Havemann am 10. Juli 1945 in den „Fünferausschuß" aufgenommen. Bereits eine Woche zuvor akzeptierten die Ausschußmitglieder, daß Robert Havemann zum vorläufigen Leiter der KWG berufen werden soll, was dann per Schreiben vom 5. Juli auch erfolgte. Dies geschah, obwohl der Ausschuß bereits vorher Friedrich Glum, vom 1920 bis 1937 GeneralSekretar der KWG, „in die geschäftsführende Leitung der KWG, der landwirtschaftlichen und naturwissenschaftlichen Institute und der ehemaligen Reichsanstalten zu deren vorläufiger Betreuung berufen" hatte.[20] Auch die ebenfalls bereits beschlossene Gründung des oben erwähnten „vorläufigen Ausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft" erfolgte nicht. Damit wurden Anfang Juli 1945 bereits die Grenzen für dieses Wissenschaftlergremium deutlich. Die Magistratsverwaltung schränkte die Befugnisse auf die Lehranstalten ein, und der Leiter der Volksbildungsabteilung hatte dies auch angekündigt, indem er auf der Sitzung am 26. Juni mitteilen ließ, daß er sich „alle Beschlüsse vorbehält, die die Forschungsinstitute, wissenschaftlichen Vereinigungen und desgl. betreffen".[21] Wahrscheinlich war man im Ausschuß gar nicht so unglücklich, von jener Verantwortung entbunden zu sein. Zumindest gab es keinerlei Protest. Außerdem sanktionierte man die Entscheidung gegen Friedrich Glum nachträglich, indem Eduard Spranger nun plötzlich Friedrich Glum Sympathie für das NS-Regime vorwarf, ein Untersuchungsausschuß sehr zögerlich untersuchte und ausgerechnet

---

19 Vor allen Anton Ackermann und Paul Wandel weisen immer wieder auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Intellektuellen hin. Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Protokolle der Sitzungen des ZK der KPD, I 2/5/40, Bl. 90 und 176.

20 Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652, Bl. 90 f.

21 Mitteilung von J. Naas im Auftrag von O. Winzer an den Ausschuß am 26.6.1945. Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652, Bl. 91.

Glums Konkurrent Havemann im Ausschuß eine wohl entscheidende Stellungnahme abgeben konnte.[22]

Die Berliner Universität bis zur Wiedereröffnung

Auch im nun eingeschränkten Zuständigkeitsbereich des Ausschusses auf die Universität und die Hochschulen waren die Meinungsverschiedenheiten vor allem zwischen Eduard Spranger und Theodor Brugsch sehr groß. Spranger wollte größtmögliche Autonomie für die Universität und glaubte, dies durch den Rückgriff auf die Universität der Weimarer Zeit verwirklichen zu können. Im sowjetischen Einflußbereich, wo ihm die SMAD mißtraute[23], hielt er seine Vorstellungen für kaum realisierbar. Es entstand der Eindruck, er wolle die ohnehin schwer zerstörte Universität vom Zentrum nach Dahlem oder zum Olympiagelände verlagern. Um die Universität im Ostteil der Stadt zu behalten, wurden das Schloß Berlin-Köpenick und ehemalige Militäreinrichtungen in Berlin-Adlershof als Ausweichsitz ins Gespräch gebracht. Außerdem berief der Präsident der DZVV den Hauptkonkurrenten von Eduard Spranger im Ausschuß, Theodor Brugsch, zum Vizepräsidenten der Zentralverwaltung und zum Leiter der Abteilung Wissenschaften. Theodor Brugsch, nicht frei von Eitelkeit und nun selbst Bestandteil der neuen Macht, erwies sich fernerhin als unkompliziert und kooperativ. Er kümmerte sich vorrangig um die Medizin, andere Gebiete überließ er seinem Stellvertreter Robert Rompe und Wandels persönlichem Mitarbeiter Josef Naas nach dessen Eintritt in

---

22 Der Ausschuß beschloß 17.7.1945, „Herrn Glum die Lehrbefugnis nicht zu erneuern auf Grund der Ausführungen des Herrn Spranger. Herr Glum hatte 1933/34 Vorlesungen über den Nationalsozialismus bzw. seine Grundlagen gehalten, woraus der Schluß gezogen worden war, Herr Glum sei für den Nationalsozialismus eingetreten" Am 14.8.1945 wurde der Vorgang abgeschlossen. R. Havemann äußerte die „Überzeugung, daß Prof. Glum versucht habe, seinen Schülern durch diese Vorlesung den Nationalsozialismus nahezubringen". E. Spranger übernimmt die Benachrichtigung von F. Glum. Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652, Bl. 51 ff. Vgl. auch: Helmuth Albrecht und Armin Hermann. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reicht (1933-1945). In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S. 257 ff.

23 Charakteristik von E. Spranger in den Dokumenten der SMAD: „reaktionäre philosophische Weltanschauung vereint mit ebenso reaktionären politischen Auffassungen". Zitiert nach A.P. Nikitin. Die sowjetische Militäradministration und die Sowjetisierung des Bildungswesens in Ostdeutschland 1945-1949. In: Bildung und Erziehung, 45 Jg. Heft 4 / Dezember 1992, S. 409.

die DZVV im September 1945.[24] Eduard Spranger gab auf und legte am 28. August 1945 den Vorsitz im Ausschuß nieder. „Die Ursache war ein Konflikt mit Herrn Brugsch und seiner Gruppe. Herr Brugsch arbeitet an der Organisation eines anderen Universitätstypus als wir ihn bisher in Deutschland gekannt haben", schrieb er wenig später an Ferdinand Sauerbruch.[25] Brugsch bemerkte: „Im Stillen hat sich zwischen Prof. Spranger und mir ein Kampf abgespielt, dieser wollte nämlich wieder versuchen, die Universität aus der sowjetischen (gemeint ist Zone bzw. Sektor P.N.) in die englische oder amerikanische zu bekommen, daran ist er allerdings gescheitert. Prof. Schnadel hatte dieselbe Absicht."[26] Als Theodor Brugsch dies am 15. Oktober 1945 im Ausschuß ausführte, war Eduard Spranger auch als kommissarischer Rektor der Universität entmachtet worden. Hier schied er jedoch nicht auf eigenen Wunsch aus, sondern er wurde abberufen und durch den Akademiepräsidenten Johannes Stroux ersetzt. Ein noch im Oktober verkündeter Beschluß zum Wiederaufbau des Hauptgebäudes der Universität beendete den Ortsstreit.

Der „Leitende Ausschuß" existierte noch bis Ende 1945. Seine Bedeutung sank zunehmend, da die DZVV seine Aufgaben übernahm. Diese wiederum mußte zunächst um ihren Einfluß kämpfen, da die Verantwortung für die Universitäten und Hochschulen bei den Ländern bzw. in Berlin beim Magistrat lag. Wie die Verhandlungen zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt und der DZVV ab Mitte Oktober 1945 zeigen, war vor allem die finanzielle Entlastung ausschlaggebend für eine schnelle Einigung in Berlin.[27] Nicht unerheblich dürfte gewesen sein, daß die sowjetischen Behörden auch für die Berliner Universität den Übergang zur DZVV wünschten, wie Otto Winzer dem Präsidenten der DZVV mitteilte.[28] Die vorgesehene Unterstellung der Berliner Universität und ihre für den Jahresbeginn 1946 geplante Wiedereröffnung war spätestens ab Mitte Oktober 1945 bekannt. Im Ausschuß gab es sogar eine Kontroverse über die „Ungleichbehandlung der TH", die auf ihre Wiedereröffnung noch bis April 1946 waren mußte.[29] Erstmals gelang es der DZVV, eine Universität aus dem Verantwortungsbereich der Länder herauszulösen und

---

24 Einschätzung nach übereinstimmenden Mitteilungen von Paul Wandel und Robert Rompe an den Verfasser. Vgl. auch Biographie. Theodor Brugsch. Arzt seit fünf Jahrzehnten, Berlin 1978.

25 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Dissertation B, Berlin 1983.

26 Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652, Bl. 13 ff.

27 Beratungen begannen am 16.10.1945. Vgl. BAAP, R-2 1307, Bl 69-82a.

28 O. Winzer an P. Wandel am 21.9.1945. BAAP, R-2 1307, Bl 27.

29 Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652, Bl. 16 f.

im Sonderfalle Berlin sogar der Viermächtezuständigkeit zu entziehen. Der Protest der Westalliierten war deutlich, aber erfolglos. Im Januar 1946 nahm die Berliner Universität offiziell ihre Tätigkeit in sieben Fakultäten wieder auf. Der Andrang war groß - etwa 4000 Personen, darunter ein Drittel „Altstudenten", hatten sich um die Zulassung bemüht, und etwa 3000 (4,9 Prozent KPD, 5,3 Prozent SPD) konnten studieren. Für den Lehrkörper waren anfangs 100, Ende März 120 Professoren zugelassen worden.[30] Der Mangel an Lehrkräften blieb groß, so daß z.B. bei den Naturwissenschaften Max von Laue, der sich in Westfalen aufhielt, im Februar 1946 gebeten wurde, Physiker, die eine Anstellung suchten, zu veranlassen, nach Berlin zu kommen. „Den Nicht-Pg's kann sofort geholfen werden", aber auch den anderen verspricht man im geeigneten Moment Hilfe.[31]

Was wird mit den Restbeständen der Kaiser-Wilhelm-Institute?

Nicht Friedrich Glum[32] für die gesamten wissenschaftlichen Institute Berlins, sondern Robert Havemann für den wichtigen Teil der Restbestände der KWI wurde vom Magistrat als vorläufiger Leiter bestellt. Er trat sein Amt am 5. Juli 1945 an, einen Tag nach dem Einzug der amerikanischen Besatzungstruppen in Berlin. Konnte Friedrich Glum trotz seiner Feindschaft mit seinem Nachfolger als GeneralSekretar der KWG, Ernst Telschow, auf Akzeptanz bei einem nicht unbedeutenden Teil der KWG-Wissenschaftler hoffen, war Havemann nicht nur ein weitestgehend unbekannter Mann, sondern durch die Art, wie er ins Amt gekommen war und wie er sich dort einführte, auf breiteste Ablehnung gestoßen[33] und dies

---

30 Zahlenangaben aus: Humboldt-Universität zu Berlin. Überblick 1820-1985, Berlin 1985, S. 98 f. Die Abteilung Wissenschaften einschl. Hochschulen des Magistrats gibt im Jahresbericht vom 9.4.1946 insgesamt 7800 Bewerber bei 250 Zulassungen für die Universität und 2600 Bewerber bei 1600 Zulassungen für die TH an. Vgl. Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 3227, Bl. 98.

31 Friedrich Möglich am 5.2.1946 an Max von Laue, NL F. Möglich, beim Sohn Michael Möglich, Berlin-Niederschönhausen.

32 Vgl. zum Wirken von F. Glum und zur Konkurrenz mit E. Telschow und R. Havemann auch: Helmuth Albrecht und Armin Hermann. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933-1945). Kapitel Friedrich Glum. In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S. 251-266.

33 Zehn führende Wissenschaftler der Dahlemer Institute protestierten bereits am 7. Juli 1945 gegen Ernennung R. Havemanns, die sie für nicht satzungsgemäß hielten. Am

nicht grundlos, wie seine Ausführungen vom 27. August 1945 erahnen lassen. „Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist die umfassendste Organisation deutscher Wissenschaftler und naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute Deutschlands. Die politische Bedeutung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft muss in zweifacher Hinsicht betrachtet werden.

1. Welche Möglichkeiten bieten sich uns durch einen eigenen massgebenden Einfluß in der Gesellschaft?
2. In welchem Masse kann die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft unseren Gegnern dienlich sein?

Die grosse politische Bedeutung hinsichtlich des ersten Punktes ist dadurch gegeben, dass die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft sich über das Gesamtgebiet Deutschlands erstreckt und eine direkte Erfassung der maßgebendsten Wissenschaftler Deutschlands ermöglicht ohne Rücksicht auf deren jetzige und zukünftige politische Orientierung. Die politische Bearbeitung der deutschen bürgerlichen Intelligenz, die nur mit einer Perspektive von Jahren Erfolgsaussichten bietet, wäre im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in grossem Umfange möglich. Ausserdem ist durch einen massgeblichen Einfluss in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine wirksame Kontrolle der Unternehmungen in den Forschungsinstituten des übrigen Deutschlands, auch ausserhalb der Kaiser-Wilhelm-Institute möglich". Um die Berliner Stellung zu stärken, schlug Havemann vor, „in großzügiger Weise Forschungsmöglichkeiten" zu bieten, um „möglichst viele nahmhafte Wissenschaftler und Direktoren ... wieder nach Berlin zu bringen." Den Amerikanern bescheinigt er, daß sie „an einem Wiederaufleben eines wissenschaftlichen Lebens in Deutschland völlig desinteressiert sind", warnt aber, daß es „sich ändern wird, wenn unsere politische Arbeit in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen allzu offenen Charakter annehmen würde. Entscheidend für unsere zukünftigen Möglichkeiten der politischen Arbeit ist also zunächst die Wiederherstellung eines normalen

---

gleichen Tag beurlaubte R. Havemann zwei Mitarbeiter der ehemaligen Generalverwaltung, die in Berlin geblieben waren. Die nach Göttingen verlagerte Generalverwaltung ignorierte er vollständig und versuchte zu deren Entsetzen Zugriff auf die Bankkonten der KWG zu erlangen. Ausführliche Darstellung der Vorgänge in: Manfred Heinemann. Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949). In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 407-470 sowie in: Dieter Hoffmann, Physikochemiker und Stalinist. In: Robert Havemann. Dokumente eines Lebens, Berlin 1991, S. 64 ff.

Forschungsbetriebes in möglichst vielen Instituten und die Durchsetzung aller Institute, auch außerhalb der sowjetischen Zone, mit unseren Leuten."[34]

Der Kampf zwischen der „Nebenregierung in Göttingen" und der „Gegen-Regierung Havemann", wie man sich gegenseitig betitelte, kann hier nicht ausführlich behandelt werden.[35] Die wichtigste Auswirkung für Berlin war wohl, daß die Führungsspitze der KWG, die sich nach und nach in Göttingen zusammenfand, zu keiner Zeit eine Rückverlagerung von KWI oder der Generalverwaltung nach Dahlem auch nur in Erwägung zog. In der DZVV verfolgte man die Entwicklung sorgfältig. Über die Vorgänge in Dahlem war man ohnehin informiert. Aber auch von den Geschehnissen in Göttingen konnte man sich durch Berichte von Wissenschaftlern, insbesondere durch die des Senators der KWG, Hans Stille, ein Bild machen.[36] Anfang 1946 wurde immer deutlicher, daß eine Stärkung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute unter Havemanns Gesamtleitung nicht zu erwarten war. Trotz großzügiger Angebote konnten oder wollten keine Spitzenwissenschaftler nach Berlin kommen. Die Verlagerung von Dahlemer Forschungseinrichtungen in den Ostsektor scheiterte mehrfach. Jenen Naturwissenschaftlern in der Administration, die auf eine direkte Nachfolgeeinrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit naturwissenschaftlichem Profil im sowjetischen Einflußgebiet gehofft hatten, wurde nach Robert Rompe immer klarer, daß für eine solche Institution der „Umweg über die Akademie" gegangen werden muß.[37] Trotzdem gab es einen weiteren Versuch, die Berliner Naturwissenschaften nicht von der Gesamtentwicklung der KWG abzukoppeln. Friedrich Möglich, Professor an der Universität, aber vor der Universitätseröffnung auch Mitarbeiter und nun „Konsultativreferent" der DZVV, bat im Februar 1946 seinen Lehrer Max von Laue, eine einseitige Aktion in Göttingen zu verhindern und mit der Berufung des neuen KWG-Präsidenten „keine schlafenden Hunde zu wecken", insbesondere wohl keine Gegenreaktion der SMAD zu provozieren. Auch von Robert Havemann distanzierte man sich nun vorsichtig, da mit ihm die „Leitung der KWG ... nicht in der Hand eines wirklich repräsentativen Mannes" sein. Otto Hahn und Max von Laue werden als

---

34 Obwohl R. Havemann offiziell erst 1950 in die SED Eintrag, kann man auch auf Grund dieser Ausführungen der Mitteilung von R. Rompe an den Verfasser Glauben schenken, daß R. Havemann bereits der KPD angehörte.

35 Archiv zur Geschichte der MPG, II. Abt./MPG I A9, Bl. 90 und 160-62.

36 Vgl. BAAP, R-2 1428, Vl. 36 ff.

37 Mitteilung von R. Rompe an den Verfasser vom September 1992.

„die einzig möglichen Präsidenten der Kaiser Wilh.-Gesellschaft" bezeichnet. Die Akademie wurde als Zwischenlösung für die Institutsbetreuung in Aussicht gestellt.[38]

Die Entwicklung in Göttingen verlief anders, und nur wenige Tage nach der Amtseinführung von Otto Hahn am 1. April 1946 wurden auch in Ostberlin die Weichen gestellt. Am 12. April sollte auf höchster Ebene über die „Zukunft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" beraten werden. Eingeladen waren die Präsidenten von sechs Zentralverwaltungen und der Oberbürgermeister von Berlin, beteiligt auch Vertreter der SMAD. Ausdrücklich wurde Robert Havemann „zu dieser internen Besprechung nicht geladen".[39] Die im sowjetischen Machtbereich gelegenen KWI sollten nun der Akademie unterstellt werden.[40] Für die Dahlemer KWI konnten keine Entscheidungen getroffen werden. Es lag ein Befehl der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 15. März 1946 vor, wonach für das gesamte Rechnungsjahr 1946 kein Etat zur Verfügung gestellt werden sollte. Dem folgte die Kündigung der Belegschaft zum 31.5.1946, die trotzdem von Juni bis September 1946 ohne Gehalt weiterarbeitete. Erst der im August 1945 eintreffende neue Vertreter der amerikanischen Militärregierung, Fritz Karsen[41], bemühte sich energisch um den Erhalt der Institute.

Von der Preußischen Akademie der Wissenschaften zur Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Akademie traf die ihrer Einrichtung zugedachte Aufgabenstellung, die KWI und andere verwaiste Forschungseinrichtungen zu übernehmen, nicht überraschend. Sie bemühten sich seit dem Neubeginn im Sommer 1945, die PAW wieder aus jener Randstellung im deutschen Wissenschaftsgefüge herauszumanövrieren, in die sie seit der Gründung der KWG immer mehr geraten war. Zudem gehörten sie zu jener Gruppe von Akademiemitgliedern, die vom Aufschwung anderer Forschungseinrichtungen, insbesondere der KWG, nicht profitieren konnten. Die gescheiterten Initiativen der PAW zwischen 1929

---

38 Friedrich Möglich am 5.2.1946 an Max von Laue, NL F. Möglich, beim Sohn Michael Möglich, Berlin-Niederschönhausen.

39 BAAP, R-2 1428, Bl. 38 und K-IMLEF 7438, Bl. 48.

40 Mitteilung des damaligen Vertreters der SMAD, Petr Ivanovic Nikitin, an den Verfasser vom 16.9.92.

41 Bis 1933 Leiter der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln, dann Paris, von dort nach Columbien und 1938 in die USA.

und 1945, ihren Einfluß und ihr Forschungspotential zu erweitern, waren ihnen bekannt.[42]

Die Rahmenbedingungen für den Neubeginn der wegen eben jener Randstellung im Wissenschaftsgefüge des NS-Staates ohnehin wenig belasteten PAW konnten, wie ausgeführt, schnell geschaffen werden. Ohne Verzug wurde nun der gewachsene Anspruch der Akademie auf ein Mitwirken bei der Gestaltung der künftigen Forschungslandschaft angemeldet. Schon ab August 1945 bemühte man sich um die Übernahme von KWI und anderen Forschungseinrichtungen, und im Herbst entstanden erste Pläne für Neugründungen.[43] Auch für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die bei der Mittelverteilung für die deutsche Wissenschaft eine zentrale Rolle einnahm, zeigte die Akademie großes Interesse. Hier beschloß man „treuhänderisch einzugreifen".[44]

Die Forderungen ließen sich durch die Wissenschaftsorganisation in anderen Ländern - Frankreich und Rußland wurden ausdrücklich erwähnt[45] - und vor allem durch historische Ansprüche untermauern. So war die Angliederung der Potsdamer astronomischen und astrophysikalischen Institute bereits 1930 gefordert worden. Aber insbesondere bei dem Wunsch nach Übernahme von KWI, der immer mehr die Übernahme der Rolle der KWG insgesamt einschloß, wird der historische Rückgriff deutlich. Hier konnte man sich auf erst jetzt zugängliche Ausführungen von Adolf von Harnack (Präsident der KWG von 1911 bis 1930) stützen, der 1912 die künftige Verschmelzung von KWG und PAW als Zukunftsaufgabe in Erwägung gezogen, sogar für unabdingbar gehalten hatte. Harnack teilte damals vertraulich Hermann Diels seine Vorstellungen mit. Dessen Sohn Ludwig, jetzt selbst Sekretar der PAW, machte den Brief zugänglich. Die von Harnack aufgeführten Hinderungsgründe, die KWG „von vornherein und ausschließlich mit der Akademie der Wissenschaften zu verbinden", nämlich die Trägheit der PAW und die Weigerung der Mitglieder, „Nicht-

---

42 Vgl. Denkschrift der PAW 1929, AAW, II: Ia, Bd. 12, Bl. 85; Ausführungen des Sekretars Heinrich von Ficker in Sitzungsberichte der PAW 1933, S. XXV und Jahrbuch der PAW 1939, Ansprache des Präsidenten zum Leibniztag, S. 119 f. Ausführliche Darstellung in C. Grau, W. Schlicker und L. Zeil. Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Teil II und III, Berlin 1975 und 1979; Conrad Grau. Die Preußische Akademie der Wissenschaften, Heidelberg 1993 sowie Beitrag in: MPG-Spiegel 2/95.

43 AAW, P 1/0, Bl. 14 f. und Bl. 48 f. sowie Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 43.

44 AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 404, Protokoll der Beratung vom 17. November 1945 und BAAP, R-2 1427, Bl. 2-10.

45 AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 661, Bl. 153.

Gelehrten irgend welchen Einfluß zu gestatten", galten in der Not der Nachkriegszeit nicht mehr. Auch die Frage, „ob man die patriotischen Kapitalisten gewinnen würde, wenn das Geld für ein Staats-Instituts bewilligt werden sollte", war durch die Zeit überholt, denn als Geldgeber für die Zukunft sah man ohnehin nur den Staat.[46] Die Akademiemitglieder hofften jetzt, daß der neue „Staat" die Akademie zur „höchste(n) wissenschaftlichen Einrichtung" innerhalb der „Nation" aufsteigen läßt, und hielten die Zeit für günstig, weil sie glaubten, „die reichen Hilfsquellen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft sind versiegt und werden in absehbarer Zeit nicht mehr fließen können".[47]

Zunächst blieb jedoch das Interesse der sowjetischen und der deutschen Administration an der PAW äußerst gering. Sie war weder für Demontagezwecke noch zur Lösung dringender Probleme des Wiederaufbaus geeignet. Ähnlich müssen es auch die anderen Vertreter in der Alliierten Kommandantur in Berlin gesehen haben, denn schon im Herbst 1945 wurde ihr Etat auf Null gesetzt, während der der KWI zu dieser Zeit nur eine Reduzierung auf die Hälfte erfuhr. Erst durch ihr spektakuläres Ansinnen vom Ende 1945 an Marschall Georgi K. Shukow, „daß die Akademie bis zur Bildung einer rechtmässigen parlamentarischen zentralen Regierung für ganz Deutschland ... der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt wird"[48], konnte sie an höchster Stelle auf sich aufmerksam ma-

---

46 Brief von Adolf von Harnack „Vertraulich und Sekret" am 28.10.1912 an Hermann Diels. Diels Sohn Ludwig wurde am 21.6.1945 neuer Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. In der Folgezeit beruft sich die Akademieleitung mehrfach auf Harnacks Ausführungen. Vgl. dazu Ausführungen des Präsidenten J. Stroux in AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 47 und in: Ansprache des Präsidenten bei der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1956, Berlin 1956, S. 21 f. Vollständiger Text des Briefes im BAAP: R-2 1388, Bl. 5 ff. In Auszügen zitiert von H. Frühauf. In: Tätigkeitsberichte der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der DAW zu Berlin, 1957/58, S. 26 ff.

47 Festrede anläßlich der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946 von Hans Kienle in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1956, Berlin 1956, S. 27.

48 Zur Abstimmung vorgelegter Brief an Marschall Shukow, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 156 f. Über den Antrag wurde auf der Plenarsitzung am 20.12.45 nicht entschieden, u.a. weil bei einer solch schwerwiegenden Entscheidung die Meinung der nicht in Berlin anwesenden Mitglieder eingeholt werden müsse (9 Stimmen für eine Vertagung, 5 für Abstimmung und eine Enthaltung). AAW. P 1/0, Bl. 51 f. Trotzdem lag der Brief Shukow vor, wie der SMAD-Mitarbeiter P. I. Nikitin, der den Text nahezu wörtlich kannte, dem Verfasser am 16.9.92 versicherte. Eine Quelle könnte

chen. Den damals anrüchigen Teil ihres Namens legte sie auf sowjetische Empfehlung ab. Die Preußische Akademie der Wissenschaften nannte sich nach dem Plenumsbeschluß vom 20. Dezember 1945 „Akademie der Wissenschaften zu Berlin".[49] So zu einer Entscheidung gedrängt, empfahl Shukow nun trotz des Ärgers mit den Westalliierten bei der Universitätseröffnung, abermals eine wissenschaftliche Einrichtung aus der Zuständigkeit der Stadt der DZVV zu unterstellen.[50] Als in den ersten Monaten des Jahres 1946 zusätzlich der Handlungsbedarf für ein Zusammenfassen teils herrenloser wissenschaftlicher Institutionen anwuchs und gleichzeitig nicht mehr auf die Kontrolle über eine direkte Nachfolgeeinrichtung der KWG gehofft werden konnte, stieg das Interesse an der Akademie weiter. Nun waren, wie Friedrich Möglich befürchtet hatte, die schlafenden Hunde endgültig geweckt. Die weitere Entwicklung verlief so, daß man fast an ein Drehbuch glauben kann. Die KWI und die Akademie der Wissenschaften zu Berlin erhielten nach dem Beschluß der Alliierten Kommandantur vom 15. März 1946 keine Finanzmittel. Die Magistratsverwaltung verlangte die Kündigung aller Mitarbeiter zum 31. Mai 1946 und ließ in ihrem Schreiben keinen Zweifel daran, daß die Kommandantur der Verursacher der Misere war. Daraufhin kündigte die Akademieleitung vorsorglich allen Mitarbeitern und entfachte eine Pressekampagne.[51] Nun erschien die DZVV als Retter, indem am 24. Juni 1946 deren Präsident Paul Wandel verkündete, „dass die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften ... in Zukunft aus dem Etat der Universität Berlin vorgenommen wird".[52] Was sollten die Westalliierten gegen diese Großzügigkeit haben? Folgerichtig blieb jeder Protest gegen die Übernahme durch eine Zentralbehörde diesmal aus.

Im Sommer 1946, pünktlich zum 300. Geburtstag des Akademiegründers Leibniz und sehr öffentlichkeitswirksam, erfolgte die Wiedereröffnung der ehemaligen PAW als nunmehrige „Deutsche Akademie der Wissenschaf-

der an der Ausarbeitung des Antrages beteiligte Vertreter der sowjetischen Akademie, Viktor Sergeevic Kulebakin, gewesen sein.

49 Die Namensänderung wurde durch zehn Befürwortungen bei drei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung entschieden. Vgl. Protokoll vom 20.12.1945. AAW, P 1/0, Bl. 50 ff.

50 Bei der Abteilung Volksbildung der SMAD wurde nun der Physiker Petr Ivanovic Nikitin für die PAW zuständig und bereitete deren Wiedereröffnung gemeinsam mit der DZVV vor. Über jene Vorgänge berichtete P. Nikitin dem Verfasser vom 16.9.1992.

51 AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

52 Schreiben von P. Wandel an den Akademiepräsidenten J. Stroux vom 24.6.1946. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

ten zu Berlin", der das Recht zugestanden wurde, Mitglieder aus ganz Deutschland aufzunehmen und eigene Forschungsinstitute zu betreiben.[53] Beides wich von der traditionellen Arbeitsweise wissenschaftlicher Akademien, wie sie sich in Deutschland herausgebildet hatte, ab, obwohl andererseits ebenso richtig ist, daß die Akademie bis 1812 eigene Forschungseinrichtungen besaß und spätestens seit 1910 ihre Intentionen sichtbar werden, diesen Zustand wieder herzustellen. Institutsgründungen und Angliederung, auch solcher der KWG, bestimmten die künftige Entwicklung. Bisher war nichts gegen den Willen der Akademiemitglieder geschehen, nur beim Namen erregte der von der SMAD geforderte Zusatz „Deutsche" leise Bedenken.

Zusammenfassung

Das wissenschaftliche Geschehen in Berlin im ersten Nachkriegsjahr war einerseits durch erstaunliche Kontinuität und andererseits aber auch durch enorme Veränderungen gekennzeichnet. In allen wissenschaftlichen Institutionen, die in Berlin geblieben waren, ging die Arbeit ohne Unterbrechung weiter. Dies geschah meist unter großer Opferbereitschaft und mit viel Improvisationsgeschick der Mitarbeiter. Es fanden sich Wissenschaftler ganz unterschiedlicher politischer Vergangenheit, die Verantwortung an der Spitze der Institutionen übernahmen. Ihre Legitimation hierfür erhielten sie, bis auf die Ausnahme der Dahlemer KWI, aus ihren Einrichtungen. Weit mehr als die neue Administration leiteten sie im ersten Nachkriegsjahr die Veränderungen im wissenschaftlichen Geschehen der Region ein. Möglich wurde der Wandel aber nur, weil mindestens zwei Drittel aller ehemals hier ansässigen Wissenschaftler den Standort Berlin bereits vor Kriegsende aufgegeben hatten, einige davon bekanntermaßen nicht freiwillig. Auch andere Untersuchungen sehen in dieser Standortauf-

---

[53] Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1. Juli 1946. Der russische Text des Befehls ist veröffentlicht in: Russisch-Deutsche Wissenschaftsbeziehungen zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1700-1974, Moskau 1975, S. 149 f. Die offizielle deutsche Übersetzung, allerdings mit der irreführenden Übersetzung einer wichtigen Passage, in: Werner Hartkopf und Gert Wangermann (Hrsg.). Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700-1990, Berlin 1991, S. 465 f. Korrekte Übersetzung in: Conrad Grau. Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 40(1992), S. 134 f.

gabe mit ihren Folgeerscheinungen, insbesondere durch die KWG, eine entscheidende Kraft in der Spaltung der deutschen Wissenschaftsorganisation. Forschungen zum Aufbau der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Westdeutschland ergaben: „Da von den Wissenschaftlern in den Westzonen gar nicht der Versuch unternommen wurde, die Notgemeinschaft von Berlin aus wieder wirksam werden zu lassen, liegt der Schluß nahe, daß sie aus politischen Gründen eine gesamtdeutsche Wissenschaftsorganisation aufgaben und ihre überregionalen Ambitionen auf die Westzonen beschränkten."[54] Diese Haltung beeinflußte einerseits die Veränderungen an den Schalthebeln der Berliner Wissenschaftsorganisation in der Nachkriegszeit entscheidend, und sie erleichterte zugleich in der Folgezeit die Einflußnahme der Administration auf wissenschaftsinterne Prozesse.

Die Wissenschaftspolitik der SMAD und der nachgeordneten deutschen Verwaltungen, soweit sie überhaupt feststellbar ist und sich nicht auf Bildungspolitik bzw. Entnazifizierungsfragen beschränkte, versuchte in dieser Zeit zu kanalisieren, vor allem personelle Entscheidungen zu beeinflussen. Dabei konzentrierte man sich auf die Universität. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen scheinen die politisch Verantwortlichen eher von der dynamischen Entwicklung überrollt worden zu sein, auch wenn im nachhinein bezüglich des neuen Institutionengefüges alles nach einem Jahr so erstaunlich abgeschlossen und gewollt erscheint und später so dargestellt wurde. Wie weit politische Wunschvorstellungen und Machbares auseinanderklaffen konnten, zeigt Robert Havemanns Programm zur Einflußnahme in der KWG. Aber auch seine Vorstellungen sind vorsichtig zu werten, denn letztendlich sind sie an eine Partei gerichtet, die man erst noch von der Nützlichkeit wissenschaftlicher Arbeit überhaupt überzeugen wollte und derer man sich auch bediente, um eigenen Karriereziele durchzusetzen.

Die große Eigendynamik der Prozesse ist schon deshalb nicht verwunderlich, weil außeruniversitäre Forschung in jenem Jahr weder an der Akademie noch an den KWI in nennenswertem Maße betrieben werden konnte. Dort schuf man Voraussetzungen für die künftige Arbeit. Forschungsarbeit in größerem Umfang und mit der erforderlichen Ausrüstung wurde im ersten Nachkriegsjahr vor allem in von sowjetischen Dienststel-

---

54 Maria Osietzki. Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952, Köln 1984, S. 188.

len eingerichteten Forschungslaboratorien bzw. in vorhandenen Instituten und Neugründungen, die sowjetische Aufträge erhalten konnten, geleistet. Neuere Untersuchungen zeigen, daß allein im Oberspreewerk in Berlin-Oberschöneweide, einem Konzentrationspunkt für naturwissenschaftliche und technische Forschung und Entwicklung, mehr als 2000 Spezialisten, davon knapp 300 Naturwissenschaftler und Ingenieure sowie etwa 350 Techniker und Konstrukteure direkt bei der Besatzungsmacht in Lohn und Brot standen.[55] Das Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung lebte von sowjetischen Aufträgen. Die Reste des ehemaligen KWI für Hirnforschung mit angegliederten Abteilungen in Berlin-Buch standen direkt unter Verwaltung der Besatzungsmacht. Das optische Laboratorium von Ernst Lau wurde in Berlin-Karow im Auftrag der sowjetischen Kriegsmarine eingerichtet, wodurch die beiden Physiker Lau und Rudolf Ritschl einer „Einladung" nach Rußland entgehen konnten.[56]

Natürlich hatte auch dies Bedeutung für die zukünftige Berliner Forschungslandschaft, denn so konnte vor allem naturwissenschaftlich-technisches Forschungspotential für die Deutsche Akademie der Wissenschaften und, wie im Falle des Heinrich-Hertz-Institutes, für die Stadt insgesamt geschaffen bzw. erhalten werden.

---

55 Vgl. Johannes Bähr. Das Oberspreewerk - ein sowjetisches Zentrum für Röhren und Hochfrequenztechnik in Berlin (1945-1952), in: Zeitschrift f. Unternehmensgeschichte, Heft 3 1994, S. 145 bis 165. Danach 15 Beschäftigte im Juli 1945, 1112 im Januar 1946 und 2286 im Oktober 1946.

56 Vgl. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 15, 17, 60 sowie Rudolf Ritschl. Erinnerungen eines Spektroskopikers. S. 58, unveröff. Manuskript, Nachlaß R. Ritschl, vom Sohn Friedrich Ritschl 1992 zur Verfügung gestellt.